

Arbeitslose in der BRD S.17

Arbeiterkampf

Jg.5 Nr.70 2.12.'75
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 1,–

VR Angola
Von 26 Staaten anerkannt

Am 11. November erfolgte die formale Unabhängigkeitserklärung Angolas von Portugal. In Luanda wurde eine Regierung der angolanischen Befreiungsbewegung, MPLA, gebildet. Die reaktionären Organisationen FNLA und UNITA, die noch größere Teile des Landes kontrollieren, riefen eine „Gegenregierung" aus.

Im Gegensatz zu der Pseudo-„Regierung" von FNLA/UNITA, die bisher von k e i n e m Staat anerkannt wurde, wurde die Regierung der MPLA in Luanda von mindestens 26 Staaten bereits diplomatisch anerkannt. Darunter sind alle früheren afrikanischen Kolonien Portugals sowie alle sozialistischen und revisionistischen Staaten – mit Ausnahme der VR China und Albaniens.

Im Einzelnen sind es, nach möglicherweise unvollständigen Angaben:

- VR Mozambique,
- VR Guinea Bissao,
- Kapverden,
- Sao Tomé und Principe,
- VR Kongo (Brazzaville),
- VR Somalia,
- Mali,
- Nigeria,
- Äthiopien,
- Nordvietnam,
- Südvietnam,
- Nordkorea,
- Kuba,
- UdSSR,
- DDR,
- Bulgarien,
- CSSR,
- Polen,
- Ungarn,
- Rumänien,
- Mongolei,
- Jugoslawien,
- Syrien und
- Brasilien.

Zusätzlich wird die Regierung der MPLA von der afrikanischen Befreiungsbewegung ZANU (Simbabwe-Südrhodesien) sowie von der FRETILIN (Befreiungsbewegung auf der früher portugiesischen Insel Timor bei Indonesien) anerkannt.

Die lateinamerikanische Revolutionäre Koordinationsjunta (Tupamaros Uruguays, MIR Chile, ERP Argentiniens und ELN Boliviens) erklärte sich solidarisch mit *„den heldenhaften Kämpfern von Angola und Timor, die unter den Fahnen von MPLA und FRETILIN heute eine der wichtigsten Seiten in der Geschichte der Befreiung der Völker schreiben"*.

Im Gegensatz zu den hier genannten fortschrittlichen Staaten und Befreiungsbewegungen weigert sich die VR China, die Regierung der MPLA anzuerkennen, da sie behauptet, die reaktionären, pro-imperialistischen Organisationen FNLA und UNITA seien gleichfalls „Befreiungsbewegungen", mit denen sich die MPLA „vereinigen" sollte.

Unterdessen gehen in Angola die Kämpfe zwischen MPLA einerseits, FNLA/UNITA andererseits weiter. Nachdem FNLA/UNITA vorübergehend einen raschen Vormarsch für sich verbuchen konnten – unter Führung faschistischer weißer Söldner – hat inzwischen die MPLA diese Offensive gestoppt und ist zum Gegenangriff übergegangen.

MPLA – Der Sieg ist gewiß!!

PORTUGAL
Die Reaktion marschiert ...

In Portugal hat in diesen Tagen der
Die Regierung und die rechten Mi-

In Portugal hat in diesen Tagen der revolutionär-demokratische Prozeß einen schweren Rückschlag erlitten. Regierung und rechte Militärs haben zahlreiche demokratische Politiker und Militärs verhaften lassen. Unter den Verhafteten sind auch Gewerkschafter und Mitglieder der früheren Regierung Gonsalves. Angeblich sollen auch gegen die führenden Genossen verschiedener Organisationen der revolutionären Linken Haftbefehle ergangen sein.

Presse und Rundfunk/Fernsehen wurden unter totale Zensur gestellt und müssen im Sinn der Regierung berichten, nachdem mehrere Tage lang überhaupt das Erscheinen der Zeitungen verboten worden war.

Die Regierung und die rechten Militärs haben begrenzte Aktionen einiger Einheiten zum „kommunistischen Putsch" hochgespielt und zum Vorwand für einen in allen Einzelheiten vorbereiteten Schlag gegen die politische und militärische Linke genommen. Wieweit die Reaktion und die mit ihr verbündete Sozialdemokratie die Unterdrückungsmaßnahmen, „Säuberungen", Verhaftungen und politische Verfolgungen noch treiben wollen und können, ist zur Stunde offen. Die Ausschaltung von durchaus nicht links stehenden Militärs – wie z.B. der bisherige Generalstabschef Fabiao – ist ein Indiz für weitreichende Pläne von Reaktion und Sozialdemokratie,



Hoesch-Arbeiter demonstrieren zur Belegschaftsversammlung

5% = Lohnraub

In der Nacht vom 14. auf den 15.11.75 einigten sich die Stahlkapitalisten mit den Vertretern der IGM Führung auf den ersten Lohnraubabschluß des Jahres. Nach insgesamt fünf „Verhandlungen" kam für die Stahlwerke in Nordrhein-Westfalen und die Klöckner-Hütte in Bremen eine Einigung zustande, die den Arbeitern und Angestellten für das kommende Jahr erhebliche zusätzliche finanzielle Belastungen aufbürdet. Für die Stahlkapitalisten ist der 5% Abschluß ein Sieg ihrer Offensive, für die IGM-Führung aber ein weiterer Schritt hin zur totalen Unterwerfung gewerkschaftlicher Tarifpolitik unter die Interessen der Kapitalistenklasse und ihres Staates.

Für Nordrhein-Westfalen und die Klöckner-Hütte Bremen wurde vereinbart:

- Löhne und Gehälter werden ab 1.11.75 um 5% erhöht.
- Die Summe der Jahressonderzahlungen werden von 100% auf 110% angehoben. Das bedeutet, daß die von der IGM-Führung verlangte Fortzahlung des 300.– DM Stahlbonus nicht gezahlt wird. Die jetzt vereinbarte Erhöhung macht brutto nur 200 DM aus (also minus 100.– DM für die Arbeiter). Diese Regelung gilt für 1976 und 1977!
- Auszubildende erhalten 22.– DM (brutto – wohlgemerkt!).
- Für die 2. Hälfte des Monats Oktober (die Laufzeit des alten Tarifvertrages endete am 15.10.75) wird eine einmalige Pauschale von 25.– DM für alle gezahlt.
- Die Laufzeit dieses Vertrages endet am 30.10.76.

Zusätzlich konnten die Stahlkapitalisten es als Erfolg für sich verbuchen, daß die Gewerkschaftsführung von sich aus darauf verzichtet hat, den Tarifvertrag über stahltypische Zuschläge zum 31.1.76 zu kündigen. Die neuen Verhandlungen darüber sollen erst nach dem 31.10.76 aufgenommen werden!

Am 19.11.75 wurden für die Beschäftigten der Saarhüttenwerke Lohnerhöhungen von 6% beschlossen.

Für die Kollegen der Stahlwerke Peine Salzgitter wurden inzwischen ebenfalls neue Haustarife abgeschlossen. Rückwirkend erhalten sie ab 1.11. „5% höhere Löhne und Gehälter. Die Ausbildungsvergütungen werden um monatlich 22 Mark erhöht. Außerdem steigt die Jahresabschlußvergütung um 6% und die betriebliche Produktivitätsprämie um 5%" („Süddeutsche Zeitung" vom 24.11.75).

Fortsetzung Seite 5

Die Reaktion marschiert...

in einem „großen Abwasch" den revolutionär-demokratischen Prozeß nicht bloß weit zurückzuwerfen, sondern total zu stoppen und rückgängig zu machen. Hierbei sind offenbar selbst Leute wie Fabiao oder der bisherige COPCON-Chef Carvalho im Wege, die beim Sturz der fortschrittlichen Regierung Goncalves Anfang September noch selber mit Hand angelegt hatten.

Die Aktion der „Paras" von Tancos

Ausgelöst wurde der Angriff der Rechten durch die Aktion der Fallschirmjäger („Paras") von Tancos. Diese, insgesamt rund 1.500 Mann, hatten am 25. November – offenbar ohne einen einzigen Schuß abzugeben – mehrere Luftwaffenstützpunkte „besetzt". Diese Aktion sollte in erster Linie den Protest der Soldaten gegen die verfügte Auflösung ihrer Einheit zum Ausdruck bringen. Zugleich war sie als Protest gegen die rechtsstehenden Führer der Luftwaffe sowie gegen die Absetzung Carvalhos als Kommandant der Militärregion Lissabon gedacht.

Die „Paras" von Tancos waren traditionell eine Einheit im Dienst der Reaktion. Am 11. März dieses Jahres waren sie von rechtsradikalen Putschisten um den General Spinola gegen die Soldaten des RALIS in Marsch gesetzt worden; das RALIS gilt als einer der wichtigsten Stützpunkte der militärischen Linken. Am 11. März brach der Putschversuch der Reaktion in kürzester Zeit zusammen.

Erneut waren es die „Paras" von Tancos, in deren Schutz Anfang September der „Revolutionsrat" tagte, um entscheidende reaktionäre Maßnahmen zu beschließen: Absetzung von Goncalves und weiteren fortschrittlichen Militärs aus dem „Revolutionsrat".

um entscheidende reaktionäre Maßnahmen zu beschließen: Absetzung von Goncalves und weiteren fortschrittlichen Militärs aus dem „Revolutionsrat".

Schließlich waren es wiederum Fallschirmjäger aus Tancos, die am 7. November den von den Arbeitern selbstverwalteten fortschrittlichen Sender „Rádio Renascença" stürmten und die Sendeanlagen in die Luft sprengten.

Diese brutale konterrevolutionäre Aktion war jedoch auch der Anlaß für eine lebhafte Politisierung und Auseinandersetzung unter den „Paras" von Tancos. In einer Presse-Erklärung kritisierten sie, daß sie gegen das Volk mißbraucht worden seien und distanzierten sich von der Zerstörung des Senders. Sie erklärten ihren Austritt aus der AMI (von der Regierung Azevedo gebildete konterrevolutionäre Stoßtruppe aus verschiedenen Einheiten, verstärkt durch neuangeworbene Altfaschisten, antikommunistische Angola-Rückkehrer u.ä.) und verlangten, dem COPCON unterstellt zu werden, das in den bisherigen Auseinandersetzungen in der Regel auf Seiten der Linken gestanden hatte.

Die Rechten reagierten auf diese Entwicklung, indem sie die Auflösung der „Para"-Einheit von Tancos verfügten. In derselben Weise hatte die Rechte schon in den letzten Wochen und Monaten wiederholt versucht, linke und „unruhige" Einheiten zu liquidieren. Daraufhin war es dann mehrfach zu Kasernen-Besetzungen und anderen Kampfaktionen der betreffenden Einheiten gekommen. Die Regierung hatte dann stets den Rückzug angetreten.

In diesem Zusammenhang, also als eine begrenzte Aktion, ist offenbar auch das Vorgehen der „Paras" am 25. November zu sehen. Diesmal aber war die Reaktion und Sozialdemokratie entschlossen,es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen und die Aktion der „Paras" von Tancos zum „kommunistischen Putsch" hochzuspielen, um einen Vorwand für „hartes Durchgreifen" auf allen Ebenen zu haben.

Nicht Links-Putsch, sondern Rechtsputsch!

Präsident Gomes erklärte die Aktion der „Paras" von Tancos für „kriminell" und forderte sie ultimativ auf, sich zu ergeben. Er ordnete für den Raum Lissabon den Ausnahme-Zustand an und unterstellte alle Lissaboner Truppen seinem Kommando.

Auf Seiten der politischen und militärischen Linken gab es offenbar nicht einmal Ansätze zu einem Putschversuch oder auch nur zu einer koordinierten Abwehr der nun folgenden militärischen Schläge.

Von allen Einheiten ergriffen nur die weit links stehenden Soldaten der Militärpolizei (PM) offensive Maßnahmen: Sie besetzten eine Rundfunk- und eine Fernsehstation und verlasen Aufrufe an das Volk, die Revolution zu verteidigen, auf die Straßen zu gehen, zu den Kasernen, Rundfunksendern etc. zu kommen.

Die Soldaten der RALIS ergriffen dagegen lediglich die bei rechten Putschdrohungen üblichen Sicherheitsmaßnahmen: Geschütze wurden vor der Kaserne aufgestellt und ein Geschütz an der nach Lissabon führenden Straße – in der Nähe der RALIS-Kaserne – postiert, um möglicherweise anrückende konterrevolutionäre Truppen aufzuhalten.

Alle diese Maßnahmen hatten nur den Charakter, sich gegen drohende Angriffe der Rechten zu schützen oder allenfalls die Aktion der „Paras" von Tancos zu unterstützen. Demgegenüber ist der Versuch von Reaktion und Sozialdemokratie, einen „kommunistischen Putschversuch" zu er-

oder allenfalls die Aktion der „Paras" von Tancos zu unterstützen. Demgegenüber ist der Versuch von Reaktion und Sozialdemokratie, einen „kommunistischen Putschversuch" zu er-

finden und als dessen Drahtzieher u.a. den COPCON-Chef Carvalho sowie Mitglieder der früheren Regierung Concalves hinzustellen, geradezu grotesk. Hätte Car-



Die fortschrittlichen Arbeiter von 'O Seculo' schützen das Verlagsgebäude vor der PS/MRPP-Demonstration.

valho z.B. in irgendeiner Weise etwas mit den Ereignissen zu tun gehabt, so wären die Dinge sicherlich anders gelaufen. Es gibt aber keinerlei Indiz für irgendeine organisierte offensive Aktivität der COPCON-Truppen. Ebenso ist festzustellen, daß die als stark von der „KP" Portugals (PCP) beeinflußt geltenden Einheiten total „ruhig" blieben.

Was tatsächlich vor sich ging, war ein R e c h t s -putsch. Regierung und „Revolutionsrat" setzten die reaktionären „Kommando"-Truppen von Amadora und Panzer-Truppen aus Santarem in Marsch. Diese „eroberten" fast völlig widerstandslos die besetzten Flugplätze zurück. So reichten beispielsweise 20 Panzer aus, um die von 200 Fallschirmjägern besetzte Basis Monsanto „zurückzuerobern", da die „Paras" offenbar nur über Handfeuerwaffen verfügten und keine Chance zum Widerstand hatten – zumal gleichzeitig Kriegsflugzeuge über dem Stützpunkt kreisten.

Ebenso wurden die „besetzten" Sende-Stationen leicht „erobert", nachdem zuvor mit „Warnschüssen" die zum Schutz der Sender gekommenen Menschenmassen vertrieben worden waren.

Das offenbar einzige kurze Gefecht gab es bei der Stürmung der Kaserne der Militärpolizei durch reaktionäre Truppen. Es gab mehrere Tote auf beiden Seiten. Aus den Berichten geht hervor, daß die Soldaten der Kaserne bereits ihre Kapitulation mitgeteilt hatten, aber die Kaserne trotzdem angegriffen wurde. Nach manchen Meldungen begann die Schießerei damit, daß die reaktionären Truppen in die Menschenmenge schossen, die die Kaserne schützend umgab.

Als letzte kapitulierten erst einige Tage später die Fallschirmjäger in Tancos selbst, nachdem sie eingekreist waren und ihnen totale Vernichtung angedroht worden war.

Keine organisierte Reaktion der Linken

Die PCP und die revolutionäre Linke wurden von den Ereignissen offensichtlich überrascht. Zwar rief die PCP ihre Mitglieder zusammen und die Metaller-Gewerkschaft forderte zu Streiks und Unterstützungsaktionen für die fortschrittlichen Soldaten auf. Die PCP-Führung entschied sich aber insgesamt dafür, keine weitergehenden Maßnahmen zu ergreifen. Ihre Haltung, die dem raschen Vormarsch der Rechten den Weg ebnete, wird aus dem Kommunique deutlich, das die PCP am 25. November verbreitete: „Keine Verzweiflungsakte unternehmen", „eine Lösung auf dem Verhandlungsweg suchen". Während die Regierung Azevedo u.a. Mitglieder der früheren Regierung Goncalves (in der die PCP eine wesentliche Rolle spielte) verhaften bzw. polizeilich jagen läßt, arbeitet die PCP weiterhin in der Regierung Azevedo mit. Sie sorgt mit etwas Kritik an den Repressions-Maßnahmen und zugleich mit beschwichtigenden Appellen dafür, daß die Regierung und die Rechten vorerst Schritt für Schritt ihre Absichten durchsetzen können.

Über die Reaktion der revolutionären Linken ist z.Z. wenig bekannt. Anscheinend resignierte sie weitgehend, nachdem die PCP, die über den größten Masseneinfluß verfügt, die Massen demobilisierte.

Die Grenzen des Einflusses der revolutionären Linken im Volk und in den Streitkräften wurden dabei recht deutlich.

fügt, die Massen demobilisierte.

Die Grenzen des Einflusses der revolutionären Linken im Volk und in den Streitkräften wurden dabei recht deutlich.

Dennoch bleibt festzuhalten, daß es durchaus zu einer Unterstützung aus der werktätigen Bevölkerung für die fortschrittlichen Soldaten kam. Tausende von Menschen waren zu den Kasernen und besetzten Sendern gekommen, um sich mit den Soldaten zu solidarisieren und ihnen zu helfen. In Setubal (bei Lissabon) und beim RALIS forderte die Menge laut Presseberichten die Verteilung von Waffen, offenbar ergebnislos.

In Porto, in Nordportugal, wo die Kampfbedingungen weit schlechter sind als in Lissabon, nahmen immerhin rund 10.000 Menschen an einer Demonstration gegen die repressiven Maßnahmen teil.

Die Reaktion schlägt zu

Bis zum 30. November sollen nach offiziellen Berichten insgesamt 160 Menschen verhaftet worden sein. Unter ihnen sind Dinis Almeida, der linke Kommandant des RALIS, der Kommandeur der Militärpolizei, Campos de Andrade, und sein Stellvertreter Baptista Tome, Luftwaffenhauptmann Paulino, Mitglied der aufgelöstn „Fünften Division" (frühere fortschrittliche Propaganda-Abteilung des MFA), der Innenminister der früheren Regierung Goncalves. Gesucht werden noch u.a. Costa Martins, ehemaliger Arbeitsminister der Regierung Goncalves und der Hauptmann Clemente von der Militärpolizei, der einen Aufruf über den besetzten Fernsehsender verlesen hatte. Gesucht werden auch die Genossen Isabel do Carmo und Carlos Antunes, Führer der revolutionären Organisation PRP/BR. Nach Berichten aus Portugal sollen auch gegen die Führer anderer revolutionärer Organisationen Haftbefehle bestehen; insbesondere werden dabei MES, LUAR und FSP genannt.

Dies bedeutet natürlich, daß die Genossen zunächst einmal „untergetaucht" sind und daß sich die Organisationen auf weitere Schläge der Rechten einstellen. Gleichfalls „untergetaucht" sind offenbar viele der revolutionären Soldaten, unter Mitnahme ihrer Waffen.

Die Militärpolizei wurde nach dem Rechts-Putsch total aufgelöst. Gleichfalls wurde das COPCON aufgelöst. Der bisherige COPCON-Kommandant Carvalho, der schon vor den Ereignissen den Posten des Kommandanten der Militärregion Lissabon verloren hatte, wurde degradiert und aus dem Revolutionsrat ausgeschlossen. Dasselbe geschah mit dem Generalstabschef der Bodenstreitkräfte, Fabiao: Er verlor seinen Posten und flog aus dem Revolutionsrat. Admiral Rosa Coutinho verließ „freiwillig" den Revolutionsrat. Ausgeschlossen wurde Marinestabschef Admiral Soares.

Damit hat die Reaktion und Sozialdemokratie völlig ihr Ziel erreicht, die „Linken" im weitesten Sinn (und Fabiao kann man wohl nicht einmal im weitesten Sinn als links ansehen) aus den militärischen Kommando- und Entscheidungsstellen auszuschalten. Wesentliche linke Einheiten sind liquidiert (Militärpolizei) oder angeschlagen (RALIS) worden; das COPCON als einheitliches Kommando wesentlicher fortschrittlicher Einheiten, ist aufgelöst.

Reaktion und Sozialdemokratie werden nun fortfahren wollen, Zug um Zug die übrigen linken und „unruhigen" Einheiten aufzulösen, die demokratischen und revolutionären Soldaten nach Hause zu schicken und sie durch Reaktionäre, Angola-Heimkehrer, nach dem 25. April entlassene Faschisten etc. zu ersetzen. Daß eine Einheit dagegen wirksamen Widerstand wagen könnte, scheint nach dem Schlag gegen die „Paras" von Tancos vorerst sehr unwahrscheinlich.

zen. Daß eine Einheit dagegen wirksamen Widerstand wagen könnte, scheint nach dem Schlag gegen die „Paras" von Tancos vorerst sehr unwahrscheinlich.

Auch ein weiteres lange verfolgtes Ziel hat die Rechte sehr weitgehend erreicht: Die „Säuberung" des gesamten Informationswesens. Hier gab es schon bisher die Angriffe vor allem auf die von den Arbeitern selbstverwaltete Zeitung „Republica", der gescheitere Versuch einer Presse-Zensur im September, die gleichfalls gescheiterte Besetzung der Rundfunk- und Fernseh-Sender Ende September, die Sprengung von „Rádio Renascença", die Entlassung von Linken aus der Leitung der Nachrichtenagentur ANP.

Nach dem Rechts-Putsch vom 25./26. November durften zunächst mehrere Tage lang überhaupt keine Zeitungen erscheinen. Später setzte eine Presse-Zensur ein. Alle Linken sollen aus den Redaktionen gefeuert werden. Einige fortschrittliche Zeitungen sollen eingestellt werden. Die Nachrichtenagentur ANP wurde unter die Leitung von Militärs gestellt. „Säuberungen" erfolgten gleichzeitig in Rundfunk und Fernsehen.

In Lissabon sorgte nach dem Rechts-Putsch der Ausnahmezustand für ein weitgehendes Ausbleiben von Massenprotesten. Nächtliche totale Ausgangssperre, tagsüber Demonstrations- und Versammlungsverbot; dazu Zensur aller Veröffentlichungen, Überwachung des Briefverkehrs. Wohnungsdurchsuchungen und Festnahmen jederzeit ohne richterliche Anordnung. Auch Streiks wurden verboten; die Regierung drohte an, jeden Streik zu unterdrücken.

Die Linken haben nicht nur ihre erreichten Positionen im Informationswesen, in der Armee u.a. auf einen Schlag weitgehend verloren. Sie müssen zugleich mit weiteren Verfolgungen und mit einer völligen Illegalisierung rechnen. Ihre Führer stehen auf den Fahndungslisten. Flugblätter und Zeitungen können sie nur „illegal" verteilen, um sie der Zensur zu entziehen. Demonstrationen und Versammlungen können zur Zeit nicht legal stattfinden, zumindest nicht in Lissabon.

Bisher ist die PCP von der Repression verschont geblieben. Aber schon läßt PS-Chef Soares erkennen, wo er noch hin will: Die PCP, so behauptet er, sei für den „kommunistischen Putschversuch" vom 25. November verantwortlich. *„Die Niederschlagung der Rebellion sei ein Sieg über die Kommunistische Partei"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 28.11.). Da schon zahlreiche linke Militärs als angebliche Verantwortliche für den „kommunistischen Putschversuch" verhaftet sind, läßt sich denken, welches Schicksal Soares den PCP-Führern bereiten will, sobald sie ihre „Schuldigkeit" (Demobilisierung der Massen) getan haben.

Soares hat im Übrigen schon bei früheren Gelegenheiten immer wieder gegen angebliche Putschpläne der PCP gehetzt und so dem jetzigen Vormarsch der Reaktion den Weg geebnet. Es sei an dieser Stelle nochmals an den skandalösen Beschluß der Jusos erinnert, für die PS runde 100.000 DM zu sammeln. Der letzte fortschrittliche Anspruch der Jusos wird damit ad absurdum geführt.

Es paßt ins Bild, daß Soares nach dem Rechts-Putsch fröhlich nach Porto reiste, um dort auf einer makabren „Siegesfeier" den *„Sieg für die Kräfte von Recht und Ordnung"* zu bejubeln (lt. „Süddeutsche Zeitung", 28.11.). Was hier gefeiert wurde, ist die weitgehende Beseitigung der Presse-Freiheit, die drohende Illegalisierung der revolutionären Organisationen, die Einschüchterung der werktätigen Be-

Die wirtschaftspolitischen Ziele der Azevedo-Regierung

Die wirtschaftspolitischen Ziele der Azevedo-Regierung

Hatte die reaktionäre Azevedo-Regierung bisher ihr wirtschaftspolitisches Programm – ebenso wie ihre sonstigen Absichten – wegen der machtvollen Widerstandsaktionen der Arbeiter, Bauern und Soldaten nicht verwirklichen können, so ist mit der jetzigen gewaltsamen Veränderung des politisch-militärischen Kräfteverhältnisses zugleich die Grundlage für die Durchsetzung der bereits seit Monaten entwickelten „Sanierungs"- und „Notstandsprogramme" geschaffen worden.

Detailliert ausgearbeitet wurden die wirtschaftspolitischen Ziele im *„plano de austeridade"* und vor allem im *„plano de emergencia"* (Notstandsplan), der von Melo Antunes stammt und bereits im Februar dieses Jahres von der Regierung gebilligt wurde. Beide Pläne nennen als hauptsächliches Ziel *„die Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits, insbesondere durch Unterbindung überflüssiger (!?) Importe und die Einschränkung des Konsums zugunsten einer Verstärkung der Investitionen (!)"* („NfA", 17.11.75).

Im einzelnen sind vorgesehen:

- **„die Sonderabgaben auf Importe einiger Güter"** zu erhöhen (was die Verbraucherpreise weiter in die Höhe treiben wird!);
- **„Steuererhöhungen auf Löhne"**;
- **„Herabsetzung des Höchstlohnes um 15 % (!!!)"**;
- **„Einfrierung ... der Kollektivabkommen** (sprich: Lohnstopp, Anm. d. Red.) **bis Jahresende"**;
- **„eine Rationierung von Waren ..., die im Rahmen des Staatshandels eingeführt werden"**;
- **„eine Kürzung der Mittel des Subventionsfonds für Lebensmittel"** (was die wesentlichen Waren des täglichen Konsums enorm verteuern dürfte);
- **„ein Einstellungsstopp für Personal im Öffentlichen Dienst"** (alle Zitate aus „Nachrichten für Außenhandel", 17.11.75).

Es liegt auf der Hand, daß durch eine derartige, extreme „Sparpolitik" das Heer der Arbeitslosen (z.Z. etwa 300.000, wobei die „Angola-Rückkehrer" noch gar nicht mitgerechnet sind!) rasch anwachsen wird. ●

völkerung durch den Ausnahmezustand, die Einführung der Post-Kontrolle und der jederzeitigen Verhaftungen usw. – Sehr entlarvend für eine Partei, die angeblich einen „menschlichen" und „demokratischen" Sozialismus (?) auf ihre Fahnen geschrieben hat!

Zwei Schritt vor, einen zurück

Der Rechts-Putsch vom 25./26. November hat den revolutionär-demokratischen Prozeß in Portugal erheblich zurückgeworfen. Die Verhaftung fortschrittlicher Militärs und die erfolgte oder drohende Auflösung linker Einheiten verändern das militärische Kräfteverhältnis stark zu Gunsten der Rechten. Resignation und ein Gefühl der Ohnmacht sind sicher bei vielen linken Soldaten, ebenso wie im ganzen Volk zurückgeblieben. Die Phase, wo die Linke und der revolutionäre Prozeß scheinbar mühelos von einem Sieg zum anderen spazierten und wo die Rechte zur Lächerlichkeit verdammt schien, ist zweifellos erst einmal vorüber. Schneller als früher wird die Rechte bereit sein, brutal „durchzugreifen", um Widerstand zu zerschlagen, denn das insgesamt veränderte Kräfteverhältnis verringert für die Rechten das Risiko.

Viele Möglichkeiten legaler Arbeit sind der revolutionären Linken nunmehr genommen worden. Es ist kaum wahrscheinlich, daß sie in dieser Hinsicht auf die Bedingungen vor dem 25. April zurückgeworfen werden könnte, aber sicher wird sie sich zunächst zumindest auf die Zustände eines „normalen" kapitalistischen Landes einrichten müssen.

Die Ereignisse vom 25./26. November sind sicher geeignet, um auch bei uns falsche, illusionäre Vorstellungen vom Masseneinfluß der revolutionären Linken und vom erreichten Stand der Bewußtheit der Massen und des revolutionären Prozesses zu korrigieren. Es hat sich gezeigt, daß der Revisionismus und die PCP immer noch mit Abstand die entscheidende politische Kraft in der Arbeiterklasse ist, ohne die und gegen die wirksame Abwehrmaßnahmen nicht möglich waren bzw. insgesamt nicht einmal versucht wurden. Aus den uns bisher vorliegenden Berichten aus Portugal geht hervor, daß auch von einem organisierten Rückzug der revolutionären Linken keine Rede sein kann; daß vielmehr die revolutionäre Linke insgesamt von den Ereignissen überrumpelt und von der Haltung der Revisionisten enttäuscht wurde und unter diesen Bedingungen kaum eine Reaktion zeigt.

Überschätzt haben wir wohl insbesondere auch den Einfluß der revolutionären Linken in den Kasernen und den politischen Stand in den Einheiten überhaupt. Die Soldaten haben in der Situation vom 25./26. November viel mehr spontan als organisiert reagiert. Von vielen Einheiten, die in den letzten Wochen und Monaten durch bedeutende Kämpfe hervorgetreten waren, kam anscheinend keine oder nur eine schwache Reaktion auf die Ereignisse.

Der Rechtsputsch vom 25./26. November lenkt unsere Aufmerksamkeit erneut auf die teilweise aus dem Blick geratene historische Erfahrung, daß ein revolutionärer Prozeß nicht wie ein Spaziergang abläuft, daß sich ein solcher Prozeß unter Rückschlägen entwickelt. Der revolutionär-demokratische Prozeß in Portugal hat ganz sicher innerhalb von nicht einmal zwei Jahren begeisternde Fortschritt gemacht. Es hat sich aber auch gezeigt, daß eine Revolution nicht innerhalb einiger Monate gemacht werden kann, daß eine Revolution nicht ohne eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse gemacht werden kann, daß eine Revolution das Ergebnis vieler und langjähriger Erfahrungen ist. Es ist noch in allen Fällen so gewesen, daß Revolutionen und revolutionäre Prozesse auch Rückschläge hatten und daß diese Rückschläge die Erfahrungen brachten, die es ermöglichten, weiter voranzugehen.

Dies wird sich mit Gewißheit auch in Portugal zeigen. Und die Rechten haben es bisher keineswegs geschafft, der Arbeiterbewegung und dem revolutionären Prozeß eine Niederlage beizubringen, die entfernt mit der chilenischen Katastrophe vergleichbar wäre. Die Strukturen der Arbeiterbewegung und der revolutionären Linken sind intakt, die Keimformen von „Poder Popular" (Volksmacht) sind nicht zerschlagen. Alle Voraussetzungen sind da, um nach einer notwendigen Phase der Umstellung und des Wiederaufbaus noch zielstrebiger und rascher den Weg des revolutionären Prozesses fortzusetzen.

Jetzt verstärkte Solidarität!

Unter der Parole „Portugal darf nicht das Chile Europas werden!" ist vor einigen Monaten eine internationale Solidaritäts-Kampagne angelaufen. Viele linke Organisationen haben dazu Beiträge geleistet, indem sie – teilweise auch gemeinsam – Veranstaltungen organisierten, Informationen verbreiteten, Geld sammelten etc.

Wir haben in diesem Zusammenhang u.a. zu einer Spenden-Kampagne aufgerufen, deren Ertrag der revolutionären Einheitsfront, FUR, zugute kommen soll. Darin sind vertreten der MES, die PRP/BR, die LUAR, MDP, FSP und LCI. Außerdem wollen wir eine besondere Sammlung für den MES durchführen, der unserer Einschätzung nach die politisch fortschrittlichste und einflußreichste Organisation innerhalb der FUR ist.

Nach dem Rechts-Putsch vom 25./26. November ist die Solidarität noch notwendiger geworden. Und zwar nicht nur materielle, finanzielle Solidarität. Sondern mindestens ebenso die Solidarität auf der Ebene der Agitation und Propaganda. Die Ereignisse vom 25./26. November haben unter den Werktätigen unseres Landes kein großes Echo und wenig Verständnis gefunden. Ganz sicher ist die Bedeutung der Ereignisse vom 25./26. November nicht so offensichtlich, erregt nicht so sehr Empörung, wie das faschistische Blutbad und der barbarische Terror in Chile. Umso mehr kommt es darauf an, Bewußtheit und politische Sensibilität auch gegenüber den Vorgängen in Portugal zu schärfen. Dies insbesondere angesichts der Tatsache, daß diesmal SPD und Gewerkschaften – anders als bei Chile – nicht einmal den Anschein einer demokratisch-antifaschistischen Haltung einnehmen, sondern daß sie ganz offen auf der Seite derjenigen stehen, die heute in Portugal zynische „Siegesfeiern" für den erfolgreichen Angriff auf die demokratischen Rechte des Volkes abhalten. ●

Klassenkämpfe vor dem Rechtsputsch

Der Streik der Bauarbeiter

Die Aktionen der portugiesischen Arbeiterklasse gegen die sechste Provisorische Regierung erreichten in den letzten Wochen mit dem Streik der Bauarbeiter einen Höhepunkt.

Der Streik war bereits am 29. Oktober in Sines von der dortigen Gewerkschaftsorganisation beschlossen worden. Bis zum 10. November, dem Tag, an dem der Streik auf nationaler Ebene ausgerufen wurde, hatten sich fast alle Arbeiterkommissionen und Einzelgewerkschaften dieser Branche angeschlossen. Am 11. November traten auch die Bauarbeiter der Region Porto in den Streik. Damit war über 90% der Bauindustrie lahmgelegt.

Bereits vor über sechs Monaten hatten die Bauarbeiter mit dem damaligen Arbeitsminister einen neuen Tarifvertrag ausgehandelt, der jedoch von den folgenden Regierungen nie verwirklicht wurde.

Im November schließlich waren die Arbeiter am Ende ihrer Geduld und verlangten die unmittelbare Erfüllung ihrer Forderungen:



„Für die Bewaffnung der Arbeiter"

„Für die Bewaffnung der Arbeiter"

- Anhebung des Mindestlohns von bisher 4.500 Esc. (etwa 450 DM) auf 6.500 Esc. (etwa 650 DM). Das entspricht etwa dem Mindestlohn der Industriearbeiter und bedeutet für die höchstverdienenden Arbeiter eine Lohnerhöhung von ca. fünf Prozent, für die bisher am schlechtesten Verdienenden eine Anhebung um 45%, im Durchschnitt eine Anhebung um 25%.
- Einheitliche Lohnskala für die gesamte Branche.
- Verstaatlichung des Bodens in den städtischen Zonen, um auf diesem Wege eine Verbilligung der Baukosten und damit der Mieten zu erreichen. Die Bauarbeiter machten klar, daß damit unter anderem auch die Frage geklärt sei, woher das Geld für die Lohnerhöhungen kommen solle.
- Schaffung neuer Arbeitsplätze, indem Projekte von nationalem Interesse initiiert werden, wie z.B. Staudämme und Bewässerungssysteme.
- Einsetzen einer Kommission, die das Verhalten des Arbeitsministers während dieses Konfliktes untersuchen soll.

Da das Arbeitsministerium nicht bereit war, eine schnelle Antwort zu geben, belagerten die Arbeiter zunächst das Arbeitsministerium in Lissabon und alle regionalen Behörden des Arbeitsministeriums und führten Demonstrationen im ganzen Land durch.

Die Regierung, die Zeit gewinnen wollte, schloß das Arbeitsministerium und „untersagte" dem Arbeitsminister, weiter zu verhandeln. Um der PCP den Schwarzen Peter zuzuschieben, übertrug sie dem Sozialministerium, das vom einzigen PCP-Minister in der sechsten Regierung geleitet wird, die Lösung des Konflikts.

Am 13. November belagerten die Bauarbeiter als Antwort auf diese Manöver der Regierung den Regierungspalast, in dem zu diesem Zeitpunkt sowohl der Ministerrat als auch die „Verfassunggebende Versammlung" tagten.

Nach zwei Tagen und Nächten stimmte die Regierung den Forderungen der Bauarbeiter im Wesentlichen zu.

Die Belagerung, die mit etwa 30.000 Arbeitern begann, wurde im Lauf des Tages immer zahlreicher von den Arbeitern des Lissaboner Industriegürtels sowie von Landarbeitern, die aus dem Alentejo gekommen waren, unterstützt.

Aus dem ursprünglichen Lohnkampf der Bauarbeiter war ein Kampf der Arbeiter und Landarbeiter des ganzen Landes gegen die sechste Regierung geworden.

Im Laufe des Tages verabschiedeten außerdem zahlreiche fortschrittliche Militäreinheiten des Landes Solidaritätsresolutionen.

Die Parolen, die sich ursprünglich hauptsächlich gegen den Arbeitsminister Tomas Rosa gerichtet hatten, forderten nun z.T. den Sturz der Regierung. *„Weg mit der Rechtsregierung – für eine revolutionäre Arbeiterregierung"*, *„Das Volk will keine Faschisten an der Macht"*, *„Azevedo, das Volk will dich nicht"* und *„Azevedo, das ist nicht dein Haus"* waren jetzt die Hauptparolen.

„Azevedo, das Volk fürchtet dich nicht"

Für Sonntag, den 16. November, rief das Provisorische Sekretariat der Arbeiterkommissionen der Industrieregion Lissabon-Setubal zu einer Demonstration gegen den faschistischen Terrorismus und gegen die Reaktion auf. Es wurde die größte Demonstration in Lissabon seit dem 1. Mai, und es wurde eine Demonstration, die machtvoll zeigte, daß die sechste Regierung in großen Teilen des Volkes völlig isoliert ist.

Auf der Abschlußkundgebung überbrachte der frühere Arbeitsminister Costa Martins Grüße des ehemaligen Ministerpräsidenten Gonçalvez. Er wurde ebenso stürmisch gefeiert, wie Otelo de Carvalho, der eine Grußbotschaft verlesen ließ.

Demgegenüber verlief die „nationale Mobilisierung" der PS, die unter der demagogischen und erlogenen Losung, die PC wolle *„die sechste Regierung stürzen und eine Diktatur errichten"* ausgerufen wurde, ausgesprochen kläglich. So demonstrierten z.B. in der nordportugiesischen Stadt Viseu, einer der Hochburgen der Reaktion, lediglich 10.000 Reaktionäre unter den Fahnen der PPD und 1.000 unter denen der PS, noch dazu in getrennten Demonstrationen.

Am Mittwoch setzten die Arbeiter von Lissabon ihre Offensive fort: Die Müllarbeiter streikten und forderten neben Lohnerhöhungen den Rücktritt der Leitung der städtischen Verwaltung. An ihrer Stelle forderten sie die Beteiligung der Einwohnerkommissionen an der Verwaltung.

Am Abend trat der Verwaltungsrat zurück und beantragte eine Untersuchung über seine Arbeit.

Regierung stellte die Tätigkeit ein

Hatte die Regierung bereits anläßlich des Bauarbeiterstreiks erklärt, sie wisse nicht, woher das Geld für die „unvernünftigen Forderungen" der Arbeiter zu nehmen sei, so mußte sie mit Recht befürchten, daß auf den Streik der Bauarbeiter und der städtischen Arbeiter weitere ökonomische Forderungen anderer Sektoren folgen würden. Entscheidender aber war, daß die Regierung sich ohnmächtig einer immer breiter werdenden Bewegung gegenübersah, die ihre Ablösung forderte.

Die Regierung handelte daraufhin so, wie es normalerweise die Börsen bei ruinösen Kursstürzen tun – sie schloß ihre Schalter, d.h. sie stellte ihre Tätigkeit ein und gab damit das Signal für eine Kraftprobe zwischen den Volkskräften und der Reaktion.

Azevedo erklärte unverblümt, die Regierung könne nicht mehr regieren, wenn *„die Regierten die Macht haben"*. Er führte weiter aus, daß eine Regierungstätigkeit in *„gewissen Teilen des Landes unmöglich ist, da die Streitkräfte nicht zur Verfügung der Regierung stehen"*.

Er forderte den Staatspräsidenten auf, die Voraussetzungen für eine „normale" Regierungsarbeit zu schaffen, das heißt, die Armee von Linken zu säubern.

Die Antwort war eine breite Mobilisierung der Lissaboner Arbeiterkommissionen gegen diesen Erpressungsversuch. Unter der Parole *„Gegen die Regierung der Rechten und der Erpressung – für eine revolutionäre Arbeiterregierung"* fand noch am selben Tag eine Demonstration statt, an der abermals weit über 100.000 Menschen teilnahmen.

Die Gewerkschaftszentrale Intersindical rief zu einem zweistündigen Generalstreik auf, der am 24.11. im ganzen Land durchgeführt wurde.

Konter-„Revolutionsrat" will rechten Kommandanten der Militärregion Lissabon durchsetzen

Die Arbeitseinstellung der Regierung war das Signal für eine Reihe von Maßnahmen, die von langer Hand vorbereitet wurden, um die militärische Situation zu „bereinigen". Während in fast allen Einhei-

militärische Situation zu „bereinigen". Während in fast allen Einhei-

ten des Landes die demokratischen Kräfte an Einfluß gewannen, während die Fallschirmjäger von Tancos, die als Kern der reaktionären Eingreiftruppe AMI fungieren sollten, als Ergebnis ihrer Selbstkritik über ihr Mitwirken bei der Sprengung des Senders Rádio Renascença die Auflösung der AMI fordern, während immer mehr Waffenlager der Armee von fortschrittlichen Soldaten unter Verschluß gehalten wurden, bereitete der „Revolutionsrat" Maßnahmen zur Absetzung des Kommandanten der Militärregion Lissabon, General Carvalho, vor. Sorgfältig verpackt in scheinbar fortschrittliche Maßnahmen, wie der Auflösung der AMI (die völlig isoliert und personell ausgezehrt war) beschloß der Revolutionsrat, daß Carvalho zwar das COPCON-Kommando behalten soll, daß jedoch Vasco Lourenço, Mitglied der reaktionären „Gruppe der Neun" um Melo Antunes, Kommandant der Militärregion Lissabon werden soll.

Damit sollte nach dem Willen der rechten Militärführung das Ruder herumgerissen und der Auftakt für die Wiedereinführung der bürgerlichen Disziplin in der Armee gegeben werden. Außerdem wird die Besatzung der Fallschirmjägereinheit Tancos in den Bereitschaftsdienst angeordnet, d.h. sie sollte aufgelöst werden. Während Carvalho mit seiner Absetzung zunächst einverstanden schien, lehnte die breite Mehrheit der Soldaten und Offiziere der Militärregion sowohl diese Absetzung als auch die Auflösung der Fallschirmjägereinheit Tancos ab. In den folgenden Tagen wurde die militärische Lage immer gespannter. In Erwartung einer militärischen Konfrontation besetzten Soldaten der (linken) Militärpolizei die Sender, um einem Angriff reaktionärer Truppen zuvorzukommen.

Die Entscheidung des "Revolutionsrats" hatte die Auseinandersetzung von der Ebene der Arbeiterdemonstrationen auf die der militärischen Auseinandersetzung verlagert. ●

VR Angola im Kampf gegen imperialistische Agressionen

Die Volksrepublik Angola ist von der ersten Stunde ihres Bestehens an konfrontiert mit der Spaltung des Landes – formal vollzogen durch die Proklamierung der Gegenregierung von FNLA/UNITA in Ambriz – und einer erneuten Verstärkung der imperialistischen Aggression gegen das Volk.

Hierbei zeigt sich immer deutlicher, daß die „internen" Kräfte des Imperialismus, UNITA und FNLA trotz gigantischer Aufrüstung, u.a. mit eigener Luftwaffe, die ihnen zugedachte Aufgabe, Zerschlagung der MPLA, in keiner Weise erfüllen können. Selbst die bürgerliche Presse gibt zu (wenn auch zögernd), daß die Hauptlast des Krieges von Zaire, Südafrika und anderen Söldnern getragen wird. Diese Entwicklung bestätigt erneut, daß die Faschisten von FNLA und UNITA in Angola keine soziale Basis haben, d.h., die Bezeichnung „Bürgerkrieg" kaum mehr der Realität entspricht.

Die größten Erfolge hatten die imperialistischen Aggressoren zweifellos bei ihrem Vormarsch entlang der angolanischen Küste, bei dem sie Sá de Bandeira, Moçamedes, Benguela und Lobito okkopieren konnten, und nach schweren Gefechten vor der wichtigen Hafenstadt Novo Redondo gestoppt wurden.

Zwischenzeitlich ist enthüllt, daß dieser Vormarsch ausschließlich von 2000 Mann starken südafrikanischen Armee-Einheiten und weißen Söldnern geführt wird, lediglich ergänzt durch einige „schwarze" Spezialeinheiten („Flechas"), die schon von den portugiesischen Kolonialisten abgerichtet wurden. Diese Angaben konnten englische Reporter dokumentarisch belegen (vgl. u.a. „Guardian", 14.11., „FR", 18.11.). Dieser am 23.10. von Namibia („Südwestafrika") gestartete Überfall wird mit den modernsten Mitteln imperialistischer Kriegsmaschinerie geführt, mit Luftunterstützung und nagelneuen Panhard-Panzern (französisches Modell, das auch in Südafrika in Lizenz gebaut wird). Der Killertrupp wird *„durch eine extrem wirksame logistische Unterstützungsoperation bestens mit Benzin und Lebensmitteln versorgt"* („Guardian", 17.11.); diese Versorgung geschieht direkt von südafrikanischen Militärbasen aus („Reuter", zitiert nach „FAZ", 20.11.).

Unverhüllt berichten die Faschistenblätter Südafrikas auch über eine errichtete Luftbrücke zwischen dem Militärstützpunkt Rand (nahe Johannesburg) und der südangolanischen Stadt Sá de Bandeira, über die *„portugiesische Söldner, Südafrikaner und ehemalige Kongosöldner"* eingeschleust werden (vgl. „Le Monde", 18.11.). (Hier ist übrigens auch der alte Gefolgsmann Spinolas und führende Kopf des gescheiterten Septemberputsches in Portugal eingetroffen, General Galvao de Melo!)

Neben diesem direkten südafrikanischen Einmarsch engagieren sich die Faschisten noch durch Waffenlieferungen in das Hauptquartier der FNLA, Ambriz („Le Monde", 18.11.), wo u.a. „eine Batterie schwerer Artillerie" übergeben wurde („SZ", 17.11.). Offenbar zur Koordinierung dieser Aktion ist UNITA-Führer Savimbi erneut mit Faschisten-Chef Voster (RSA) zusammengetroffen; in kaum noch zu übertreffendem Zynismus fordert Savimbi ein noch stärkeres Engagement Südafrikas in Angola („Guardian", 14.11.). Daß das Rückgrat der UNITA von ausländischen Söldnern gebildet wird, wird zwischenzeitlich ebenfalls von Savimbi eingestanden:

„Ich brauche Leute, die mit Panzerwagen kämpfen, die wir selber nicht handhaben können. Vielleicht sind es Südafrikaner, Rhodesier, aber meistens sind es Franzosen. Hier sind Söldner, die in Biafra gekämpft haben. Die MPLA hat die Russen auf ihrer Seite. Wir mußten uns an Leute wenden, die es mit ihnen aufnehmen können. Wenn dieser Krieg in zehn Monaten zu Ende ist, und ich hoffe, daß dies der Fall sein wird, werden Sie erstaunt sein, wer uns hilft. Wir werden diesen Leuten danken, und wir werden Ihnen sagen, wer das ist". Ein Portugiese, der eng mit UNITA zusammenarbeitet, ergänzte: *„Die Südafrikaner leisten gute Arbeit. Sie sind Profis. Das ist ihr Krieg. Wenn sie den Krieg jetzt nicht hier führen, werden sie ihn auf ihrer Seite führen müssen".* („Guardian", 15.11.)

Die Rolle Südafrikas im Süden entspricht die Zaires im Norden Angolas. Hier kämpfen inzwischen sechs Bataillone der regulären Zairischen Armee gemeinsam mit FNLA (TASS nach „Le Monde", 13.11.). Wesentlich größere Einheiten sind bereits seit Ende September an der Grenze zu Cabinda stationiert; ihr Einsatz wurde propagandistisch mit der erfundenen „Anwesenheit der VR-Kongo in Cabinda" vorbereitet. Einen ersten Angriff der zairischen Armee auf Cabinda gab es am 9.11., durchgeführt gemeinsam mit der zairischen Tarnorganisation FLEC (besteht aus 500 Mann portugiesischer „Spezialeinheiten" und 1500 zairischen Rekruten, wird finanziert von Gulf Oil, dem größten imperialistischen Konzern in Cabinda – siehe „Le Monde", 11.11.).

Dieser Angriff wurde zwar erfolgreich abgewehrt – allerdings ist das von der VR Angola isolierte Cabinda gegen einen Generalangriff Zaires wohl kaum von den 2000 bis 3000 Militanten der MPLA zu halten, dies gilt auch, wenn diese Zahlenangabe („Le Monde", 13.11.) wesentlich zu niedrig sein sollte . Dazu kommen im Norden ebenfalls erheblich Kontingente international zusammengekaufter Söldner, die – ebenso wie FNLA selbst – unter dem militärischen Kommando des berüchtigten Kolonialschlächters Santos e Castro stehen. (Siehe hierzu verschiedene schwärmerische Artikel des „Welt"-Korrespondenten und ehemaligen persönlichen Freundes des Söldner-Führers „Kongo-Müller", Hans Germani, der seine Zelte im FNLA-Hauptquartier Ambriz aufgeschlagen hat – z.B. „Welt", 14.11.)

Die militärische Lage

Gegen den allseitigen imperialistischen Angriff verteidigt MPLA die junge Volksrepublik mit der Generalmobilmachung aller Kräfte:

„Es genügt nicht zu sagen, daß der Imperialismus noch nicht besiegt worden ist und daß der Kampf weitergeht. Wenn der Kampf weitergehen und der Sieg unseres Volkes sichergestellt werden soll, ist es unerläßlich, daß alle angolanischen Patrioten einen konkreten Beitrag zur Verwirklichung dieser Ziele leisten. In dieser Hinsicht ist eine der Hauptaufgaben die militärische Organisation unserer Massen für den Krieg. Die allgemeine Mobilisierung der Angolaner und die Organisation für Volksverteidigung soll die notwendigen militärischen Voraussetzungen schaffen, um die Niederlage und Vertreibung der Lakaien des Imperialismus zu ermöglichen. Auf der anderen Seite besteht eine andere Aufgabe, die zur Unterstützung des bewaffneten Volkswiderstandes ausgeführt werden muß, darin, das wirtschaftliche Leben im Hinterland sicherzustellen, gegenüber den Manövern eingedrungener faschistischer Lakaien wachsam zu sein, und die Produktion zu steigern. Nur durch eine derartige logistische Unterstützung der Frontstellungen wird es für das angolanische Volk und seine revolutionäre Vorhut, die MPLA, möglich sein, ihren Sieg sicherzustellen" (Radio Luanda, 11.11.).

Die waffentechnische Überlegenheit der Konterrevolution (siehe hierzu besonders AK 68) und der massive Söldnereinsatz haben jedoch offensichtlich zu recht erheblichen Rückschlägen geführt.

Der Vormarsch der Konterrevolution entlang der Küste konnte erst vor Novo Redondo gestoppt werden, der Verlust der Küstenstädte Moçamedes, Benguela, Lobito, sowie der südangolanischen Städte Sá de Bandeira und Serpa Pinto wurde von der MPLA bestätigt.

Die bürgerliche Zweckpropaganda verbucht heute die gesamte südliche Hälfte Angolas für die Truppen des Imperialismus.

Dies erscheint – schon wegen der bekannten personellen Schwäche der Faschisten – weit übertrieben. Die Kontrolle der Imperialisten-Söldner beschränkt sich offensichtlich teilweise nur auf die städtischen Zentren; der linke Angola-„Kenner" Wolf Geißler spricht z.B. davon, daß MPLA auf vier Fünfteln des Territoriums kämpft (siehe „Extra-Dienst", 14.11.).

Insgesamt ist die momentane Offensive der Konterrevolution der Versuch, die städtischen Zentren, besonders die Hauptstadt Luanda und die angolanische Küste zu okkupieren (Nachschub abschneiden), um so zunächst den zusammenhängenden Staat zu zerschlagen. FNLA-Chef Roberto sagte selbst:

„Nach einem militärischen Sieg der FNLA und UNITA wird die MPLA sicher ihren Kampf im Untergrund fortführen. Und es wird nicht leicht sein, diese Guerillas restlos auszuschalten. Aber ich halte es für günstiger, eine Rebellenbewegung zu bekämpfen, als mit einem Staatengebilde der Kommunisten zu leben, das den Anschein von Legalität erweckt. Deshalb stelle ich meine Strategie auf zwei Gleise. Vor Luanda wird ein Krieg mit festen Linien gekämpft. Gleichzeitig dringen die „Kommandos" tief in das gegnerische Gebiet ein". (Interview mit P. Hornung)

Doch auch dieses Unterfangen scheitert zusehends! Nicht nur das Roberto sein wohl zehn Mal gemachtes Versprechen – „am 11.11. stehe ich in Luanda" – nicht verwirklichen konnte. Auch voreilige Jubelmeldungen der bürgerlichen Presse über den „unaufhaltsamen Vormarsch in den Süden" (die „FAZ" vom 12.11. sah die Söldner schon 30 km südlich von Luanda) mußten kleinlaut korrigiert werden. Die „Namibia-Kolonne" ist 400 km südlich Luanda gestoppt und ihr konnten schwere Verluste beigebracht werden („SZ", 26.11.).

Auch der Überfall im Norden scheitert offensichtlich an der Kampfkraft der MPLA. Zwei Großoffensiven auf Luanda wurden abgeschlagen; bei der zweiten konnte eine 800 Mann starke FNLA/Söldner-Einheit vollständig vernichtet werden („SZ", 11.11.). Auch die mehrfach bedrohte Wasserversorgung Luandas in Quifandongo ist zwischenzeitlich wieder fest in der Hand der MPLA.

Ein Beispiel für die Tatsache, daß auch im Norden FNLA und zairische Armee nicht uneingeschränkt herrschen, sind Meldungen, daß die größte Stadt Nordangolas – Carmona, 250 km nordöstlich von Luanda – von Volksbefreiungsstreitkräften der MPLA angegriffen wird („SZ", 18.11.; man vergleiche auch diese Meldung mit den in der bürgerlichen Presse abdruckten Karten über den Frontverlauf).

Im „Volkshaus" der FNLA nach der Befreiung Luandas: Massaker werden aufgedeckt

Bei der Ankunft der OAU-Kommission in Luanda am 11.11.75: „Volksjustiz – gebt uns Holden und Savimbi"

Bei der Ankunft der OAU-Kommission in Luanda am 11.11.75: „Volksjustiz – gebt uns Holden und Savimbi"

Nochmalige Eskalation

Der Kampf um Angola hat für den

Nochmalige Eskalation

Der Kampf um Angola hat für den Imperialismus eine elementare Bedeutung. Es geht um die Entwicklung im gesamten südafrikanischen Raum.

Imperialisten-Stratege Germani („Welt", 18.11.): *„Es geht nämlich nicht nur um Angola, es geht um das südliche Afrika. Angola kann zum Sprungbrett der Eroberung Mittel- und Südafrikas werden. Gelingt es der MPLA dank massiver sowjetischer Intervention, Angola zu erobern, geraten Präsident Mobuto von Zaire und Kaunda von Sambia in die Schußlinie. Noch schwelen unter der Asche in Süd- und Ostzaire Reste des kommunistischen Brandes von 1964/65. (...) Dann würde sich vom Atlantik bis zum Indischen Ozean ein Block unter sowjetischer Führung bilden, der als Sprungbrett zum Angriff über den Kunene-Fluß an der Nordgrenze Südwestafrikas und über den Sambesi auf die große westliche Bastion im südlichen Afrika werden kann – ein Block von der Volksrepublik Angola bis zur Volksrepublik Mosambik. (...) Für Südafrika und Zaire ist der Kampf um Angola eine Lebensfrage, und die Folgen eines direkten Eingreifens von Sowjetmilitärs in Panzern und Flugzeugen könnte beide Länder endgültig zum offenen Kampf veranlassen".*

Streicht man hier die übliche Imperialisten-Demagogie (Volksbefreiungskampf als Eingriff von „Sowjetmilitärs" etc.), so trifft Germani durchaus den Kern. Ein antiimperialistisches Angola wäre tatsächlich ein Ansporn für die Völker Zaires und Sambias, mit den Kollaborateuren des Imperialismus aufzuräumen und gleichzeitig eine politische und logistische Basis für den Volksbefreiungskampf in Namibia.

So gesehen ist eine direkte, unverhüllte Aggression Zaires und Südafrikas gegen Angola – und an Vorwänden mangelt es bei so etwas bekanntlich niemals – bei anhaltenden Erfolgen der Volksbefreiungskräfte reale Möglichkeit.

Savimbi (UNITA) verhandelt seit längerem mit Rassistenführer Voster (siehe weiter oben) und selbst Roberto (FNLA), dessen Ziehvater und Schwager Mobuto sich mehrfach wortradikal in der OAU als „Kämpfer gegen das südafrikanische Rassistenregime" zu profilieren suchte, fordert den direkten Einmarsch der RSA: *„Die Regierung in Pretoria stellt ihre (offiziell) neutrale Haltung heraus. Sie könnte ihr schlecht bekommen, wenn die MPLA siegen sollte. Sie hätte dann einen neuen Todfeind an ihrer Nordgrenze stehen."*

Unverhüllter kann die klassenmäßige Identität der weißen und schwarzen Faschisten kaum beschrieben werden, bei allen taktischen Meinungsverschiedenheiten besteht absolute Einheit – wenn es gegen die Revolution, gegen die Volksmacht geht.

Dieser Zusammenhang läßt gleichzeitig erkennen, welch langen blutigen Weg das angolanische Volk noch vor sich hat. Immer deutlicher drängt sich der Vergleich mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes auf, das mit der Vertreibung des französischen Kolonialismus nicht einmal

sich der Vergleich mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes auf, das mit der Vertreibung des französischen Kolonialismus nicht einmal

die Hälfte an Opfern und Leiden bis zur endgültigen Befreiung vollbracht hatte. Und zweifellos droht Savimbi mit vietnamesischen Verhältnissen, wenn er droht: *„Wir werden B-52-Bomber einsetzen"* („Le Monde", 21.11.).

A LUTA CONTINUA – DER KAMPF GEHT WEITER

Afrika-Kommission, KB / Gruppe Hamburg

Spendenabrechnung MPLA / Portugal-Woche

Nachtrag zu AK 69: Diese Bestätigung der MPLA war bereits im letzten AK angekündigt, aber aus Versehen nicht mit abedruckt worden. Es handelt sich bei diesen Spenden um den Restbetrag der im Rahmen der Portugal-Woche gesammelten MPLA-Spenden.

Restbetrag von KB-Veranstaltung Hamburg (54.000 DM bereits direkt übergeben)	2.018,99
eingegangen auf Spendenkonto des KB	4.062,--
Bezirk St.Pauli (Hamburg, KB)	150,--
Sammlung des KB in Westberlin	3.551,--
Spende der KAG Göttingen (ca. 1.180 DM von Göttinger Veranstaltung schon direkt nach Angola überwiesen)	300,--
Veranstaltung der Aktionseinheit in Aachen	319,71
Veranstaltung der Aktionseinheit in Bielefeld	125,60
Extra-Sammlung des KB in Köln	300,--
KB-Veranstaltung in Hannover	3.461,30
Sammlung der GNK in Nürnberg	760,--
Veranstaltung der Aktionseinheit in Kassel	370,--
Sammlung in verschiedenen Orten im Südwesten (Karlsruhe, Stuttgart, Freiburg usw.)	314,12
Veranstaltung der Aktionseinheit in Frankfurt	1.872,--
zusätzliche Sammlung des KB in Frankfurt	421,16
(unklar)	590,--
(unklar)	406,50
(unklar)	295,--
(unklar)	240,--
	19.657,30
übergeben:	19.660,-- DM

Betrag erhalten 12.10.75

[Unterschrift]

(Koordinator der MPLA in der BRD)

5% — Lohnraub

Forts. von S. 1

Sieg der Stahlkapitalisten!

Nach der Aufstellung der 8%-Forderung durch die IGM-Führung entfachten die Stahlkapitalisten in der bürgerlichen Presse eine Hetzkampagne gegen die „unmäßige" Forderung. Entsprechend der klaren kapitalistischen Strategie, im kommenden Jahr ihre eigenen Profite durch niedrige Abschlüsse bei den Arbeitern zu steigern, legten die Kapitalisten erst in der dritten Verhandlungsrunde ein „Angebot" von 5% vor. Gleichzeitig erklärten sie, daß ein Abschluß oberhalb dieser Marke völlig ausgeschlossen sei und drohten mit weiterer Kurzarbeit und möglichen Entlassungen.

Den Lohnraub haben die Kapitalisten jetzt voll und ganz durchsetzen können. Entsprechend fiel auch die Freude in ihren eigenen Reihen aus. *„Die effektive Mehrbelastung der Stahlindustrie beträgt somit nur 4,9%"* („Handelsblatt" v. 17.11.75). Für den Kapitalistenverband Eisen und Stahl *„sei dieser Tarifabschluß erst durch die übernormale Laufzeit* (12 1/2 Monate, d.Red.) *des Vertrages und durch die Verlängerung der Regelung über die stahltypischen Zuschläge akzeptabel geworden".* („Handelsblatt", ebenda.) Die Kapitalisten verbuchen in beiden Punkten für sich eindeutige Erfolge; die Gewerkschaftsführung verschweigt die Bedeutung der verlängerten Laufzeit und die Beibehaltung der bisherigen Schlichtprozente. Denn dadurch wird die 5%-Brutto-Lohnerhöhung natürlich insgesamt noch um einige Punkte gesenkt, so daß tatsächlich nur 4,5% übrig bleiben!

Wer den Schaden hat, braucht bekanntlich für den Spott nicht zu sorgen. Die bürgerliche Presse spottet über die Gewerkschaftsführer und verhöhnt die angeschissenen Arbeiter und Angestellten.

Noch sanft klingt das so: *„Verglichen mit der Tarifpolitik der letzten Jahre ... nimmt sich der Abschluß recht bescheiden aus"* („Süddeutsche Zeitung", v. 17.11.75.) Und dann doch schon ein wenig schärfer: *„Der Tarifabschluß in der Stahlindustrie ist aus der Sicht der Arbeitnehmer kein Anlaß zum überströmenden* (?) *Jubel. Erstmals hat sich eine zudem noch so starke* (?) *Gewerkschaft mit weniger* (!) *als dem Ausgleich der Inflationsrate zufrieden gegeben"* („Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 17.11.75). Und an anderer Stelle heißt es: *„Nach dem Abzug der Steuern und der steigenden Sozialabgaben dürfte von einer Wahrung des Besitzstandes für die Stahlwerker kaum gesprochen werden können ..."* („Neue Ruhr Zeitung", v. 17.11.75).

Bankrott gewerkschaftlicher Tarifpolitik

Die IGM-Führung war in die Stahlrunde eingetreten mit einer Forderung die einerseits den Kapitalisten nicht weh tut, den Arbeitern aber den Kaufkraftschwund abdecken sollte (Hans Mayr nach „Handelsblatt" v. 16.9.75). Die 8%-Forderung war aber von Anfang an so niedrig angesetzt, daß nur bei ihrer vollständigen Verwirklichung die Arbeiter und Angestellten 1976 annähernd ohne Verluste überstanden hätten. An seine eigenen Erkärungen an die Adresse der Kapitalisten „den Arbeitern nicht zuviel zuzumuten und daß auch ein Streik nicht ausgeschlossen sei!" wollte sich Kurt Herb, Verhandlungsleiter der IGM, nun plötzlich überhaupt nicht mehr erinnern. Denn unmittelbar nach dem Lohnraubabschluß erklärte er, die 5% tragen nicht nur *„den wirtschaftlichen Gegebenheiten der Stahlindustrie Rechnung. Sie fangen auch die erwartete Preissteigerung für 1976 ab"* („Westdeutsche Allgemeine" v. 17.11.75) Daß die Gewerkschaftsführer in allererster Linie an die Bedürfnisse der Kapitalisten denken, ist schon fast zur Gewohnheit geworden. Woher aber plötzlich die Erkenntnis kommt, daß 5% brutto die Inflationsrate, Steuerprogression und Preissteigerungen auffangen können, daß weiß Kurt Herb wohl nur ganz alleine. Lieber verschanzt er sich hinter dem Beschluß der Großen Tarifkommission, die inzwischen mit 109 von 117 Stimmen dem Abschluß zugestimmt hat. Nach nur zwei (!)-stündiger Diskussion in der Tarifkommission konnte Herb bekanntgeben, die *„breite Zustimmung unterstreiche, daß bei den Mitgliedern eine ‚Wellenlänge' bestehe. Mit Sicherheit habe die wirtschafliche Lage* (der Kapitalisten, d. Red.) *zur Annahme des nicht berauschenden Ergebnisses geführt. ... Kritik sei vor allem an der geringen Erhöhung der Ausbildungsvergütung von 22. DM geübt worden."* („Süddeutsche Zeitung", v. 18.11.75).



Vor der entscheidenden Verhandlung war es in verschiedenen Betrieben zu Streiks gekommen (s.o.). Dabei handelte es sich meistens um auf den Betrieb selber beschränkte Aktionen, die darauf hinausliefen, „vom Betriebsrat Informationen einzuholen". Nur in wenigen Fällen verließen die Arbeiter das Werk und demonstrierten für ihre Forderungen in den Straßen. U.a. zogen am 15.11. 7.000 Arbeiter der August-Thyssen-Hütte in Duisburg vor das Verwaltungsgebäude und erhoben ihre Forderung auf volle durchsetzung der „gewerkschaftlichen Forderungen".

Schon vor der fünften Verhandlungsrunde kam es in zahlreichen Betrieben zu Protestaktionen und spontanen Streiks. Am 14.11. *„protestierten bei Krupp Rheinhausen insgesamt 1.000 Stahlwerker, bei Thyssen Niederrhein Duisburg 400, bei der ATH Hamborn/Beeckerwerth 6.500, bei Hoesch Phönix in Dortmund-Hoerde stand ein Hochofen still, bei den Stahlwerken Bochum verlangte fast die gesamte Morgenschicht vor dem Betriebsratsbüro Informationen. An den Tagen vorher legten bei Krupp Bochum 2.500 spontan die Arbeit nieder, in der Thyssen Henrich-Hütte-Hattingen rund 5.000, bei Mannesmann Solingen 250"* (nach „Metall", 23/75). Als sei das alles gar nichts, setzten Herb und Konsorten sich über die Aktionen der Kollegen hinweg und präsentierten ihnen diesen miesen Abschluß. Gleichzeitig wurden damit endgültig alle von den Kollegen in den Betrieben aufgestellten Forderungen vom Tisch gewischt.

Gesamtmetall hat Blut geleckt — und will noch mehr

Bereits unmittelbar nach dem Abschluß in der Stahlbranche erklärten die Kapitalisten der metallverarbeitenden Industrie, daß sie den Arbeitern noch weniger zugestehen wollen.

Die Metallkapitalisten drohen heute schon damit, daß durch einen Tarifabschluß a la Stahl *„das Beschäftigungsrisiko vergrößert, sowie die Aussichten auf eine Ertragsverbesserung verringert werden"* („Frankfurter Allgemeine", 17.11.). Die Kapitalisten wollen durch eine früh begonnene Kampagne bei den von Kurzarbeit betroffenen Kollegen, bei den von Entlassungsdrohungen eingeschüchterten Arbeitern schon heute den Grundstein für einen noch weitergehenden Lohnraubabschluß legen.

Am 24.11. trat die Tarifkommission von Baden-Württemberg zusammen und verschob erst mal den Termin für die Aufstellung einer Forderung auf den 10. Dezember. Bezirksleiter Steinkühler erklärte aber schon im voraus, daß *„die Forderung bescheiden (!) sein (werde), doch nicht so bescheiden, wie die Arbeitgeber sich das vorstellen"* („Frankfurter Rundschau", 14.11.75). Gleichzeitig forderte Steinkühler, *„Die Löhne müssen so erhöht werden, daß eine kaufkräftige Nachfrage entsteht. Ein Inflationsausgleich genügt da nicht"* („FR", ebenda). Mit ähnlich kernigen Worten sind auch schon die Gewerkschaftsführer in die Stahlrunde gezogen. Das Ergebnis ist bekannt!

Für den Bezirk Nordmark haben die Kapitalisten schon die ersten „Orientierungsdaten" ausgegeben. Der Sprecher des Kapitalistenverbandes vertrat den Standpunkt, daß ein *„Null-Tarifvertrag zwar wünschenswert und das Vernünftigste wäre, aber wohl nicht möglich sein werde. Die Lohnerhöhungen (werden) ein beträchtliches* (!) *Stück unter der Geldentwertungsrate, und zwar der nominalen wie der realen* (!!!) *liegen".* („Frankfurter Rundschau", v. 12.11.).

Auch wenn schon in einigen Hamburger Betrieben unter den Kollegen die Diskussion über die Tarifrunde begonnen hat und in einigen Vertrauensleutekörpern Forderungen aufgestellt wurden (z.B. Spaeter: 250,– für alle und zwei Tage mehr Urlaub, 10% mehr Urlaubsgeld; Siemens: 150,– für alle und zwei Tage mehr Urlaub), so hat die Gewerkschaftsführung insgesamt die Linie des „Abwartens" eingeschlagen. So wurde die nächste Tarifkommissionssitzung erst für den 19.12. (!) einberufen, um über eine Forderung zu diskutieren. So gab Bezirksleiter Otto vom Steeg auf einer Vertrauensleutevollversammlung bei B+V zwar die kernige Parole aus „Die nächste Tarifrunde wird kein Spaziergang", empfahl den Kollegen aber lediglich, „daß Information (!) und Bildung (!) der Mitglieder absoluten Vorrang haben müßten" (nach „Metall", 22/75).

Das ganze Jahr wird davon nicht geredet. Wenn die IGM Führer jetzt auf einmal mit „Bildung" und „Information" ankommen, so ist das nichts als allgemeine Hinhaltetaktik und eine Beruhigungspille für die Kollegen.

Deshalb kommt es bei den laufenden Tarifverhandlungen darauf an, nicht auf die hohlen Versprechungen der Gewerkschaftführer zu vertrauen, die den Ausgleich mit den Kapitalisten wollen. Auf diese Art und Weise sind gerade die Kollegen der Stahlindustrie verschaukelt worden. Für die Arbeiter der Metallindustrie kommt es vor allem darauf an, für ihre Interessen einzutreten. Die Forderung: Gewerkschaften raus aus der konzertierten Aktion ist aktueller denn je. Nur kräftige lineare Lohnerhöhungen können die materielle Lage aller Arbeiter und Angestellten in gleicher Weise sichern. Für die Lehrlinge gilt es darüberhinaus für den Existenzlohn zu kämpfen.

Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse — die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse!!! ●

Metallkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Grußtelegramm des KB an die MPLA

Herzliche Glückwünsche zum jungen angolanischen Staat, Ausdruck der Freiheit des Volkes und der Vertreibung des Kolonialismus und Imperialismus, erkämpft durch Tausende angolanischer Patrioten.

Wir wissen, der Imperialismus und seine Lakaien werden nunmehr ihre Aggressionen verstärken, um das Errungene zu zerschlagen, die Freiheit des gesamten Volkes zu verhindern.

Letztlich jedoch wird ein Sieg — wie schon von FRELIMO und PAIGC errungen — von ihnen nicht verhindert.

Wir fahren fort in der Unterstützung Eures Kampfes mit allen Kräften!

MPLA — Vitoria Certa!
A Luta Continua!
Kommunistischer Bund

Geschickt an:
Comite Central der MPLA in Luanda
MPLA/Lissabon
MPLA/BRD

Opel/Bochum

Vertrauensleute fordern 220 DM für alle!

Auf der Vertrauensleute-Vollversammlung (VLVV) der Opel-Arbeiter in Bochum (am 23. November) wurde über den Kurs der Arbeiter und Angestellten bei der diesjährigen Metalltarifrunde und die aufzustellenden Forderungen diskutiert.

Dank des frühzeitigen und offensiven Vorgehens der „Gewerkschafts-Oppositionellen Gruppe" (GOG), die im Betrieb mit den Kollegen die aufzustellenden Forderungen diskutiert und über Flugschriften erläutert hat, entschieden sich auch die gewerkschaftlichen Vertrauensleute mit überwältigender Mehrheit für eine l i n e a r e Lohnforderung von 220 DM für alle (die GOG hatte übrigens eine lineare Lohnerhöhung von 250 DM propagiert).

Während die DKP-Mitglieder im Vertrauenskörper sich nur für eine zwölf-Prozent-Forderung stark machten, wurde von der Mehrheit der Kollegen argumentiert, daß die Lebenssituation der Arbeiterklasse sich insgesamt verschlechtert habe und die Arbeiter bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse nicht danach gefragt werden, in welcher Lohngruppe sie seien.

Die VLVV verabschiedete schließlich mit 236 Ja-Stimmen (bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung!!!) die nachstehende Resolution:

„Entschließung zur kommenden Lohnrunde 23.11.75

Die Vertrauensleutevollversammlung der IG Metall der Adam Opel AG Bochum fordert, daß der zum Jahresende auslaufende Lohn- und Gehaltstarif für das Tarifgebiet der Metallverarbeitung gekündigt wird. Die VL Vollkonferenz ist des weiteren der Meinung, daß, wenn allein der eingetretene Kaufkraftverlust durch diese Tarifrunde ausgeglichen werden soll, die Forderung zwölf Prozent lauten muß. Sie sieht sich in ihrer Forderung durch Aussagen von unternehmerfreundlichen Organen wie der „Wirtschaftswoche" bestärkt. Schon am 30.5.75 berechnete dieses Wirtschaftsmagazin nämlich, daß ein Kollege mit 2.000 DM Bruttolohn bei einer acht-Prozent-Lohnerhöhung nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialabgaben und einer gleichzeitigen Inflationsrate von sechs bis sieben Prozent noch einen Reallohnverlust von 28 DM hätte. Dazu sprechen die neuesten Angaben und Zahlen, gerade aus der gesamten Automobilindustrie, von Verkaufsrekorden und Sonderschichten. Unter Berücksichtigung dieser Daten und des o.g. Kaufkraftverlustes ist eine lineare Forderung von 220 DM (das entspricht zwölf Prozent) eine für alle Arbeitnehmer notwendige und gerechte Forderung. Die Vertrauensleute fordern daher, daß sofort mit der Aufklärung und Mobilisierung der Kollegen begonnen wird. Unternehmeräußerungen wie die des Herrn Schleyer und anderer zeigen, daß sie uns noch nicht einmal den Kaufkraftausgleich zubilligen wollen.

Dem gilt es schon jetzt entschieden zu begegnen!"

IGM-Ortssekretär Flakschin hat diese Resolution scharf verurteilt und erklärt: *„Ihr könnt fordern, was Ihr wollt, es gibt nur sechs Prozent!"* (Nach: einem Bericht des Opel-Solidaritätskomitees). ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

SPD-Parteitag: Vorbehaltslos hinter der Regierung

Vom 11. bis 15. November veranstaltete die SPD in Mannheim ihren 21. Parteitag. Als „Sprengstoff" waren in der Öffentlichkeit die Diskussionen über den „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen 1975 – 1985" (kurz OR '85 genannt) und die damit verbundenen Fragen der „Investitionslenkung" und „Vergesellschaftung" angekündigt worden.

Der „Sprengstoff" entpuppte sich aber bei näherem Hinsehen als Schlafmittel: Ohne große Diskussion wurde ein veränderter „Orientierungsrahmen" verabschiedet, den auch Kanzler Schmidt *„eine im Kern gelungene solide Diskussionsgrundlage"* nannte („HB", 13.11.).

Als wesentliches Ergebnis des Parteitages ist die einheitliche und vorbehaltlose Unterstützung der „sozial"imperialistischen Politik der Schmidt-Regierung hervorzuheben. Also Unterstützung des scharfen innen- und außenpolitischen Kurses (Spar- und Krisenpolitik, Abbau demokratischer Rechte, sowie Expansion nach Außen).

Auch die „Parteilinken", die „Halb-Linken" und die „links von der Mitte Stehenden" zeigten in Mannheim eine wahrhaft „staatstragende" Haltung und zollten der Schmidt-Regierung Beifall und Unterstützung. Ihr totaler Anpassungskurs bestätigt wieder einmal, daß es entgegen ständiger Beschwörungen der Juso-Führer nicht möglich ist, innerhalb und mit der SPD eine linke Politik durchzusetzen.



Während des Parteitages inszenierte Brandt eine internationale Show. Über 100 führende Sozialdemokraten aus 38 Ländern waren gekommen; ein illustrer Kreis. Darunter solche Typen wie Israels Außenminister Allon, der mit Plakette „ich bin ein Zionist" herumlief; Brandts Busenfreund PS-Führer Soares; Soares-Freund Gonzalez, Vorsitzender der Sozialistischen Partei Spaniens, der von den Franco-Behörden seinen vorübergehend eingezogenen Reisepaß zurückbekam, um nach Mannheim reisen zu können, während gleichzeitig in Spanien eine ungeheure Verhaftungswelle lief; Vertreter der beiden italienischen sozialdemokratischen Parteien PSI und PSDI; ein Mitglied des Exekutivbüros im Zentralkomitee des Bundes der Kommunisten (?), Jugoslawien usw. usf.



„Hoffentlich gibt's mit der CDU keinen Ärger wegen des ‚Sicherheitsrisikos'. Aber Hauptsache, das bringt uns auf die Titelseiten und einige Stimmen – den Helmut würde es freuen..."

Zum Auftakt ein paar kernige Sprüche vom Vorsitzenden

Mit seinem „Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" sorgte Brandt für die nötigen Schlagzeilen. *„In einer streckenweise kämpferischen Rede hielt Brandt der Union vor, sie werde in der Außen- und Innenpolitik sowie im wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu einem ‚Sicherheitsrisiko'. Die Opposition, . . . , kranke an ihrer ‚Machtbesessenheit'.*

Von der CSU gehe der ‚zerstörerische Ungeist von Sonthofen' aus, sagte der SPD Vorsitzende. Er beklagte den ‚notorischen Opportunismus' in der Union und die fehlende Abgrenzung gegen ‚autoritäre und rechtsradikale' Tendenzen" (FR 12.11.).

Das sind starke Worte, die aber nur der Imagepflege dienen. Denn tatsächlich orientiert sich die SPD auf eine Fortsetzung der „konstruktiven Zusammenarbeit" mit der CDU/CSU-Opposition im Parlament. Außerdem ist auch und gerade die SPD mit der Praxis der „Extremistenbeschlüsse", mit der „Spar"- und Lohnraubpolitik, um nur einiges zu nennen, selbst ein „Sicherheitsrisiko"!

Dieser Auftakt ist typisch für die Sozialdemokratie: Während die Formierung und reaktionäre Ausrichtung der e i g e n e n Reihen kräftig vorangetrieben wird, hängt man sich gleichzeitig das Mäntelchen des Kämpfers gegen die Reaktion und für die Demokratie um.

Der Schritt zum „Kanzlerwahlverein'

Schon vor Mannheim wurde das „Parteivolk" eingestimmt. Brandt forderte in der SPD-Mitgliederzeitung „sozialdemokratmagazin" (Auflage knapp eine Million) *„von unseren Delegierten in Mannheim . . . , daß sie den Freunden in der Regierung die notwendige Unterstützung geben"* (Heft 9/75). Für Wehner stand in Mannheim *„die Regierungsfähigkeit"* auf dem Spiel („BamS", 9.11.).

Unmittelbar vor Parteitagsbeginn hatte der Parteivorstand eine Entschließung an den Parteitag vorgelegt, deren wichtigste Punkte waren, ***„die Politik Helmut Schmidts generell zu stützen"*** und ***„unsere Wirtschaftsordnung im Kern unangetastet zu lassen*** ' („Vorwärts", 13. 11.).

Das Erproben der Lobhudeleigesänge führte zum gewünschten Erfolg. Bei den Wahlen zum Parteivorstand wurde Schmidt mit 404 Stimmen zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt gegenüber 286 Stimmen vor zwei Jahren.

In seinem Referat auf dem Parteitag machte Schmidt deutlich, was die Übereinstimmung mit seiner Regierungspolitik erfordert. ***„Was wir in Zukunft gemeinsam leisten können, das ist nicht mehr oder nicht weniger als die Garantie zu geben für die soziale und politische Stabilität der deutschen Demokratie nach innen und außen"*** („Welt", 13.11.). Zu deutsch: Garantie für die Stabilität des kapitalistischen Systems!

Auch die Gewerkschaftsführer paßten sich der Regierungspolitik an!

Die Bindung der SPD an die Regierungspolitik hat natürlich auch unmittelbare Bedeutung für die Haltung und Politik der Gewerkschaftsführer, die ja zumeist selbst SPD-Mitglieder sind.

Das wurde besonders an der Haltung zur „Mitbestimmungsfrage" deutlich.

Kein geringerer als Bundeskanzler und stellvertretende SPD-Vorsitzende Helmut Schmidt hatte in einem Brief an den *„lieben Heinz Oskar"* Vetter dem DGB taktische Tips zu dieser Frage gegeben:

„Sie sollten meines Ermessens die mitbestimmungspolitischen Ziele (volle Parität!) des DGB einerseits klar herausstellen; andererseits sollten Sie aber auch klar zu erkennen geben, daß wir (?!) als Gewerkschafter wissen, daß wir auch bisher nie ein entscheidenes gewerkschaftspolitisches Ziel in einem einzigen oder auch nur in zwei Schritten erreicht haben" („FR", 10.11.).

D.h. „im Prinzip" für die Parität, aber aus Rücksicht auf die FDP für *„den nächsten konkreten Schritt"* (Brandt), für den „Koalitionskompromiß" (in ihm werden die „leitenden Angestellten" als gesonderte Gruppe behandelt; also keine volle Parität zwischen „Arbeitnehmer"- und „Arbeitgeberseite").

Diese Taktik gefiel DGB-Chef Vetter. Auf der DGB-Großkundge- seite").

Diese Taktik gefiel DGB-Chef Vetter. Auf der DGB-Großkundgebung in Dortmund bezeichnete er den „Koalitionsentwurf" noch als *„Schritt in die falsche Richtung"* und versprach, *„Hunderttausende gegen die Unterparität mobilisieren zu wollen"* („FR", 11.11.) – zwei Tage später „fiel er um": der Koalitionsentwurf könne *„als ‚Einstieg' zur Bewältigung des Problems doch hingenommen werden"* (ebenda).

Ebenso auf dem SPD-Parteitag. In seiner Begrüßungsrede lehnte Vetter den „Koalitionskompromiß" ab – aber **„die Gewerkschaften würden die Beschlüsse des Parteitages ‚sicherlich respektieren' "** („Welt", 12.11.).

Und der Parteitag beschloß, Anträge zur Ablehnung des Regierungsentwurfs „als Material" an die SPD-Bundestagsfraktion (bzw. deren Papierkörbe) zu überweisen. Damit dürfte die leidgeprüfte „paritätische Mitbestimmung" ein jähes (und für manchen Juso und DKPler ein schmerzliches?) Ende gefunden haben!

Trotz „Spar" und Krisenpolitik, wir bleiben die Reformpartei!?

Die SPD-Führer haben sich wiederholt scheinheilig gegen den „Abbau" von Reformen, gegen einen „Reformstopp" ausgesprochen – nur der „Reformüberschwang" (Brandt) müsse aufhören.

der „Reformüberschwang" (Brandt) müsse aufhören.

Das ist sehr dreist. Sie verpflichteten den Parteitag zur Loyalität mit der jetzigen „Sparschweine"-Regierung und deren drastischen Abbau staatlicher Leistungen und „Reformen". aber schreien laut: „Haltet den Dieb"!

In diesem Zusammenhang ein kurzer Nachruf auf den **„Anti-Makler-Beschluß"**: Am 14.11. ist der „Anti-Makler-Beschluß" (Einschränkung des Maklerunwesens, Aufbau einer kommunalen Wohnungsvermittlung) gestorben. Nachdem er auf dem SPD-Parteitag 1973 gefaßt worden war, hat er sich von diesem Schreck nicht mehr erholt.

Der „Orientierungsrahmen 85": „Leeres Stroh"!

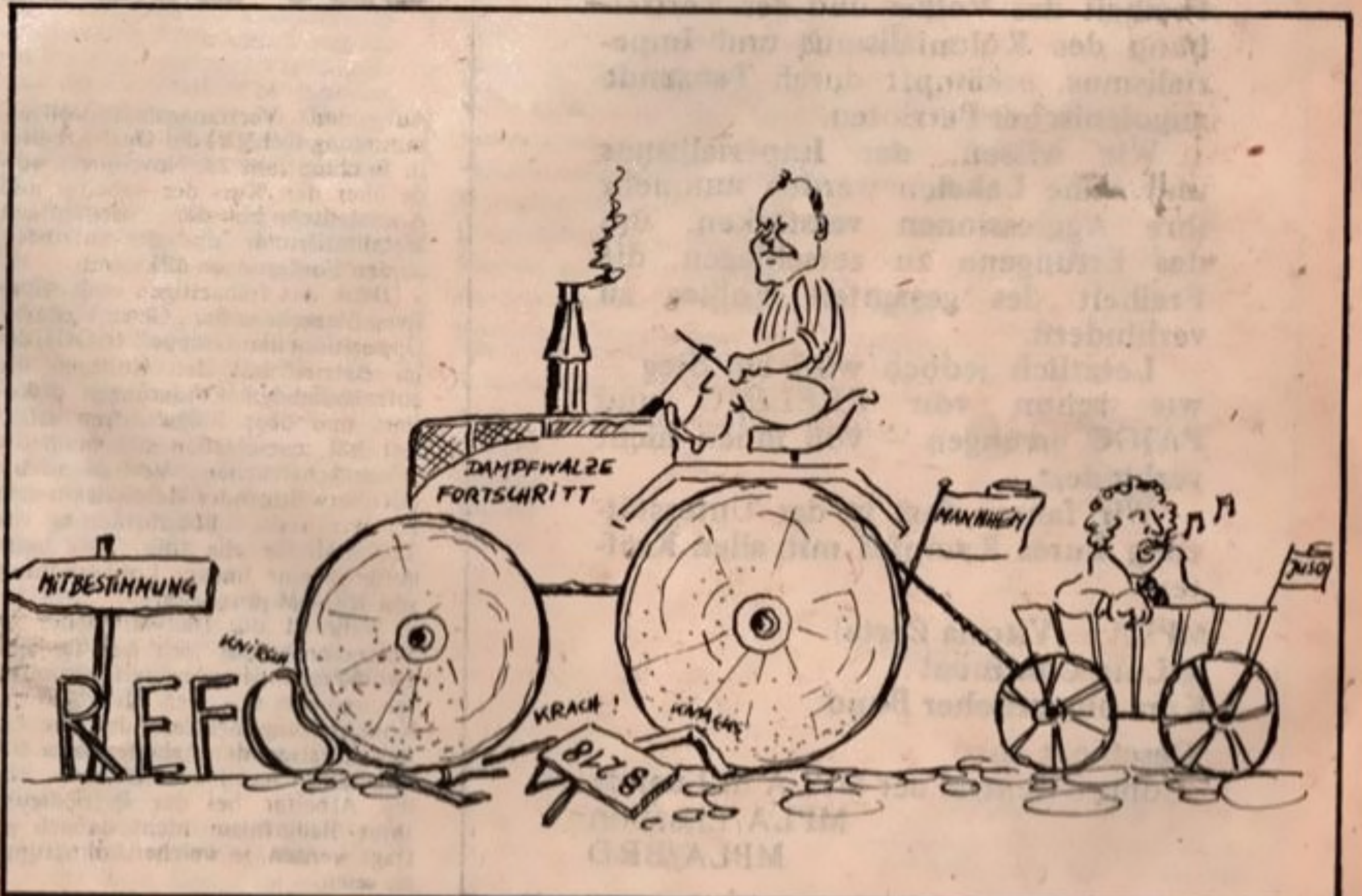
Nach über fünfjähriger Diskussion in allen Gliederungen der SPD verabschiedete der Parteitag bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen den „OR '85". Wenn man denkt, was lange währt, wird endlich gut, hat man sich getäuscht.

Mit großer Mehrheit sprachen sich die Delegierten sowohl *„gegen eine die öffentliche und die privaten Investitionen umfassende wirtschafliche Rahmenplanung als auch gegen die von einer Minderheit geforderten Investitionslenkungs- und verbote aus"* („HA", 15./16.11.).

Das Handelsblatt kennzeichnete den OR nicht ohne Witz: *„Er* (der Orientierungsrahmen) *befriedigt mit*

den OR nicht ohne Witz: „Er (der Orientierungsrahmen) befriedigt mit *gesuchter Unbefangenheit die Linke, die Rechte und die Mitte der SPD: wer nach Material für die . . . Investitionslenkung sucht, hier wird es ihm geboten. Wer ein Bekenntnis zum Vorrang der Marktwirtschaft finden will,* (der Orientierungsrahmen) *enttäuscht ihn nicht. Und wer dazu neigt, ‚sowohl als auch' zu sagen, der kann sich vor allem auf die Arbeit der Oertzen-Kommission berufen. . . .*

Das neue Langzeitprogramm ist typisch für die zur Zeit gebremste Theoriediskussion in der SPD: Die bekannten ideologischen Blindgänger werden nicht entschärft (?), sondern in leeres Stroh verpackt" (10.1.75).



Fortsetzung von Seite 6

Selbst Bundesjustizminister und Rechtsaußen Hans-Jochen Vogel hielt den OR für eine *„wichtige Konkretisierung des Godesberger Programms. . . .* (Der OR) *habe die Integration innerhalb der Partei gefördert (!). Zugleich habe der Orientierungsrahmen '85 die SPD in einen fruchtbaren Dialog mit vielen Gruppen der Gesellschaft gebracht"* („extra-dienst", 17.10.). Das sollte zu denken geben!

SPD-„Linke", was nun?

Der Parteitag hat sich in keinem Punkt ernsthaft (oder gar mit entwickelten Gegenpositionen) mit den Schweinereien der Regierungspolitik auseinandergesetzt. Geradezu komisch wirkten die Versuche der „Bild", „FAZ" oder „FR", um nur einige zu nennen, die gegensätzlichen „Flügel", die „Spannungen" oder gar „die innere Zerrissenheit der SPD" zu entdecken (Das natürlich aus unterschiedlichen Motiven: Die Springer-Presse, um doch noch glaubhaft zu machen, daß die SPD eine in Wahrheit „marxistische" Partei sei; die „FR" z.B., um vorzutäuschen, daß es in der SPD noch linke Positionen gebe, folglich es sich auch lohnt, in die SPD einzutreten . . .).

Reformtempo aus, weil der Staat nicht mehr die Mittel zur Verfügung habe" („FAZ", 14.11.). Diese Argumentation ist sicher Apelwürdig!

V o r Mannheim hatte die Juso-Führerin Wieczorek-Zeul die Zustimmung zum OR '85 noch von der Aufnahme bestimmter „Juso-Forderungen" in den OR '85 abhängig gemacht. Z.B. davon, *„daß die Forderung nach einer Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum nicht auf den Einzelfall beschränkt bleiben darf"* („das da" Nr. 11, Nov. '75).

I n Mannheim bei der Diskussion der Forderungen nach Investitionslenkung und Vergesellschaftung (als „Sprengstoff" für den Parteitag angekündigt!) waren sich *„Rudi Arndt und Jochen Steffen, zwei prominente Vertreter des linken (?) Flügels, . . . anscheinend schon vor der Debatte über das magere Ergebnis im klaren: Der eine kam erst gar nicht, und der andere ging beizeiten. Egon Franke* (berüchtigter „Kanalarbeiter", d.h. Rechtsaußen; d. Red.) *war's zufrieden: Breit grinsend schlenderte er ... durch die gelichteten Reihen"* („FAZ", 14.11.).

Den SPD-Oberen waren die Juso-Kniebeugen beinahe schon peinlich: *„Wer hatte aber mit mitunter fast ängstlicher Artigkeit* (der Jusos, d.Red.) *gerechnet? Horst Ehmke, . . . Berichterstatter der Arbeitsgruppe A, die den Orientierungsrahmen unter dem Aspekt ‚Der*



Die Partei-„Linken", „Halb-Linken", Links-von-der-Mitte-Stehenden

Die Partei-„Linken", „Halb-Linken", Links-von-der-Mitte-Stehenden

Ihre eher an Waschmittelreklame erinnernden Forderungen (5.000 Mark monatlich höchstens . . .) haben die SPD-„Linken" erst gar nicht groß verteidigt. Auf die „Kopfwäschen" und demagogische Juso-Schelte von „Gottvater" Brandt gab es *„verlegene Mienen, Betretenheit zuweilen, oft auch verstohlenes Klatschen von Leuten, die vor wenigen Jahren noch eisig geschwiegen oder Protest angemeldet hätten. Karsten Voigt zum Beispiel, vom zornigen Juso in die linke (?) Parteimitte ‚eingebürgert', rührte auch an kritischen Stellen die Hände, nicht sehr begeistert, aber unübersehbar"* . . . („FAZ", 12.11.).

Auch in der Sache war man sich im Grunde einig. Partei-„Linke" (oder sind sie etwa nur „Halb-Linke"?) sprachen sich ganz unverblümt für die Spar- und Krisenpolitik aus. *„Thomas von der Vring, . . . vor zwei Jahren noch engagierter Vertreter radikalen Gedankenguts* (was zu bezweifeln ist; d.Red.) *ist heute offen auf ein langsameres Staat in der parlamentarischen Demokratie' zu behandeln hat* (also ein Thema, in das auch die u.a. von der Wieczorek-Zeul geforderte ‚Investitionslenkung' hineinfällt; d.Red.), *sah sich gar zu der Aufforderung veranlaßt, der ‚feierlichen Stimmung' mit ein ‚bißchen Streit' abzuhelfen"* („FAZ", 14.11.).

Das zeigt nur allzu deutlich die Großmäuligkeit der Jusos. Ihre „Doppelstrategie" war nichts weiter als Doppelzüngigkeit, um kritische Teile der Jugend an die SPD zu binden. Inzwischen dürfen die Jusos aber in der Regel nicht mal mehr große Sprüche klopfen. Stattdessen wird von ihnen erwartet, den Jugendlichen ohne allzu viel „linken" Schnickschnack direkt die Regierungspolitik zu verkaufen. Hämisch schrieb die „FAZ" (14.11.): **„Es ist keine rechte Lust mehr, ein Juso zu sein."** ●

SPD Kommission
KB/Gruppe Hamburg

SPD-Führer „säubern" weiter

Leverkusen

Der fünfköpfige Unterbezirksvorstand der Jungsozialisten in Leverkusen ist mit sofortiger Wirkung seiner Ämter enthoben und zusammen mit drei weiteren Jungsozialisten Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses aus der SPD unterworfen worden (nach „Extra-Dienst", 7.10.75). Der SPD-Unterbezirksvorstand Leverkusen begründete sein Vorgehen mit „Verstößen" gegen den „Abgrenzungsbeschluß". Aktueller Anlaß der Disziplinierung der Jungsozialisten war ihre Unterstützung eines Aktionskomitees „Roter Punkt", das von verschiedenen Organisationen gebildet wurde und gegen eine angekündigte 20%-ige (!) Fahrpreiserhöhung des Nahverkehrsunternehmens im Rhein-Wupper-Sieg-Kreis kämpft.

Westberlin

Am 16. September fand zum Thema „Extremistenerlaß" eine öffentliche Parteiveranstaltung der SPD-Westberlin statt. Im Anschluß an diese Veranstaltung trug der stellvertretende Parteivorsitzende des Steglitzer Kreis, Gert Gruner, eine Resolution vor, in der es heißt, *„daß Verfassungsschutzunterlagen vernichtet werden müßten, um zu gewährleisten, daß dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes Rechnung getragen wird"*. Das Bundesverfassungsgericht untersagt eine Verwendung von Staatsschutzunterlagen gegen Bewerber für den Öffentlichen Dienst dann, wenn diese Unterlagen aus der Studien- und Ausbildungszeit des Bewerbers stammen.

(Der Westberliner Verfassungsschutz hatte unter der Schirmherrschaft der SPD Landes-Regierung in dieser Richtung allerdings erhebliches geleistet: Allein seit Herbst vorigen Jahres wurden insgesamt 24.000 Personen vom Verfassungsschutz überprüft, davon insgesamt
24.000 Personen vom Verfassungsschutz überprüft, davon insgesamt
über 1.800 Personen (!) als „Verfassungsfeinde" eingestuft („FR", 15. 10.75).)

Gruners Resolution entsprach im Wortlaut einem Beschluß des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg zu diesem Thema. Trotzdem strengten die rechten SPD-Landesfürsten (die „CSUler" in der SPD) ein Parteiordnungsverfahren gegen ihn an, mit der Folge, daß er mit einem dreimonatigen Funktionsverbot belegt wurde. Offizielle Begründung dieser Maßnahme: Die Resolution sei nicht mit dem Steglitzer Parteivorstand abgesprochen worden. Geläufiger klingt da schon die Standardformel der Rechten: „Auf der Veranstaltung seinen auch Kommunisten anwesend gewesen, was per Saldo Volksfront auf bezirklicher Ebene und mithin einen Vorstoß gegen Parteistatut- und -beschlüsse darstelle". ●

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Gretchenfrage: Wie hältst Du's mit den Frauen SPD???"



Frauen protestierten vor dem Parteitag gegen die frauenfeindliche Haltung der SPD-Führer

Unter dieser Parole protestierten vor den Türen des Mannheimer Parteitages Frauen gegen die Haltung der SPD-Führer zur Frauenfrage. Und diese Haltung ist sehr bezeichnend für die „Partei der „Sozial-Schwachen", der „Benachteiligten dieser Gesellschaft" usw..
Von den fast 440 Delegierten des Parteitages waren 36 Frauen, das sind noch nicht einmal 10 %. In der SPD hingegen sind etwa 20 % der Mitglieder Frauen.
Geradezu umwerfend ist die Sorge
Mitglieder Frauen.

Geradezu umwerfend ist die Sorge dieser Partei um Gleichberechtigung und Emanzipation der Frau. Der „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen 1975 - 1985" (OR '85) – über 5 Jahre in der gesamten Partei diskutiert – widmete diesen Themen 9 (neun!) Zeilen!

„Allerdings wurde bereits bei Vorlage der ersten Fassung angemerkt, daß dieser Mini-Teil „überarbeitungsbedürftig" sei und einer „Fortschreibung" bedürfe." („HA", 7.11.). – Ob wohl die Jusos für diese Anmerkungen verantwortlich sind? Aber Spaß beiseite.

Der inzwischen vom Parteitag verabschiedete OR (eine Schwarte mit zig Seiten) enthält jetzt zur „Gleichstellung der Frauen" 2 1/2 Seiten!

Die SPD-Frauen kritisierten diesen Passus zu Recht mit *„zuviel Zustandsschilderung... und zu wenig Forderungen nach konkreten Maßnahmen"* („HA", 7.11.). So wird unter „nächste Schritte" zum Beispiel *„der stufenweise Abbau der diskriminierenden Leichtlohngruppen mit dem Ziel ihrer vollständigen Beseitigung"* (s.o.) angegeben. Das ist typisch für die SPD-Oberen. Sie versuchen, auch den Frauen einzureden, daß sie noch nicht gleich die Abschaffung der Leichtlohngruppen, sondern erst deren „stufenweisen Abbau" fordern sollen.

Der „Frauen-Teil" endet mit dem hübschen Satz: *„Die SPD wird diese Politik nur dann glaubhaft vertreten können und für andere gesellschaftliche Gruppen beispielgebend sein,*
liche Gruppen beispielgebend sein,
wenn sie in ihren eigenen Reihen mit der Gleichstellung der Frauen Ernst macht." („HA", 7.11.). Bravo! Aber das fand selbst Springer s „Hamburger Abendblatt *„ganz und gar unpassend zur Unterrepräsentation der Frauen auf dem Mannheimer Parteitag..."* (7.11.).

Übrigens: Der Orientierungsrahmen wurde auf dem Parteitag bei nur einer Gegenstimme verabschiedet. Eigentlich hätten es aufgrund der Frauenfeindlichkeit m i n d e s t e n s 36 Gegenstimmen (die Frauen auf dem Parteitag) sein müssen.

In einer Partei wie der SPD, in der „die Macher" (Schmidt & Co.) die Politik bestimmen und die bedingungslos die Regierungspolitik (§ 218 usw.) unterstützt, werden die Frauen vergeblich auf ihre Forderungen hinweisen. Nicht mit der SPD – sondern nur g e g e n sie – werden die Frauen ihre Interessen durchsetzen können. ●

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kinderarbeit in Italien



Angelo war 13 Jahre alt und lebte in Süditalien. Seine siebenköpfige Familie hatte etwa 300 DM pro Monat zum Leben und darum arbeitete er in einer Möbelfabrik, in der er durch die Hobelmaschine vier Finger seiner rechten Hand verlor und so schon als Kind zum Invaliden wurde.

Salvatore war zwölf Jahre alt und lebte in Sizilien. Er arbeitete auf einer Baustelle und kam durch einen Kurzschluß ums Leben. Zwei seiner Geschwister waren schon durch Arbeitsunfälle getötet worden.

Auch seine Familie war groß und das Geld knapp.

Nach polizeilichen Angaben von 1970 leisten rund eine halbe Million italienischer Kinder zwischen sechs (!!) und 15 Jahren Erwachsenenarbeit! Die Dunkelziffer wird vermutlich um ein vielfaches höher liegen.

Diese Kinder arbeiten oft acht Stunden pro Tag in der Fabrik, auf Baustellen, in Kaffeehäusern und Geschäften. Ihr Lohn: durchschnittlich zwölf Mark pro Woche, manchmal nur ein warmes Essen!!

Die Arbeitslosigkeit unter den Erwachsenen ist groß, aber ein Kind in Italien findet immer Arbeit. Es ist ja auch eine feine Sache für den Kapitalisten: ein paar lächerliche Mark als „Lohn" für ein Kind, das so viel arbeitet wie ein Erwachsener, keine lästigen Lohnverträge, keine teuren Sozialabgaben, keine gewerkschaftliche oder politische Organisierung, bei „Unartigkeiten" oder Arbeitsunfällen fliegen die kindlichen Arbeiter eben sang- und klanglos raus.

Ihr dachtet wohl, Kinderarbeit hätte es nur im Frühkapitalismus gegeben ...? ●

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg



Eine mit mehr als 2.500 Menschen sehr gut besuchte Veranstaltung „Für die ersatzlose Streichung des § 218!" fand am 14. November im Audi Max der Hamburger Universität statt. Organisiert und durchgeführt wurde diese Veranstaltung von der „Arbeitsgruppe Frauen/KB", der „Frauengruppe/SSB", der „Frauengruppe im BDJ", der „Hamburger Frauengruppe/Montagsgruppe", der „Frauengruppe/Bergedorf" und der „Frauengruppe/Geesthacht".
In einer ganzen Reihe sehr agitativer Referate und mit Hilfe eines Films wurden die Diskriminierung, Ausbeutung und doppelte Unterdrückung der werktätigen Frau in unserer Gesellschaft angeprangert.

In der anschließenden Diskussion wurde vor allem um die Fragen diskutiert, wie der Kampf gegen den § 218 unter den jetzt verschärften Bedingungen zu führen ist und mit dem Kampf gegen die doppelte Unterdrückung der Frau verbunden werden kann. ●

Marburger Uni geschlossen und von Polizei besetzt

In der Nacht vom 25. auf den 26. November ließ der Universitätspräsident Zingel die Hochschule von der Polizei besetzen und schloß sie gleichzeitig auf unbestimmte Zeit. Damit hat der Kampf der Marburger Studenten um den Erhalt des Politischen Mandats einen vorläufigen Höhepunkt gefunden (siehe AK 69). An der Tatsache, daß dies die erste Schließung einer gesamten Universität ist, zeigt sich, daß der Staat hier mit unmißverständlicher Kompromißlosigkeit vorgehen will.



Gemäß der gemeinsam von RCDS und NHB getragenen Kampagne „Klagt den VDS kaputt" hatte der RCDS-Student Wolf ein Urteil erklagt, das dem ASTA (getragen von MSB und SHB) die Wahrnehmung des Politischen Mandats verbietet. Da dieser sich in der Wahrnehmung seiner Aufgaben nicht an dieses Urteil halten konnte, wurden bis heute Geldstrafen in Höhe von 22.000 DM gegen ihn verhängt. Der Universitätspräsident nahm dies zum Anlaß, den ASTA mit der zynischen Begründung, *„er könne nicht zulassen, daß die studentischen Gelder verschleudert würden"*, seines Amtes zu entheben. Als Bedingung für die Wiedereinsetzung forderte er vom ASTA eine Erklä-

den", seines Amtes zu entheben. Als Bedingung für die Wiedereinsetzung forderte er vom ASTA eine Erklä-

rung, sich jeglicher allgemeinpolitischer Stellungnahmen zu enthalten. Dann stellte er dem ASTA ein Ultimatum, zum 1.11. auf das Politische Mandat zu verzichten, andernfalls würde er einen Staatskommissar einsetzten.

men von MSB und SHB), einigten sich dann verschiedene politische Strömungen (KBW-nahe Studenten, GIM, SB, Sympathisanten des KB, Basis- und Initiativgruppen) auf ein gemeinsames Vorgehen und schlossen sich in einem „Aktionsbündnis" zusammen.

Aufgrund ihrer Unvereinbarkeitsbeschlüsse lehnten MSB und SHB und damit auch der ASTA ein einheitliches Vorgehen ab. Zuerst offen: „Keine Zusammenarbeit mit trotzkistischen und maoistischen Gruppen"

Auf der Grundlage einer Resolution, die am Fachbereich Pädagogik schon mit großer Mehrheit verabschiedet worden war (mit den Stim- (obwohl sie inhaltlich nichts an der Resolution auszusetzen hatten), dann mit versteckten „inhaltlichen Argumenten" (als sie merkten, daß die Stimmung eines großen Teils der Studenten gegen sie stand): die Resolution wäre inhaltsleer.

MSB/SHB machten dann die Anerkennung ihrer politischen Vorstellungen zur Voraussetzung für den Kampf zur Erhaltung des Politischen Mandats. Nicht „linke Politik im allgemeinen" stehe hier unter Beschuß, sondern die gewerkschaftliche Orientierung von MSB/SHB: *„Es geht den Herrschenden doch nicht um die Zerschlagung des Politischen Mandats der Studentenschaft ‚an sich', sondern darum, zu verhindern, daß diese verfaßten Organe zu Interessenvertretungs- und Kampforganen geworden sind, die gewerkschaftlich orientierte Politik verwirklichen"* („Streikpress" 1,28.10.). Mit dieser demagogischen Argumentation gelang es dem ASTA auf der Uni-Vollversammlung (VV) 1375 Studenten hinter sich zu bringen. Dagegen stand allerdings eine starke Opposition von 1.070 Studenten, die den Vorschlag des „Aktionsbündnisses" für ein einheitliches Vorgehen unterstützten.

Nach dieser Uni-VV sahen die MSB- und SHB-Strategen die Gelegenheit gekommen, einzulenken. Gegenüber den Studenten behaupteten sie, weiterhin das Politische Mandat offensiv wahrzunehmen, gegenüber dem Unipräsidenten segelten sie auf Kompromißkurs. In ihrer Anwort an Zingel erklärten sie zwar: *„Wir halten das Politische Mandat .... für unverzichtbar"*, schrieben aber an gleicher Stelle: *„... der ASTA betrachtet es als seine Pflicht, auf der Grundlage und im Rahmen der gesetzlichen Regelungen und rechtsstaatlicher* (!) *Normen, insbesondere des Grundgesetzes, der UNO-Menschenrechtskonvention, der hessischen Verfassung, des Hessischen Hochschulgesetzes* (fehlt nur noch die Bibel, Anm. AK) *und unter Inrechnungstellung rechtskräftiger ergangener Urteile* (!!) *zu arbeiten"* („Streikpress" 2,29.10.). Diese „rechtskräftig ergangenen Urteile" sind es aber gerade, die dem ASTA die Wahrnehmung des Politischen Mandats verbieten!

Auf dieses Zurückweichen ging Zingel zunächst scheinbar ein. Nach einer Demonstration mit ca. 4.000 Teilnehmern verlängerte er sein Ultimatum, erklärte aber gleichzeitig, die Erklärung des ASTA sei nicht ausreichend, der ASTA müsse vielmehr ganz auf das Politische Mandat verzichten!

ausreichend, der ASTA müsse vielmehr ganz auf das Politische Mandat verzichten!

Dies war für den ASTA ein „erster Erfolg" seiner „Massenaktionen". Das hinderte Zingel aber nicht daran, den ASTA trotzdem abzusetzen und seinen persönlichen Rechts-Referenten Juso (!) Naumann, als Staatskommissar einzusetzen.

Mit einer spontanen Demonstration von 1.500 Studenten wurde Naumann allerdings der Zugang zu den ASTA-Räumen verweigert. Da dem Unipräsidenten zu diesem Zeitpunkt ein Polizeieinsatz nicht opportun erschien (Marburger Universitätszeitung, 13.11.), wurde dem ASTA jetzt Geld, Strom und Telefon gesperrt.

Der ASTA suchte jetzt sein Heil in der Mobilisierung für die 8.11.-Demo („1.000 Marburger nach Dortmund"). Das „Aktionsbündnis" orientierte auf einen aktiven Vorlesungsboykott, u.a. wurde die Vorlesung des stadtbekannten Faschisten und Juraprofessors Wolf (Vater des RCDS-Klägers Wolf s.o.) gesprengt.

Unter diesen Aktionen war auch eine symbolische Besetzung des Verwaltungsgebäudes, gegen die Zingel die Polizei mobilisierte. Da auch Kommilitonen aus Frankfurt und Gießen an dieser Besetzung teilnahmen, hetzten MSB und SHB sofort gegen „politische Handelsreisende", die „UZ" (Zeitung der DKP) schrieb sogar von „aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten Maoisten und Trotzkisten"! Begierig griff die bürgerliche Presse diese „Informationen" als Stoff für ihre Hetze gegen die Studenten auf, wobei sie sich ausdrücklich auf die Erklärungen des ASTA berief („Oberhessische Presse" und „FR", vom 7.11.).

Am 12.11. sollte dann im auditorium maximum eine Solidaritätsveranstaltung aller hessischen Asten stattfinden. Der Universitätspräsident jedoch verweigerte den Raum! Der ASTA mobilisierte ca. 1.000 Studenten, die das audi max besetzten. Schon zu diesem Zeitpunkt drohte Zingel das erste Mal mit der Schliessung der Uni.

Auf der Suche des ASTA nach weiteren „Bündnispartnern" erklärte sich der Konvent der Uni (Selbstverwaltungsgremium) „solidarisch", betonte aber gleichzeitig, „die Wiedereinsetzung des ASTA müsse mit gesetzlichen Mitteln betrieben werden". MSB und SHB stimmten zu!

Immer wieder beteuerte der ASTA seine Unterwerfung unter die „Rechtsstaatlichkeit" (die er nur anders als die bürgerlichen Gerichte „interpretiert") und gab entsprechende Erklärungen ab, die dem Massenkampf um das Politische Mandat in den Rücken fallen. Auf jedes Zurückweichen des ASTA reagierte der Staat aber keineswegs „kompromißbereit", sondern mit einer Verschärfung seiner Forderungen.

Gemeinsames Vorgehen noch auf schwachen Füßen

Das „Aktionsbündnis" hatte sich das gemeinsame und einheitliche Vorgehen aller fortschrittlichen Kräfte gegenüber den staatlichen Angriffen zum Ziel gesetzt. Diese Kräfte nahmen daher trotz aller Kritik an den Aktionen des ASTA teil, obwohl MSB/SHB das immer wieder als Zustimmung zu ihrer Politik darstellten. Gleichzeitig führte das „Aktionsbündnis" aber auch den eigenständigen Kampf, wo der ASTA nicht mehr mitziehen wollte.

Mittlerweile hat sich in diesem „Aktionsbündnis" allerdings auch eine Tendenz entwickelt, die Teilnahme von Organisationen wegen des „Hick-Hack" generell abzulehnen. Repräsentanten dieser Richtung forderten, daß Organisationsvertreter auf „Aktionsbündnis"-Teach-Ins kein Rederecht erhalten sollten. Dies widerspricht den Zielen eines Aktionsbündnisses, das ja gerade die Aufgabe hat, die Kräfte verschiedener politischer Richtungen (seien sie nun organisiert oder nicht) zusammenzuschließen, und ist daher spalterisch, so „undogmatisch" und „nicht parteipolitisch" sich die Vertreter dieser Linie auch geben mögen.

Kampf der Polizeiuniversität

Durch den Polizeieinsatz und die Schließung der Uni versucht der Staatsapparat durch eine besonders brutale Art, den Widerstand der demokratischen Studenten zu brechen.

Daß bei diesem Angriff auf das Politische Mandat der Studentenschaft aber nicht stehengeblieben wird, zeigen die nächsten Maßnahmen: der DKP-Hochschulgruppe wurde für eine Tanzveranstaltung (!) mit einem Ensemble aus Armenien

wurde für eine Tanzveranstaltung (!) mit einem Ensemble aus Armenien

der Raum versagt, da es sich nicht um eine kulturelle, sondern um eine politische Veranstaltung handle!

Das zeigt: es geht hier nicht allein um das Politische Mandat des Marburger ASTA, sondern es handelt sich um einen Angriff auf die demokratischen Rechte aller fortschrittlichen Kräfte. Umso notwendiger ist die Abwendung und die Bekämpfung jeglicher Unvereinbarkeits- und Abgrenzungsbeschlüsse, um dem Kampf die notwendige Kraft zu verleihen. ●

Nach einem Bericht der Marburger Sympathisantengruppe des KB



6.000 bzw. 8.000 Studenten demonstrierten am 26. und am 28.11. gegen die

6.000 bzw. 8.000 Studenten demonstrierten am 26. und am 28.11. gegen die
Amtsenthebung des Marburger AStA, gegen die Schließung der Universität und die Besetzung durch die Polizei. In einer Urabstimmung, an der 7.000 der insgesamt 14.000 Marburger Studenten teilgenommen hatten, stimmte die überwältigende Mehrheit (ca. 6.000) für einen Streik, der daraufhin mit großer Militanz durchgeführt wurde.
Am Freitag, dem 28.11. demonstrierten Studenten aus ganz Hessen in Marburg, um ihre Solidarität zu bekunden. Damit stehen die Marburger Studenten augenblicklich an der vordersten Front in der Abwehr der Angriffe auf das politische Mandat der verfaßten Studentenschaft. Bezeichnend ist auch, daß dieses bisher schärfste Vorgehen gegen das in der Studentenbewegung erkämpfte Recht auf freie politische Betätigung in einem SPD-Land unter einem SPD-Unipräsidenten stattfindet. Damit übernimmt die SPD, wie auch schon bei den Berufsverboten (Hamburger Senatserlaß) auch in diesem Fall die Rolle des Vorreiters für den Versuch, die demokratische Studentenbewegung mundtot zu machen. Die CDU hingegen - bemüht sich noch weiter rechts zu profilieren — fordert ein noch schärferes Vorgehen von Staatsbürokratie und Polizei gegen die Studenten. („FAZ", 29.11.)

immer dasselbe ...

Ebenso wie in Marburg wird auch der Hamburger ASTA seit Jahren von reaktionären Studenten verklagt. Die letzte gerichtliche Auseinandersetzung allerdings wurde beigelegt, da der ASTA (getragen von MSB und SHB) eine Erklärung abgab, *„rechtskräftige Urteile in Zukunft anzuerkennen und zu respektieren"* ! Dies allerdings erfuhren die demokratischen Studenten nicht durch den ASTA, sondern durch die bürgerliche Presse, und weil die Linken an der Uni solange bohrten, bis ASTA-Vertreter Aufklärung geben mußten.

Auf der Uni-VV vom 25.11. zur Rede gestellt, distanzierte sich plötzlich der MSB von dieser Erklärung und übte „Selbstkritik". Überraschend stellte sich dann heraus, daß der SHB auf dieser Erklärung beharrte.

Wie die gleichgeartete Erklärung des Marburger ASTA zeigt, handelt es sich aber nicht um einen „Ausrutscher" des Hamburger ASTA.

In Hamburg hat jetzt der SHB den „Schwarzen Peter" in der Hand, der MSB wäscht seine Hände in Unschuld. Wieweit allerdings die tatsächliche Bereitschaft des MSB zu einer ehrlichen Selbstkritik geht, solche schädlichen Erklärungen in Zukunft zu unterlassen, zeigte sich auf der Uni-VV. In der Hinterhand hielt der MSB eine Resolution, die allgemein das Politische Mandat fordert , den ASTA auffordert, dies wahrzunehmen usw. usw., wie gehabt, allerdings keine Aufklärung über den Inhalt der besagten Erklärung und die Differenzen im ASTA darüber gibt. Erst durch hartnäckiges Nachhaken und durch die offenkundige Stimmung auf der VV konnte der MSB gezwungen werden, einem Antrag zuzustimmen, der den ASTA verpflichtet, diese Erklärung öffentlich zurückzunehmen.

Das zeigt erneut, wie der ASTA und eben auch der MSB bei entscheidenden Fragen der demokratischen Rechte der Studenten hinter verschlossenen Türen handelt und dann „elegant" versucht, offensichtliche schwere Fehler auszubügeln, anstatt vor den Studenten ehrlich Rechenschaft abzulegen und sie zu Kampfaktionen für das Politische Mandat zu mobilisieren. ●

Arbeitsgruppe Studenten
KB/ Gruppe Hamburg

Letzte Meldung zu: Marburger Uni geschlossen ...

Am Freitag, den 29.11.75 hob das Verwaltungsgericht Kassel die sofortige Amtsenthebung des Marburger AStA durch den Universitätspräsidenten mit der Begründung auf: *„Eine sofortige Amtsenthebung hätte einer besonderen Begründung bedurft. Da die bisher verhängten Geldstrafen sich aber alle gegen den im letzten Semester amtierenden AStA richten, könne dies nicht dem jetzt amtierenden AStA angelastet werden"* (nach „Frankfurter Rundschau", 29.11.75).

Die Richter unterstrichen jedoch ausdrücklich die Aufrechterhaltung des Maulkorbs und der politischen Zensur gegen die Studenten: Wenn dieser AStA, „was zu vermuten sei", das Politische Mandat wahrnehme, könne der Unipräsident den AStA jederzeit des Amtes entheben, ohne daß das jetzige Urteil eine aufschiebende Wirkung habe.

Für den Unipräsidenten ist es also nur notwendig, die Begründung auszutauschen, um das ganze auch juristisch abzusichern. Das Urteil ist für die Studenten daher keinesfalls annehmbar, wenn auch der Staatskommissar zunächst nicht mehr im Amt ist.

§ 218 – verschärfte Einschüchterungen und gegen die Frauen Strafverfolgungen

Seit der „verfassungsmäßigen" Absicherung des § 218 geht der Staat verschärft mit Einschüchterungen und Strafverfolgungen gegen Gegner des Abtreibungsparagraphen vor. Darum kommt es darauf an, mit denen, die durch Verfolgungen betroffen sind und denen, die den Kampf gegen den § 218 aufgenommen haben, die Solidarität zu verstärken und eine breite Solidaritätsfront aufzubauen.
Mit welchen Mitteln und mit welcher Brutalität die „Hüter des Gesetzes" in letzter Zeit gegen Frauen, Ärzte und Menschen vorgehen, die abgetrieben oder dies unterstützt haben, zeigen folgende Beispiele:





DAMALS UND HEUTE

– In Göppingen verknackte das Gericht eine Mutter von fünf Kindern, die in England abgetrieben hatte, zu einer Geldstrafe von 300 DM und ihren Mann zu zusätzlich 200 DM („Frankfurter Rundschau", 19.7.75).
– In Westberlin ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen 1.500 Frauen, die erklärt hatten, sie hätten abgetrieben. Der Oberstaatsanwalt Spetzler verschickte hunderte von Fragebögen, die innerhalb von zwei Wochen an die Justiz zurückgeschickt werden mußten. Darin sollten die Frauen angeben, wann, wo und bei wem sie abgetrieben hatten, in welchem Schwangerschaftsmonat, mit welchem Motiv und zu welchen Kosten („FR", 19.7.75).
– Eine Frau, die in Holland abgetrieben hatte, wurde später von der Kripo aufgesucht.
– Ein Ehemann, der seiner Frau „psychische Unterstützung" beim Schwangerschaftsabbruch gegeben hatte, wurde zu 6.000 DM Geldstrafe oder ersatzweise vier Monate Haft verurteilt („Hamburger Abendblatt", 23.8.75).
– In Westberlin ermittelt die Ärztekammer gegen 13 Ärzte, die eine Schwangerschaftsunterbrechung im Beisein eines NDR-Fernsehteams ausgeführt hatten („HA", 23.3.74).
– Der Staat ermittelt gegen 330 Ärzte, die sich im „Spiegel" offen zu einer Abtreibung bekannt hatten („FR", 28.3.75).
– Der Narkosearzt Dr. Kiekheben-Schmidt wurde mit der Begründung: „Störung des Arbeitsfriedens" aus einem Krankenhaus entlassen. Kiekheben gehörte zu den Unterzeichnern der im „Spiegel" veröffentlichten Erklärung der 330 Ärzte („FR", 28.3.74).
fentlichten Erklärung der 330 Ärzte („FR", 28.3.74).
– Gegen einen 75-jährigen Arzt, der teilweise kostenlos abgetrieben hatte, wurde ein Verfahren eingeleitet („HA", 15.2.75).
– Einer der massivsten Einsätze gegen Gegner des § 218 lief gegen das Frankfurter Frauenzentrum (siehe AK 64), das kostenlose Abtreibungsfahrten nach Holland organisiert hatte: Am 1.7.75 überfielen die Polizei und Beamte der Mordkommission (!) die Räume des Frauenzentrums, beschlagnahmten die Ärztekartei und ein Tagebuch mit statistischen Angaben. Gegen 15 Frauen hat die Staatsanwaltschaft Ermittlung eröffnet, wegen Beihilfe zur Abtreibung und nach § 129 („Verdacht auf Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung"!). Zusätzlich laufen gegen vier weitere Frauen Ermittlungen wegen Verdachts vollzogener Abtreibungen.

Außerdem wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet gegen:
– ein Mitglied der Stuttgarter Frauengruppe, Gisela Kolbe, wegen Verdachts der Beihilfe zur Abtreibung („Kommunistische Volkszeitung", 19.9.75);
– eine Sozialarbeiterin aus einer Schwangerschafts - Beratungsstelle „Pro Familia" in Augsburg, wegen Vermittlung einer Adresse in Holland (AK 68);
– zwei Schülerinnen des katholischen Kolping-Kolleg in Freiburg wurden bestraft, weil sie an einer Demonstration gegen den § 218 teilgenommen hatten. Eine der Schülerinnen wurde von der Schule geworfen, ihre Mitschülerin wurde 14 Tage vor'm Abitur vom Unterricht ausgeschlossen. Das Gericht hielt den Rausschmiß zwar nicht für „angemessen", billigte der Schulleitung aber ausdrücklich das Recht zu, die Schülerin zu disziplinieren, weil sie „den Schulfrieden gestört" hätten (siehe AK 68).
– Gegen fünf Soldaten aus Koblenz verhängte die Bundeswehr Disziplinarstrafen, und zwar Geldstrafen bis zu 150 DM und Arrest. Einige Soldaten wurden durch den MAD (Militärischer Abschirmdienst) verhört („KVZ").
– Am 30.11.75 fand in Frankfurt ein Prozeß gegen einen Genossen statt, der angeblich auf einer Demonstration Parolen gesprüht haben soll. Auf der Gerichtsverhandlung warfen einige Frauen Lorbeerkränze gegen die Richterbank, um damit dem Richter Schwalbe ihre „Anerkennung" für seinen Einsatz zur „Rettung des ungeborenen Lebens" auszudrücken. Der Richter ließ widerrechtlich drei Frauen und einen Mann festnehmen. Alle wurden zu einer Ordnungsstrafe von sieben Tagen Haft mit sofortiger Wirkung verurteilt (siehe AK 69).
– Den NDR-Sprecher Wolfgang Hahn suspendierte die Direktion von der Moderation, weil er ein Kästner-Gedicht gegen den § 218 im Rundfunk zitiert hatte („Hamburger Morgenpost", 14.3.75).

Worum geht es der Bourgeoisie?

Die „Reform" zur Änderung des § 218 sollte im Interesse des Kapitals die Abtreibung unter staatliche Kontrolle stellen. Der unter der SPD-Regierung relativ „liberal" gehandhabte Abtreibungsparagraph sollte neu diskutiert werden, da die Zahl der Gegner vom Oktober '71 bis Ende '71 von 54 auf 70% (lt. Meinungsumfrage) zugenommen hatte. Dies wurde z.B. auch daran deutlich, daß sich damals Frauen und fortschrittliche Ärzte offen dazu bekannten, abgetrieben zu haben. Da schon jetzt jede zweite Frau im Sinne des § 218 „kriminell" geworden war, wurde von der SPD eine „Entkriminalisierung" der Abtreibung versprochen (bei gleichzeitig verstärkter Kontrolle). Die angesteuerte Fristenregelung (SPD-Regierungsentwurf) scheiterte jedoch vor dem von der CDU/CSU angerufenen Bundesverfassungsgericht.

Es bleibt also nur die verschärfte Kontrolle der Frauen, die einerseits dadurch erreicht wird, daß die Frauen bei legalen Abtreibungen noch stärker staatlichen Kontrolleinrichtungen unterworfen werden (Gutachter und Ärzte) und andererseits durch die Einschüchterung vor allem der Frauen sowie der Ärzte, die „illegale" Abtreibungen vornehmen.

Die Zahl der Ärzte, die bislang abgetrieben haben, wird zukünftig wahrscheinlich spürbar sinken, oder sie nutzen die Not der Frauen mit noch höheren Preisen aus.

Die Frauen werden häufiger als bisher ungewünschte Kinder zur Welt bringen müssen.

Solidaritätsfront aufbauen!

Es kommt in Zukunft darauf an, die Solidarität mit den vom § 218 betroffenen Frauen zu verstärken. Wir müssen die Frauen vor den Angriffen der Justiz und reaktionärer Ärzte schützen, indem wir alle Schweinereien aus dieser Richtung bekannt machen und dagegen mobilisieren. Außerdem müssen in Selbsthilfe Möglichkeiten geschaffen und unterstützt werden, die es den Frauen leichter machen, trotzdem abzutreiben. Gegenüber den Menschen, die über den §218 und die staatlichen Maßnahmen zu seiner Durchsetzung empört sind, besteht unsere Aufgabe darin, den Zusammenhang mit anderen Repressionen und dem undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft insgesamt deutlich zu machen und zu versuchen, sie in den Kampf gegen die schrittweise Faschisierung einzubeziehen. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

UNO-Resolution gegen Zionismus



Opfer zionistischen Terrors

Die Vollversammlung der UNO beschloß am 12. November mehrere Resolutionen zur Palästina-Frage. So wurde bei nur acht Gegenstimmen eine Resolution angenommen, die das Recht des palästinensischen Volkes auf „Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit und Souveränität" bekräftigt (nach „FAZ", 15.11. und „Hamb.Abendblatt", 13.11.). Während die bürgerliche Presse diese wichtige Resolution nur beiläufig erwähnte, waren tagelang die Seiten voll mit einer Hetzkampagne gegen eine weitere Resolution, in der der Zionismus als eine Form des Rassismus verurteilt wird.
Diese Resolution bekam 72 Für-Stimmen, und 35 Gegenstimmen. 32 Staaten enthielten sich der Stimme. Der RgW-Staat Rumänien und das faschistische Spanien nahmen an der Abstimmung nicht teil, was insbesondere die rumänische Außenpolitik der „Unabhängigkeit von den Supermächten" erneut kennzeichnet. Von den europäischen Staaten stimmten, abgesehen von den RgW-Staaten (mit Ausnahme Rumäniens), auch Jugoslawien, Malta, Portugal und Zypern für die Resolution; Griechenland enthielt sich (ebenso wie Japan!) der Stimme (lt. „Le Monde", 13.11.).

Die imperialistischen Staaten (außer Japan) hatten vor der Abstimmung versucht, die Staaten der „Dritten Welt" durch Drohungen einzuschüchtern – eine Abstimmung gegen Israel würde „schwere Konsequenzen" haben und „die Grundlagen der Weltorganisation gefährden", drohten die EG-Staaten. *„Die neun EG-Staaten wollen mit einem Katalog von Anträgen und taktischen Finessen die ganze Sache auf die lange Bank - das heißt auf die kommende Vollversammlung – zu schieben versuchen"*: Die USA drohten gar, *„die Zionismus-Entscheidung zum Maßstab für ihre künftige UN-Beitragszahlung zu machen"* (Zitate nach „FAZ", 10.11.).

Nach dem 12. November war das Geschrei der Imperialisten noch lauter. Die US-Imperialisten insbesondere drohten offen, ihre „Hilfeverpflichtungen" gegenüber jenen Staaten, die für die Verurteilung des Zionismus gestimmt hatten, nicht mehr zu erfüllen. Betroffen wären vor allem Brasilien, Zypern, Ägypten, Indonesien, Jordanien, Malta, Portugal, Syrien, Türkei, Tunesien und Marokko (lt. „SZ", 22./23.11.).

Einige „Blüten" aus der bürgerlichen Presse zu der Resolution:

– Axel Springer sprach von einem *„Tiefschlag gegen die Institution und Würde der Vereinten Nationen"*.; *„Ein Moderhauch des Tausend jährigen Reiches wird wahrnehmbar"* („WamS", 16.11. und „Bild", 15. 11.)
– Springers „Bild" zog frech die Verbindung zu einem Bombenanschlag in Jerusalem und hetzte: *„Mitschuldig sind die Vereinten Nationen. Sie haben den Zionismus als Rassismus verurteilt und damit antijüdische Pogrome geradezu sanktioniert. Aus der Organisation, die einst der Menschlichkeit Segen bringen sollte, ist eine Heimstätte für Terroristen geworden"* („Bild", 15.11.).
– Den Vogel aller Vögel schoß der Zionist und Faschist Hans Habe in Springers „Welt am Sonntag" ab. Er begeiferte wütend die Staaten der „Dritten Welt" als „geistig, moralisch und politisch zurückgebliebene Länder", deren Aufnahme in die UNO *„ebenso selbstmörderisch"* (für den Imperialismus!) sei wie die *„zweifelhafte Entwicklungshilfe"* an diese Staaten. Nicht fehlen durfte der Antikommunismus: *„Die UNO-Resolution wirft ein klärendes Licht auf die enge Verbindung zwischen Kommunismus und Faschismus"*. Ebenso wenig durfte die idiotische Gleichsetzung fehlen:

Forts. Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

UNO-Resolution . . . .

„Antizionismus und Antisemitismus sind identisch". Und am Schluß mit chauvinistisch-zionistischer Arroganz:

„An den Juden scheiden sich die Geister. Das ist die glücklichste Bedeutung des Staates Israel" („WamS", 16.11.).

Antizionismus = Antisemitismus?

Die Zionisten sind von Anfang an bemüht gewesen, ihre Ideologie als untrennbar mit dem jüdischen Volk verwachsen auszugeben. Wer also den Zionismus angreift, behaupten die Zionisten, greift zugleich das jüdische Volk an. Diese Lüge hat, in erster Linie auf der Grundlage der versuchten Vernichtung des jüdischen Volkes durch den Faschismus, das Denken im jüdischen Volk und insbesondere in Israel bis heute geprägt. Darüber hinaus findet diese Lüge auch in breiten Teilen z.B. unseres Volkes Glauben. Die *„Überlebenden von Maidanek, Theresienstadt und Auschwitz"* werden skrupellos ins Feld geführt, um für den Zionismus und für den Expansionismus (Eroberungspolitik) Israels Stimmung zu machen (Springer, lt. „Bild", 15.11.). „Sozialist" Mitterand, Präsidentschaftskandidat der französischen „Linksunion" (die von den Revisionisten mitgetragen wird!!), leistete sich einen extrem geschmacklosen und ekelhaften Beitrag, in dem er pathetisch Anne Frank (von den Nazis ermordetes jüdisches Mädchen, ihr Tagebuch wurde zu einer erschütternden Anklage gegen die faschistischen Verbrechen am jüdischen Volk) um „Verzeihung" für die UN-Resolution bat!

Zu dieser Kampagne ist zweierlei zu sagen:

1. Der Zionismus beinhaltet den Rassismus.

Der Zionismus geht davon aus, daß das jüdische Volk als „fleißig", „intelligent" etc. den „dummen", „faulen", „unzivilisierten" etc. Arabern weit überlegen sei. Hiervon ausgehend beansprucht der Zionismus für sich das Recht, das arabische Volk der Palästinenser aus seiner Heimat zu vertreiben, um stattdessen dort eine zionistische „Heimstätte" zu schaffen. Die Araber in Israel werden durch rassistische Ausnahme-Gesetze unterdrückt. Darüber hinaus deklariert der Zionismus das angebliche drückt. Darüber hinaus deklariert der Zionismus das angebliche „historische Recht" Israels, sich über seine heutigen Grenzen h i n a u s noch weiteres arabisches Land einzuverleiben, um das „Reich des König Salomon" wiederherzustellen („Vom Euphrat bis zum Nil"). Der Zionismus erklärt offen, daß der Staat Israel nicht die Erfüllung seiner Ansprüche ist, sondern erst der „Anfang" und die Ausgangsbasis für immer neue Aggressionen (Gründungserklärung des ersten israelischen Präsidenten, Ben Gurion). Der Zionsimus, in Europa als Ideologie und Bewegung in der Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Imperialismus entstanden (Ende des 19. Jh.), widerspiegelt die europäische Kolonial-Ideologie. („Herrenmenschen", die das Recht haben, von „unzivilisierten" Gebieten Besitz zu ergreifen.) In Israel selbst kommt diese Ideologie zum Ausdruck in der Vorherrschaft europäischer Juden (AschK'nasim) in Staat und Gesellschaft und in der besonderen Unterdrückung und Entrechtung der orientalischen Juden (S'fardim).

2. Der Zionismus verbündet sich mit dem Faschismus

Es ist kein Zufall, daß der Zionismus einen schamlosen Frieden mit dem deutschen Großkapital geschlossen hat, das doch der eigentliche Verantwortliche für die ungeheuerlichen Verbrechen am jüdischen Volk ist. Ebenso wenig ist es ein Zufall, daß die Zionisten stets wütend die Linken angreifen, die als e i n z i g e politische Kraft in den imperialistischen Staaten dem Faschismus und Antisemitismus entschlossen gegenübertreten; so forderte der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Westberlin, Galinski, kürzlich sogar ausdrücklich ein Verbot der „Linksextremisten", weil diese den Zionismus bekämpfen („FAZ", 10.11.).

Schließlich ist es auch kein Zufall, daß die Hochburg zionistischer Propaganda in unserem Land ausgerechnet der Springer-Verlag ist – also jene Presse, die eine offen reaktionäre, rassistische, oft auch klar faschistische Hetze betreibt, und die zugleich nicht nur ein Betätigungsfeld alter Nazis ist (insbesondere „Welt am Sonntag"!), sondern zusätzlich über viele Kanäle mit dem ganzen rechtsradikalen Sumpf verbunden ist. Die Verbindung von Zionismus und Rechtsradikalismus kommt auf der personellen Ebene am widerwärtigsten in Figuren wie Hans Habe zum Ausdruck, der sich nicht scheut, die Völker der „Dritten Welt" als „geistig zurückgeblieben" zu beschimpfen.

Die Gleichung Antizionismus = Antisemitismus ist also nicht nur grob falsch, sondern sie soll im Gegenteil auch von der tatsächlichen Verbindung Zionismus – Faschismus ablenken. Nicht die Kommunisten und andere Demokraten, die den Zionismus bekämpfen, schänden die Opfer von Ausschwitz, sondern diejenigen, die sich heute offen mit den faschistischen Mördern und deren Nachfolgern verbünden.

Rassenhaß gegen die Völker der „Dritten Welt"

Die imperialistische Kampagne gegen die Palästina-Resolutionen der UNO dient zum einen selbstverständlich den Interessen des Zionismus und des Imperialismus insgesamt im Nahen Osten.

Darüber hinaus ordnet sie sich ein in den Kampf der Imperialisten gegen die Befreiungsbewegungen und Unabhängigkeitsbestrebungen in den Ländern der „Dritten Welt".

Die UNO war den Imperialisten gerade recht, solange sie fast ausschließlich den imperialistischen Interessen entsprach. Daß die UNO den Schutzmantel für die US-Aggression gegen Korea Anfang der 50er Jahre oder später für die imperialistische Einmischung im Kongo Anfang der 60er Jahre lieferte, war den Imperialisten schung im Kongo Anfang der 60er Jahre lieferte, war den Imperialisten höchst angenehm. Kritisch wird es aber heute, wo in der UNO zunehmend die Stimmen der „Dritten Welt" und sozialistischer (und revisionistischer) Staaten sich durchsetzen. Jetzt wird wüst gepöbelt, daß die Staaten der „Dritten Welt" eigentlich gar nicht „reif" für die UNO seien, und die UNO wird als ein Tollhaus von „Terroristen" und „geistig zurückgebliebenen" diffamiert. Demagogisch ruft Springers „Bild" die *„zivilisierten Staaten"* sogar dazu auf, *„diese unmoralisch gewordene Anstalt zu verlassen"* („Bild", 15.11.).

„Zivilisiert" sind in der Sprache der Bourgeoisie diejenigen imperialistischen Staaten, die in diesem Jahrhundert einige Dutzend Millionen Menschen in der Hölle ihrer Eroberungskriege „verheizt" haben. „Geistig zurückgeblieben" und „unmoralisch" sind dagegen jene Staaten, die jahrhundertelang vom Kolonialismus und Neokolonialismus unterdrückt wurden und die heute mehr oder weniger entschieden sich gegen die imperialistische Vorherrschaft stellen und die dabei teilweise, wie früher der Kongo und heute Angola, durch die imperialistische Einmischung in blutige Bürgerkriege getrieben werden.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Spanien nach Franco: „Ich habe eben

„Vater, ich habe eben hundert Hasen gesehen!"
„Junge, du lügst."
„Vater, aber zehn waren es doch ganz bestimmt."
„Junge, du lügst."
„Vater, aber da raschelt doch was ..."

Nach der Art dieses Jungen lügen die meisten westeuropäischen Staaten und ihre Systempresse die Friedens- und Freiheitstauben in das nachfrankistische Spanien hinein. Keine Träne, kein Lächeln, keine Betonung in den Sätzen des neuen Königs von Spanien ist zu gering, um nicht über die „hundert Hasen" der neuen Freiheiten zu spekulieren – denn mehr als Spekulationen konnte bisher niemand bieten. Aber wenn in Spanien etwas raschelt und sich bewegt, dann nicht die Hasen, sondern die Geier des Regimes.



Wo die Reaktion ihre „Helden" feiernd zu Grabe trägt, ist der Abgrund der Lächerlichkeit nicht weit. Die makabre Verkommenheit der herrschenden Klasse kommt gerade bei solch „tragischen" Anlässen zum Vorschein. Sollte der wochenlange Todeskampf des „Caudillo" – von diversen Krankheiten befallen, von denen jedem „normalen" Menschen schon eine einzige zum Tode reicht – vielleicht auch als sein letzter „Kreuzzug" gegen die Naturgewalten erscheinen, so überlegten kritischere Gemüter, wann das Schweine-Ausschlachten wohl an seine medizinischen Grenzen kommt. Als sein physischer Tod endlich bekanntgegeben wurde, sprachen einige davon, daß „der Stecker rausgezogen" wurde. Wie nahe das „Stecker-Ziehen" bei der „historisch-göttlichen Fügung" liegt, wird an dem Umstand klar, daß der „Generalissimus" just an dem Tag seinen letzten Schnaufer tun mußte, an dem ein anderer „Held" der spanischen Faschisten – vor 39 Jahren – von Kugeln durchbohrt wurde: es handelt sich um den Falange-Gründer und Symbol-Figur der spanischen faschistischen „Bewegung", Jose Antonio Primo de Rivera, der am 20. November 1936 im Gefängnishof von Alicante wegen „bewaffneten Aufstandes" hingerichtet wurde – eine der wenigen konsequenten Aktionen der republikanischen Regierung gegen ihre Feinde. Falange-Gründer und ihr Vollstrecker, am selben Datum aus dem Leben gewichen, welchem Falangisten muß da nicht der wundergläubige Falange-Schauer über den Rücken laufen.

Im bombastischen Bürgerkriegs-„Tal der Gefallenen" gegenüber Primo de Rivera bestattet – wen hätte es gewundert, wenn sich der Sargdeckel noch einmal geöffnet hätte und der Einbalsamierte sein letztes „Arriba

Demonstration gegen Franco-Faschismus in Frankfurt

Am 15. November fand in Frankfurt eine Demonstration gegen den spanischen Faschismus statt, an der rund 2.500 bis 3.000 Menschen teilnahmen. Aufgerufen hatten dazu unterschiedlich auf nationaler, regionaler bzw. lokaler Ebene:

- die spanischen Organisationen Accion Comunista, FRAP, Lucha Obrera, MCE, PCE (!), PSOE (Sozialdemokraten!), UGT (sozialdemokratische Gewerkschaft!) und UTE (Union der Arbeiter-Emigranten);
- Spanien-Komitees aus 14 Orten: Bochum, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hannover, Heidelberg, Köln, Krefeld, Mannheim, Nürnberg, Offenbach und Rheinhausen;
- sowie CISNU, Deutsch-Spanische Freundschaftsgesellschaft, ESG, GIM, Junge Europäische Föderalisten, KB, KBW, Katholische Studentengemeinde, RK, SAG und Spartacusbund;

also insgesamt ein sehr breites Aktionsbündnis, bei dem die Teilnehmerzahl dann doch nicht als „überragend" erscheint (einige Gruppen hatten sich offenbar auch darauf beschränkt, ihren Namen mit aufführen zu lassen). Unsere Organisation hatte sich an dieser Demonstration mit einem eigenen regionalen Aufruf beteiligt, über unsere Gruppe in Frankfurt sowie Sympathisanten in Heidelberg, Karlsruhe, Marburg und Schweinfurth.

Die Demonstration setzte sich für einen Sturz der Diktatur, mit oder ohne Franco, ein und forderte u. a. die Freiheit aller politischen Gefangenen, die Auflösung sämtlicher Repressionsorgane und das Ende jeglicher Unterstützung des spanischen Faschismus durch die Bundesregierung. Die Abschlußkundgebung lief überwiegend in spanischer Sprache, was leider dazu führte, daß vor allem die westdeutschen Teilnehmer den Kundgebungsort vorzeitig verließen. Große Freude entstand unter allen Demonstranten, als vor Beginn der Schlußkundgebung ein überdimensionaler Pappkopf des Generals Franco abgebrannt wurde.

KB/ Gruppe Frankfurt



Pinochet fühlt sich in Spanien zu Hause

Der chilenische Massenmörder Pinochet kam als erstes (und außer Hussein von Jordanien) einziges Staatsoberhaupt, um seinem Kumpan Franco die „letzte Ehre" zu erweisen. Obwohl Pinochet erklärte, daß es ihm in Spanien „sehr gut gefalle" und er „noch einige Tage" (bis zur Krönungsfeier) zu bleiben gedenke, konnte er dann doch bewegt werden, den europäischen Regierungschefs die „Schmach" zu ersparen, Seite an Seite mit ihm in der Ehrenloge zu sitzen. Bevor er jedoch abreiste, gab er seine Ansichten und Einstellungen in aller Offenheit zum besten. Vor Journalisten in Madrid erklärte er, *„er werde die Kommunisten, überall wo er sie antreffe, attackieren und zerstören. Franco sei wie er ein großer Kämpfer gegen den Kommunismus gewesen. König Juan Carlos habe dieselben Ziele wie Franco"* („FAZ", 25.11.75)

Nach politischen Gefangenen in Chile befragt, erklärte Pinochet, es gebe in Chile vor allem „Wohnungswechsel" (!). Die „Wohnungswechsel" würden von der Polizei und den Gerichten angeordnet. Zynischer geht's kaum . . .

Spanien-Portugal-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

hundert Hasen gesehen..."

Espana!" (Hoch lebe Spanien!) gewispert hätte.

Doch Scherz beiseite. Einigen blutgekrönten Generälen und Königen war die Zeremonie politisch so wichtig, daß sie ihr und der Königsproklamation in den Cortes (Ständeparlament) beiwohnten. Folgende Staatsoberhäupter waren anwesend:
- der weltberüchtigte chilenische Mördergeneral Augusto Pinochet mit hohen Regierungsbeamten (siehe auch „Pinochet fühlt sich in Spanien zu Hause"),
- der Palästinensermörder König Hussein von Jordanien,
- der steinreiche Spielhöllenkönig Rainier von Monaco.

Möge ihr geheimer Wunsch, wie Franco an Altersschwäche zugrunde zu gehen, nicht erfüllt werden!

Und die Nutten zieren sich ...

Den meisten westeuropäischen Staaten verursachte das Ableben Francos diplomatisches Kopfzerbrechen. Wen können wir schicken, ohne allzu offen unsere Komplizenschaft mit diesem Regime vor der liberalen Öffentlichkeit aufzudecken? Wen müssen wir schicken, um die Franco-Erben nicht allzu sehr vor den Kopf zu stoßen?

Zunächst kam es auf eine Differenzierung zwischen dem „alten" und dem „neuen" Spanien an. Also zu Francos Begräbnis durfte der nicht, der zu Juan Carlos Krönungsfeier kam.

So mußte und durfte „unser" Landwirtschafts- und Ernährungsminister Ertl das alte Spanien begraben helfen, das neue Spanien durften Bundespräsident Scheel und der Spanien-„Fan" Genscher begrüßen.

Einigen Wirbel hat die von der SPD/FDP-Regierung angeordnete Trauerbeflaggung auf allen öffentlichen Gebäuden verursacht. Der Beschluß, die Fahnen bei dem Tod von Staatsoberhäuptern auf Halbmast zu setzen, wurde 1964 gefaßt. Allerdings war dieser Beschluß beim Tode des chilenischen Volksfrontführers Salvador Allende gerade ausser Kraft getreten – denn damals wehten alle „deutschen" Fahnen in stolzer Höhe.

Einige SPD-regierte Länder wie Hambuig, Hessen, Niedersachsen, Bremen, Westberlin *„verzichteten aus politischen Gründen auf die Trauerbeflaggung ihrer öffentlichen Gebäude"*, während Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Kühn (ebenfalls SPD) wenigstens die Landesvertretung in Bonn auf Halbmast setzen ließ. 48 SPD-Bundestagsabgeordnete und 21 Düsseldorfer Landtagsabgeordnete retteten die antifaschistische „Ehre" der sozialdemokratischen „Arbeiterpartei" durch eine geharnischte Erklärung. Die 48 SPD-Bundestagsabgeordneten, von denen man bei der Gewährung von Krediten für die Militärjunta in Chile keine Proteste gehört hat, erklärten aus Anlaß der Trauerbeflaggung sehr grundsätzlich:



ETA-Genossen auf einer Pressekonferenz

„Die Tatsache, daß beim Tode eines faschistischen Diktators, der für die Hinrichtung zahlreicher Demokraten in seinem Land verantwortlich ist, öffentlich getrauert werden soll, wiegt umso schwerer, als bei der Ermordung des demokratisch gewählten Staatspräsidenten Allende kein Zeichen der solidarischen Trauer aller Demokraten in der BRD durch eben diesen Akt zum Ausdruck gebracht wurde. Wir erklären uns stattdessen solidarisch mit den Opfern des spanischen Faschismus, zu denen auch deutsche Sozialdemokraten gehörten, die mit Demokraten (und Kommunisten – AK) *aus allen Teilen Europas und der Welt auf der Seite der Republik im spanischen Bürgerkrieg kämpften"* (zit. nach „Frankfurter Rundschau", 22.11.75)

Wir hatten schon fast vergessen, daß es solche Antifaschisten im Bundestag gibt.

Die CSU beschwerte sich im Bundestag über den Trauer-Boykott einiger Bundesländer. Kein Wunder, fand doch die CSU-Presse auch die Hinrichtung der fünf Antifaschisten durchaus gerechtfertigt.

Konnten auch unsere Staatsoberhäupter Francos Begräbnis nicht beiwohnen, so machten sie mit Telegrammen einiges wieder wett: Scheel an die trauernde Franco-Witwe und Juan Carlos, Schmidt an den spanischen Ministerpräsidenten Arias Navarro, Genscher an Cortina Mauri (Außenminister). Der Tenor der freundlichen Schreiben: Spanien möge doch „ohne Erschütterungen" in eine neue Phase seiner Entwicklung treten, die es endlich an die Seite der westeuropäischen Staaten bringen würde.

Auch in anderen westeuropäischen Ländern kam es zu Raufereien wegen der offen kumpanenhaften Haltung der Regierungen mit dem faschistischen Spanien:

So boykottierte die gesamte Labour-Fraktion eine Sitzung des Unterhauses aus Protest gegen die Entsendung des Ministers Lord Sheppards zum Franco-Begräbnis durch den Labour-Vorsitzenden Wilson. Dieser argumentierte, es gelte, Spanien wegen seiner erneut geäußerten Ansprüche auf (das britische) Gibraltar zu besänftigen ...

Auch in Italien und Frankreich kam es zu heftigen Protesten linker und fortschrittlicher Organisationen bzw. der „linken" Parteien (der Sozialisten und Revisionisten gegen Trauerbeflaggung und Kondolenzschreiben an die hinterbliebene Familie Francos). Immerhin hatte Schmidt-Freund Giscard d'Estaing seinen Verteidigungsminister zu den „Trauerfeierlichkeiten" entsandt.

Gänzlich flippte das faschistische Schah-Regime bei Francos Tod aus und ordnete gleich drei Tage Staatstrauer an. Ebenso Brasiliens Staatschef Geisel. Argentiniens Noch-Präsidentin Peron fühlte „tiefe Trauer" – hatte ihr Verflossener doch jahrzehntelanges freundliches Asyl bei Spaniens Faschisten gefunden.

Eine sehr noble Trauergemeinde fand sich da zusammen ...

Bei EG und Nato hat Spanien jetzt Narrenfreiheit

Alle EG-Länder haben sich verständigt, Juan Carlos „eine Chance" zu geben, eine „demokratische Entwicklung" einzuleiten. Juan Carlos nutzt diese Chance bereits weidlich zu täglichen Massenverhaftungen (siehe unten).

Die EG-Staaten können es gar nicht erwarten, Spanien als vollwertiges Mitglied aufzunehmen. Spanien gilt zur Zeit als das „wirtschaftlich dynamischste Land" Westeuropas. Es hat seit fünf Jahren sowieso schon ein Präferenzabkommen mit der EG. Die Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag wurden wegen der Hinrichtungen vor zwei Monaten kurzfristig auf Eis gelegt.

USA und die EG-Staaten sind seit langem die wichtigsten Handelspartner Spaniens. US- und EG-Kapital investierten schon eh mit Vorliebe in Spanien. 1974 investierten offiziellen Angaben zufolge ausländische Firmen 11,6 Mrd. Pesetas in Spanien (etwa 700 Mio. DM). An der Spitze lagen dabei die USA, gefolgt von der BRD, der Schweiz, Frankreich, Belgien/Luxemburg und Großbritannien (letzteres lag 1973 noch an zweiter Stelle) (Angaben aus „horizont" 42/75).

Zu den investierenden Firmen in Spanien gehören alle namhaften und berüchtigten Konzerne: sämtliche US-Mineralöl-Gesellschaften, die grossen Elektrokonzerne ebenso wie Coca-Cola und ITT. Ebenfalls sind die namhaftesten BRD-Monopole in Spanien präsent. Weil die Liste der Firmen sehr aufschlußreich ist, bringen wir sie (gemäß Angaben aus „horizont" 42/75) vollständig:

Agfa-Gevaert, AEG-Telefunken, BASF, Bergmann-Elektricitäts-Werk, Robert Bosch GmbH, Commerzbank, Continental-Gummiwerke, Daimler-Benz, DEMAG, Deutsche Bank, Dresdener Bank, Farbwerke Hoechst AG, Henkel AG, Hoesch AG, Kloeckner-Humboldt-Deutz AG, Friedrich Krupp GmbH, Mannesmann AG, Messerschmidt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) Oetker, Osram GmbH, Preussag AG, Siemens AG, August Thyssen-Hütte AG, Volkswagenwerk AG, Veba. – Der „Extradienst" nennt zusätzlich Bayer und Schering. Die Gesamtinvestitionen der BRD in Spanien belaufen sich auf 2,6 Mrd. DM.

Ganz nebenbei ist die BRD auch nach den USA wichtigster Waffenlieferant für Spanien, wobei sich die Firmen Dornier, MBB, Krauss Maffei und Telefunken hervortun („Extradienst", 10.10.75).

Der „Extradienst" (vom 10.10.75) deckt weitere interessante Einzelheiten auf: *„Kredite bekommen die Unternehmen in Franco-Spanien hauptsächlich von der ‚Deutschen Bank' des Hermann Josef Abs, die neben der First National City-Bank und der US-amerikanischen Morgan-Gruppe eine der international wichtigsten Geldgeber des Madrider Regimes ist.*

Im Rahmen des ‚Zweiten Entwicklungsplans' (1969 bis 1972) wurden für Investoren optimale Bedingungen gewährt; fünfjährige Steuerfreiheit (!) *für Gewinne; bis zu 95% Zollfreiheit für Investgüter, soweit diese nicht im Lande gekauft werden können; freier Transfer aller Gewinne einschließlich des Rücktransfers des in Spanien angelegten Kapitals und Gewährung günstiger Staatskredite"* („ED", 10.10.75).

Wen wundert es, daß vom Standpunkt der europäischen Kapitalisten die Beziehungen mit *diesem* Spanien noch enger und profitabler werden müssen.

Auch die Nato hat vor, sich noch stärker als es über die USA (Stützpunkte und Waffenlieferungen) bereits geschehen ist, Spaniens „anzunehmen". *„Die Nato wird die neue Lage in Spanien auf ihrer Wintertagung in Brüssel erörtern. Nachdem Portugal für die Allianz stark an Verteidigungs(?)wert verloren hat, wäre ein demokratisches (?) Spanien in dem Bündnis als Partner hoch willkommen"* („FAZ", 21.11.75).

Für jeden etwas – und für die Faschisten alles

Am 22. November geschah die Königsproklamation vor dem spanischen Ständeparlament (Cortes). Juan Carlos, im Ornament des Generalkapitäns (nur ihm zustehender militärischer Titel) hielt seine spannungsvoll erwartete Rede. Obwohl diese Rede absolut nichtssagend war, stürzten sich Teile der spanischen Opposition, sowie auch unsere „königstreue" Presse in wahre Interpretations- und Umdeutungsorgien.

So wurde als „bedeutsam" hervorgehoben, daß Juan Carlos seinen Amtseid andersherum als bisher üblich leistete: *„Ich schwöre bei Gott und auf die heiligen Evangelien, die Grundgesetze des Königreiches zu befolgen und befolgen zu lassen* (!) *und den Prinzipien Treue zu bewahren, auf denen die nationale Bewegung beruht"*. Daß Juan Carlos zuerst auf die „Grundgesetze" (des faschistischen Spanien) und danach auf die Nachfolgeorganisation der Falange schwor (d.h. auf die Prinzipien der Ausrottung jeder Opposition), das war für „unsere" Presse bereits ein „Zeichen".

In seiner nachfolgenden „Thronrede" sagte Juan Carlos kein Wort über eine eventuelle Auswechslung von Ministern, noch machte er irgendwelche konkreten Angaben über Demokratisierungsmaßnahmen, noch ging er auf die von der gesamten Opposition erhobene Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen ein. Trotzdem: *„König Juan Carlos hält breite Beteiligung an den politischen Entscheidungen für nötig."* (Titel-Überschrift in „Süddeutscher Zeitung" vom 24.11.75)

Auch Juan Carlos Erwähnung, die *„Völker Spaniens"* müßten berücksichtigt werden, wurde dankbar aufgenommen.

Nun, einige Unklarheiten haben sich inzwischen gelegt. Die Frage der Amnestie wurde großzügig in Angriff genommen: Sämtlichen Taschendieben, Verkehrssündern und gesperrten Fußballsspielern werden die Strafen (sofern sie unter drei Jahren sind) erlassen. Bei längeren Strafen werden drei Jahre abgezogen. Alle die länger als zwanzig Jahre sitzen, werden „begnädigt", diese Menschen sind gebrochen und ungefährlich gemacht.

Was die von der gesamten Opposition geforderte Amnestie für die p o l i t i s c h e n Gefangenen betrifft, so ist – die „Amnestie" eine Provokation. Freikommen werden vielleicht die spanischen Parteifreunde derjenigen Regierungschefs, die an den Krönungsfeierlichkeiten am 27.11. teilnahmen, d.h. verhaftete Sozialisten, vielleicht auch der eine oder andere Führer der Arbeiterkommissionen. Nach Schätzung eines spanischen Anwalts könnten von den 2.000 (offizielle Zahl) politischen Gefangenen 50 unter den „Gnadenerlaß" fallen. Allerdings war am 27.11. noch kein Termin für die Freilassung benannt!

Und als mehrere tausend spanische Antifaschisten am „Tag des Königs" vor dem Folterknast Carabanchel in Madrid „Generalamnestie für alle politischen Gefangenen" forderten, da trieb sie die Polizei mit Tränengas auseinander. Von Protesten des Herrn Scheel oder Giscard d'Estaing wurde nichts bekannt. Vom „Gnadenerlaß" ausgenommen sind von vornherein alle Verhafteten, die nach dem Inkrafttreten des „Anti-Terrorismus-Gesetzes" eingelocht wurden, und das sind nach offiziellen Angaben allein 500 Antifaschisten.

Es gab vor dieser „königlichen Geste" Spekulationen, daß der König gar das ganze „Anti-Terror-Gesetz" in den Aktenschrank der Geschichte packen würde. Jedoch – das Gegenteil geschah, es wurde durch diese „kleinlichste Amnestie in der Geschichte des Frankismus" (Angehörige politischer Gefangener auf einer Pressekonferenz) ausdrücklich bestätigt. Auf allerdings eine sehr großartige Regelung kann Juan Carlos verweisen: Alle Genossen, die in den letzten Wochen wiederum mit Todesstrafen bedroht worden waren und gegen die sie auch schon verkündet waren, brauchen erstmal nicht zu sterben, sie bekommen die höchstmögliche Gefängnisstrafe (angeblich 30 Jahre).

Es hätte wohl allzu schlecht ausgesehen, das „neue" Spanien schon zu Anfang wieder mit dem Blut exekutierter Antifaschisten zu besudeln.

Das also war die erste „Feuerprobe" des neuen Regimes. Da hatte selbst Franco in den sechziger Jahren schon mal eine großzügigere „Amnestie" erlassen. Ganz abgesehen davon, daß es übliches Zeremoniell bei Krönungen auf der ganzen Welt ist, Teilamnestien als Zeichen der „großen Gnade" des Königshauses zu erlassen. Die „Amnestie" des Juan Carlos überhaupt in irgendeinen Zusammenhang mit der Forderung nach Freiheit für alle politischen Gefangenen zu bringen, bedeutet schon, auf den Schwindel der bürgerlichen Presse hereinzufallen.

Beim Wechsel der „Köpfe" des Regimes behält die extreme Rechte Juan Carlos fest am Händchen. Ministerpräsident Arias soll wahrscheinlich im Amt bleiben. Der ultrarechte Cortes-Präsident de Valcarcel, dessen Amtszeit abläuft, soll dem Vernehmen nach durch Fernandez Miranda ersetzt werden, Exminister der Nationalen Bewegung. Sogar die rechtsextremen Cortes-Abgeordneten sollen über diese Lösung „erschrokken" sein, weil Miranda *„ein Mann mit außergewöhnlich autoritärem Charakter"* („FAZ", 25. 11.) ist.

„Die Mitglieder des Nationalrates der Bewegung wurden von ihm, als er diese Kammer präsidierte, wie Hilfsschüler behandelt. Er attackierte besonders scharf die Länder der Europäischen Gemeinschaft, weil sie Spanien nicht ohne politische Bedingungen in die Gemeinschaft aufnehmen wollten" (!) („FAZ", 25.11.75).

Auch was die Lösung der spanischen Nationalitätenfrage angeht, so wurde zügig angepackt. Eine Kommission wurde eingesetzt, die sich mit der Wiedereinführung einiger Selbstverwaltungsrechte für Euskadi (die beiden Provinzen Vizcaya und Guipúzcoa) und Katalonien „beschäftigen" soll. Ein erster „Anfang" wurde schon gemacht: katalanisch und baskisch wurden zugelassen – für *„kulturelle Veranstaltungen und interne Verwaltungs- und Ratssitzungen, freilich nicht für öffentliche Ratssitzungen"* („SZ", 17.11.75).

Das baskische Volk scheint nicht sehr beeindruckt zu sein von dieser Maßnahme. In Madrid wird befürchtet, daß die baskische Organisation ETA mit den angekündigten Hinrichtungen gegen die Gouverneure und Bürgermeister des Franco-Faschismus ernst macht. Der erste Bürgermeister (Echeverria aus dem baskischen Städtchen Oyarzun) wurde am 25.11. in seiner Wohnung erschossen aufgefunden . . .

Zu erwähnen wäre noch, daß Juan Carlos seine erste Audienz einem der gewaltigsten Führer der extremen Rechten, dem Führer des „Frontkämpferbundes" Girón, gewährte, der ihn aufforderte, *„unerschrocken der Degradierung durch eine verrückt gewordene Welt zu widerstehen"* („SZ", 26.11.75), worauf Juan Carlos entgegnete, er hoffe auf die Zustimmung und Treue des Volkes und *„die Begeisterung der ruhmreichen alten Kämpfer"*, um *„mit Entschiedenheit auf dem vorgezeichneten Weg das Werk Francos zu vervollkommnen"* („SZ" 26.11.75). Girón und der König verabschiedeten sich mit dem Falangistengruß „Arriba España!".

Verhaftungswelle zum Regierungsantritt

Verhaftungen in den Reihen der bürgerlichen und der linken Opposition kennzeichnen den Regierungsantritt von Juan Carlos. Strafmaßnahmen gegen Zeitungen, gegen Journalisten usw. häuften sich.

Die PTE (Partido del Trabajo de España) scheint inzwischen fast vollständig aufgerieben zu sein. Die „Frankfurter Allgemeine" schreibt von Verhaftungen mehrerer hundert Mitglieder der PTE in den letzten Monaten. Am 12.11. wurden in Granada 53 Mitglieder der Jungen Roten Garde (Jugendorganisation der PTE) verhaftet. Einen Tag später traf es 37 andere Oppositionelle aus Granada, darunter Mitglieder der PCE.

Diese und die folgenden Verhaftungsaktionen der Polizei waren offenbar Teil eines größeren Planes, der unter dem Namen „Operation Abendstern" lief und Teil der „Sicherung" des Franco-Erbes ist. Den Polizeiaktionen fielen am 16.11. weitere zahllose Oppositionelle zum Opfer, darunter 10 sehr bekannte Mitglieder der PCE und der Arbeiterkommissionen (wie Ruiz Soler). In Jaen griffen sich die Bullen weitere 20 Antifaschisten. Die Polizei wagte es sogar, demonstrativ zwei Tage vor den „Krönungsfeierlichkeiten" vier bekannte Mitglieder der spanischen „Sozialistischen Partei" zu verhaften und einen davon schwer zu mißhandeln (drei von ihnen wurden schnell wieder freigelassen). Am Todestag Francos waren schon einmal 15 linksstehende Intellektuelle festgenommen worden.

Außer der Demonstration vor dem Carabanchel-Gefängnis für Generalamnestie aller politischen Gefangenen hat es bisher keine Aktion seitens der Opposition gegen diese neue Phase des Faschismus in Spanien gegegeben. Von den großen Tönen, die vor noch gar nicht langer Zeit auch von der revisionistischen PCE gespuckt wurden, daß man eine große Massenmobilisierung für Demokratie und Freiheit durchführen wolle und daß man Juan Carlos schon zu politischen Zugeständnissen zwingen werde, ist zur Zeit nichts zu hören und nichts zu sehen.

Bekanntlich haben die beiden großen Gruppierungen der bürgerlichen Opposition (Demokratische Junta und Demokratische Konvergenz) in einer gemeinsamen Erklärung erstmal eine abwartende Haltung gegenüber der Regierung Juan Carlos eingenommen (siehe AK 69). Es bleibt abzuwarten, wie die Opposition angesichts der so eindeutig faschistischen Maßnahmen des Königs wieder die Kurve kratzt. Die kriminelle Verharmlosung des Faschismus, wie sie der Vorsitzende der PSOE, Felipe Gonzalez bei seinem Publicity-Besuch auf dem Mannheimer Parteitag der SPD machte, kommt jedenfalls nur den Faschisten zugute. In einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau" sagte Felipe Gonzalez: *„Wir hoffen aber, daß zugleich mit der Nachricht vom Tode Francos das ganze System zusammenbricht, welches sich in den letzten 40 Jahren um Franco aufgebaut hat."* Dieser Spezialdemokrat weiß sehr genau, daß er lügt. ●

Spanien-Portugal-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Argentinien: „Regierungsnotstand" Militär verhaftet Tausende

Während sich die Führer der politischen Gremien und Parteien um eine *„für alle Beteiligten ehrenvolle Lösung"* („NZZ", 16.11.75), d.h. eine nicht allzu spektakuläre Ablösung Isabels, bemühen, haben die Militärs den offenen Kampf gegen die Arbeiterklasse aufgenommen.

Anfang November hat sich Isabel wegen eines angeblichen Gallenleidens – mal wieder – in ein Krankenhaus zurückgezogen. *„Das Führungsvakuum"* entwickelte sich *„vollends zum Regierungsnotstand"* („NZZ", 16.11.).

Von den verschiedensten Seiten wurde die Präsidentin zum Rücktritt aufgefordert: Im Kongreß haben einige Abgeordnete ein Amtsenthebungsverfahren beantragt, das inzwischen von der Demokratischen Volkspartei (PDP) unterstützt wird. („SZ", 13.11.).

Die Führer verschiedener politischer Gruppierungen im Senat haben die Präsidentin gebeten, *„sich in die*



Verhaftete ERP-Genossen

Ferien zu begeben oder eine längere Privatreise ins Ausland anzutreten." („NZZ", 16.11.).

Trotzdem hat Isabel – in einer Botschaft aus dem Krankenhaus – entschieden erklärt, daß sie weder die Absicht habe zurückzutreten, noch Urlaub zu nehmen und daß sie sich nur *„mit Gewalt vertreiben lasse"* („NZZ", 7.11.) *„Ihr Land sei einer inneren und äußeren Aggression in Form von journalistischem Terrorismus (!) ausgesetzt und sie werde bis zum Sieg Argentiniens über die antinationalen Kräfte weiterkämpfen."* („FR", 6.11.).

Obwohl diese Erklärung zunächst zahlreiche Proteste hervorgerufen hat und selbst von ihren engsten Anhängern nur sehr verhalten aufgenommen wurde, konnte Isabel ihren Präsidentensessel zumindest auf kurze Sicht noch einmal behaupten.

Ausschlaggebend dafür waren einige Zugeständnisse Isabels. Sie distanzierte sich ansatzweise von ihrem „engsten Freundeskreis" (den immer noch erklärten Anhängern von Lopez Rega), trennte sich von ihrem Leibarzt und Berater Vasquez und erklärte sich endlich bereit, die für 1977 anstehenden Wahlen auf das kommende Jahr vorzuverlegen – eine Forderung, die vor allem von den bürgerlichen Radikalen, der zweitstärksten Partei im Kongreß, massiv vertreten wurde. Außerdem sollen alle Parteien und sozialen Gruppen eingeladen werden, um ein neues Verfassungsprojekt zu erarbeiten („NZZ", 22/23.11.).

Offensichtlich beließ man Isabel noch einmal für kurze Zeit in ihrem Amt, weil die Frage eines Nachfolgers noch nicht geklärt ist. Innenminister Robledo, der zur Zeit die von allen Teilen der peronistischen Bewegung am ehesten anerkannte Figur zu sein scheint, führt jedenfalls ständige Beratungen mit den Vertretern aller (bürgerlichen) Parteien und Gremien durch.

Gelöst ist der „Regierungsnotstand" dadurch noch nicht, eher versucht man, sich eine kurze Atempause zu verschaffen, die allerdings kaum zum Luftholen reichen wird:

Insbesondere durch die sich immer mehr ausweitenden Korruptions-



Aktion von Genossen vor einem Gefängnis

affären in höchsten Regierungskreisen wird der Regierung der Boden unter den Füßen weggezogen. Der ehemalige Wohlfahrtsminister Roballos wurde bereits verhaftet. Ebenfalls Haftbefehle bestehen gegen Villone, der auch für kurze Zeit Wohlfahrtsminister war, und gegen den ehemaligen Privatsekretär von Lopez Rega. Beide konnten sich aber noch rechtzeitig absetzen, sie *„sind flüchtig"* („NZZ", 22/23.11.).

Die Regierung hat zwar ihr Veto gegen einen vom Kongreß beschlossenen parlamentarischen Untersuchungsausschuß eingelegt, sie konnte aber nicht verhindern, daß die gerichtlichen Untersuchungen auf Hochtouren laufen. Neun Buchprüfer befassen sich allein mit der Scheckbetrügerei Isabels. (Sie hatte einen Scheck über mehrere Millionen von einer öffentlichen Stiftung auf ihr Privatkonto gebucht – angeblich ein bedauerlicher Irrtum, vergl. AK 69).

Unabhängig vom Fortgang der Korruptionsaffären versucht die peronistische Führung, ihre Reihen weiter auszurichten und zu säubern.

Der ehemalige Gouverneur der Provinz Buenos Aires und Führungsmitglied der Metallarbeitergewerkschaft wurde aus der peronistischen Partei ausgeschlossen. Calabro war einer der führenden Kritiker Isabels. Er bezeichnete sich selbst als Führer der „antivertikalistischen Strömung" innerhalb des Peronismus und setzte sich für eine „demokratische Neuordnung des Peronismus" ein. (Die „Antivertikalisten" wenden sich gegen das absolute Führerprinzip der peronistischen Bewegung und fordern mehr Rechte für die einzelnen Mitglieder). In La Plata hatte Calabro Massenveranstaltungen durchgeführt, wo er die beiden noch lebenden Schwestern von Evita Peron auftreten ließ, um die Massen zu begeistern. (Evita war die zweite Frau Perons, die durch perfekte Demagogie als „Engel der Armen" von den Massen hochverehrt wurde).

Der Ausschluß von Calabro – einem immerhin ehemals bedeutenden Führungsmitglied des Peronismus – zeigt, daß die Führung derzeit nicht eine neue Verankerung und Verstärkung der peronistischen Ideologie in den Massen sucht. Offensichtlich setzt sie dagegen auf die Anbiederung und Zusammenarbeit mit den Militärs. So heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der peronistischen Provinzgouverneure, daß das *„argentinische Volk Guerillaaktionen verabscheut"* und weiter: *„Die nationalen Streitkräfte wissen, daß sie mit der Achtung und vollen Solidarität des argentinischen Volkes rechnen können, weil sie mit ihrem Heroismus und ihrem Blut die institutionelle Ordnung verteidigen, deren Niedergang von subversiven Banden und wirtschaftlichem Terrorismus (!) gewünscht wird."* (Monitordienst, 31.10.75).

Militär gegen streikende Arbeiter

„Obschon einflußreiche Militärs auch heute noch davon überzeugt scheinen, daß die Krise die Putschreife noch nicht erreicht habe, haben sich die Gerüchte über einen bevorstehenden militärischen Eingriff in den letzten Wochen verstärkt." („NZZ", 22./23.11.) Die Spitzen der drei Waffengattungen tagen fast ununterbrochen. Dabei steht nicht nur - erklärtermaßen - die Diskussion über die aktuelle politische Lage im Vordergrund („NZZ", 23.11.), sondern erstmals beteiligen sich alle drei Waffengattungen aktiv am Kampf gegen die Subversion. Neu daran ist, daß die Militärs sich nicht mehr auf den brutalen Kampf gegen die Guerilla beschränken, sondern offen und direkt gegen die Arbeiterklasse vorgehen.

Am 20. November haben Heereseinheiten eine Eisenerzmine von Sierra Grande besetzt. Die Arbeiter dieses Betriebes waren seit über sechs Wochen im Streik. 300 (!) Arbeiter wurden verhaftet. Offizielle Begründung für diese Aktion: Man müsse die „wirtschaftliche Subversion" und die „Industrieguerilla" entschieden bekämpfen. Das heißt nichts anderes, als daß die kämpfenden Arbeiter zu Guerillas erklärt werden, die ausgerottet werden müssen.

Zusätzlich wurden Großrazzien mit Massenverhaftungen durchgeführt. So wurden am 8./9. November in einer gemeinsamen Aktion von Streitkräften und Polizeieinheiten 1.300 Personen in Mendoza, 350 in Rosario verhaftet. Es handelt sich bei allen um angebliche Sympathisanten linker „Terroristen". („NZZ", 11.11.)

Diese Zahlen zeigen, welches Ausmaß der Terror von seiten der Militärs schon angenommen hat, auch ohne daß sie bereits offen geputscht hätten. ●

Lateinamerika-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Griechenland: Hunderttausende auf antifaschistischen Demonstrationen

Am 17. November zeigte das griechische Volk in Massendemonstrationen (ca. 500.000 in Athen, 50.000 in Thessaloniki etc.) seine Bereitschaft, gegen Faschismus und Imperialismus zu kämpfen. Vor zwei Jahren leitete die heldenhafte Besetzung des Athener Polytechnikums den Rückzug des Faschismus ein. Damals schlossen sich der Erhebung der Studenten schnell andere Bevölkerungsteile, vor allem die Bauarbeiter, an. Nachdem die Bewegung ungeachtet des brutalen faschistischen Regimes blitzartig um sich griff, ließen die Faschisten die Panzer rollen, stürmten das Polytechnikum und metzelten in der Innenstadt wahllos über 100 Menschen nieder. Gerade zu den Ereignissen um das Polytechnikum läuft im Moment der Prozeß, wobei die Verantwortlichen allerdings damit rechnen können, vergleichsweise sehr billig davonzukommen.

Trotz aller schönen Reden von Karamanlis & Co., daß das Wesentlich geschafft sei und Griechenland schon jetzt eine Demokratie besitze, wie sie schöner nicht denkbar sei, setzte sich das Menschenmeer vom Polytechnikum aus unter antifaschistischen und antiimperialistischen Parolen in Richtung amerikanische Botschaft in Bewegung. „Nationale Unabhängigkeit!", „Amis raus!", „Brot, Bildung, Freiheit!" („Psomi, Pedhia, Eleftheria!"). Weiter hieß es in Anspielung auf die lächerlichen Urteile in den „Anti-Junta-Prozessen": „Gebt die Junta dem Volk!" „Keine Gnade den Meuchelmördern!", „Das Polytechnikum lebt!" „Volk, erinnere dich an den November!", „Vereinigtes Volk, niemals besiegt!" („Laos enomenos, pote nikjimenos!") „Nein zum Faschismus und zum Imperialismus!"

Vor der US-Botschaft hieß es dann „Raus für immer aus der Nato!", „Kein weiteres Vietnam!", „Amerikaner, Mörder der Völker!", „Meuchelmörder Kissinger!". ●

Griechenland/Türkei-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Streiks in Japan

Seit Mittwoch, den 26. Nov., haben die Arbeiter des Öffentlichen Dienstes nahezu den gesamten Nah- Fern- und Fährverkehr in Japan stillgelegt, Briefe und Pakete stapeln sich in den Postämtern, Telegramme und Fernschreiben bleiben unübermittelt und seit sich auch die Angestellten der staatlichen Forstverwaltung dem Ausstand angeschlossen haben, rührt sich keine Säge mehr in den Wäldern. Auch die Arbeit in den staatlichen Alkohol-, Tabak- und Salzbetrieben ruht.

Mit ihrem auf zunächst zehn Tage angesetzten Generalstreik im Öffentlichen Dienst wollen die Arbeiter dieses Bereichs der japanischen Wirtschaft das Streikrecht zurückerobern, das ihnen 1947 durch Beschluß der US-Besatzungsbehörden geraubt wurde. Die Arbeiter des Öffentlichen Dienstes, die zusammen mit den Bergarbeitern den kampfstärksten Teil der japanischen Arbeiterklasse bilden, haben seit 1961 in einer Serie harter Streiks um dieses Ziel gekämpft. Dabei folgten den rechtlich illegalen Aktionen zumeist harte Vergeltungsschläge der Regierung (Massenentlassungen und Gefängnisstrafen) – was von den Arbeitern mit neuen Streiks beantwortet wurde.

So konnten die papiernen Appelle und Vermittlungsversuche der Miki-Regierung die Arbeiter auch jetzt nicht von ihrem Kampf abhalten.

Regierungskommission: Aus eins mach drei!

Rechtzeitig zum Streikbeginn veröffentlichte eine Regierungskommission nach einjähriger Tätigkeit ihre Empfehlung zur Frage des Streikrechts und der Reorganisierung des Öffentlichen Dienstes. Darin wird vorgeschlagen:

- Privatisierung des Nahverkehrs der Staatsbahnen, von Teilen der Forstverwaltung und der staatlichen Monopolbetriebe für Alkohol, Tabak und Salz;
- „Reorganisierung" des inländischen Fernsprech- und Fernschreibdienstes, so daß eine „begrenzte Zuerkennung des Streikrechts möglich ist";
- Beibehaltung des Beamtenstatus ohne Streikrecht bei Post, staatlicher Münze, Staatsdruckereien, sowie den öffentlich bleibenden Teilen von Bahn- und Forstverwaltung.

Diese Vorschläge, die darauf hinauslaufen, die Arbeiter des Öffentlichen Dienstes in drei Teile aufzuspalten und sie durch Privatisierung von Betrieben schärfster Rationalisierung zu unterwerfen, sind vom Korokyo, dem Dachverband der am Streik beteiligten Gewerkschaften, als „reaktionär" zurückgewiesen worden („Süddeutsche Zeitung", 27. 11. 75).

Für die streikenden Arbeiter stellt sich damit die Aufgabe, ein demagogisches Zugeständnis zum Streikrecht für einen Teil von ihnen (wie es als Nebenprodukt einer Privatisierung herauskäme) als Lösung abzulehnen und auf ihrer Forderung nach Streikrecht für alle Arbeiter im Öffentlichen Dienst und zusätzlich auf eine Arbeitsplatzgarantie für alle darin Beschäftigten zu bestehen. ●

Japan-Kommission, KB/Gruppe Hamburg



Bilder wie dieses sind im Alltag des japanischen Klassenkampfes nichts Ungewöhnliches: Polizisten verhaften streikende Eisenbahnarbeiter.

Afrika aktuell

West Sahara

Nach monatelangen Scheingefechten zwischen Spanien und Marokko um die Herrschaft über West-Sahara ist jetzt eine Einigung erzielt worden, die die Teilung West-Saharas unter marokkanischer und mauretanischer Herrschaft vorsieht.

Die Verwirklichung dieser neuen Fremdherrschaft über das Volk der West-Sahara wird nur mit blutiger Unterdrückung der Saharauis möglich sein.

Die F.Ro.Li.Sa.Rio (Volksfront für die Befreiung von Saguia el Hamra und Rio de Oro) hat den Teilungsplan verurteilt und erklärt, daß *„die notwendigen Maßnahmen zur Verteidigung des Landes getroffen sind"* („Frankfurter Rundschau", 17.11.).

Im einzelnen sieht die imperialistische Lösung für die neokoloniale Herrschaft über West-Sahara, die in der „Erklärung der Prinzipien" in Madrid am 16.11. bekannt gemacht wurde, vor, daß Spanien seine Besatzertruppen, ca. 50.000 Mann, bis Anfang 1976 abziehen wird. Als Gegenleistung erhalten die spanischen Faschisten etwa 35% Gewinnbeteiligung aus den Phosphat-Gruben von BuCraa, außerdem werden sie innerhalb von vier Jahren ihre Investitionen in Höhe von ca. zwei Milliarden Mark zurückerhalten. Weiterhin erhalten sie Fischereirechte vor Marokko und West-Sahara, und last not least, zwei Militärstützpunkte in West-Sahara, die wohl alsbald an den US-Imperialismus zur Nutzung überlassen werden („Süddeutsche Zeitung", 16.11.).

Um sich diese fetten Brocken zu sichern, haben die spanischen Faschisten sich mit Marokko und Mauretanien geeinigt, bis zum endgültigen Abzug ihrer Truppen eine gemeinsame Übergangsregierung für West-Sahara zu bilden.

Hierdurch soll Marokko die Möglichkeit erhalten, ein Referendum über die Teilung West-Saharas zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Ausdrücklich abgelehnt wurde nämlich eine Beteiligung der F.Ro.Li.Sa.Rio. Stattdessen soll als „Vertreter" der Bevölkerung von West-Sahara die Yemaa, das von den spanischen Faschisten eingesetzte Scheinparlament von reaktionären Stammesfürsten, beteiligt werden. Der Präsident von Yemaa ist bezeichnenderweise schon zu Hassan geeilt und hat diesem seine Loyalität bekundet.

Weiterhin soll Marokko planen, die Zeit der Übergangsregierung zu nutzen, um reichlich Marokkaner ins Gebiet der West-Sahara zu karren, um die „Volksabstimmung" für sich zu entscheiden.

Unter der Losung „Unabhängigkeit oder Tod" bereitet sich die
Unter der Losung „Unabhängigkeit oder Tod" bereitet sich die
Bevölkerung West-Saharas und ihre Befreiungsorganisation, die F.Ro.Li.Sa.Rio. auf die Fortführung des Befreiungskampfes vor. In den Flüchtlingslagern auf algerischem Boden sowie in den befreiten Gebieten werden Volksmilizen gebildet, die in letzter Zeit durch vertriebene Saharauis aus Marokko verstärkt wurden. Auch sollen 700 Saharauis, die in Frankreich arbeiteten, zur Unterstützung des Befreiungskampfes nach West-Sahara zurückgekehrt sein (Weltspiegel, 26.11.).

Südafrika (RSA)

Nach dem Willen der RSA-Faschisten soll es demnächst ein neues „homeland" für Schwarze in der RSA geben.

Bophuthatswana soll es heißen. Dieses Gebiet *„wurde von der südafrikanischen Regierung zum Siedlungsgebiet der rund 1,8 Millionen Tswanas erklärt. Doch leben dort nur rund 700.000 Angehörige dieses Stammes ..."* („SZ", 21.11.75).

Die anderen 1,1 Millionen Schwarze dieses Stammes müssen sich in den „weißen Gebieten" als billige Arbeitskräfte verdingen. In den „Stammesgebieten" wird keine Industrie angesiedelt. Landwirtschaft gibt es kaum.

Wirtschaftlich sind derartige „selbständige" Staaten also völlig abhängig von den weißen Faschisten!

Die Regierungen dieser „homelands" werden nur von der RSA-Regierung eingesetzt. Ihre Politik muß mit dem „Minister für Bantu-Angelegenheiten" abgesprochen sein.

Die RSA-Faschisten haben jederzeit die Möglichkeit, den „selbständigen" Staat wieder aufzulösen.

Das „homeland" ist darüber hinaus dem Währungssystem der RSA angeschlossen, in ihm gelten die gleichen Rassisten-Gesetze und es darf keine eigene Außenpolitik betreiben! Gegenüber der RSA gilt es aber als Ausland. Arbeitslosen Tswanas können daher jederzeit abgeschoben werden! (Ausführlich haben wir zu dieser „homeland"-Politik im AK 62 geschrieben.)

Namibia (Südwest-Afrika)

Seit dem 10.11.75 werden in Namibia die „Verfassungsgespräche", die im September begonnen haben, fortgesetzt.

An diesen Gesprächen nehmen – neben den weißen Faschisten – Stammeshäuptlinge und (von den Faschisten ernannte) „Vertreter" der Schwaren teil.

Ziel dieser Gespräche ist es, über eine kosmetische Operation an einigen unwesentlichen Punkten die weiße Faschistenherrschaft über Namibia zu erhalten:

– Namibia soll in „homelands" aufgeteilt werden. Dabei würde die schwarze Bevölkerung (88%) *„nur 39,9% des schlechtesten und am wenigsten wirtschaftlichen Landes* (erhalten). *Die Masse des Landes ist zusammen mit allen Diamanten- und den meisten anderen Bergwerken für die weißen Siedler reserviert."* (Namibia-Studienheft der Projektgruppe „Namibia-Woche") Die „Verfassungskonferenz" soll eine solche Lösung verfassungsrechtlich absichern.

Der Faschisten-Rundfunk in Windhuk will den Schwarzen die Konferenz als eine friedliche Lösung verkaufen. Hierzu ziehen die Faschisten eine „Parallele" zu Angola:

„Dort hätten sich die Unabhängigkeitskräfte als Marionetten ausländischen Mächte aufgerieben." („FAZ", 11.11.75)

Die SWAPO (Befreiungsbewegung Namibias) zur Konferenz:

„Unser Volk läßt sich durch die Manöver der Rassisten nicht täuschen ... Wir werden uns ein freies und geeintes Namibia erkämpfen müssen." ●

IMPRESSUM


Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 18.500 Erscheinungsweise: viermal vierteljährlich, Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 24o 595, J. Reents.

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

D. Rodrigues (Gründerin der OMA/Angola):

„Wie könnte ich wohl meinen Landsleuten helfen, ihre Würde wiederzufinden?"

Die am 2. März 1967 von FNLA-Faschisten ermordete Genossin Deolinda Rodrigues – Gründerin der revolutionären Frauenbewegung Angolas OMA – schildert im nachstehenden Dokument ihre ersten Schritte zur Teilnahme am Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus. Die geschilderten Ereignisse liegen nunmehr knapp zwanzig Jahre zurück – zwanzig Jahre der ständig zunehmenden Teilnahme der Frauen am Befreiungskampf. Genossin Deolinda gehörte zu den ersten fünf weiblichen Guerillas, die am bewaffneten Kampf teilnahmen.

„Zur Stunde, da die MPLA ihren zweiten Befreiungskampf führt, marschiert die OMA an ihrer Seite. Daneben erobert die Frau, heute wie gestern, ihre Emanzipation und ihren Platz in der neuen Gesellschaft, mit dem Bewußtsein, daß der Sieg gewiß ist". (Marie Eugenia Neto, in „Afrique-Asie", 3.11.).

Afrika-Kommission KB/Gruppe Hamburg


ANGOLA/MPLA

In Luanda war sowohl unser Privatleben wie auch das öffentliche Leben immer unerträglicher geworden: wir wurden in der Kirche überwacht, waren zu Hause in ständiger Gefahr, in der Schule wurden wir lächerlich gemacht; in jeder Beziehung hing unsere Existenz vom Wohlwollen der Portugiesen ab. Die Mißhandlungen von Eingeborenen ohne Schutz war „unser täglich Brot". Ich habe oft gesehen, wie weiße Offiziere jemanden unter sengender Sonne auspeitschten. Jedesmal, wenn ein Eingeborener mißhandelt wurde, forderte eine schwarze Frau seinen Peiniger heraus. Ein solcher Mut, den meine ungebildeten Schwestern da bewiesen, gab mir nicht nur selbst Mut, sondern ließ mich auch wegen meines feigen Schweigens und meiner Passivität angesichts derartiger Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten erröten.

Mein ganzes Leben lang habe ich in meiner Umgebung Sklaven gesehen und gehört, aber Anfang 1956 hatte ich ein entscheidendes Erlebnis: Ich fuhr über 1.000 km gemeinsam mit etwa 50 Zwangsarbeitern. Auf dem Weg sangen meine Brüder eine traurige Melodie in Kimbundu (Sprache der Umbundu), die davon handelte, wie schwer die Zwangsarbeit ist, wann sie wieder nach Hause zurückkehren könnten und warum sie nicht eher gestorben wären. Der Refrain besagte, daß sich die Bedingungen ändern würden und daß sich deshalb noch alles zum Guten wenden würde. Einige weinten, als sie sangen. Wir haben in einem Dorf haltgemacht. Einer der Männer mußte dort Abschied nehmen von seiner unglücklichen Frau, seinem unschuldigen Sohn, seiner armen Mutter und seinen Freunden. Der beeindruckendste Moment war, als ihn der Sohn, der fünf Jahre alt war, fragte, wann er denn zurückkäme. Der Vater lächelte tapfer und nahm seinen Sohn in die Arme: ‚Ich weiß es nicht'. Es breitete sich tiefe Stille aus. Die Rufe des Chauffeurs, ein Weißer, unterbrachen sie. Und der Lastwagen fuhr los, ließ das Dorf und seine Einwohner in einer Staubwolke hinter sich ...

Um zu meiner Arbeit zu gelangen, mußte ich durch das Elendsviertel Sambizanga, wo das Leben für die Eingeborenen eine Qual war. Die fürchterlichen Lebensbedingungen für die Bewohner gaben mir zu denken. Wie ihnen helfen, ihre Menschenwürde wiederzufinden? Wie die Situation in unserem Land verändern? Wenn nicht durch die Vereinigung meiner Kräfte mit denen von Hunderten meiner Landsleute, die zur geheimen nationalistischen Bewegung gehören und die schon für die Befreiung unseres Landes kämpfen.

Aber die PIDE, die portugiesische Geheimpolizei, war in zunehmendem Maße allgegenwärtig und allwissend, und die Nationalisten mußten mit ihren Kontakten sehr vorsichtig sein. Ich versuchte dennoch, mit einigen aktiven Mitgliedern der geheimen Bewegung Verbindung aufzunehmen. Da ich noch eine Jugendliche war, hatte ich nicht gleich beim ersten Mal Erfolg. Also entschloß ich mich, mit meinen Freunden irgendetwas zu organisieren. Ich begann, reihum mehrere junge Leute zum Tee bei mir einzuladen, ohne meine Familie darüber zu informieren. Dann fragte ich diese Freunde, was sie über die Bedingungen dachten, unter denen das Volk zu leben gezwungen war. Alle waren sich einig, daß es zu weit geht, welche Macht sich Portugal anmaßt, und sie verlangten wenigstens das Recht, frei in unserem eigenen Land atmen zu können. Einige dieser jungen Leute gehörten bereits zur nationalistischen Bewegung. Andere wurden ermutigt, sich ihr anzuschließen. Einige meiner Gäste erzählten ihren Freunden von meinem Tee. Und eines schönen Tages betraute mich ein Mitglied der nationalistischen Bewegung mit einer schwierigen Aufgabe. Ohne Zweifel gefiel meinen Landsleuten meine Arbeit, denn sie beanspruchten mehr und mehr meine Mitarbeit. Schließlich kannte ich einige Führer der Bewegung, obwohl es einige gar nicht billigten, eine Jugendliche in so ernste Angelegenheiten reinzuziehen. Anfänglich war ich etwas entmutigt durch dieses Mißtrauen. Aber ich wußte Schritt für Schritt ihr Vertrauen zu gewinnen und wurde so Mitglied der Organisation.

Die Mitglieder der nationalistischen Gruppe wußten, daß die PIDE ständig hinter ihnen herspionierte. Ich wurde durch die Anwesenheit eines PIDE-Agenten, eines Weißen, beunruhigt, der sich ständig an der Ecke unseres Hauses aufhielt und der mich eines Tages beschimpfte. Ich werde auch den Abend nicht vergessen, an dem ich, einige nationalistische Papiere unter dem Arm, nach Hause kam und ein Polizeiauto ganz nahe bei mir anhielt. Ich konnte kaum atmen. Da fuhr das Auto plötzlich weiter. Als ich beim Haus ankam, standen Polizeiautos vor dem Eingang. Ich ließ mich hinfallen, um so gut wie möglich die Dokumente, die ich bei mir hatte, zu verstecken und dachte dabei nur, daß meine Stunde nun wohl geschlagen hat. Aber nichts passierte. Am selben Abend noch verbrannte ich die Fotos unserer nationalistischen Gruppe. Es blieben mir nur noch einige belastende Filme, noch unentwickelt, die zu vernichten ich mich nicht entschließen konnte. Ich aß nichts und, ohne meinen Eltern ein Wort zu sagen, ging ich weg, um meine Schätze zu verstecken. Wenn die PIDE später wiederkommen würde, konnte sie nichts gefährliches mehr finden. Am nächsten Morgen, als ich gerade die Nachrichten vom Sender Radio Brazzaville hörte, kam ein Freund aus unserer nationalistischen Gruppe. „Was will dieser Weiße, der an deinem Fenster war und verschwand, als ich eintrat?", fragte er mich. Er konnte meine Erleichterung gar nicht verstehen, als ich daran dachte, daß alle Dokumente entweder verbrannt oder versteckt waren.

Später bekam ich ein Stipendium für ein Auslandsstudium. Es war ein denkbar schlechter Augenblick, mein Volk ohne Schutz zurückzulassen, den Portugiesen ausgeliefert, insbesondere meine Kameraden der nationalistischen Bewegung. Ein Abschiedsabend zu meinen Ehren wurde gegeben und ein PIDE-Agent war anwesend. Das ging allerdings auf seine Kosten, denn wir kannten ihn alle. Zwei Tage später, im Januar 1959, verließ ich Luanda schweren Herzens. Einen Monat später wurden die meisten meiner Freunde verhaftet.

Aus: „Afrique-Asie" No 95, 3.11.75 (von uns leicht gekürzt) ●

„Vietnam ist eins!"

„Vietnam ist eins. Die vietnamesische Nation ist eins. Keine Kraft vermag das Vaterland zu spalten. Die Wiedervereinigung des Vaterlandes ist der heilige Wunsch unserer gesamten Nation. Vietnam muß unbedingt wiedervereint werden.
Die Wiedervereinigung soll schrittweise mit friedlichen Mitteln vollzogen werden nach dem Prinzip von Verhandlungen zwischen den Gebieten Vietnams ohne Zwang auf beiden Seiten und ohne fremde Einmischung.“ (Aus dem politischen Programm der FNL vom 20.12.1960).



Die Wiedervereinigung Vietnams – im Genfer Indochina-Abkommen von 1954 verbindlich festgelegt – wird in naher Zukunft Realität.

Nach 22 Jahren: Freie Wahlen in ganz Vietnam!

Am 12.11. traf eine Delegation aus der DRV in Ho-Chi-Minh-Stadt ein, um mit der südvietnamesischen Regierung Gespräche über eine baldige Wiedervereinigung beider Teile Vietnams aufzunehmen.

Bereits eine Woche später erklärte Nguyen Huu Tho, der Vorsitzende der FNL, im südvietnamesischen Fernsehen, daß die Wiedervereinigung wahrscheinlich am 30. April 1976 – dem Jahrestag der Befreiung Saigons – abgeschlossen sein werde.

„Zunächst sollen die nationalen Befreiungsfronten beider Teilstaaten, also alle gesellschaftlichen Vereinigungen, zusammengeschlossen werden.“ („SZ“, 20.11.75)

Dann sollen Wahlen zu einer Nationalversammlung für ganz Vietnam stattfinden. *„Jeder Vietnamese im Alter von über 18 Jahren soll das Recht erhalten, Kandidaten für die Nationalversammlung, deren Mindestalter 25 Jahre betragen wird, zu wählen.“* („FAZ“, 18.11.75)

Dann wird endlich das beginnen, was die US-Imperialisten und ihre Saigoner Marionetten über 20 Jahre lang mit Mord und Terror vergeblich zu verhindern versuchten:

Das vietnamesische Volk wird selbst über seine Zukunft entscheiden.

Die wichtigste Voraussetzung hierfür war die völlige Befreiung Südvietnams von den US-Imperialisten und ihren Saigoner Marionetten.

Als am 30. April dieses Jahres die Befreiungsarmee in Saigon einzog, konnten sich Freunde und Verwandte, die durch die gewaltsame Teilung des Landes über 20 Jahre voneinander getrennt waren, zum ersten Mal wiedersehen. *„Für viele Vietnamesen ist das Wiedersehen von Familienangehörigen eine der wichtigsten Früchte des Sieges. Für sie hat die Wiedervereinigung schon begonnen.“* (rororo „Ho-Tschi-Minh-Stadt“ S. 108)

Kurz nach der Befreiung Südvietnams hatte es noch den Anschein, daß eine Wiedervereinigung in naher Zukunft nicht realisierbar sei.

In der Tat hatten 20 Jahre imperialistischer Herrschaft ihre Spuren hinterlassen:

▶ So hat die Besetzung des Südens durch die US-Imperialisten einiges von deren „Kultur“gütern hinterlassen – Bücher, Zeitschrifen, Filme haben auch in den Köpfen der Bevölkerung Einfluß ausgeübt. Besonders stark war dieser in Saigon. *„Für uns, die wir aus dem Westen gekommen sind, um über Saigon zu berichten, hat die Stadt kein besonders exotisches Gepräge. Für uns ist Hanoi eine exotische Stadt, auch Da Nang ist es. Saigon aber ist eine Stadt, genauso wie Bangkok, Tokio oder Hongkong, mit einem Massenangebot an importierten Waren, die zum schnellen Verbrauch bestimmt sind, mit dichtem Verkehr, mit stark verschmutzter Luft, Prostitution und Schwarzhandel“* („Ho-Tschi-Minh-Stadt“, S. 107).

▶ Die südvietnamesische Wirtschaft war ganz auf den Krieg und die Versorgung der Marionettenarmee ausgerichtet. Ein sehr großer Teil der notwendigen Güter wurde importiert. Obwohl Südvietnam strukturmäßig ein Agrarland ist, lebte der überwiegende Teil der Bevölkerung in den Städten.

▶ Die US-Imperialisten haben zwar Milliardenwerte an Kriegsmaterial hinterlassen, aber *„In den letzten Kriegsmonaten ist alles vernichtet worden, was irgend produzieren konnte. Die Herrschenden von einst haben an Kapital und Sachwerten aus dem Land geschafft, was US-Banken nur eben transferieren. amerikanische Flugzeuge und Schiffe nur eben wegtragen konnten“* („FR“, 18.11.75).

Aber die Probleme wurden und werden vom vietnamesischen Volk angepackt!

▶ In allen Dörfern und Stadtteilen wurden revolutionäre Ausschüsse gebildet, die auf örtlicher Ebene die Macht ausüben. Schulen und andere soziale Einrichtungen wurden wieder aufgebaut oder neu geschaffen.

▶ Mehrere tausend Menschen bauen die Eisenbahnverbindung zwischen Hanoi und Saigon wieder auf. 496 Brücken, 20 Tunnel und 150 neue Bahnhöfe müssen errichtet werden. („Südd. Zeitung“, 7.11.75)

▶ „Massive Bevölkerungsbewegungen finden statt, um neue Zonen wirtschaftlicher Entwicklung zu schaffen.“ („Le Monde“, 19.7.75)

Unterstützen wir das vietnamesische Volk beim Wiederaufbau seines Landes

So wie die weltweite Solidarität zum Sieg des vietnamesischen Volkes beigetragen hat, so notwendig ist es, in dieser Solidarität jetzt nicht nachzulassen. Der Imperialismus hat sich noch nie damit abgefunden, wenn ihm von einem Volk die Macht entrissen wurde. Wir lesen jetzt in der bürgerlichen Presse eine Flut von Hetze und Verleumdung über die befreiten Völker Indochinas. Dem müssen wir mit unserer Berichterstattung über die tatsächlichen Ereignisse und Schwierigkeiten in diesen Ländern entgegentreten.

Wichtig ist auch, daß wir das vietnamesische Volk weiterhin materiell unterstützen, damit die Schäden, die der barbarische Krieg der Imperialisten angerichtet hat, möglichst schnell beseitigt werden. ●

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Laos: US-Imperialismus plant erneute Aggression

Nach ihrer Niederlage in Vietnam, flogen die US-Statthalter auch aus Laos raus. „Freiwillig“ löste im Juni die USA ihre 1.200 Mann starke Botschaft bis auf 100 Mann auf.

Trotzdem geben sich Ford & Co. keineswegs mit dieser Niederlage ab. Im Gegenteil:

In Nord-Laos wird vom CIA der konterrevolutionäre Teil des Meo-Stammes aufgerüstet. Unverholen wird dies heute bereits von der bürgerlichen Presse zugegeben: *„Während des Laos-Krieges waren vom amerikanischen Geheimdienst CIA und der damaligen laotischen Regierung Tausende Meo-Krieger für den Kampf gegen die Pathet Lao und die Nordvietnamesen angeworben worden.“* („SZ“, 20.11.).

Daß auch heute keineswegs Schluß ist mit diesen Machenschaften beweisen etliche Tatsachen:

Nach einer Meldung von Radio Hanoi am 21.10.75 und der Zeitung „Quan Doi Nhan Dan“ ist der CIA dabei, eine *„10.000 Mann starke Sondertruppe aus antikommunistischen laotischen Soldaten, die aus Laos geflohen sind“*, aufzubauen. Ziel soll es sein, *„die thailändischen Guerillas zu bekämpfen.“*

Radio Saigon bringt am 23.10. eine noch detailliertere Meldung über diese Sache: Unter Berufung auf die thailändische Zeitung „The Nation“ heißt es, *„daß die Amerikaner auf dem Luftwaffenstützpunkt Nam Phong in Nordwest-Thailand etwa 10.000 Thais und Laoten als Spezialtruppe ausbilden.“* Mindestens *„5.000 laotische Offiziere und Soldaten“* seien als Teil dieser Spezialtruppe rekrutiert worden. Gleichzeitig wird angegeben, daß auch weitere reaktionäre Kräfte (u.U. nichtmilitärische) zu einer *„Geheimarmee zusammengefaßt worden seien.“* Laut Radio Saigon ist es das Ziel, *„die Revolution in Laos und Thailand zu bekämpfen.“*

Daß die US-Imperialisten versuchen, von Thailand aus Provokationen etc. gegen Laos zu unternehmen, beweisen auch andere Tatsachen:

Nach einer Erklärung der ‚Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam‘ (PRGRSV) sind in der jüngsten Zeit folgende Vorfälle geschehen:

▶ *„am 9. Oktober sandten sie* (US-Imperialisten und thailändische Reaktion, Red.) *Agenten in den Bezirk Lahanam in der Provinz Savannakhet, die Unruhe hervorrufen sollten.*

▶ *am 12. und 20. Oktober schickten sie eine große Zahl von T-28 Flugzeugen ..., die das Dorf Kong Phanang bombardierten (!!). Dabei entstanden große Verluste an Menschenleben und großer Sachschaden an dem Eigentum der örtlichen Bevölkerung.*

▶ *am 27. Oktober wurden von den laotischen Behörden in Phongkheng fünf thailändische Agenten verhaftet, die sich gerade zusammengefunden hatten, um Pläne zur Stiftung von Unruhe zu erörtern.“*

Außerdem wird angegeben, daß der *„Transport von für Laos bestimmten Gütern durch Thailand behindert“* wurde. (nach „MD“, 28.20.75).

Ende November kam es zu einem weiteren militärischen Konflikt, als sich ein thailändisches Patroullienboot in der Nähe von Vientiane (Hauptstadt von Laos) rumtrieb. Laotische Truppen schossen dieses Boot auf eine Sandbank, worauf Thailand eine Kompanie in Marsch setzte, die sich mit den laotischen Verbänden ein neunstündiges Gefecht lieferte.

Kurze Zeit später schloß Thailand *„weite Abschnitte seiner Grenze zu Laos“* („FAZ“, 20.11.) und rief den Botschafter zu *„Konsultationen“* zurück.

Aufgrund dieser Zuspitzung vordergründig der Widersprüche zwischen Laos und Thailand wurde am 23.10. über **„Radio Pathet Lao“** eine Erklärung bekanntgemacht, in der es heißt: *„Nach dem Sturz der Regierung Thanom-Praphat durch die patriotischen, demokratischen Kräfte und das thailändische Volk ist in den vergangenen zwei Jahren die Regierung Kukrit Pramoj an die Macht gekommen. Obwohl diese Regierung offenbar eine Politik der Unabhängigkeit und Neutralität verfolgt und gutnachbarliche Beziehungen zu allen Nachbarländern anstrebt, hat sie doch eine Politik der Unfreundlichkeit gegenüber Laos eingeschlagen, besonders seit dem Aufstand zu einer Machtergreifung durch das laotische Volk im Mai dieses Jahres. Dieses Land ist weiter als Basis für die Luftwaffe der CIA benutzt worden.*

Noch schwerer wiegt, daß es eine Zuflucht geworden ist, von der aus die verräterischen laotischen Reaktionäre Sagotagehandlungen gegen Laos verüben können, nachdem sie gestürzt und vom laotischen Volk aus dem Land vertrieben worden sind.“ (nach „MD“, 28.10.).



Laos: Eine Kämpferin der Frauenkompanie



Welche Bedeutung die US-Imperialisten Thailand als Aufmarschgebiet gegen die indonesische Revolution nach wie vor geben, beweisen die Erklärungen, man würde (neben Süd-Korea) auch Thailand mit der Atom-Bombe „verteidigen“! USA's Oberkriegstreiber Richard Nixon forderte kürzlich sogar eine militärische Intervention in Indochina: **„Vielleicht ist der Schock einer Invasion nötig – in Korea oder in Thailand“** („SZ“, 21.11.75).

Daß die US-Imperialisten auch bei erneuten Agressionen in Indochina scheitern werden, ist eindeutig. Trotzdem können sie der Revolution in Indochina Schaden zufügen.

Für die westdeutsche Linke gilt, sehr wachsam die Versuche der US-Imperialisten zu verfolgen, hier über militärische Aggressionen und Subversion die revolutionäre Entwicklung abermals zu behindern, abermals zu versuchen, sie zu schlagen! ●

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kapitalisten, DGB-Führer und Regierung in „Konzertierter Aktion"

Rechtzeitig vor der Sitzung der „Konzertierten Aktion" legte der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" (die „Fünf Weisen") sein Jahresgutachten 1976 vor. Danach sollen im kommenden Jahr:

- das Bruttosozialprodukt um 4,5% steigen,
- die Preise um etwa fünf Prozent steigen,
- die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt eine Million betragen.

Als wesentliche Voraussetzungen hierfür werden genannt:

- niedrige Lohnabschlüsse (für 1976 werden 3,5% netto angegeben, während die Nettogewinne der Kapitalisten 14,5% betragen sollen!),
- weitere Einsparungen in den öffentlichen Haushalten,
- steuerliche Erleichterungen für die Unternehmen durch Einführung eines Verlustrücktrags (danach können Verluste bis zu fünf Millionen Mark mit Gewinnen des Vorjahres verrechnet werden, wodurch die Kapitalisten Steuern sparen!).

Auf einen Nenner gebracht bedeutet das Gutachten: alles für die Kapitalisten – weniger für die Werktätigen.

Das Gutachten war der wesentliche Beratungsgegenstand der „Konzertierten Aktion" am 25.11. Im Grundsatz und in der Richtung der Wirtschaftspolitik bestand Einigkeit. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte bereits 14 Tage vor der Sitzung eine „Studie" vorgelegt, die zu ähnlichen Schlußfolgerungen wie die „Weisen" kommt. Neben Lohnsenkungen wird dort eine Prognose der Arbeitslosenentwicklung gegeben: bis 1980 kann die Arbeitslosenquote bestenfalls auf drei Prozent gesenkt werden (ca. 700.000) und das, obwohl die Zahl der ausländischen Arbeiter auf ca. 1,5 Mio. (von zur Zeit 2,2 Mio., vor einem Jahr 2,5 Mio.!) gesenkt werden soll (nach „Handelsblatt", 12.11.)!! So fragwürdig solche Prognosen sind, verdeutlichen sie aber, daß eine dauerhafte Massenarbeitslosigkeit eingeplant wird. Das entlarvt die ganze Demagogie von Schaffung neuer Arbeitsplätze, mit der die Bundesregierung ihre Wirtschaftspolitik begründet.

Auch die wiederholten Beteuerungen der Regierung, keine Steuererleichterungen für die Unternehmer zuzulassen, sind nur Schein: bereits auf dem Mannheimer SPD-Parteitag wurde von Schmidt und Finanzminister Apel ein Initiativbeschluß zur Wirtschaftspolitik eingebracht (und angenommen), der diese Möglichkeit offen läßt. Apel konnte unwidersprochen für den Verlustrücktrag eintreten („FAZ", 15.11.). Kanzler Schmidt versprach in einem Gespräch mit BDI-Chef Sohl, die Einführung eines Verlustrücktrags zu prüfen („FAZ", 26.11.).

Schwerpunkt der „Konzertierten Aktion" war denn auch die Lohnpolitik. Folgende „Weisheit" hatten die „Fünf Weisen" hierzu verkündet: *„Der Rat plädierte dafür, die notwendige Korrektur bei der Einkommensverteilung (höhere Gewinnquote, niedrigere Lohnquote) in einem möglichst kräftigen Schritt zu beginnen. Im Aufschwung lasse sich eine solche Änderung, die für Investitionen unumgänglich sei, weniger leicht bewerkstelligen"* („Süddeutsche Zeitung", 25.11.).

Etwas einfacher formuliert das „Handelsblatt" dies: **„Das was die Arbeitnehmer 1975 ‚eigentlich' zuviel (!!) verdienten, müssen sie 1976 zurückzahlen. Das ist bitter, aber logisch"** (25.11.).

Es ist natürlich pure Demagogie zu behaupten, 1975 sei zuviel verdient worden. Der Reallohnabbau 1975 in Zahlen wird nicht bekannt gegeben. Aber selbst die manipulierten Zahlen des Sachverständigen-Gutachtens lassen solche Behauptungen nicht zu. Denn dort wird das Nettoeinkommen 1975 mit 6,5% angegeben. Bei knapp über sechs Prozent Preissteigerungen muß man da allerdings lange ein „Zuviel" suchen. Gemeint ist natürlich, daß das Tempo des Lohnabbaus den Kapitalisten zu langsam geht und daß sie im kommenden Jahr einen möglichst kräftigen Schluck aus der Pulle wünschen.

Eiertanz der Gewerkschaftsführer

Angeblich ist es in der „Konzertierten Aktion" zu Differenzen in der Frage der Lohnerhöhungen zwischen den Gewerkschaftsführern und den übrigen Teilnehmern gekommen. Was ist daran wahr?

IG-Metall-Chef Loderer lobte das „Sachverständigen"-Gutachten *„als harten Schlag gegen den konjunkturellen Zweckpessimismus der Arbeitgeberverbände ... Das Gutachten bestätige grundsätzlich die gewerkschaftliche Einschätzung* (!!)*"* („Handelsblatt", 25.11.).

Wo können da dann noch Differenzen auftauchen? Nun, sie werden darin liegen, **wie kräftig der Schritt zum Lohnabbau sein soll, nicht aber, daß der Schritt getan werden muß,** denn dies ist eine grundsätzliche Forderung des Gutachtens. Hinzu kommt, daß derartig aufgebaute „Differenzen" natürlich auch taktisch gegenüber den Gewerkschaftsmitgliedern vorgetäuscht werden.

In der Realität ist ein wesentlicher kräftiger Schritt schon getan: Der Abschluß der Löhne und Gehälter in der Stahlindustrie von fünf Prozent bedeutet einen Reallohnabbau unter Abzug von Steuern, Abgaben und Preisen von etwa drei Prozent! Dieser Schritt ist allerdings kräftiger, als es die „Weisen" für erforderlich halten, ja, er enthält sogar noch einen Spielraum für eventuell nötige Zugeständnisse im Konjunkturaufschwung!

Die hier geforderte und eingefädelte Wirtschaftspolitik kann nur grundsätzlich abgelehnt und bekämpft werden, wenn ernsthaft die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten werden sollen. ■

KB/Gruppe Bremen

„Ja Kollegen,

in der ‚Konzertierten Aktion' ist es zu harten Differenzen mit den Arbeitgebern gekommen"

LOHNERHÖHUNG

3% 0

Eiertanz der Gewerkschaftsführer

Eiertanz der Gewerkschaftsführer

Etwa 9.000 Pleiten 1975!

1975 wird es die größte Zahl von Pleiten seit der großen Weltwirtschaftskrise 1931 geben, wie folgende Statistik zeigt:

Konkurse im Jahr	Reich/Bund
1928 Hochkonjunktur	10.505
1931 Krise	19.254
1938 Rüstungskonjunktur	3.740
1951 Korea-Krise	4.248
1960	2.098
1961 bester Stand	1.984
1967 Flaute	3.930
1970	3.944
1974	7.356
1975 voraussichtlich	9.000

(aus: „Frankfurter Neue Presse", 11.10.).

Bereits von Januar bis August dieses Jahres gab es 6.094 Zusammenbrüche, während diese Zahl im gleichen Vorjahreszeitraum bei 4.857 lag.

Eingesetzt hat der große Pleitenboom dieser Krise, der allerdings noch weit unter dem der großen Weltwirtschaftskrise vor über 40 Jahren liegt, 1973 mit dem Beginn des Konjunkturabschwungs und der zu dieser Zeit beginnenden Politik des knappen und teuren Geldes der Bundesbank.

Er hat den Prozeß der Konzentration und Monopolisierung weiter beschleunigt, der in den letzten Jahren immer stärker zunimmt. So stellte das „Institut für Mittelstandsforschung" in einer Untersuchung fest, daß sich die Unternehmensstruktur in den Jahren 1962 - 1972 folgendermaßen veränderte:

	1962	1972
Kleinbetriebe	77,7 %	60,4 %
Mittelbetriebe	21,8 %	38,0 %
Großbetriebe	0,5 %	1,6 %

(Zahlen nach „FAZ", 3.10.).

Die Kleinbetriebe verloren im selben Zeitraum 7,7 % an Umsatz, die Mittelbetriebe gewannen 89 % an Umsatz und die Großbetriebe sogar 156,7 %.

Noch deutlicher wird die Veränderung bei den Marktanteilen:

	1962	1972
Kleinbetriebe	16,9 %	7,7 %
Mittelbetriebe	38,6 %	36,0 %
Großbetriebe	44,5 %	56,3 %

(„FAZ", 3.10.).

1,6 % aller Betriebe machen in der BRD-Wirtschaft mehr als 50 % des gesamten Umsatzes, ganz zu schweigen von den Gewinnen, die in einem Großbetrieb immer relativ höher zum Kleinbetrieb sind.

Die Untersuchung stellt fest, daß die Zahlen die wirklichen Verhältnisse noch gar nicht mal ausdrücken, da durch *„Wettbewerbsnachteile oder zweiseitige Bindungen bei vielen Klein- und Mittelbetrieben (man) nicht mehr von faktischer Selbständigkeit sprechen kann, auch wenn sie juristisch selbständig wären"* („FAZ", 3.10).

Am weitesten vorangeschritten ist der Konzentrationsprozeß in der Industrie, wo 4,4 % aller Unternehmen 73,5 % des Umsatzes erzielen! ■

KB/Gruppe Bremen

„Der Gewinn ist beim Teufel" – Wirklich?

„Der Gewinn ist beim Teufel" – Wirklich?

In einer Auflage über einer Millionen beglückt das „Institut der deutschen Wirtschaft" die „sehr verehrte Frau Kollegin" und den „sehr geehrten Herrn Kollegen" mit einer Broschüre: „Der Fall Tornado". Nicht zu teuer aufgemacht – es ist schließlich Flaute – aber mit vielen bunten Bildern und großer Schrift.

Schon gleich auf der Titelseite schaut uns männlich-herb ins Auge eine Figur aus der bekannten Rubbel-Folie Letraset. Da dieser Typ Müller heißt, weiß man sofort: er soll den „normalen" Arbeiter darstellen. Der wohltemperierte Betriebsleiter hat einen ebenso deutschen Namen, der ihn aber etwas mehr heraushebt: Kuhnke. Der ist natürlich unheimlich intelligent, trägt dementsprechend Brille und schmeißt mit Zahlen und wirtschaftlichen Begriffen nur so um sich. Das allerdings auch möglichst „deutsch" und mit recht eigenwilligen Definitionen. Zumindest mein Lexikon müßte umgeschrieben werden, um eine Übereinstimmung zu erreichen. Außerdem hat dieser Herr, der sich für die Firma opfert, einen Sohn, der gerade dem Vaterland dient. Der lernt also mit Gewalt durchsetzen, was sein Vater heute noch mit honigsüßen Worten verteidigt. Der Kuhnke hat außerdem noch *„mehrere Jahre in dem südamerikanischen* (!) *Zweigwerk eines deutschen Automobilkonzerns die Fertigung mit aufgebaut"*.

In dem ganzen Heft hat der sorgequälte Betriebsleiter nichts anderes zu tun, als dem – ach so kritischen – Müller geduldig zu erklären, daß nur die steigenden Gewinne der Untermer alles wieder in Ordnung bringen können. An Kurzarbeit, Entlassungen usw. sind nicht etwa die Kapitalisten schuld, sondern die – von überirdischen bösen Mächten gemachte – Weltwirtschaftslage. „Der Gewinn ist beim Teufel", sagt Kuhnke, womit die Frage nach dem Verbleib von Gewinnen wohl ausreichend beantwortet ist. Zwar gibt Kuhnke zu, daß in der eigenen Firma durch Rationalisierung, also Mehrarbeit, die mageren 6,8% der letzten Tarifrunde wieder reingeholt wurden. Die Zulieferer aber sind wegen ihrer hohen Lohnkosten in den Preisen gestiegen. Nach dieser Theorie bezahlt der Endverbraucher sämtliche Löhne, Lohnzusatzkosten und die Gewinne des Kapitalisten an einem Produkt mit. Es wird das ewige Geheimnis des „Institutes der deutschen Wirtschaft" bleiben, wie die Arbeiter und Angestellten, die ja letztendlich die Verbraucher sind, das machen sollen. Mit Löhnen und Gehältern über den Preis Löhne und Gehälter, Lohnzusatzkosten und gar noch die Gewinne zu bezahlen, ist augenfällig undurchführbar. Wirklich ärgerlich, daß dieser Unsinn schon um 1800 widerlegt wurde.

Auch mehr Urlaub und ähnliche soziale Leistungen sollen wir uns aus dem Kopf schlagen – und das nicht nur in der „Krise": *„Langfristig wird wohl nichts mehr so sein, wie es einmal war. Die Jahre der größten Zuwachsraten sind auch für uns endgültig vorbei. Das müssen sich auch die Gewerkschaften allmählich klar machen, wenn's um Lohnerhöhungen geht. Und zwar nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Branchen."* Mit anderen Worten: der Lebensstandard der gesamten Arbeiterklasse soll langfristig gesenkt werden!

Zum Schluß kann man an einem Preisausschreiben teilnehmen und all die schönen Dinge gewinnen, die man sich durch die Arbeit immer weniger leisten kann. Das ist auch der einzige Schluß, den diese Anhäufung von Kapitalistenideologie zuläßt: Hoffen und Harren. Lassen wir uns nicht zum Narren machen und schmeißen solche Ergüsse gleich in den Müll – und die Kapitalisten hinterher! ■

Eine Genossin des Metallbereichs KB/Gruppe Hamburg

Weitere Tarifabschlüsse

Neben dem Tarifabschluß in der Metallindustrie haben sich Kapitalistenverbände und Gewerkschaftsführung in anderen Industriebereichen ebenfalls auf ähnliche Tarifabschlüsse um 6% herum geeinigt, was eine Senkung der Reallöhne ist.

Flachglasindustrie:

Die 9.000 Beschäftigten der Flachglas AG, des größten Betriebs in diesem Bereich, erhalten rückwirkend vom 1.9.1975 an Lohn- und Gehaltserhöhungen von 5,8%.

Hohlglasindustrie:

Vom 1.10.-31.12.75 erhalten die Kollegen monatlich 35 DM mehr; ab 1.1.76 wurden 5,6% Lohn„erhöhungen" vereinbart.

Hohlglasveredelungs- und verarbeitungsindustrie:

In den Monaten Oktober, November und Dezember werden 3,5% mehr, ab 1.1.76 6,0% mehr gezahlt.

Sanitär-Keramische Industrie:

Ab 1.9.75 erhalten die Beschäftigten 4%, ab 1.6.76 nochmal 2,5% mehr Lohn.

Wand- und Bodenfliesenindustrie:

Im Tarifbereich Nordwestdeutschland erhalten die Beschäftigten rückwirkend im September 35 DM; ab 1.10.75 bis zum 31.3.76 wurden 4% vereinbart und ab 1.6.76 bis 30.9.76 erhalten die Kollegen nochmals 2%.

Mineralölindustrie:

Die Gewerkschaftsführung vereinbarte mit der Shell AG Lohn- und Gehaltserhöhungen von 6,45%, ferner eine Erhöhung des Urlaubsgeldes von 100 DM.

Schirmindustrie:

Hier erhalten die Kollegen ab 1.6.75 6,2% mehr Lohn und eine Jahressonderzahlung von 25% eines Monatslohns.

In der Aachener Schirmfabrik Emil Brauer kam es zu Streiks, für die Streikenden wurden von Kapitalisten und Gewerkschaftsführung Maßregelungsverbote vereinbart.

Banken:

Seit 18 Monaten existiert im Bankgewerbe ein tarifloser Zustand. Die Bankkapitalisten zahlten seit März dieses Jahres „freiwillig" 6,5% mehr an die Angestellten und Arbeiter. Dies wurde nun auch für die rund 330.000 Beschäftigten abgesichert. Zusätzlich übernehmen die Kapitalisten die monatlichen 52 DM „vermögenswirksamen Leistungen". Ferner erhalten die Kollegen einen Tag mehr Urlaub. ■

Betriebszelle Beiersdorf/Forschungszentrum, KB/Gruppe Hamburg

Stahlbosse wollen Löhne sparen: Weihnachten fast 40 % Kurzarbeit!

Mitte November arbeiteten 87.000 von insgesamt 334.000 Beschäftigten in der Stahlindustrie kurz. Das sind 26 % aller Beschäftigten.
In der Stahlerzeugung sind es sogar 69.000 von 215.000 Beschäftigten, 32 %!

Gewerkschaftsführer loben diesen Umfang der Kurzarbeit als Erfolg der „Montanbestimmung" und als Beweis dafür, daß diese im Interesse der „Arbeitnehmer" sei, da ja nur kurzgearbeitet und nicht entlassen werde. Dies ist in zweierlei Hinsicht eine Verhöhnung der Stahlarbeiter und -angestellten. Denn einmal trifft sie die Kurzarbeit finanziell noch härter, als dies sowieso schon in anderen Branchen der Fall ist. Die Löhne in der Stahlindustrie sind sehr niedrig und können nur durch diverse Zulagen und Überstunden hochgeschraubt werden. Diese werden aber bei der Berechnung des Kurzarbeitergeldes nicht berücksichtigt. Zum anderen ist die Behauptung der Gewerkschaftsführer, die DGB-Boß Vetter vor allem beim Dortmunder „Mitbestimmungs"spektakel wiederholte, schlicht gelogen:

Zwar hat es keine Massenentlassungen gegeben, aber von 1970 – 1975 wurde die Zahl der Beschäftigten in der Stahlindustrie um insgesamt 38.000 von 372.000 auf 334.000 („Handelsblatt", 17.11.75) gesenkt, das sind über zehn % !!

In denselben Zeitraum fällt auch der größte Stahlboom in der Geschichte der BRD. So wurden mit Rationalisierungen und Entlassungen und mit gestiegenen Produktionszahlen Höchstprofite der Stahlbosse erzielt. Auch das sind Erfolge der „Mitbestimmung" – allerdings für die Stahlkapitalisten.

In der Flaute sparen die Stahlkapitalisten bei den Löhnen: Die meisten Betriebe lassen fast ununterbrochen seit März oder April kurzarbeiten. In einer Reihe von Betrieben wird es über Weihnachten „Blockstillstand" geben, in Teilen des Betriebes wird dann die Arbeit völlig ruhen. Um Weihnachten herum wird die Kurzarbeit auf ca. 40 % aller Beschäftigten in der Stahlindustrie ansteigen („Handelsblatt", 17.11.).

Klöckner-Hütte Bremen:
Gegen den Widerstand des Betriebsrats entschied die „Einigungs"-stelle, daß vom 16.12.75. – 9.1.76 Blockstillstand für 4.180 Kollegen ist. Ab 3. Dezember beginnt für 4.070 Kollegen die Kurzarbeit. Seit März läßt Klöckner nun ununterbrochen kurzarbeiten, mindestens 1.000 Kollegen arbeiten dabei regelmäßig nur 32 Wochenstunden. Der vorgesehene Blockstillstand ist der dritte in diesem Jahr.

Thyssen-Hütte:
Auch Thyssen plant zum Jahresende Kurzarbeit. Im letzten Jahr ist die Belegschaft um vier % – 6.000 Beschäftigte – auf 141.449 gekürzt worden!

Stahlwerke Peine-Salzgitter:
10.000 – 12.000 Kollegen arbeiten im Dezember kurz. Die Belegschaft ist im letzten Jahr um 1.319 reduziert worden. Bis 1976 sollen zehn % der Angestellten entlassen sein.

Stahlwerke Röchling-Burbach, Völklingen:
Zur laufenden Kurzarbeit sollen zum Jahresende weitere Kollegen hinzukommen. Die Belegschaft wurde im letzten Halbjahr um 600 auf 21.741 reduziert.

Kurzarbeit und Blockstillstand auch bei **Hoesch in Dortmund** für 12.000 Beschäftigte vom 19.12. – 2.1. Bei den **Neunkirchner Eisenwerken** für 5.000 Beschäftigte, bei den **Hamburger Stahlwerken**, kurzarbeiten müssen 9.500 Beschäftigte bei **Krupp** und eine noch nicht näher genannte Zahl von Arbeitern bei den **Dillinger Hüttenwerken.** ■

KB/ Gruppe Bremen

Chefmanager: Acht-Prozent bedeutet Reallohnabbau

Während die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer überall in den Betrieben acht-Prozent-Forderungen durchsetzen und die fünf bis sechs Prozent Lohnraubabschlüsse zusammen mit den Kapitalisten als „Kaufkraftverbesserung" verkaufen wollen, hat der „Verband oberer Angestellter der Eisen- und Stahlindustrie" (VOE) inzwischen bereits die offiziellen Forderungen der Gewerkschaftsführer nach acht Prozent als eine „Reallohnminderung" bezeichnet.

Wie den „Vereinigten Wirtschaftsdiensten", einem internen Presseorgan der Kapitalisten vom 31.10.75 zu entnehmen ist, hat der Vorsitzende dieses Verbandes, in dem mittlerweile 7.800 Spitzenmanager zusammengeschlossen sind, auf einer Pressekonferenz geäußert, daß nach seinen Berechnungen *„die von der IG-Metall geforderte Lohn- und Gehaltserhöhung von acht Prozent das Realeinkommen um 0,5% mindert".* ■

Wirtschaftskommission
KB/Gruppe Hamburg

Türkische Faschisten treiben in Betrieben und Gewerkschaften ihr Unwesen

In der Türkei ist zur Zeit ein Bündnis von rechten und faschistischen Parteien – der „Nationalistischen Front" an der Macht. An ihrer Spitze stehen die Faschisten Demirel und der Führer der „Nationalistischen Bewegungspartei" Oberst a.D. Alparslan Türkes. Unter ihrem Regime herrscht in der Türkei die brutale Unterdrückung jeder linken und antifaschistischen Regung. Der Vertrieb von linker, marxistischer Literatur ist verboten, die Kommunistische Partei seit 1923 (!!) illegalisiert. Der revolutionäre Gewerkschaftsverband DISK wurde 1971 illegalisiert. Heute besteht nur noch die „Konföderation der Arbeitergewerkschaften", die mit Hilfe der USA (!) aufgebaut wurde. Und mindestens 50 Gewerkschafter, Arbeiter, Lehrer und Studenten sind in den letzten zwei Jahren ermordet worden. (Dies sind offizielle Zahlen, lt. „Metall" Nr. 18; die tatsächliche Zahl der ermordeten Antifaschisten wird wesentlich höher liegen.)

Mit Unterstützung durch die faschistischen Machthaber in der Türkei, von den Nato-Staaten und speziell den BRD-Staatsorganen begünstigt, treiben faschistische Banden auch in der BRD ihr Unwesen:

So erschlugen im Mai '74 in Hamburg vom Generalkonsulat gerufene faschistische Schläger auf Antifaschisten ein und schlugen den Genossen Danis Neset tot. Nur so hatte das türkische Konsulat verhindern können, daß in der „türkischen Arbeitervereinigung" klassenbewußte Kollegen gewählt wurden.

Im Juli dieses Jahres wurde ein Anschlag auf zwei Anhänger des türkischen Sozialdemokraten Ecevit in Frankfurt verübt. Sie wurden mit Messern und angespitzten Schraubenziehern angegriffen (lt „Metall", 18). Hieran soll u.a. auch der türkische Geheimdienst beteiligt gewesen sein.

Wer sich als Türke z.B. eine türkische Schreibmaschine kauft, wird sehr schnell von Faschisten aufgesucht, die Sinn und Zweck dieser Anschaffung wissen wollen (und z.B. überprüfen, ob linke Flugblätter darauf geschrieben wurden!)

Viele Terrorakte der Faschisten werden jedoch gar nicht bekannt. Sollten Anschläge der Faschisten ans Licht kommen, so spielt die westdeutsche Presse diese in der Regel als „Schlägerei" oder „Messerstecherei unter Ausländern" herunter.

Der BRD-Staatsapparat unternimmt natürlich nichts gegen das Treiben der Faschisten, sondern unterstützt diese nach Kräften.

So verhaftete die Polizei in Hamburg nicht die faschistischen Mörder, sondern fünf Antifaschisten. Nur unter der Bedingung, nichts über den Mord zu sagen, wurden sie wieder freigelassen!

Momentan wird der Prozeß gegen die PEF mit dem Ziel der Illegalisierung geführt (siehe AK 68).

Als bei Dynamit-Nobel türkische Kollegen streikten, wurden über 20 verhaftet!!

So haben die türkischen Faschisten insgesamt auch keine Schwierigkeiten, sich in der BRD legal und offen zu betätigen.

Zum einen sind die türkischen Konsulate praktisch Zentren der faschistischen Aktivitäten (wie z.B. in Hamburg nachgewiesenermaßen!) Daneben existieren zahlreiche ominöse Flugbüros etc., die neben üblen Geschäften finanzieller Art oftmals ebenfalls Zentren faschistischer Gruppen sind.

In der „Metall" Nr. 18 werden drei derartige Büros, Niederlassungen etc. angegeben:

„In Frankfurt ist der ‚Verein zur Unterstützung und zum Aufbau der Fatih-Moschee' die Anlaufadresse für die rechtsradikalen Türken. Günstig ist es, wenn man die Empfehlung des Generalkonsuls (!!) oder von dessen Arbeitsattachee vorzeigen kann."

Der Berliner Faschistenführer Osman Yolcu ist eine ähnliche Anlaufstelle und in Mannheim ist es zur Abwechslung der Leiter eines Reisebüros.

Während also die linken, antifaschistischen Gruppen in der BRD illegalisiert werden sollen, duldet und unterstützt dieser „demokratische Staat" die Aktivitäten und die Organisierung der türkischen Faschisten in jeder Beziehung!

Ein Zitat des Berliner Innensenators machte die Richtung klar: *„Es ist Ausländern, die Anhänger einer in ihren Heimatländern bestehenden politischen Partei sind, nicht verwehrt, sich im Bundesgebiet als Verein unter Beachtung der entsprechenden Vorschriften zu konstituieren"* („Metall" Nr. 18). Nun ist es nur so, daß die meisten linken Organisationen wie KP und PEF in der Türkei verboten sind, während die Faschisten natürlich legal organisiert sind!

Die „Metall" Nr. 18 berichtet, daß seit Monaten eine faschistische Hetzkampagne unter den türkischen Kollegen stattfindet.

In der Zeitung „Tercüman" wird gegen alles gehetzt, was links steht. Da heißt es, „...**du wirst nicht so hilflos sein, um eine Handvoll Kommunisten und niederträchtige Saboteure nicht mit deinem Speichel ertränken zu können**". Und der Frankfurter Oberfaschist Recep Birick meint in „Tercüman": „**Wir geben den Sozialisten und Kommunisten in der BRD keine Lebenschance mehr**"! (nach „Metall", Nr. 18).

Nach „Metall" Nr. 18 wird in der Zeitung „Tercüman" momentan insbesondere gegen die Gewerkschaften gehetzt.

Dabei soll die Parole unter den Faschisten ausgegeben worden sein, in die Gewerkschaften reinzugehen und dort „zu unterwandern".

Nun ist es sicherlich lobenswert, wenn in der „Metall" derartige Aktivitäten angeprangert werden – in der Praxis ist von seiten der Gewerkschaftsführer hiervon nichts zu sehen. Im Gegenteil.

Bei den Betriebsrätewahlen bedienten sich bei Hanomag (Hamburg-Harburg) beispielsweise die von der IGM-Ortsverwaltung unterstützte Paulsen-Clique türkischer Faschisten um die oppositionelle Liste „alternative" zu sabotieren. Mit Sprüchen wie „Mohamed ist gegen die Kommunisten" etc. wurden türkische Kollegen faktisch gezwungen, ihre Unterschrift zur Unterstützung der oppositionellen Liste zurückzuziehen.

Oder beim Mord an Danis Neset: Auch hier wurde – insbesondere vom Hamburger IGM-Sekretär Prehm – eine aktive Solidarität mit den türkischen Antifaschisten sabotiert.

Da von Seiten der Gewerkschaftsführungen nichts zu erwarten ist, wird auch die solidarische Zusammenarbeit mit den türkischen Antifaschisten und den ausländischen Kollegen insgesamt eine Aufgabe der linken, oppositionellen Kräfte in Betrieb und Gewerkschaft sein. ■

Genossen von Hanomag-Henschel, Bremen und Metallkomitee
KB/Gruppe Hamburg



Genosse Danis Neset wurde im Mai '74 in Hamburg von türkischen Faschisten zu Tode geprügelt. Hier kümmern sich – ebenfalls verletzte Antifaschisten – um Danis.

Arbeitslosigkeit und Entlassungen im Nürnberger Raum

Trotz aller Zahlen-Jonglierereí der Arbeitsämter liegt die Arbeitslosigkeit in Nürnberg und in ganz Nordbayern erheblich über dem Bundesdurchschnitt.

Noch im letzten Monat gab es in Nürnberg über 20.000 Arbeitslose und mehr als 22.000 Kurzarbeiter. Das sind jeweils rd. 25 % der nordbayrischen Zahlen überhaupt. Und es ist

sogar laufend Überstunden geschoben), sondern weil – wie auch die IGM-Kreisstelle Erlangen feststellte – „die Verlustzone praktisch vorprogrammiert gewesen sei". So sollen die Verluste nicht etwa durch mangelnde Kapazitätsauslastung, sondern allein durch Fehlkalkulation zustande gekommen sein. Groebner von der Verwaltungsstelle Erlangen (1. Bevoll-

Die Richtung ist klar: die Kollegen sollen dem Kapitalisten nachweisen, daß sie „arbeitsunfähig" sind. Damit mischen sich die Kapitalisten in das Ärztegeheimnis ein!

Auch im Hamburger Chemiebetrieb Beiersdorf müssen die Kollegen sich vom Arzt bestätigen lassen, daß ihr Arztbesuch tatsächlich „notwendig" ist!

Auch damit wollen die Kapitalisten die Kollegen unter Druck setzen, nicht gleich bei jedem „Wehwechen" zum Arzt zu gehen. ■

Betriebszelle Beiersdorf-Forschungszentrum
KB/Gruppe Hamburg

Arbeitslosigkeit und Entlassungen im Nürnberger Raum

Trotz aller Zahlen-Jonglierereí der Arbeitsämter liegt die Arbeitslosigkeit in Nürnberg und in ganz Nordbayern erheblich über dem Bundesdurchschnitt.

Noch im letzten Monat gab es in Nürnberg über 20.000 Arbeitslose und mehr als 22.000 Kurzarbeiter. Das sind jeweils rd. 25 % der nordbayrischen Zahlen überhaupt. Und es ist noch lange kein Ende abzusehen. Gerade im Bereich der Metall- und Elektroindustrie drohen weitere Entlassungen im Großraum Nürnberg-Fürth Erlangen.

Betroffen sind zur Zeit vor allem die Kollegen der Trafo-Union, von Kabelmetall, Frieseke & Höpfner (Erlangen) und AEG-Telefunken (Gräfenberg). Insgesamt stehen damit rund 2.000 Entlassungen bevor, gegen die sich allerdings schon der erste handfeste Widerstand bemerkbar macht.

So streikten in der Trafo-Union innerhalb von drei Wochen zweimal jeweils 350 Kollegen gegen die angedrohte Produktionsverlagerung und die damit verbundenen Entlassungen. Die Kollegen von der Trafo können dabei zumindest auf eine gewisse Tradition im Kampf zurückgreifen, da sie schon vor einigen Jahren einmal (etwas Außergewöhnliches für Nürnberg) für ihr Weihnachtsgeld streikten. Auch bei Kabelmetall streikten rund 300 Kollegen eine Dreiviertelstunde. Da der rechte Betriebsrat bei Kabelmetall die Kollegen über nichts informiert, wissen sie praktisch auch nicht, in welchem Umfang überhaupt Entlassungen bevorstehen. Man hört zwar von Verlagerung der Produktion ins Ausland und nach West-Berlin, aber genaueres wissen die Kabelmetall-Kollegen bis heute nicht.

Ähnlich ist es mit dem AEG-Telefunken-Werk in Gräfenberg: Wie es ausschaut, möchte der Konzern die Produktion gern in seine österreichischen Zweigwerke verlegen, da dort die Lohnkosten 25 bis 30 % niedriger wären als in Franken. Eine Auflösung des Gräfenberger Werkes würde für über 400 Familien im Landkreis Forchheim katastrophale Folgen haben. Doch bis heute ist noch nicht klar, was AEG-Telefunken nun wirklich in Gräfenberg vorhat.

Auch Frieseke & Höpfner in Erlangen möchte 300 bis 400 Arbeiter entlassen. Gerade in diesem Fall kam heraus, daß die Firma nicht etwa deshalb entlassen will, weil keine Aufträge vorhanden wären (es werden ja sogar laufend Überstunden geschoben), sondern weil – wie auch die IGM-Kreisstelle Erlangen feststellte – *„die Verlustzone praktisch vorprogrammiert gewesen sei".* So sollen die Verluste nicht etwa durch mangelnde Kapazitätsauslastung, sondern allein durch Fehlkalkulation zustande gekommen sein. Groebner von der Verwaltungsstelle Erlangen (1. Bevollmächtigter) hat zwar immerhin Recht, wenn er meint, daß der Fall Frieseke & Höpfner beweist, daß das Risiko allein auf Seiten der Arbeiter liegt, aber daß er dann damit für die Mitbestimmung trommeln will, ist eine wahre Unverschämtheit. Daß das „Netz der Kontrolle" keineswegs stärker wird, wie sich Groebner einbildet, haben wir ja bei der Montanmitbestimmung gesehen, wo die großen Entlassungen mit Hilfe rechter „Arbeitnehmervertreter" oft recht reibungslos über die Bühne gingen. ■

Betriebs- und Gewerkschaftsgruppe der GNK

Wie die Kapitalisten den „Krankenstand" senken wollen

Wie rigoros die Kapitalisten kranke Kollegen unter Druck setzen, soll an zwei Beispielen erläutert werden. In einem vorgedruckten Schreiben teilte der Kapitalist Benseler in Ludwigsburg den kranken Kollegen mit, daß *„Ihnen in zweifelhaften Fällen kein Krankengeld mehr bezahlt wird"*! Ein türkischer Kollege wurde von Benseler aufgefordert, ein Attest über die Art der Krankheit vorzulegen. Dazu ist kein Mensch rechtlich verpflichtet und der türkische Kollege verweigerte die Vorlage des Attests beim Kapitalisten. Die IG Metall erhob Klage, worauf der Kapitalist Widerspruch einlegte. Begründung: *„Der erkrankte Arbeitnehmer konnte uns bisher noch nicht beweisen, daß er arbeitsunfähig ist. Es steht lediglich fest, daß er Beschwerden hatte. Ein ärztliches Attest wurde bisher nicht vorgelegt"* (Zitate aus: „KVZ", 2.10.75).

Die Richtung ist klar: die Kollegen sollen dem Kapitalisten nachweisen, daß sie „arbeitsunfähig" sind. Damit mischen sich die Kapitalisten in das Ärztegeheimnis ein!

Auch im Hamburger Chemiebetrieb Beiersdorf müssen die Kollegen sich vom Arzt bestätigen lassen, daß ihr Arztbesuch tatsächlich „notwendig" ist!

Auch damit wollen die Kapitalisten die Kollegen unter Druck setzen, nicht gleich bei jedem „Wehwechen" zum Arzt zu gehen. ■

Betriebszelle Beiersdorf-Forschungszentrum
KB/Gruppe Hamburg



Genosse Danis Neset wurde im Mai '74 in Hamburg von türkischen Faschisten zu Tode geprügelt. Hier kümmern sich – ebenfalls verletzte Antifaschisten – um Danis.

München: ... zu dick – nicht eingestellt

Vor einiger Zeit bewarb sich eine Krankenpflegerin bei der Stadt München um eine Stelle. Die Personalabteilung der Stadt verweigerte ihr die Einstellung mit der Begründung, daß die Bewerberin zu d i c k (!) sei.

Erst durch diesen Fall kam eine, wie die Rathauspressestelle jetzt bestätigte, langjährige Praxis der Stadt München zum Vorschein. So müssen sich Bewerber für den öffentlichen Dienst in München wie auf früheren Sklavenmärkten präsentieren; nur haben sich anscheinend die Anforderungen der „Arbeitgeber", sprich Sklavenhändler, gewandelt.

Legten die Sklavenhändler früherer Jahrhunderte besonderes Gewicht auf ein einwandfreies Gebiß, so teilt die Pressestelle der Stadt München am 20.11.75 mit:

„Wer sich bei uns bewirbt, hat nur eine Chance, wenn er nicht mehr Kilo wiegt, als er in Zentimetern an Körpergröße über einen Meter mißt".

Begründet wird diese „Orientierungsmarke" damit, daß *„dickleibige Leute leichter zu Krankheiten neigen".*

Das grundgesetzlich „garantierte" Recht auf Arbeit hin und her; der öffentliche Dienst als Elite hat ja schon im Nazideutschland klare Richtlinien über Körpermaße gehabt. Warum stellt die Stadt München eigentlich immer noch schwarzhaarige Bewerber ein? ■

Redaktion „Unsere Stadt" Nürnberg

Industrielle Reservearmee

Zur Lage der Arbeitslosen in der BRD

Die z. Zt. 1,061 Millionen arbeitslosen Kollegen (Stand Oktober 75) und die ca. 717.000 Kurzarbeiter in der Bundesrepublik unterliegen bekanntlich besonderen Gesetzen.

Ihre Situation wird im wesentlichen durch das sog. „Arbeitsförderungsgesetz" (AFG) bestimmt, das mit seinen berüchtigten 'Sperrfristen', 'Zumutbarkeitsparagraphen' usw. unseren arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen neben schmerzlichen Lohneinbußen vor allem eine weitere Entrechtung und Diskriminierung bringt.

Von der vielgepriesenen 'Chancengleichheit' und der sog. 'freien Wahl des Arbeitsplatzes' kann für diesen Teil der Arbeiterklasse überhaupt keine Rede mehr sein!

Nehmen sie z. B. eine ihnen aufgezwungene Arbeit nicht an, so wird ihnen automatisch die Unterstützung des Arbeitsamtes entzogen – obwohl sie möglicherweise ihr ganzes Arbeitsleben lang beträchtliche Summen in den Fond der „Bundesanstalt für Arbeit" (BfA) eingezahlt haben. Die ohnehin schon prekäre Situation der Arbeitslosen in der BRD soll nach Plänen der Bundesregierung („Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz") in Zukunft noch weiter verschlechtert werden. So soll z. B. „das Arbeitslosengeld nicht wie bisher aus dem Effektivverdienst sondern aus dem Tariflohn – oder Gehalt bemessen (werden). Und zwar vor allem deshalb, weil die gegenwärtige Regelung oftmals nicht unbedingt die Arbeitslust fördert" („SZ", 16.8.75).

Nimmt man hinzu, daß selbst von Regierungsseite für den Anfang des kommenden Jahres ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf 1,5 Mio. nicht mehr ausgeschlossen wird, so wird klar, daß das heutige Arbeitslosenheer zumindest für die kommenden Jahre zu einer rechtlosen, jederzeit und überall einsetzbaren industriellen Reservearmee ausgebaut werden soll.

Im folgenden Artikel gehen wir auf die Frage der rechtlichen Knebelung der Arbeitslosen ein und werden an einigen Beispielen die praktischen Auswirkungen der „Sozial"-gesetzgebung in der BRD zeigen.

Das Arbeitsförderungsgesetz – ein Instrument der Bourgeoisie!

Zunächst einige Zahlen, die ein etwas genaueres Bild von der Situation der Arbeitslosen zeichnen, als dies die Gesamtzahl der Arbeitslosen ausdrückt:

Von den 1,061 Mio. arbeitslosen Kollegen sind 495.000 Frauen – also knapp 50 % (!!), 135.000 ausländische Kollegen sind nach offiziellen Zahlen arbeitslos (da sich jedoch der Anteil der ausländischen Kollegen in der BRD um 500.000 reduzierte, m ü s s e n ganz einfach wesentlich mehr arbeitslos geworden sein!). Unverhältnismäßig stark sind noch die Jugendlichen von der Arbeitslosigkeit betroffen (hier liegen uns z. Zt. allerdings keine Angaben vor).

Von diesen Arbeitslosen bekamen lediglich 677.000 überhaupt eine Unterstützung (Stand Juli 75). 358.000 (das sind 34,6 %!!) erhalten keinerlei Unterstützung. Von denen, die eine Unterstützung erhalten, sind wiederum 104.000 der Arbeitslosenhilfe zugeordnet, während schließlich nur eine gute Hälfte (55 %) aller Arbeitslosen in den „Genuß" des regulären Arbeitslosengeldes kam!!!

Bemerkenswert ist darüberhinaus, daß von den insgesamt 67,3 % Beziehern einer Unterstützung es bei den verschiedenen Arbeitslosen„gruppen" sehr unterschiedlich aussieht:

74,6 % der männlichen Arbeitslosen erhalten Unterstützung, von den Frauen (die knapp 50 % der Arbeitslosen ausmachen!!) erhalten nur noch 59,9 % eine Unterstützung, bei den Jugendlichen sind es schließlich nur noch 57,5 %.

Diese Zahlen machen bereits das Ausmaß der besonders schlechten materiellen Lage der Frauen und Jugendlichen deutlich!

materiellen Lage der Frauen und Jugendlichen deutlich!

Zudem sinkt bisher beständig die Zahl der „offenen Stellen". So sind es im Oktober nur noch 209.600, d. h. selbst theoretisch hat nur jeder **fünfte arbeitslose Kollege eine Chance** auf einen Arbeitsplatz. Entsprechend sind von September 1974 bis April 1975 auch nur 26 % der Arbeitslosen „wieder beschäftigt" und insgesamt 42 % dauerarbeitslos (siehe auch das Schaubild).

Angesichts dieser Entwicklung ist es allerdings der reinste Hohn, wenn z. B. SPD-Bundestagsabgeordneter E. Glombig davon spricht, *„daß die konjunkturelle Abwärtsbewegung als gestoppt anzusehen sei"* („HAN", 6.11.).

Diese Situation, daß nur etwa die Hälfte der Arbeitslosen überhaupt eine reguläre Unterstützung erhält, ist direkte Folge der Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG). Heißt es im allgemeinen Teil des AFG's: *„Die Maßnahmen nach diesem Gesetz haben insbesondere dazu beizutragen, daß*
1. weder Arbeitslosigkeit und unterwertige Beschäftigung noch ein Mangel an Arbeitskräften eintreten oder fortdauern,
......
3. nachteilige Folgen, die sich für die Erwerbstätigen aus der technischen Entwicklung oder aus wirtschaftlichen Strukturwandlungen ergeben können, vermieden, ausgeglichen oder beseitigt werden ..." (§ 2, AFG), so sieht die Wirklichkeit doch etwas anders aus:

Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe – Arbeitslose 1. und 2. Klasse!

Es gibt drei verschiedene Möglichkeiten, vom Arbeitsamt bzw. anderen staatlichen Einrichtungen eine Unterstützung zu erhalten:

- **Arbeitslosengeld.** Dies ist die volle Unterstützung nach dem AFG aus der Arbeitslosenversicherung. Sie beträgt in der Regel zwischen 50 % und 70 % des Lohnes.
- ▶ **Arbeitslosenhilfe.** Die Arbeitslosenhilfe beträgt in der Regel um die 40 % des Lohnes. Wird beim Arbeitslosengeld beispielsweise bei DM 300 Lohn noch 134,40 DM Hauptbetrag gezahlt, so sind dies bei der „Hilfe" nur noch 112,80 DM.
- ▶ **Sozialhilfe.** Diese ist nicht festgelegt, sondern richtet sich nach dem Ermessen des Sozialamtes.

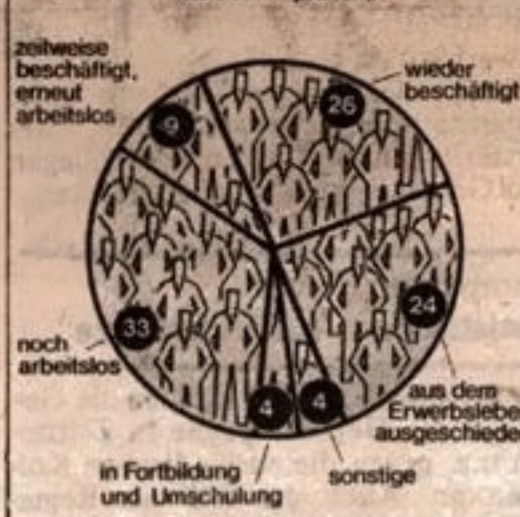
Das **Arbeitslosengeld** wird längstens für 312 Wochentage gezahlt, danach kommt automatisch die 'Aussteuerung' und Einstufung in die Ar**beitslosenhilfe.**

Anspruch auf Arbeitslosen**geld** hat nach dem Gesetz nur *„wer arbeitslos ist (!?), der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht, die Anwartschaftszeit erfüllt"* (AFG, § 100).

Darunter fällt nur, wer *„1. eine Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes ausüben kann und darf"* und wer *„2. bereit ist, jede (!) zumutbare Beschäftigung (!) anzunehmen, die er ausüben kann"* (§ 103, AFG).

Wer hierzu bereit ist, und in den letzten drei Jahren sechs Monate gearbeitet hat, der erhält Arbeitslosengeld (von einer ganzen Reihe zusätzlicher Einschränkungen abgesehen).

In bestimmten Fällen von „Arbeitskämpfen" braucht das Arbeitsamt beispielsweise nicht zu zahlen (§ 116). Lt. § 115 kann dann auch *„Einkommen, das der Arbeitslose während des Bezugs von Arbeitslosengeld ... erzielt"* auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden. Und letztlich ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld auch dann, wenn *„der Arbeitslose Arbeitsentgelt erhält oder zu beanspruchen hat"* (!) (§ 117).



Arbeitslosenhilfe

Wer nicht unter das Arbeitslosengeld fällt, bekommt – eventuell – Arbeitslosenhilfe. Hierauf hat nach § 134 AFG derjenige Anspruch, „der keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat" und „bedürftig" ist. Der springende Punkt hierbei ist die sog. „Bedürftigkeit". § 137 AFG regelt dies „eindeutig": *„Der Arbeitslose ist nicht bedürftig, solange mit Rücksicht auf sein Vermögen, das Vermögen seiner im gemeinsamen Haushalt lebenden Ehegatten oder das Vermögen seiner im gemeinsamen Haushalt lebenden leiblichen Eltern oder Kinder die Gewährung von Arbeitslosenhilfe offenbar (?) nicht gerechtfertigt ist"*. Tatsächlich läuft dieser Paragraph darauf hinaus, in bestimmten Fällen die Familie des Arbeitslosen für dessen Unterhalt zu verpflichten!

Dabei werden die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen total der Willkür der Behörden ausgeliefert, die nämlich entscheiden, ob Arbeitslosenhilfe „offenbar nicht gerechtfertigt" ist! Im weiteren müssen sie diskriminierende Untersuchungen über sich ergehen lassen. Die BfA ist nämlich *„berechtigt, die Ermittlungen (!) anzustellen, die zur Feststellung erforderlich sind, ob die Voraussetzungen zum Bezuge der Leistung vorliegen ..."* (§ 144, AFG).

Diese „Ermittlungen" führen dann z. B. dazu, daß eine arbeitslose Lehrerin Bescheinigungen über den Verdienst ihres Vaters anbringen mußte (obwohl sie in einer ganz anderen Stadt lebt!). Sie mußte sich fragen lassen, „ob sie mit einem ihrer Wohnungsmitbewohner ein eheähnliches Verhältnis hat" (... weil dann dieses „eheähnliche Verhältnis" zahlen sollte), um letztlich zu erfahren, daß sie „nicht bedürftig" ist!! Obwohl sie nachgewiesenermaßen keinen Pfennig auf der Naht hatte! Man kann sich wohl vorstellen, was arbeitslosen Frauen gesagt wird, wenn ihr **Ehemann** Arbeit hat ...

Ansonsten gelten hier selbstverständlich die gleichen Voraussetzungen mit Verfügbarkeit usw. wie beim Arbeitslosengeld.

Wer nun auch keine Arbeitslosenhilfe erhält – dem bleibt nur der total diskriminierende Gang zur Sozialfürsorge, um hier regelrecht einige Mark zu erbetteln! (Auf die Sozialfürsorge gehen wir hier nicht genauer ein).

Mit den zwei bzw. drei Abstufungen der Arbeitslosen wird zum einen das tatsächliche Unterstützungsaufkommen der BfA reduziert (nicht jeder bekommt volle Unterstützung) – zum anderen wird selbst unter die arbeitslosen Kollegen noch die Spaltung getragen – in Arbeitslose 1. Klasse (Arbeitslosengeld) und 2. Klas-

tung getragen – in Arbeitslose 1. Klasse (Arbeitslosengeld) und 2. Klas-

se (Arbeitslosenhilfe)!!

„Verfügbarkeit, Zumutbarkeit und Sperrfristen" – Zwangsarbeitergesetzgebung

Arbeitslosenunterstützung erhält wie gesagt nur der, der sich dem Arbeitsamt zur „Verfügung" hält und jede „zumutbare Arbeit" annimmt – ansonsten droht die „Sperrfrist". Bei wiederholten „Verstößen" droht sogar die entgültige Entziehung der Unterstützung.

Der Begriff „Zumutbarkeit" ist nach geltendem Gesetz überhaupt nicht geregelt – lediglich das Gegenteil ist festgelegt. Danach ist es unzumutbar eine Arbeit anzunehmen, wenn *„1. für die Arbeit nicht das tarifliche oder, soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, das im Berufe (!) ortsübliche Arbeitsentgelt gezahlt wird oder bindende Bestimmungen über sonstige Arbeitsbedingungen oder Arbeitsschutzvorrichtungen nicht eingehalten werden.*
2. die Arbeit dem Arbeitslosen nach seinen körperlichen oder geistigen (!?) Leistungsvermögen nicht zugemutet werden kann ..." (§ 78.2, AVAVG).

Nach dieser Regelung ist es durchaus zumutbar, einen Schlosser beispielsweise als Forstarbeiter für 4,50 DM zu vermitteln – sofern die 4,50 DM das ortsübliche Arbeitsentgelt für Forstarbeiter sind! Ob die Arbeit dem Betreffenden „geistig" oder „körperlich" zumutbar ist, ist nirgends festgelegt – das entscheidet allein die Behörde!

Doch es geht noch weiter. Wer eine solche – von der Behörde für „zumutbar" erklärte – Arbeit ablehnt, dem wird die sog. „Sperrfrist" aufgedonnert:

Mit Ablehnen ist nicht nur das klare „NEIN" im Personalbüro gemeint, sondern auch ein *„schlüssiges Verhalten"*, das zur Ablehnung führt. Ein *„schlüssiges Verhalten"* wiederum ist gegeben, wenn „**der Almose**" (so nennt man in diesen Texten die arbeitslosen Kollegen!) *„bei der Vorstellung bewußt (?) wesentlich von seinem üblichen Verhalten ab(weicht). (Und) wird er infolgedessen nicht eingestellt, so liegt eine schlüssige Ablehnung vor. Ein solches Verhalten wird anzunehmen sein, wenn sich der Almose bei der Vorstellung dem Arbeitgeber gegenüber ungebührlich benimmt (!!!) ... Nimmt der Almose das Angebot nur unter Erweiterung oder sonst. Änderungen an, so gilt dies ebenfalls als eine Ablehnung"* (Kommentar zum § 119 AFG).

Im Klartext heißt das: Wer als Arbeitsloser bei der Einstellung um seinen Lohn, seine Arbeitsbedingungen usw. kämpft und deshalb nicht eingestellt wird (... „ungebührliches Benehmen" und „Erweiterung des Angebotes"), verwirkt seinen Anspruch auf Unterstützung.

Eine eindeutigere Entrechtung und Knebelung der Arbeitslosen an eine Zwangsvermittlung jeglicher Art ist kaum noch drin.

In die gleiche Richtung geht ein unglaublicher Vorstoß des BfA: Am 28.10.75 ließ das BfA über Rund- (NDR) erklären, daß *„Arbeitsunwillige, die gekündigt werden sollen, als solche gegenüber den Arbeitsämtern zu markieren"* seien. Man kann sich denken, wie ein so „klassifizierter" Arbeiter schikaniert werden wird!



Jede Woche prüft er die Stellenanzeigen – alle Bewerbungen blieben erfolglos.

„Sperrfrist" – Strafbestimmung des Arbeitsamtes

Wer sich also durch Ablehnung einer „zumutbaren" Arbeit, durch „ungebührliches Benehmen" etc. „strafbar" gemacht hat, bekommt die sog. „Sperrfrist" aufgedonnert. D. h. er bekommt vier Wochen lang keine Unterstützung, im Wiederholungsfall überhaupt keine mehr! In bestimmten Fällen kann die Sperrfristzeit auf 14 Tage reduziert werden, wobei jedoch *„nur der unmittelbar mit dem Sperrzeitereignis zusammenhängende Tatbestand zu würdigen (ist)"*. Ausdrücklich sollen die *„sozialen Verhältnisse grundsätzlich nicht berücksichtigt"* werden!!! (Kommentar § 119, AFG).

Alleine in diesem Jahr sind in der BRD ca. 91.000 Sperrfristfälle, in denen „die Arbeitslosigkeit grob fahrlässig oder vorsätzlich selbst herbeigeführt wurde" (wie es offiziell heißt) und 16.260 Fälle *„wegen Ablehnung einer zumutbaren Arbeit"* („SZ", 6.8.) registriert worden. Neuere Zahlen sprechen bereits von insgesamt 162.700 Sperrfristfällen!!

Mit Sicherheit ist der Anteil derjenigen, denen die Unterstützung endgültig gesperrt wurde, ebenfalls sehr hoch.

Sperrfrist wird erteilt in folgenden Fällen:

- ▶ selbstverschuldete Kündigung
- ▶ freiwillige Kündigung
- ▶ Arbeitsablehnung (s. o.)
- ▶ Nichtantreten einer Arbeitsstelle
- ▶ Ablehnung einer beruflichen Bildungsmaßnahme
- ▶ Abbrechen einer derartigen Maßnahme

dazu kommen noch eine Vielzahl detaillierter Zwischenbestimmungen.

Bis auf die ersten beiden Punkte gibt's die „Sperrfrist" also immer dann, wenn der Arbeitslose eine Maßnahme des Arbeitsamtes ablehnt – egal aus welchen Gründen. Nur dann, wenn ein „wichtiger Grund" vorliegt, und der Arbeitslose „den zumutbaren Versuch" unternommen hat, „diesen wichtigen Grund zu beheben", wird eine Ablehnung akzeptiert. Man stelle sich dies praktisch vor: Als wichtiger Grund zählt z. B. „wenn die Arbeit durch Streik oder Aussperrung freigeworden ist". Nun muß der Arbeitslose aber erst den „ernsthaften" und „zumutbaren Versuch" zur „Beseitigung dieses Grundes" unternehmen... vielleicht soll er sich auch noch als Einiger zwischen Arbeitern und Kapitalisten betätigen??

Wer durch „ein vertragswidriges Verhalten Anlaß für die Kündigung gegeben hat", erhält ebenfalls kein Geld. Auch wenn er gegen eine solche Kündigung prozessiert, so *„entscheidet das AA unbeschadet dessen* (des Prozesses) *über den Sperrzeitgrund"* (Kommentar AFG, § 119). Grundlage dieser Entscheidung kann also nur die Meinung des Kapitalisten zu dieser Kündigung sein. Wenn man bedenkt, daß heute eine sehr große Zahl von Kündigungen mit irgendwelchen ominösen „Vertragsbrüchen" (z. B. Arbeitsverweigerung usw.) begründet wird, daß heute ein so entlassener Arbeiter sein Recht – wenn überhaupt – nur über einen Prozeß erlangen kann, so wird wohl klar, daß mit dieser Bestimmung diese Kollegen zusätzlich bestraft werden.

Damit wird direkt Einfluß genommen auf die innerbetrieblichen Auseinandersetzungen, denn nach dieser Bestimmung hat der Kollege gefälligst aufzupassen, daß es zu keinem Vertragsbruch kommt – egal was dazu führte!

Das AFG – ein durch und durch reaktionäres und arbeiterfeindliches Gesetz!

Zusammenfassend kann man sagen, daß dieses Gesetz in keinem Fall zum Schutz oder zur „Förderung" der Arbeiter da ist. Über die Einschränkungen bei den Unterstützungszahlungen dient es dazu, dem arbeitslosen Teil der Arbeiterklasse das vorzuenthalten, was sie selber bezahlten – die Arbeitslosenversicherung! Über die Strafbestimmungen ist es bestens zur Disziplinierung der arbeitslosen Kollegen geeignet. Und über die Zwangsvermittlungsparagraphen dient es dazu, das Arbeitslosenheer dem Kapital uneingeschränkt und entrechtet zur Verfügung zu stellen! ■

Metall-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg



„Die Rebellion der Emigranten muß gefördert werden!"

Kongreß italienischer Arbeiter in Hagen

Am 22.10. fand in Hagen der 5. Kongreß der FILE (Arbeiterförderation italienischer Emigranten) statt. Ziel dieses Kongresses, an dem ca. 50 italienische Kollegen und Genossen aus Hagen und Umgebung teilnahmen, war es, sich stärker für die Interessen der Emigranten einzusetzen, und darüberhinaus Kontakt zu verschiedenen linken westdeutschen Organisationen aufzunehmen. Eingeladen waren die GIM, Liga gegen den Imperialismus, Spartacus und der KB. Italienische revolutionäre Organisationen waren nicht anwesend, trotz Einladung an PdUP und „Avanguardia Operaia". Die FILE versteht sich als eine Vertretung der italienischen Arbeiter in der BRD. Sie wurde hier unabhängig von anderen Organisationen gegründet und will den Kampf gegen die besondere Unterdrückung und Ausbeutung ausländischer Kollegen in der BRD führen, ebenso wie den Kampf gegen DC und Faschisten in Italien.

Gegen politische Unterdrückung und Diskriminierung der Emigranten

Mit Entschiedenheit haben die Genossen unter der Forderung *„Für freie politische und Bürgerrechte!"* mit mehreren Demonstrationen gegen das reaktionäre Ausländergesetz gekämpft. Sie fordern das Wahlrecht für ausländische Kollegen und wollen den Kampf gegen reaktionäre und faschistische Provokationen wie Bullendurchsuchung der Ausländer-Wohnheime etc. aufnehmen.

Sie haben sich an den BR-Wahlen in diesem Jahr beteiligt und wollen ihre Arbeit vor allem in Betrieb und Gewerkschaft verstärken. Sie sind deshalb auch an westdeutsche linke Organisationen herangetreten, um verstärkt mit westdeutschen Kollegen und Genossen zusammenzuarbeiten.

Kampf der rassistischen Ausländerhetze

Besonders erbittert klagten die Genossen die Hetzkampagne in Zeitungen u.a. gegen die ausländischen Kollegen an. Auch die SPD als Regierungspartei läßt nichts unversucht, um die Kollegen zu isolieren und durch die Verweigerung von Ausbildungsmöglichkeiten, ausreichend Schulen und Sprachkursen etc. die Spaltung der westdeutschen und ausländischen Kollegen aufrechtzuerhalten. Dem reaktionären „Kulturangebot", das sie für die ausländischen Kollegen in Pornos und faschistischen „Heimat-Vereinigungen" wie den „comitato tricolore" (Tarnorganisation der neofaschistischen MSI) erschöpft, wollen die Genossen der FILE gemeinsam mit griechischen und türkischen Kollegen eine Selbstorganisierung des kulturellen Lebens entgegensetzen. Feste und Spiele für die Kinder, Diskussionsabende für die Emigranten, Film- und Musikveranstaltungen etc.

Kampf der kapitalistischen Ausbeutung

Die FILE will den Kampf gegen die besondere Ausbeutung der Emigranten aufnehmen, gegen die menschenunwürdige Wohn- und Familiensituation, gegen Unterbezahlung und Leichtlohngruppen der Frauen, gegen die Lohnraubabschlüsse des DGB ebenso wie der italienischen Gewerkschaft CGIL. Die FILE propagiert den gemeinsamen Kampf westdeutscher und ausländischer Arbeiter gegen die Kapitalisten, die in Italien und in der BRD die Krise auf den Rücken der Arbeiter abwälzen wollen.

- **„Für die Mobilisierung der proletarischen Massen in der BRD und Italien!"**
- **„Für ein sozialistisches Europa!"**

„Zurück in ein freies Italien"

Der Kampf gegen die DC und alle reaktionären Kräfte in Italien ist eine Voraussetzung für den Wunsch aller Emigranten, zurückzukehren, denn 30 Jahre DC-Politik haben mehr als 9 Mio. Emigranten hervorgebracht! *„Wir wollen nicht in den Baracken der deutschen Kapitalisten sterben, sondern in einem freien Italien leben!"*.

Ziel der FILE ist es, in den Betrieben für die Solidarisierung aller Arbeiter zu kämpfen und die Unterstützung der westdeutschen Kollegen für Forderungen wie bezahlter Heimaturlaub, gleiche Reche und Zusammenleben aller Familien zu gewinnen. Sie will mit allen demokratischen und kommunistischen Organisationen zusammenarbeiten, wenn sie sich auch scharf von der Politik der revisionistischen PCI-Führung abgrenzt.

- *„Schaffen wir autonome Arbeiterorganisationen!"*
- *„Die Rebellion der Emigranten muß gefördert und mobilisiert werden!"* ■

Italien-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Bremsenhersteller Jurid, Reinbek:

1.500 Ausländer werden behandelt wie der letzte Dreck

Bei JURID - eine Firma, die als Bremsenhersteller durch verschiedene Aufträge mit der westdeutschen Kriegsindustrie verknüpft ist - arbeiten ca. 2.500 Kollegen; die Mehrheit von ihnen (ca.1.500) kommt aus Griechenland, Portugal und der Türkei. Die Arbeitsbedingungen bei JURID sind gerade für die ausländischen Kollegen, nahezu unmenschlich: Die Arbeitshetze steigt ständig, während mit Wissen der Geschäftsleitung die Sicherheitsvorkehrungen ständig übertreten werden. So weigert man sich dort z.B. an jeden Kollegen, der mit giftigen oder stark schmutzenden Stoffen arbeitet, Schutzmasken oder Sicherheitskleidung auszugeben. Proteste der Kollegen wurden meist mit dem Hinweis beantwortet, wenn den Kollegen die Arbeit nicht gefiele, könnten sie sich ja woanders eine Arbeit suchen.

Aufgrund der mangelnden Sicherheitsvorkehrungen ist es deshalb auch schon mehrfach vorgekommen, daß vor allem ausländische Kollegen nach längerem Arbeiten mit giftigen Stoffen so schwere Hautausschläge bekamen, daß sie vom Werksarzt als *„für diese Arbeit ungeeignet* (!)" geschrieben wurden. In solchen Fällen wurden die Kollegen meist rigoros entlassen! Versetzungsversuche in andere Abteilungen wurden in aller Regel zurückgewiesen.

Das JURID - Wohnlager Gefängnis zu Luxuspreisen

In diesem Wohnlager, das sich auf umzäunten Werksgelände befindet, wohnen ca. 500 ausländische Kollegen in Baracken mit je 30 bis 50 Personen. In jedem der 12 qm großen Zimmer wiederum haben die JURID–Kapitalisten jeweils 3 Kollegen einquartiert – das sind für jeden Zimmerbewohner im besten Fall 4 qm Wohnraum!

Mit diesen Praktiken setzen sich die JURID-Kapitalisten offen über ein Urteil des Bundesgerichtshofes hinweg, das besagt, daß in Gemeinschaftsunterkünften ausländischer Kollegen für jeden Bewohner mindestens 8 qm Wohnfläche vorhanden sein müssen.

Die sanitären Bedingungen in diesen Baracken sind saumäßig: Gemeinschaftsklos und Gemeinschaftsküche, ein Waschraum mit wenigen Waschbecken, ein Trockenraum für die Wäsche – alles viel zu klein für 30 oder 50 Leute. Duschen oder gar ein Bad gibt es in den Baracken nicht. Wer duschen will, muß das nach Feierabend in der Firma tun.

Die Zimmer werden „möbliert" vermietet, das heißt: jeder Kollege bekommt einen alten, ausgedienten Bundeswehr-Stahlspind ins Zimmer gestellt. Dazu alte Stahlrohrbetten, alter Tisch und wackelige Stühle – fertig ist die Einrichtung. Für diesen Stall zahlen dann die Kollegen auch noch horrende Summen: 300,-DM pro Zimmer im Monat, das macht 100,-DM pro Mann, die den Kollegen gleich mit der monatlichen Lohnabrechnung vom Lohn abgezogen werden. Das Kampfmittel des Mietstreiks ist ihnen damit schon aus der Hand genommen – JURID weiß sich seine Profite zu sichern.

Mietverträge existieren nicht. Allein in den letzten 2 Jahren haben die Kapitalisten den Kollegen die Mieten um ca. 300 % erhöht!

Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsrat unterstützen die Ausplünderung !

Mit ihren Problemen stießen die ausländischen Kollegen, die zum großen Teil gewerkschaftlich organisiert sind, bei den Gewerkschaftsfunktionären auf taube Ohren. Auch der 12-köpfige Betriebsrat hat offenbar „kein Interesse". Ein ausländischer Kollege, der wegen der hohen Mieten den Betriebsrat Karl-Heinz Hartkop konsultierte und ihn aufforderte, sich bei der Geschäftsleitung für eine Mietsenkung einzusetzen, wurde erklärt, daß die Mieten doch wohl „nicht zu hochgegriffen" seien.

Mit ihrer untätigen und abweisenden Haltung gegenüber den Forderungen der ausländischen Kollegen unterstützen IG Chemie-Führer und der BR ganz eindeutig die Ausplünderungspraktiken der JURID-Geschäftsleitung! ■

KB/Sympathisantengruppe Wedel



So „sorgen" westdeutsche Kapitalisten für ausländische Arbeiter: unzumutbare Wohnverhältnisse in betriebseigenen Heimen

---

Streik bei Eles, Taunusstein:

Mit Polizei und Hunden gegen den Kampf um tarifliche Bezahlung

Seit dem 29. Oktober streiken ca. 100 Kolleginnen und Kollegen (von ca. 150) der Feinstrumpffabrik Eles. Bei einer Urabstimmung hatten sich 98 von 101 Kollegen für Streik entschieden.

Die Zustände bei Eles

Bei Eles arbeiten zu 80 % ausländische Kollegen, aus der Türkei, Griechenland, Italien und Spanien, zur Hauptsache Frauen.

Kapitalist Szor zahlt seit Jahren nicht nach dem Tarifvertrag. Der Stundenlohn liegt zwischen 3,50 und ca. 7,– DM. Für Überstunden gibt es keine Zuschläge. Szor baut allerdings die Löhne noch mehr ab. Die Näherinnen erhielten vor einigen Jahren für zwölf Arbeitsgänge 80 Pfennig, heute nur noch 36. Auch wenn die Kollegen bis zu 60 Stunden die Woche arbeiten, bringen sie nicht mehr als 900 bis 1200 DM netto nach Hause. Ein 13. Monatsgehalt wie für die westdeutschen Kollegen gibt es nicht. Außerdem liegt der Urlaub sieben Tage niedriger als der tarifliche.

Bei den Toiletten stinken die Zustände im wahrsten Sinne des Wortes zum Himmel: in der Formerei gibt es eine einzige Toilette, die aber nur von den Meistern benutzt werden darf, ähnlich in der Stickerei. Die Kollegen müssen in den hinter der Fabrik liegenden Wald gehen! Die Baracken neben der Fabrik, vor 20 Jahren als Notbehelf entstanden, dienen heute einem großen Teil der ausländischen Kollegen als Unterkunft. Kapitalist Szor nutzte die Unwissenheit und Ängstlichkeit der ausländischen Kollegen aus, denn bis vor einem Jahr gab es keinen Betriebsrat und kaum gewerkschaftlich

Fortsetzung Seite 19

Streikberichte

Streiks gegen Betriebs-Verlagerung und Stillegung

Bauknecht, Plochingen

Gegen die geplante Verlagerung des Werkes streikten 370 Arbeiter und Angestellte von Bauknecht am 12. bis zum 13. November, an dem eine Betriebsversammlung stattfand. Die Kapitalisten weigern sich, klare Auskunft zu geben, ob das Werk nach Österreich verlagert werden soll. Nach dem Streik soll die Geschäftsleitung zugesichert haben, daß angeblich bis Mitte Mai 1976 keine Entlassungen stattfinden.

Henkel GmbH Papier- und Sitzmöbel-Werke, Göttingen

Am Montag, dem 10. November, streikten die 155 Arbeiter und Angestellte der Henkel GmbH, einem Holzverarbeitungsbetrieb in Göttingen und Hattorf. Am gleichen Tag wurde der Konkurs angemeldet.

Dem Streik vorausgegangen war, daß die letzten Löhne in Höhe von über 200.000 DM nicht ausgezahlt wurden, die Sozialabgaben hatte der Kapitalist seit September nicht entrichtet.

Nach Ankündigung des Streiks erhielten die Arbeiter dann „freundlicherweise" 30 % der ausstehenden Oktoberlöhne. Nach Beendigung des Streiks sollten die 70 % des Oktober-Lohnes und die Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden.

Nicht abgewendet werden konnte die Einleitung des Konkursverfahrens. Es soll ein Sozialplan aufgestellt werden, für das Werk Hattorf ist inzwischen eine Auffanggesellschaft gegründet worden.

Unterland Konserven- und Tiefkühlkost AG, Bad Friedrichshall/Heilbronn

Am 12. Nov. Nachmittags streikten die Kollegen der Unterland AG gegen die geplante Stillegung des Betriebes zum 31. Dezember. Während des Streiks wurde über einen Sozialplan verhandelt.

Singer GmbH, Blankenloch

Am 10.11. fand in der Festhalle in Blankenloch (Kreis Karlsruhe) eine von der IG Metall veranstaltete Protestkundgebung mit 1.000 Kolleginnen und Kollegen statt. Betriebsrat und IG-Metall protestierten gegen die im nächsten Jahr geplante Stilllegung des erst vor sieben Jahren aufgebauten modernen Werkes und die Vernichtung von 600 Arbeitsplätzen. In den Wochen vor dieser Veranstaltung fanden bereits zwei Streiks statt. Von der Stillegung des Betriebes hatten die Kollegen aus der Zeitung erfahren.

Trafo-Union, Nürnberg

Zum zweitenmal innerhalb von drei Wochen streikten am 7.11. 350 Kollegen gegen die beschlossene Produktionsverlagerung.

Stahlwerk Eckesey (Krupp), Hagen

Am 23.11. demonstrierten die Kollegen des Stahlwerkes Eckesey gegen die beabsichtigte Schließung des Betriebes, der seit 1971 zu Krupp gehört. Man bot den noch 180 bei Eckesey beschäftigten Kollegen (beim Aufkauf durch Krupp wurden schon 650 herausrationalisiert) Arbeitsplätze in Krupp-Werken außerhalb Hagens an.

Streik gegen Weihnachtsgeldkürzung

Dr. C. Otto & Companie, Bochum

600 Arbeiter der Bochumer Ziegelei Dr. C. Otto & Co. streikten bisher an verschiedenen Tagen im November gegen die geplante Kürzung des Weihnachtsgeldes um 250 bis 350 DM. Es soll den Kollegen zwar ein Weihnachtsgeld in Höhe eines Monatslohnes gezahlt werden, jedoch eine bereits im Mai gezahlte „Erfolgsvergütung" für 1974 wieder abgezogen werden. Auf weitere Aktionen haben die Kollegen nach Anrufung der Schlichtungsstelle in Neuwied verzichtet, die entscheiden soll, ob die nachträgliche Anrechnung der Dividende „unrechtmäßig" ist. Das Ergebnis liegt uns z.Z. nicht vor.

Erfolgreicher Streik gegen Akkordkürzung

Metallwarenfabrik Erhard und Söhne Schwäbisch-Gmünd

Der einige Tage dauernde Streik von 180 Akkordarbeitern (von insgesamt 350 Beschäftigten) bei Erhard und Söhne gegen die Akkordkürzung, die bis zu 350 DM monatlich weniger bedeutet hätte, endete mit einem Erfolg. Die alten Akkordvorgabezeiten gelten ungekürzt weiter. ■

Metaller-Genossen
KB-Gruppe Hamburg

Tischler-Streik

Vom 12. - 19.11. streikten bis zu 1200 Tischler aus über 100 Betrieben Schleswig-Holsteins, Hamburgs und Bremens. Es ging um die diesjährige Tarifrunde für die etwa 10.000 Tischler dieses Bezirks.



Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff war mit einer Forderung von nur 8 % in die Verhandlungen gegangen. In einer Schlichtung wurde diese Forderung weiter auf 6,3 % gedrückt (und zwar auch für Lehrlinge).

Als auch dies niedrige Ergebnis von den Handwerkskapitalisten abgelehnt wurde, fand eine Urabstimmung statt. Über 90 % der organisierten Kollegen entschieden sich für Streik.

Dieser wurde nach Art der Gewerkschaftsführung als „Schwerpunkt-Streik" durchgeführt, zunächst nur in Schleswig-Holstein und Hamburg. Da die Kapitalisten nur einer Erhöhung der Ecklöhne für die Gesellen, aber keiner Erhöhung der Ausbildungsvergütung zustimmen wollten, wurde der Streik fortgeführt und auf Bremen „ausgedehnt". Dort wurde in vier Betrieben mit etwa 80 - 90 Kollegen gestreikt. Außerdem wurde in etwa 20 Hamburger, 30 Kieler, zehn Lübecker und Betrieben aus Glückstadt, Itzehoe, Mölln, Neumünster, Preetz, Ratzeburg, Uetersen gestreikt. Das Ergebnis: Nach einer Woche Streik wurde die Schlichtung von den Unternehmern angenommen:

- ▶ 6,3 % mehr Lohn ab 1.10.75
- ▶ 15 DM mehr Urlaubsgeld
- ▶ für Lehrlinge DM 10,– mehr im 1., DM 14,– im 2. und DM 17,– im 3. Lehrjahr.

Auf der letzten Streikversammlung im Hamburger Gewerkschaftshaus stimmten von rund 1.000 anwesenden Tischlern 88,3 % für das Ergebnis.

6,3 % liegt zwar noch über ein ganzes Prozent über dem Stahlabschluß (welch Ergebnis!), aber es ist wohl übertrieben zu nennen, wenn die DKP in der „UZ" schreibt : *„Tischler hatten Erfolg"*. In dem Artikel selbst verschweigt die DKP dann, daß die Lehrlinge noch nicht einmal 20 Mark erhalten. Aber: *„Dieses Ergebnis berücksichtigt vor allem die Interessen der auszubildenden Kollegen..." („UZ", 21.11.75)* ■

Metaller-Genossen
KB-Gruppe Hamburg

Südrad, Ebersbach:
Niederlage nach einer Woche Streik

Eine Woche lang streikten ca. 400 Kollegen der Felgenfabrik Südrad in Ebersbach bei Göppingen gegen die Kürzung ihres Weihnachtsgeldes. Bereits 1972 hatten sie sich ein Weihnachtsgeld erstreikt. 1973 erreichten sie – wiederum durch einen Streik – ein Weihnachtsgeld von 55 %. Dieses mußten sie 1974 erneut mit Streik verteidigen.
In diesem Jahr mußten sie eine Niederlage hinnehmen.

Konzertierte Aktion der Kapitalisten gegen Weihnachtsgeld

Wie in vielen anderen Betrieben weigerten sich auch die Südrad-Kapitalisten mit Rückendeckung des BDA, mehr als das tarifliche Weihnachtsgeld zu zahlen – 40 % des Durchschnittslohnes. Am nächsten Tag standen nach dem Frühstück die Maschinen still. Einen Tag später, am 6.11., fand im Speiseraum eine Betriebsversammlung statt. Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall, Zimmermann, forderte die Kollegen auf, wieder an die Arbeit zu gehen, weil dann das Verhandlungsklima besser sei... woraufhin die Kollegen den Saal verließen.

Doch die Südrad-Kapitalisten haben noch andere Unterstützung: ein türkischer Konsulatsbeamter soll auf die Kollegen einwirken (über 70 % türkische Kollegen). Er muß jedoch ohne Ergebnis wieder abziehen.

In der folgenden Nacht gelingt es der Geschäftsleitung, durch Streikbrecher aus anderen Betrieben zwei große LKWs mit Felgen beladen zu lassen und aus dem Werk zu schaffen. Daraufhin organisierten die Kollegen einen wirkungsvollen Wachdienst. Kein LKW kann rein oder raus.

Am Wochenende werden die ausländischen Kollegen im Wohnheim bearbeitet. Ihnen wird erzählt, die deutschen Kollegen würden schon wieder arbeiten. Es gelingt der Geschäftsleitung tatsächlich, eine gewisse Unsicherheit zu erzeugen. Als dann die Kollegen am Montag früh vor das Betriebstor kommen, ist die Zufahrt von Polizei besetzt.

Den ankommenden Kollegen wird gesagt, die anderen würden schon beim Arbeiten sein. Doch es bildet sich eine Traube von Kollegen, so daß die Nachkommenden schon nicht mehr in den Betrieb gehen. Und bald gucken auch schon die ersten von drinnen raus, wo denn die anderen bleiben. Als sie sehen, was los ist, kommt einer nach dem anderen wieder vor das Tor – die Streikfront steht wieder.

Die entscheidende Wende zugunsten der Kapitalisten erreichte am Dienstagvormittag der IGM-Bevollmächtigte. Er stellte noch einmal klar, daß von Seiten der Gewerkschaft keinerlei Unterstützung, nicht einmal moralische, zu erwarten sei. Zwar wurde er noch mit Pfiffen verabschiedet, die Meister nutzten die Situation jedoch, um im „persönlichen Gespräch" insbesondere die deutschen Facharbeiter, die „Stammannschaft", zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Von diesen war die Streikbewegung zunächst ausgegangen, offenbar hatten sie aber an einen schnellen Sieg wie in den vergangenen Jahren geglaubt. Einer nach dem anderen geht wieder an die Arbeit, bis schließlich die ausländischen Kollegen allein vor dem Tor stehen. Ihnen wird durch den Firmen-Dolmetscher und einen türkischen Vorarbeiter mit Entlassung und Ausweisung gedroht, so daß sie schließlich am Mittwoch-Mittag den Streik ergebnislos abbrechen.



Südrad-Kollegen: „Hier kommt keiner durch!"

Was waren die Ursachen der Niederlage?

Die entscheidende Ursache war ganz offensichtlich die beharrliche Weigerung der IGM, die streikenden Kollegen in irgendeiner Weise zu unterstützen.

So kam es auch nicht zu einer Verbindung mit den zur gleichen Zeit (Mittwoch bis Freitag) im gleichen Ort streikenden 1.200 Kollegen der Textilmaschinenfabrik Zinser. Zusammen mit der Illusion eines schnellen Erfolges wurden die Kollegen hierdurch entscheidend geschwächt. Ein weiterer Faktor war, daß ein erheblicher Teil der jugoslawischen Kollegen, die im vergangenen Jahr den Streik getragen hatten, inzwischen durch Türken ersetzt worden war; viele der aktivsten Jugoslawen waren wegen des Streiks geflogen.

Daß die Solidarität aber nicht vollständig gebrochen ist, bewiesen die Kollegen aber mit ihrer Antwort auf das „Angebot" der „Südrad"-Kapitalisten, die verlorenen Streiktage durch Sonderschichten an den folgenden Samstagen wieder reinzuholen: die Liste, in der jeder „ja" oder „nein" ankreuzen mußte, blieb in der „ja"-Spalte nahezu leer! ■

Metall-Genossen,
KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 18

organisierte Kollegen.

Das hat sich inzwischen geändert: schaft, der siebenköpfige Betriebsrat hat sich bis auf einen am Streik beteiligt.

Die Forderungen der Streikenden: ordnungsgemäße Tarifverträge zur Absicherung eines Mindestlohnes, 25 Tage Urlaub und Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Schicht- und Überstundenzuschläge, monatlich 39,– DM vermögenswirksame Leistungen.

Der Streikverlauf

Der Streik wird von der Gewerkschaft IG Textil Bekleidung unterstützt und die Kollegen erhalten von dort Streikgelder. Es finden jeden zweiten Tag Streikversammlungen statt.

Szor hat von Anfang an versucht, die Streikenden einzuschüchtern bzw. zu bestechen. So hat er Kollegen bis zu 1.000 Mark Weihnachtsgeld geboten, wenn sie nicht streiken. Doch Szor fuhr bald mit anderen Mitteln auf: er machte seine Drohung wahr und entließ drei Streikende fristlos mit der Begründung, sie hätten „arbeitswillige Mitarbeiter" geschlagen oder ihnen ins Gesicht gespuckt.

Die Streikbrecher sind ein Hauptproblem der Kollegen: 25 bis 30 Streikbrecher (darunter als Touristen eingewanderte Ausländer ohne Arbeitsgenehmigung) halten die Produktion auf niedriger Stufe in Gang. Die Streikenden hatten schon mit Hausbesuchen versucht, sie von ihren Handlangerdiensten abzuhalten. Da das nichts nützte, mußten schärfere Mittel angewandt werden: seit Mitte November wurde versucht, durch Kettenbildung die Streikbrecher am Betreten des Werkes zu hindern. Am 14. November gelang es für eineinhalb Stunden, den Zugang dichtzuhalten. Daraufhin passierte, was sich der Staat bisher nur bei den sog. „wilden Streiks" erlaubt hatte. Aus dem nahegelegenen Wiesbaden erschien ein Polizeikommando unter Führung des der Politischen Polizei angehörenden Polizeioberrats Kilb. Mit Schlägen und Schäferhunden gingen die Bullen gegen die Streikenden vor. Kilb drohte den ausländischen Kollegen mit Ausweisung. Unter diesem Druck ließen die Kollegen die Streikbrecher durch. Abends fuhren dann nochmals vier Mannschaftswagen mit ca. 100 Bullen auf, um die Streikbrecher sicher aus dem Werk zu holen.



Kollegen von Eles streiken für einen Tarifvertrag

An den darauffolgenden Tagen gelang es nicht, Streikketten vor den Toren zu bilden.

An diesem Beispiel wird wieder einmal deutlich, was der bürgerliche Staat unter „Gerechtigkeit" versteht: bei den wahrhaft schweinischen Zuständen in der Fabrik macht er keinen Finger krumm, um diese abzustellen. Wehren sich die Kollegen dagegen, wird Polizei eingesetzt, um den Kapitalisten nicht zu sehr zu schädigen!

Trotz alledem – die Streikfront steht seit nunmehr vier Wochen. Den Kolleginnen und Kollegen bei Eles gilt unsere volle Solidarität. ■

Metall-Genossen,
KB/Gruppe Hamburg

GEW Hamburg:

LVV unterwirft sich der Erpressung durch den Bundesvorstand

Was GEW-Bundesvorsitzender Frister persönlich und der gesammelte Einsatz der rechten Vorstandsmafia nicht geschafft hatten (eine Verschärfung der Ausschlußpraxis aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse wurde von der Hamburger GEW zweimal abgelehnt), gelang den „linken" Sozialdemokraten um den neuen Landesvorsitzenden Lemke im dritten Anlauf: auf der 2. Landesvertreterversammlung am 26.11.75 wurde mit 539 von 771 Stimmen der automatische Vorrang der reaktionären GEW-Bundessatzung akzeptiert und damit die Praktizierung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse durch den Bundesvorstand direkt.

Noch auf der 1. LVV im September war Lemke nur gwählt worden, weil er als Gegner dieser Regelung aufgetreten war. Auf der 2. LVV nun traten Lemke und Schmitz (ehemals Sprecher der Opposition gegen den alten Landesvorstand) als die großen ‚Realisten' auf, die – obwohl „selbstverständlich" Gegner der Unvereinbarkeitsbeschlüsse – jetzt glasklar erkannt haben, daß man sich der Drohung des Bundesvorstandes der GEW beugen und ihm damit das Recht auf „Säuberungen" zugestehen müsse. (Frister und Co. hatten den Hamburgern wie zuvor dem Westberliner Landesverband mit dem Ausschluß aus GEW und DGB gedroht).

In dieser „feinen" Gesellschaft durfte die DKP natürlich nicht fehlen. Auch sie setzte sich vehement für die bedingungslose Anerkennung der Bundessatzung ein, da man im DGB bleiben müsse, um dort gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu kämpfen und um endlich die „leidigen Satzungsquerelen" hinter sich zu bringen. Anerkennung von Springers „Hamburger Abendblatt" war ihr dafür sicher.

Dem Gejammer über einen möglichen Ausschluß (noch nie wurde der Konjunktiv auf einer GEW-Versammlung so häufig benutzt, da ‚würde, könnte und drohte, wenn"...) ging die Mehrheit der linken Delegierten auf den Leim. Die 132 Kollegen, die dennoch gegen die Übernahme der Bundessatzung stimmten (116) oder sich der Stimme enthielten (16), stammen daher vor allem aus dem Lager der Kollegen links von der DKP.

„Linke" SPD macht Dreckarbeit für die Reaktion

Mit dieser Entscheidung hat die SPD und in ihrem bedingungslosen Gefolge die DKP Schritt für Schritt die Dreckarbeit für Frister gemacht. Es begann damit, daß die ASL (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer) den Umstand ausnutzte, daß über 250 GEW-Mitglieder den Hamburger Vorstand per Gericht dazu zwangen, eine Hauptversammlung zu den Mainzer und Kölner Beschlüssen durchzuführen. Auf dieser HV spaltete die ASL um Lemke (plus DKP) den vorhandenen Widerstand gegen den Kurs der Gewerkschaftsführung und sorgte zusammen mit den Rechten für eine zunächst allgemeine Zustimmung zur GEW-Bundessatzung (wenn auch ohne automatisches Durchregieren des Bundesvorstandes). Auf der 1. LVV ließ Lemke sich mit seiner „Kritik" an der Bundessatzung zum 1. Vorsitzenden wählen. Kaum gewählt, fiel er dann um und war sofort bereit, *„dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist"* – versteht sich: unter den üblichen großen „Bauchschmerzen", die bei „linken" Sozialdemokraten üblich sind, wenn sie rechte Politik machen.

Allein hätte es die GEW-Rechte nicht geschafft. Die „linke" SPD hat mit ihrem Sinn für das „Machbare" wieder einmal den Ausschlag gegeben. Das „Hamburger Abendblatt" schreibt daher auch am 27.11. *„der neue Vorsitzende Lemke hat seine Feuerprobe bestanden"* – so ist es!

Die politische Auseinandersetzung geht weiter

Die weiteren politischen Auseinandersetzungen sind bereits vorprogrammiert: den Rechten paßt es nicht, daß die Übernahme der Bundessatzung nur mit den Stimmen der DKP klappte und daß außerdem in Zukunft alle Ausschlüsse durch den Bundesvorstand vorher von einer Landes-Fünfer-Kommission begutachtet werden sollen. Es ist anzunehmen, daß Frister und Co. darin nicht ein „bedingungsloses Akzeptieren" der Unvereinbarkeitsbeschlüsse sehen. Auch dem Hamburger Landesverband droht daher die Einführung einer bundesunmittelbaren „fördernden Mitgliedschaft" nach Westberliner Vorbild (siehe auch AK 69). Vorbeugend sprach sich daher die 2. LVV mit großer Mehrheit gegen eine solche „fördernde Mitgliedschaft" (Spaltung des Landesverbandes) aus.

Von einem Ende des „Satzungsstreites" kann gar nicht die Rede sein: der Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie geht weiter (wenn auch wie bisher ohne die DKP) – nur wird er jetzt mit Sicherheit direkt gegen Ausschlüsse fortschrittlicher Kollegen geführt werden müssen, womit der GEW-Bundesvorstand nicht lange auf sich warten lassen wird. Lemke hat bereits zu verstehen gegeben, daß er mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen „arbeiten" wird. Die Frage ist, ob auch die DKP-Kollegen den kommenden Ausschlüssen zustimmen werden, um „in der Gewerkschaft zu bleiben und dort gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu kämpfen" ... ■

Lehrerkomitee
KB/ Gruppe Hamburg



Bremer Lehrer weisen Angriff der Behörde zurück

„Sie können hier beschließen, was Sie wollen – die Schulbehörde wird deswegen in gar keiner Weise ihre Einstellungs- und Überprüfungspraxis

muß" bezeichnet. Senator Thape leitete Vorermittlungen zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die „verantwortlichen" Referendare ein.

Eine ebensolche Mehrheit begrüßte anschließend die Verbreitung der Verfügung durch den Referendarrat und forderte die Zurücknahme aller

Bremer Lehrer weisen Angriff der Behörde zurück

„Sie können hier beschließen, was Sie wollen – die Schulbehörde wird deswegen in gar keiner Weise ihre Einstellungs- und Überprüfungspraxis ändern."

Mit diesen Worten versuchte Senator Thape am 12. November die Personalversammlung der Bremer Lehrer, zu der 1.500 Lehrer gekommen waren, einzuschüchtern. Er stellte sich damit vor seinen Schulrat Eisenhauer, der seit Monaten in den Brennpunkt der Kritik gekommen war.

Vor den Sommerferien hatte die Schulbehörde durch den Schulrat Eisenhauer eine Rundverfügung in Umlauf gebracht, in der die Schulleiter aufgefordert werden, jetzt auch direkt Eltern, Schüler und Kollegen zur Bespitzelung und Beschnüffelung heranzuziehen (wir berichteten darüber in Ak 66).

Diese Maßnahme ist im Zusammenhang des Versuchs der Schulbehörde zu sehen, die fortschrittlichen Teile der Bremer Lehrer zu isolieren, gegebenenfalls mit dem Berufsverbot zu bestrafen und die Lehrer, die nicht bereit sind, die von den Senatoren vorbereitete Sparpolitik im Bildungswesen widerstandslos hinzunehmen, einzuschüchtern und zu disziplinieren.

Daß diese Rundverfügung, die bisher in den Schubläden der Schulleiter gelegen hatte, an den Schulen verbreitet wurde, ist das Verdienst des Referendarrats, der den Wortlaut der Verfügung und eine erste Stellungnahme veröffentlichte. In den Kollegien, auf Konferenzen, in Betriebsgruppen und auf Delegierten-Versammlungen wurde diese Verfügung jetzt diskutiert. In der Regel wurde die Verfügung als Aufforderung zur Bespitzelung, als Mittel zur politischen Disziplinierung zurückgewiesen oder aber zumindest als Aufforderung zur „anrüchigen Beschnüffelung" kritisiert.

Die Behörde blieb indes nicht untätig und entfaltete eine Hetzkampagne gegen alle, die es wagten, ihren Unmut gegenüber den Praktiken der Behörde vorzubringen: Der Referendarrat wurde als „kriminelle Vereinigung", „KBW-gesteuert" oder als „kleine Gruppe von Radikalen, die selbst das Berufsverbot fürchten muß" bezeichnet. Senator Thape leitete Vorermittlungen zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die „verantwortlichen" Referendare ein. Durch Presseerklärungen, Rundschreiben an alle Lehrer und durch persönliche Auftritte auf Konferenzen versuchte der zuständige Schulrat Eisenhauer die Empörung der Kollegen über das Vorgehen der Behörde auf die sogenannten „Radikalen" zu lenken, was ihm auch leider an einigen Schulen auf Konferenzen gelang (zumindest wagte in diesen Fällen zum Schluß kein Kollege mehr, gegen die massive Einschüchterung vorzugehen). Selbst in Rundfunkauftritten versuchten die Behördenvertreter (allerdings weniger erfolgreich), demagogisch von der Frage ihrer Disziplinierungspraxis abzulenken auf die Frage einer „kleinen radikalen Minderheit von Extremisten", die sich hinter dem Referendarrat verbergen soll (tatsächlich ist der Referendarrat ein Delegiertenorgan sämtlicher Referendare!).

Für die Personalversammlung wurde nun alles an Regierungs- und Reaktionsprominenz aufgeboten, was Rang und Namen hatte.

Neben Schulräten und rechten Einpeitschern aus der Gewerkschaftsführung warteten Senator Thape und Eisenhauer höchst persönlich auf. In wüsten Attacken wurde gegen „extremistische Lehrer" gepöbelt, vor deren Karren sich die „gutwillige Lehrerschaft" ja nicht spannen lassen solle. Als diese Spaltungsversuche nicht auf die erwartete Resonanz trafen, wurden die Attacken des Herrn Senator immer dreister und gingen in Beschimpfungen der Versammlung über, auf deren Beschlüsse er sowieso nicht eingehen werde. Thape erreichte aber das Gegenteil: die Empörung unter den versammelten Lehrern wuchs. So kam es, daß auf der Personalversammlung diese Einschüchterungen nicht mehr zogen: Eine Resolution, in der die Behörde zur Rücknahme der Verfügung aufgefordert wurde, wurde von einer überwältigenden Mehrheit der Kollegen angenommen. Die rechten Einpeitscher von der Schulaufsicht und aus den Schulleitungen blieben weitgehend unter sich.

Eine ebensolche Mehrheit begrüßte anschließend die Verbreitung der Verfügung durch den Referendarrat und forderte die Zurücknahme aller in diesem Zusammenhang eingeleiteten Disziplinarverfahren.

Als besonderen Erfolg dieser Personalversammlung und ihrer Vorbereitung muß gewertet werden, daß immer noch eine deutliche Mehrheit der Kollegen eine Resolution gegen die Verfügung annahm, die diese in den Zusammenhang mit der gegenwärtigen Sparpolitik im Bildungswesen und der allgemeinen Disziplinierung stellt.

In dieser Resolution werden folgende Forderungen aufgestellt:

- *Einstellung aller Disziplinar- und Entlassungsverfahren!*
- *Einstellung aller Überprüfungen, Bespitzelungen und Ausforschungen von Lehrern in Schule und Gewerkschaft durch den Staat!*
- *Keine Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit – für öffentliche Diskussion an den Schulen!*
- *Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Öffentlichen Dienst!*

Die Personalversammlung fordert den Personalrat Schulen auf, sofort entsprechend dieser Forderungen keinem Entlassungs- oder Disziplinierungsverfahren aus politischen Gründen mehr zuzustimmen.

Sie fordert den PRS auf, gegenüber der Behörde auf die Rücknahme der Rundverfügung und die Einstellung der Disziplinierungsmaßnahme zu drängen."

Die Annahme dieser Resolution muß als erster Erfolg der Organisierung des Widerstands auf breiter Ebene gegen die Disziplinierungs- und Einschüchterungspraxis der Bremer Schulbehörde angesehen werden.

Jetzt gilt es, mit dieser Resolution im Rücken dort die Arbeit fortzusetzen, wo bisher die Einschüchterungsversuche noch am ehesten verfangen haben: in den Schulen selbst. ■

Lehrergruppe,
KB/Gruppe Bremen

Universität Hamburg — MSB abgeblitzt!

Im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir darüber, daß bei den z.Zt. stattfindenden Wahlen zu den Fachschaftsräten an der Universität Hamburg immer mehr die Revisionisten (MSB/SHB) abgewählt und von „Aktionsgruppen Demokratischer Kampf" (ADK) abgelöst werden (SSB, BDJ, Unorganisierte).

Der MSB freilich hat solche demokratisch zustandegekommenen Wahlergebnisse bis jetzt noch nie respektiert, sondern setzt alles daran, die ADK-FSRe so schnell wie möglich wieder zu stürzen.

So konnte am 7.11. auf der Vollversammlung der Germanistik-Studenten ein völlig unbegründetes „Mißtrauensvotum" des MSB gegen den ADK-FSR, für das der MSB durch Abwanderung vieler Kommilitonen zur Mittagszeit eine willkommene Gelegenheit sah, nur durch den Auszug von ca. 100 Kommilitonen verhindert werden.

Sofort nach der VV informierte der ADK-FSR breit über dieses machtpolitische Vorgehen des MSB. Die Empörung der Studenten drückte sich in dem erheblich besseren Besuch der nächsten VV am 20.11. (ca. 450) aus. Gleich zu Beginn der VV erteilten die Germanistik-Studenten der Politik des MSB, jede Vollversammlung durch den Mißbrauch des demokratischen Rechts des Mißtrauensvotums in einen Machtkampf um den „Besitz" des FSR umzufunktionieren, eine deutliche Absage.

Zwar versuchte der MSB – als er festgestellt hatte, daß die Mehrheit auf der VV gegen ihn war – sich dadurch aus der für ihn peinlichen Affäre zu ziehen, daß er sein bereits öffentlich angekündigtes Mißtrauensvotum jetzt nicht mehr stellen wollte.

Die Germanistik-Studenten ließen sich aber durch dieses Manöver des MSB nicht täuschen und nahmen mit ca. 230 : 150 Stimmen eine Resolution des FSR an, die die bisher praktizierte „Mißtrauens"-Politik des MSB scharf verurteilt und ihn zu einer Kurskorrektur nicht nur am Germanistik-Bereich auffordert.

Wie sich am Germ.-Bereich gezeigt hat, lehnt die Mehrheit der fortschrittlicher Studenten die Mißtrauenspolitik des MSB ab. Fortschrittliche FSRe dürfen sich dadurch nicht einschüchtern lassen, sondern müssen ihr offensiv entgegentreten. Es war richtig, gleich zu Beginn der Germ.-VV, wo die Beteiligung der Kommilitonen am größten war, Klarheit über die Mißtrauenspolitik des MSB zu schaffen und nicht zuzulassen, daß der MSB mit seinem Putschplan wieder so lange hinterm Berg hält, bis genügend Kommilitonen abgewandert sind. Im Interesse arbeitsfähiger Vollversammlungen sollten deswegen auch alle anderen Bereiche von vornherein Resolutionen gegen die Mißtrauenspolitik des MSB verabschieden.

Schon jetzt versuchen die Revis beispielsweise im Referendarbereich wieder ihr Glück mit einem Mißtrauensvotum gegen den derzeitigen fortschrittlichen Referendarvorstand.

Der MSB muß zu einer Aufgabe dieser Manipulationspraktiken in allen Bereichen gezwungen werden. ■

SSB/GE Germanistik
Hamburg

Spedition Schenker & Co., Hamburg:

Fortschrittliche Betriebsratsminderheit bleibt weiter im Betrieb

Gegen drei fortschrittliche Schenker-Betriebsräte wurde von seiten der Betriebsrats-Mehrheit ein Ausschlußverfahren eingeleitet. Die rechten DAG-Betriebsräte begründeten diesen Angriff mit Störung des Betriebsfriedens und Bruch der in der (ungesetzlichen) Geschäftsordnung des BR's vereinbarten Schweigepflicht über die Beratungen des BR's (s. AK 66).

Daraufhin trat ein Kollege der BR-Minderheit zurück. Die beiden anderen erklärten, weitermachen zu wollen. Sie setzten ihre aktive Informationspolitik fort und zogen gegen den Ausschlußantrag vor das Arbeitsgericht.

Inzwischen wies das Arbeitsgericht Hamburg den Antrag auf Amtsenthebung gegen die BR-Minderheit zurück. Bereits während der ersten Verhandlung im September stellte sich heraus, daß die magere Begründung für dieses Verfahren nicht genügen würde, um die gewählten Betriebsräte ihres Amtes zu entheben. Die „Verstöße" gegen den Schweigepflichtsparagraphen der Geschäftsordnung (GO) wurden ganz klar zurückgewiesen, weil *„eine GO nicht geltendes Recht einschränken"* darf. Somit entschied das Gericht ebenfalls, daß die GO des Betriebsrates in diesem Punkt unrechtmäßig ist!

Antrag auf fristlose Kündigung gestellt

Das Verfahren gegen die BR-Minderheit, inszeniert von den rechten DAG'lern, genügten den Schenker-Kapitalisten offensichtlich nicht. Sie kündigten den beiden linken BR's gleich fristlos!

In den „Begründungen" für die fristlose Kündigung unterschied die Schenker-Geschäftsleitung (GL) zwischen beiden BR's. Bei der Kollegin M. wurden im wesentlichen „Verstöße" gegen die Arbeitsordnung angeführt. Dem Kollegen P. wurde angelastet, das Informationsblatt vor dem Betriebsgelände verteilt zu haben.

Damit greifen die Schenker-Kapitalisten offen das Recht auf freie Meinungsäußerung im (und vorm!) Betrieb an, um auf d i e s e Weise unliebsame Kollegen loszuwerden.

Die reaktionäre DAG-BR-Mehrheit stimmte sogleich dem einen Kündigungsantrag zu, während sie dem zweiten widersprach, weil es in diesem Falle zu offensichtlich war, daß die hergesuchten Gründe für eine fristlose Kündigung nicht aus- daß die hergesuchten Gründe für eine fristlose Kündigung nicht ausreichten. Trotzdem erhielt der BR P. Hausverbot mit der Einschränkung, an BR-Sitzungen teilnehmen zu dürfen.

Nach dem Aussprechen der Kündigung, bzw. der Beurlaubung stellten die BR's Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung auf Weiterbeschäftigung beim Arbeitsgericht. Die BR M. stellte darüberhinaus Kündigungsschutzklage.

Kündigung vom Arbeitsgericht als unwirksam zurückgewiesen

Vor dem Arbeitsgericht wurde die Firma Schenker dazu verurteilt, die beiden BR's zu unveränderten Bedingungen (!) im Betrieb weiter zu beschäftigen. Das Gericht schloß sich der Auffassung an, daß das Recht auf freie Meinungsäußerung (Herausgabe und Verteilung eines Infos) nicht eingeschränkt werden könne.

Außerdem stellte es fest, daß geltendes Recht nicht durch besondere interne Betriebsvereinbarungen (s. „Arbeitsordnung") eingeschränkt werden könne.

Damit hat dieses Urteil gewissermaßen exemplarischen Charakter und ist gegen solche Kapitalisten zu verwenden, die einfach nach den heutigen Verhältnissen „zu weit gehen".

Betriebsversammlung klärte die Fronten

Auf der letzten Betriebsversammlung holten die Schenker Kapitalisten Stück für Stück die Hämmer aus der Tasche:

Von dem in den Vorjahren ausgezahlten Weihnachtsgeld (zwischen 50 - 100 % des Gehaltes, gestaffelt nach Betriebszugehörigkeitsjahren) wird in diesem Jahr nur noch 70 % ausgeschüttet. Von acht auslernenden Auszubildenden werden nur fünf in das Angestelltenverhältnis übernommen.

Nach dreimaliger Aufforderung mußte die Geschäftsleitung bestätigen, daß ab 1.1.76 oder ab 1.4.76 der gesamte Exportverkehr auf EDV-System umgestellt wird. **Das bedeutet für viele Kollegen aus den Schreibbüros und für viele Sachbearbeiter Entlassung!!** Es bestätigte sich, daß die scharfen Angriffe gegen die innerbetriebliche Linke nur Vorbote waren für einen Generalangriff auf die Belegschaft insgesamt.

Während der Betriebsversammlung wurde die Forderung nach Neuwahl des BR immer lauter. Viele Kollegen beteiligten sich an der Diskussion und unterstützten die Forderung nach BR-Neuwahlen, da die undemokratischen Verfahren der rechten BR's sehr offensichtlich wurden. Der BR-Vorsitzende Albers reagierte ziemlich schnell auf die Stimmung der Kollegen. Er betonte, daß er für drei Jahre gewählt wurde und es gar nicht einsieht, sich hier dem Willen der Belegschaft zu beugen.

Die antikommunistische Hetzkampagne gegen die BR-Minderheit während der Betriebsversammlung und in Informationsblättern der BR-Mehrheit ist nur die Kehrseite ihres Demokratieverständnisses.

Wie muß der Kampf weitergeführt werden?

Die vielen Beiträge der Kollegen

Die vielen Beiträge der Kollegen auf der Betriebsversammlung, die Spendensammlung der Kollegen für die BR-Minderheit, das zahlreiche Erscheinen der Kollegen bei den Gerichtsverhandlungen und die bestehende, kontinuierlich arbeitende gewerkschaftliche Betriebsgruppe sind die Grundlagen zu einem gemeinsamen Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten. Dieser Kampf muß durch die weitere Herausgabe von Informationsblättern der BR-Minderheit unterstützt und entwickelt werden.

Ebenfalls ist es notwendig, das gewerkschaftliche Vorgehen im gesamten Bereich des Transportwesens zusammenzufassen und zu organisieren. Darum gibt es in diesem Bereich den Arbeitskreis Transport, der sich darum bemüht, eine langfristige Gewerkschaftsarbeit zu entwickeln. ■

Angestelltenzelle Transport
KB/Gruppe Hamburg

Daimler-Benz:

Nach Betriebsrätewahl – Gewerkschaftsausschlüsse geplant!!

Wie bereits 1972, kandidierten bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen in den Daimler-Benz Werken Untertürkheim und Sindelfingen oppositionelle Kollegen. Wie in den meisten Großbetrieben, wurden auch hier die Kandidatenlisten in undemokratischer Art und Weise von der BR-Führung aufgestellt. Gegen diese sattsam bekannte Kandidatenaufstellung wird hier bereits seit längerer Zeit die Auseinandersetzung geführt, bereits 1972 kam es daher zur Kandidatur der oppositionellen Kräfte auf einer eigenen Liste. So auch dieses Jahr.

Trotz sehr scharfer Angriffe in übelster Manier von Seiten der Geschäftsleitung und insbesonders der alten BR-Führung konnten die oppositionellen Kollegen 18 % oder 2.653 Stimmen auf sich vereinigen.

Bereits nach der Wahl 1972 wurden gegen die drei oppositionellen Kandidaten und jetzigen Betriebsräte Ausschlußverfahren eingeleitet. Zwei Kollegen wurden schließlich ausgeschlossen, einer bekam Funktionsverbot. (Seinerzeit brachten diese Ausschlußverfahren noch eine sehr breite Empörung hervor – es waren die ersten Ausschlüsse dieser Art. Bekannterweise ist dies ja mittlerweile Praxis der Gewerkschaftsführer geworden.)

Heute sollen weitere neun Kollegen bei Daimler-Benz Untertürkheim ausgeschlossen werden. Ein „Untersuchungsverfahren" wurde bereits eingeleitet. Einzige Begründung hierfür ist die „Kandidatur auf einer gegnerischen Liste". Kein Wort davon, warum es diese Liste gab, kein Wort davon, daß alle Kandidaten dieser Liste aktive Gewerkschafter sind, teilweise noch aus den Zeiten des Nazi-Faschismus!!

Kollegen! Bitte gebt PLAKAT an die andern Schichten weiter! 29. Oktober 1975

plakat

SIE SOLLEN AUS DER IG-METALL ausgeschlossen? WERDEN

Zweite Kandidatenliste bei Daimler-Benz

Neun Metallern droht der Ausschluß

In „Plakat", Betriebszeitung bei DB-Untertürkheim steht zu den geplanten Ausschlüssen:

„.... Man muß wenigstens die Fenster der Betriebsratsamtsstuben aufstoßen, damit die drinnen merken, was draußen vor sich geht. Daß sie das nicht mögen, ist klar. Daß sie es mit allen Mitteln verhindern wollen, ist unannehmbar. Nur durch eine eigene Liste 1 konnte die Opposition in der IG-Metall eine Vertretung im Betriebsrat erreichen. Über die offizielle Liste der IGM war das unmöglich wegen des Widerstandes von oben. Die dafür verantwortlichen Kollegen Schienle und Häbich betreiben seitdem den Ausschluß aller Kandidaten der Liste 1 aus der IG-Metall. Es sind sie, welche unserer Gewerkschaft schaden.....

*Wir meinen, **nicht sie** (Liste 1) **haben der Gewerkschaft geschadet,** sondern diejenigen, die es für ‚absolut richtig halten', daß man solche Kollegen aus der IG-Metall ausschliessen muß (wie Aspacher in der Stuttgarter Zeitung)."*
(„Plakat", 29.10.75.)

Angesichts der Tatsache, daß es sich bei der oppositionellen Gruppe bei Daimler-Benz um einen entscheidenden Ansatz in der oppositionellen Bewegung insgesamt handelt, muß diesen Kollegen unsere besondere Solidarität gehören.

Rücknahme der Ausschlußverfahren bei Daimler-Benz!! ■

Metallkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Metallkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Broschek, Hamburg:

Linke Betriebsräte gewinnen vor Gericht

Der Versuch der Broschek-Kapitalisten, zwei linke Betriebsräte aus dem Betrieb bzw. dem Betriebsrat zu entfernen, ist vorläufig gescheitert. Die beiden Kollegen gewannen jetzt ihre Klage vor dem Arbeitsgericht Hamburg.

Die Kündigungsbegründung

Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen gewann die fortschrittliche „Argumente"-Liste 38% der Stimmen und konnte mit vier BR-Sitzen als stärkste Gruppe in den Betriebsrat einziehen. Wenige Monate nach den BR-Wahlen wurde der BR-Vorsitzende, ein Kollege der „Argumente"-Liste, fristlos entlassen. Der Rausschmiß konnte allerdings nicht vollzogen werden, da der Betriebsrat nicht zustimmte. Daraufhin stellten die Kapitalisten beim Arbeitsgericht Antrag auf fristlose Entlassung des BR-Vorsitzenden und auf Amtsenthebung eines weiteren fortschrittlichen Betriebsrates (siehe AK 65, S. 15).

In der Kündigungs- bzw. Amtsenthebungsbegründung führt die Broschek Geschäftsleitung faktisch nur politische Gründe an. In dem 10 Seiten starken Schriftsatz wird den beiden linken BR-Kollegen parteipolitische Betätigung vorgeworfen, wodurch die Kapitalisten ihren „Betriebsfrieden" gestört sehen. Festgemacht wird die „parteipolitische Betätigung" u.a. an einer Resolution gegen eine geplante HIAG-Veranstaltung, die in den „Argumenten" abgedruckt und an alle Kollegen verteilt wurde. Darüberhinaus gehen die Broschek-Kapitalisten nach folgendem Argumentationsmuster vor: Die „Argumente" argumentieren teilweise genauso wie der ARBEITERKAMPF, also muß es eine enge Verbindung zwischen beiden geben.

Kommunistische Betätigung bzw. Gesinnung (!) von Betriebsanhörigen sei aber nicht mit dem Betriebsfrieden vereinbar.

Es ist nicht das erstemal, daß die Kapitalisten versuchen, dieses Argumentationsmuster vor Gericht durchzusetzen. Bislang hatten sie damit in den unteren Instanzen der Arbeitsgerichte wenig Erfolg.

Vorläufige Pleite des Kapitalisten vor dem Arbeitsgericht

Zu dem Prozeß am 3.11. waren einige Kollegen erschienen, um ihre Solidarität mit den beiden linken Betriebsräten zu zeigen. Der Kapitalistenvertreter versuchte diese gleich einzuschüchtern, indem er alle Kollegen fragte, warum sie denn hier erschienen seien.

Im Verlauf der Verhandlung mußte sich der Kapitalistenvertreter sagen lassen, daß seine so gut vorbereitete „Beweisführung" sehr fragwürdig sei, da die angeführten Zitate aus linken Publikationen aus dem Zusammenhang gerissen bzw. überhaupt nicht zu finden seien. So sahen der Richter und die beiden Beisitzer die HIAG-Resolution zwar als eine politische, aber nicht als parteipolitische Betätigung und legten damit dieses „Argument" der Kapitalisten zu den Akten.

Auch die übergreifende antikommunistische Beweisführung des Kapitalistenvertreters zog beim Gericht nicht. Der Richter schloß sich hierbei im wesentlichen den Ausführungen des Rechtsanwalts der Kollegen an, der dargelegt hatte, daß dem Versuch, Arbeitnehmer aufgrund ihrer kommunistischen Haltung entlassen zu wollen, nicht scharf genug entgegengetreten werden kann.

In der mündlichen Urteilsverkündung wurden die Anträge des Kapitalisten als unbegründet zurückgewiesen, die beiden Betriebsräte aber doch aufgefordert, sich in Zukunft um eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit" zu bemühen.

Es ist anzunehmen, daß sich die Geschäftsleitung mit dieser Niederlage nicht zufrieden geben und in die Berufung gehen wird – in der Hoffnung, doch noch einen Richter zu bekommen, der sich der antikommunistischen „Beweisführung" anschließt. ■

Broschek-Zelle, KB/Gruppe Hamburg und IKAH („Arbeiterhilfe")

Letzte Meldung:

„Spiegel" muß linken Redakteur vorerst weiterbeschäftigen

Der Plan der „Spiegel"-Kapitalisten, den fortschrittlichen Redakteur Werner Borsbach knall auf fall vor die Türe zu setzen, läßt sich offenbar doch nicht ganz so reibungslos und selbstherrlich durchsetzen, wie die Geschäftsführer Augstein und Becker es sich gedacht hatten.

Bereits Anfang November hatte es das Hamburger Arbeitsgericht abgelehnt, die vom Betriebsrat verweigerte Zustimmung zur fristlosen Kündigung zu ersetzen. Nun verurteilte eine andere Kammer des Gerichts den „Spiegel" per Einstweilige Verfügung, den Kollegen vorerst weiterzubeschäftigen und die vom „Spiegel" vorgenommene Beurlaubung aufzuheben.

Der Kollege Borsbach sollte gefeuert werden, nachdem er gegen eine massive Fälschung des „Spiegel" protestiert und diese im Haus zur Diskussion gestellt hatte (AK 67). Das vom Betriebsrat eingeleitete Verfahren auf Ausschluß aus dem BR ist bis zur Stunde noch nicht vor dem Arbeitsgericht verhandelt worden. ■

Verheerende Einsparungen im Gesundheitswesen geplant

Die Arbeiter und Angestellten sollen wieder einmal kräftig zur Kasse gebeten werden: die beiden größten Ersatzkassen, die Barmer und die DAK, kündigten eine Erhöhung ihrer Beiträge ab 1.1.1976 von 10,6 % auf 12,1 % bzw. von 11,2 % auf 11,7 % an.

Weiterhin soll die angebliche „Kostenexplosion" im Gesundheitsbereich durch Verminderung bestimmter Leistungen eingeschränkt werden. Kapitalistenverbände und Ärzteschaft fordern zunehmend eine „Selbstbeteiligung" der Arbeiter und Angestellten an den Krankheitskosten.

So wurde in einer „Denkschrift" der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) gefordert, *„das Sachleistungsprinzip zu ersetzen und die Frage einer Eigenbeteiligung des Versicherten an den Krankheitskosten vorurteilsfrei* (?) *zu prüfen"* („Nachrichten", 10/75).

Der Vorsitzende der Krankenversicherung Nordwürttemberg, Prof. Häussler, meinte, *„als Anreiz zum Gesundwerden* (!!!) *sollte sich in den ersten sechs Wochen der Krankheit die Einkommenssituation verschlechtern."* Der Herr Professor dachte so an eine Einkommensverkürzung um 20 % (aus „Nachrichten", 10/75)!

Konkrete Sparvorschläge der letzten Zeit sind: „Eigenbeteiligungen" bei Zahnersatz und bei Kuren. Der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Ärztekammer, Deneke, befürwortete z.B. das Streichen der Kuren im Ausland („FAZ", 25.10.75). Außerdem wurde eine Verdoppelung der Höchstgrenze der Rezeptgebühr von heute 2,50 auf künftig 5 DM diskutiert sowie eine *„Begrenzung der medizinisch-technischen Leistungen in der ärztlichen Praxis"* („FAZ", 13.10.75) usw., usf.

Die Bundesregierung als „öffentlicher Arbeitgeber" will auch gleich bei „ihren" Arbeitern und Angestellten aufräumen: *„Im Bundesinnenministerium ist man der Ansicht, daß die Quote der Mitarbeiter, die jährlich eine Kur in Anspruch nehmen, zu hoch ist. Man ist daher auf der Suche nach einem verbesserten Instrumentarium, um Mißbräuche* (? ?) *auszuschalten"* („FAZ", 28.8.75).

Begründet werden diese weitreichenden Sparmaßnahmen mit einer „Kostenexplosion" im Gesundheitsbereich. Tatsächlich sind z.B. die ambulanten Behandlungskosten von 1970 bis 1974 um 88 %, die Arzneimittelkosten um 92 %, die Pflegekosten in Krankenhäusern um 94 % und die Operationskosten um 42 % gestiegen. Ursache ist zum einen, daß die Pharmaindustrie mit den sehr teuren Arzneimitteln riesige Profite herauszieht und daß die Arzthonorare immens erhöht worden sind.

So sind beispielsweise Tabletten in der BRD in der Regel vier- bis fünfmal so teuer wie in England.

Zweifellos könnte man hier ohne weiteres mehr einsparen als oben an „Kostenexplosionszahlen" angegeben wurden!

Hier liegt der Hund begraben! Desweiteren liegt z.B. das Durchschnittseinkommen der frei praktizierenden Ärzte bei 160.000 DM, das der Zahnärzte bei 180.000 DM pro Jahr (Angaben aus: „Nachrichten", 10/75).

Eine weitere Ursache liegt in den Sparmaßnahmen der Bundesregierung, die einige gesetzliche Leistungen im Gesundheitsbereich auf die gesetzliche Krankenversicherung abwälzen. So hat sich die „öffentliche Hand" immer weniger an den Krankenhauskosten beteiligt. Das gleiche gilt im Fall der Mutterschaftshilfe und bei den Vorbeugeuntersuchungen, die bisher aus dem „Reformtopf" der staatlichen Ausgaben bezahlt wurde. Alle diese Kosten mußten z.T. von den Kassen übernommen werden. Die Folge ist eben, daß sowohl der Staat im Rahmen seiner „Sparpolitik" zu streichen beginnt, als auch die gesetzlichen Krankenversicherungen zum Rotstift greifen.

Die Arbeiterklasse hat die Folgen dieser Sparpolitik voll zu tragen: zum einen in der ohnehin schon miserablen medizinischen Betreuung, zum anderen auch noch durch die sogenannte „Eigenbeteiligung" an den Krankheitskosten. ■

Betriebszelle Beiersdorf-Forschungszentrum
KB/Gruppe Hamburg

Sozialhilfeempfänger werden noch mehr benachteiligt als bisher

Die Ärmsten der Armen, die „Sozialhilfe"-Empfänger, in der Regel alleinstehende Frauen mit Kindern, Rentner mit zu geringer Rente, Arbeitslose, deren Antrag auf Arbeitslosengeld / Arbeitslosenhilfe noch nicht entschieden ist oder unter dem Existenzminimum liegt, müssen in Zukunft mit noch weniger Geld auskommen.

Die Sozialhilfe wird berechnet nach sogenannten „Regelsätzen". Diese Regelsätze sind je nach Alter gestaffelt. So erhält der Haushaltsvorstand DM 260,–, ein Kind im Alter bis zu sieben Jahren 117,- DM monatlich. Außer der Miete ist in diesen Regelsätzen nahezu alles berechnet, was zur Lebensführung notwendig ist: Lebensmittel, Genußmittel, Strom-, Wasser-, Gaskosten, Kosten für Körperpflege, Bekleidungsgegenstände..., selbst die „kulturellen Bedürfnisse" sollen aus diesen Regelsätzen bezahlt werden.

Zum 1.1.1976 sollen die Regelsätze um ca. 3 % „erhöht" werden, das bedeutet 4 bis maximal 8,- DM monatlich mehr, und das bei den hohen allgemeinen Preissteigerungen!

Hart betroffen sind auch hier die alten Menschen, deren 11 % Rentenerhöhung vom 1.6.1975 ab Januar 1976 voll als Einkommen angerechnet wird: Da die 3 % Regelsatzerhöhung die 11 % Rentenerhöhung nicht ausgleicht, werden viele aus der Sozialhilfeberechtigung herausfallen und somit etliche Vergünstigungen verlieren.

Noch weniger als bisher wird gezahlt für

- Heizungshilfe, die einmal im Jahr bewilligt wird. Sie wurde zum Teil erheblich gesenkt und zum Beispiel bei Studenten an völlig aus der Luft gegriffene Voraussetzungen gekoppelt: Studenten haben nur noch Anspruch auf Heizungshilfe, wenn sie ihr Studium vor dem 25. Lebensjahr angefangen und sich mindestens zwei Monate vor Beginn des Studiums schon in Hamburg befunden haben.
- Die Telefonbeihilfe für Ältere und Kranke, die eingerichtet worden war, um Rentnern die Möglichkeit zu geben, den Kontakt zur Aussenwelt aufrecht zu erhalten und die 2/3 der Grundgebühr ausmachte, wurde auf 1/3 gekürzt. Das ist besonders brutal, wenn man bedenkt, daß sich viele nur ein Telefon angeschafft haben, weil sie dabei von der Sozialbehörde unterstützt worden sind. ■

Ein Erzieher-Genosse
KB/Gruppe Hamburg

Senkung der Arzneimittelpreise – ein Witz !

Mit großem Tamtam ist in der Presse

Mit großem Tamtam ist in der Presse die Senkung der Arzneimittelpreise durch die Bundesregierung angekündigt worden. Was dabei herauskam ist eine Frechheit: um ganze 3,4 % sollen die sog. Apotheken-Abgabepreise gesenkt werden! Dazu sei nochmal in Erinnerung gerufen, daß die Spanne zwischen dem Herstellerabgabepreis und dem Apothekenverkaufspreis bei einigen Medikamenten bis zu 2.000 % liegt.

Eine der wesentlichen Begründungen für die Preissenkungen ist die Senkung der Kosten der Krankenversicherungen. Doch genau hier liegt der Hase im Pfeffer: der bisherige Rabatt der Apotheken gegenüber den Krankenkassen wird gleichzeitig von sieben auf fünf Prozent gesenkt. Mithin beträgt die tatsächliche Preissenkung nur etwas über 1 (in Worten e i n) Prozent.

Kein Wunder also, daß der Verband der pharmazeutischen Industrie nichts dagegen hat, diese „Preissenkung" hinzunehmen und so auch noch die beste Gelegenheit erhält, sein durch überhöhte Preise angekratztes Image wieder aufzupolieren. Auch der Apothekerverband erklärte, man wolle im Interesse der Allgemeinheit diese Preissenkung hinnehmen.

Selbst einigen bürgerlichen Politikern scheinen inzwischen diese Lächerlichkeiten aufgefallen zu sein. Gesundheitsministerin Focke erklärte jedenfalls *„...ich gestehe offen(?), mir ist es zu wenig"*. Sie ist aber guter Hoffnung, daß *„in absehbarer Zeit ein zweiter Schritt getan werde"*. Ihre Hoffnung gründet sie auf das Gutachten des Kieler „Instituts für Weltwirtschaft", worüber wir bereits berichteten. Dieses Gutachten war für das Wirtschaftsministerium bestimmt und Friderichs wollte es gleich verschwinden lassen, weil es sehr brisante Untersuchungsergebnisse enthält, so u.a., daß **die westdeutschen Arzneimittelpreise die höchsten in Europa sind.** Nachdem nun Teile dieses Gutachtens der Öffentlichkeit bekannt wurden, ließ das Ministerium erklären, das Gutachten müsse erst präzisiert werden, dann könne man was damit anfangen. Im Klartext: wir zögern die Diskussion heraus und wenn das Interesse der „Öffentlichkeit" nachgelassen hat, fliegt das ganze Gutachten in den Papierkorb. Wir werden es diesen Herren s o einfach nicht machen. ■

Hoechst-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Wohngeld – Subventionen für Hausbesitzer

Als „Alternative" zum Sozialen Woh- mieten auch am meisten betroffen.

Als „Alternative" zum Sozialen Wohnungsbau wird immer wieder das vor zehn Jahren eingeführte Wohngeld genannt. Statt Förderung des Baus von Wohnungen sollen die einzelnen Mieter bei niedrigem Einkommen und hohen Mieten einen staatlichen Zuschuß bekommen. Im letzten Jahr wurden fast 1,5 Mrd. DM Wohngeld ausgezahlt (diese und die folgenden Zahlen nach „Wirtschaft und Statistik" 8/75). **Dieses aus Steuermitteln bezahlte Geld ist nichts anderes als eine Subvention für die Hausbesitzer, von denen die Mieter keinen Pfennig tatsächlich bekommen. Er darf das Geld nur weiterreichen.**

Völlig klar, daß Hausbesitzerverbände und Makler sich entschieden für das Wohngeld einsetzen.

Wohngeld hat noch einen entscheidenden Vorteil für die Herrschenden: Es hält die Illusion aufrecht, als würde sich der „Sozial"-staat für die Mieter einsetzen und die Wohnungsprobleme beheben können. Tatsächlich bedingt das Wohngeld jedoch weitere Mietsteigerungen, da die Hausbesitzer jetzt durch den Wohnungsmangel die Mieten durchsetzen können, die die Mieter gerade noch von ihrem Einkommen zahlen können, zuzüglich Wohngeld. Teilweise werden in den Annoncen bereits Wohnungen mit der Miete abzüglich Wohngeld angeboten, um vorzuspiegeln, als würde es sich um eine erträgliche Miete handeln!

Sieben Prozent aller Haushalte in der BRD bekommen im Schnitt 70 DM pro Monat. In Hamburg mit seiner katastrophalen Wohnsituation bekommen 9,6% oder insgesamt 77.000 Haushalte Wohngeld.

Es bekommt nur der Mieter Wohngeld, der innerhalb festgelegter Einkommensgrenzen verdient. Für eine dreiköpfige Familie beträgt die Bruttofamilieneinkommensgrenze 1.770 DM, das entspricht einem Nettoeinkommen von 1.200 DM! Zweitens wird nur eine Miethöhe bis zu 4,40 DM/qm berücksichtigt, d.h. alles, was darüber liegt (also auch jede weitere Mieterhöhung) wird nicht in die Wohngeldberechnung einbezogen! Tatsächlich sind insbesondere in den Großstädten die Mieten wesentlich höher als 4,40 DM. Das hat zur Folge, daß nur zwei bis drei Prozent aller Angestellten, Beamten und Arbeiter überhaupt Wohngeld beziehen können. Dagegen bekommen 16% aller Rentner und Pensionäre den Mietzuschuß – schließlich sind sie von den Wuchermieten auch am meisten betroffen. Es zeigt nur die soziale Not auf, wenn man liest, daß 75% der Wohngeldempfänger mit weniger als 600 DM leben müssen; sieben Prozent haben sogar weniger als 200 DM!

Hatte noch im April der zuständige Bundesminister Karl Ravens betont, daß **„die weitere Fortentwicklung des Gesetzes ein Schwerpunkt seiner Arbeit in der nächsten Zeit"** („Frankfurter Rundschau", 2.4.75) sein wird, soll nun auch das Wohngeld Opfer der „Spar"politik werden, und nicht einmal, wie erwartet, 1976 die Einkommens- und Miethöchstgrenzen der inflationären Entwicklung angepaßt werden („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 7.10.75).

Der Bankrott des „sozialen" Wohnungsbaus und der Abbau des Wohngelds auf der einen Seite, Aufhebung der Mietpreisbindungen und Mieterhöhungen ohne Ende auf der anderen Seite zeigen, daß darangegangen wird, die Wohnkosten systematisch zu erhöhen. Damit wird auch der letzte soziale Mantel abgelegt, den sich die Herrschenden anziehen mußten, als nach dem Zusammenbruch des Faschismus die Forderungen nach ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum gestellt wurden. Der Anteil der Mietausgaben an den Einkommen ist bereits seit den Lücke-Gesetzen Anfang der 60-er Jahre bei einem durchschnittlichen vier-Personen-Arbeiterhaushalt von 9,9% (1964) auf 12,9% (1973) gestiegen, bei den Rentnern im gleichen Zeitraum sogar von 13,9 auf 18,5% (nach Städtebaubericht 74 der Bundesregierung).

Daß dies erst der Anfang der Entwicklung ist, wird bereits ganz offen gesagt: Nach Ansicht des Staatssekretärs im Bundeswohnungsbauministerium, Dr. Haack, *„hatte sich in weiten Kreisen der Bevölkerung die Meinung festgesetzt, daß die Wohnung ein billiges Gut sein müsse. 11 bis 13% des Nettoeinkommens gelten vielfach als zu hoch, während vor Jahrzehnten 20 oder 30% als normal empfunden wurden. Hier solle man versuchen, die Auffassungen zu korrigieren"* („Süddeutsche Zeitung", 6.3.75).

Inwieweit die Herrschenden das durchsetzen können, hängt wesentlich davon ab, ob es den Mietern gelingt, gegen diesen Raubzug der Wohnungskapitalisten und ihrer Diener in Bonn eine Abwehrfront zu bilden. ■

Wohnungskommission
KB/Gruppe Hamburg

Die Entwicklung der „Sozialmieten" Hoch, höher, am höchsten!

Seit Antritt der SPD/FDP-Regierung ist der „soziale" Wohnungsbau in der BRD von fast 250 000 auf jährlich 120 000 im letzten Jahr geschrumpft! Die Mieten dagegen wer-

120 000 im letzten Jahr ge-

schrumpft! Die Mieten dagegen werden auch im „sozialen" Wohnungsbau laufend drastisch erhöht.

Anfang 75 mußte für die meisten der Sozialwohnungen zwischen 10 und 50 % mehr Miete auf den Tisch gelegt werden, und die nächste Mietsteigerung ist bereits vorprogrammiert.

Von der letzten Mieterhöhung waren die Sozialwohnungen der Baujahre 1948 bis 1962 betroffen. Etwa 12 000 Familien mußten allein in Hamburg mehr bezahlen („Hamburger Abendblatt", 17. 10. 75). Begründet wurde die Erhöhung mit der Anhebung der Verwaltungs- und Instandsetzungspauschalen, der Betriebskosten und der Verzinsung der öffentlichen Mittel, mit denen die Wohnungen gebaut wurden.

Inzwischen sind auch die Sozialwohnungen neueren Datums dran. Ab Anfang 76 sollen die Sozialwohnungen, die ab 1968 errichtet wurden, erheblich teurer werden. Als Begründung wird genannt: Die für diese Förderungsjahrgänge vom Staat gezahlten sogenannten „Aufwendungsbeihilfen" sollen gekürzt werden. Nächstes Jahr werden mindestens 13 000 Familien in Hamburg von diesen Mietsteigerungen um durchschnittlich 70 DM (!) auf die Monatsmiete betroffen sein („Hamburger Abendblatt", 17. 10. 75).

Über kurz oder lang werden alle 50 000 Familien in Hamburg, die in Sozialwohnungen leben, die ab 1968 gebaut wurden, von erheblichen Mieterhöhungen betroffen sein. Das entspricht der Politik der Bund-Länder-Komission, die Mitte 75 festlegte, daß, *„es eine grundsätzliche Rückkehr zu einer ‚ewigen' Mietverbilligung durch Kapitalsubventionen nicht mehr geben könne"* („Süddeutsche Zeitung", 16. 5. 75). ■

Der Bankrott des „sozialen" Wohnungsbaus

Ziel der Wohnungsbaupolitik ist, den „sozialen" Wohnungsbau (Objektförderung) mehr oder weniger völlig einzustellen – zugunsten des „freien Wohnungsbaus" – und als „Härteausgleich" Wohngeld anzubieten (Individualförderung). Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß freifinanzierte Neubaumieten heute zwischen 15 und 18 DM pro Quadratmeter monatlich liegen. Bei einer 70 qm-Wohnung beträgt die Miete dann an die 1000 DM – für die meisten ein unerschwinglicher Betrag (was man auch daran sieht, daß die NEUE HEIMAT allein in Hamburg einige hundert unvermietbarer Neubauwohnungen hat!)

Deshalb wurde bisher im „sozialen" Wohnungsbau die Miete durch Zinssubventionen und Aufwendungsdarlehen auf vier bis fünf DM herum-

darlehen auf vier bis fünf DM herum-

tersubventioniert. Das System der Subventionierung ermöglicht unerhörte Profite von Bauindustrie, dem kreditgebenden Bankkapital und den Hausbesitzern selbst im „sozialen" Wohnungsbau, da der Staat, sprich Steuerzahler, die Differenz zwischen den tatsächlichen Kosten und den subventionierten Mieten trägt und Sozialwohnungen natürlich leichter vermietbar sind!

Trotzdem ist der „soziale" Wohnungsbau den Kapitalisten ein Dorn im Auge, da er dem „freien Markt" einen Teil der Mieter entzieht. Wenn alle auf freifinanzierte Wohnungen angewiesen sind, ist eben ein noch höherer Profit zu machen.

Im Laufe der Jahre steigen die „Sozial"-Mieten erheblich, weil schrittweise die staatlichen Zuschüsse gesenkt werden. Demgemäß werden jetzt im Rahmen der „Sparpolitik" die Subventionen weiter verringert, d. h. bereits die Anfangsmieten steigen erheblich.

Hamburg mit dem ohnehin höchsten Mietniveau in der BRD hat erst im März dieses Jahres die Anfangsmieten von 4,95 DM auf 5,50 DM (ohne Heizung) pro Quadratmeter hochgesetzt. An die 10 000 SAGA-„Sozial"-Wohnungen kosten heute bereits zwischen 5,50 DM und 6,50 DM! („Hamburger Morgenpost", 6. 8. 75).

Die Mieter sollen so an die „freifinanzierten" Mieten herangeführt werden. Die Steigerungen der „Sozial"mieten sind erheblich größer, als die bei den freifinanzierten Wohnungen! Es ist längst Tatsache geworden, daß Familien, die in anfänglich relativ günstige Sozialwohnungen eingezogen sind, nach einigen Jahren aufgrund der ständigen Mieterhöhungen wieder ausziehen mußten, und ins Lager einquartiert wurden, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen konnten!

In der Presse wurde des öfteren die sogenannte „Fehlbelegung" von Sozialwohnungen mit „Besserverdienenden" hochgespielt. Angeblich sollen sie Hunderttausende von billigen (?) Wohnungen blockieren und deshalb Schuld an der Wohnmisere sein. Abgesehen davon, daß es keine realistischen Zahlen dafür gibt, wie hoch die „Fehlbelegung" ist, hat natürlich jeder das Recht auf eine billige Wohnung. Diese Kampagne soll lediglich über den Zusammenbruch des „sozialen" Wohnungsbaus und die Geschäftemacherei mit der Wohnungsnot hinwegtäuschen. ■

Wohnungskomission
KB/Gruppe Hamburg

Wie viele Menschen treibt dieses System noch in den Tod?

Die Geschichte von Dieter Feser

Dieter Feser, Arbeitersohn aus Oerlenbach bei Schweinfurth stand am 27. Februar 1975 vor dem Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer. Dieters „Verhandlung" begann um 11.00 Uhr, gegen 13.00 Uhr war er durchgefallen. Um 14.00 Uhr schrieb er zu Hause aus dem Gedächtnis den Verlauf des Prüfungsverfahrens auf. Gegen 16.00 Uhr wurde Dieter von einem Bauern am Waldesrand von Oerlenbach gefunden – tot durch Erhängen.

Dieter wollte ein Grundrecht des vielbeschworenen Grundgesetzes der BRD in Anspruch nehmen, den Artikel 4 Absatz 3: *„Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden."*

Doch Walter Bendrien, Regierungsrat und Vorsitzender des Prüfungsausschusses des Kreiswehrersatzamtes in Würzburg traktierte Dieter in der Tonart eines Feldwebels, als handelte es sich hier um einen „gemeingefährlichen Verbrecher".

Fragen wie: *„Warum sind Sie in der Schule sitzengeblieben"*, oder: *„In Wirklichkeit lehnen sie doch unsere Staatsform ab"* und: *„Wir wollen ihnen damit nur sagen, daß sie sich damit gegen die Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik stellen"*, sind nur Kostproben aus den Aufzeichnungen Dieters nach seiner Verhandlung.

Der Beschluß der Prüfungskommission lautet dann auch folgerichtig: *„Der Ausschuß vertritt die Auffassung, daß beim Antragsteller keine echten Gewissensgründe vorliegen. Der Wehrpflichtige Feser ist deshalb nicht berechtigt den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern."*

Bendrien soll laut „Stern" vom 20.11.75 später gesagt haben, daß *„Fesers Abneigung, den Wehrdienst abzuleisten, in seinem anti-kapitalistischen Denken zu sehen sei."*

Zu Dieters Beerdigung kamen Lehrlinge, Schüler und Studenten aus der ganzen BRD ins kleine Oerlenbach. Für sie sprach der fortschrittliche Schweinfurther Pfarrer Wild von den Schuldigen. *„Dieter Feser ist das Opfer eines unmenschlichen Verfahrens; er ist innerlich zerbrochen worden. Die über sein Gewissen zu gericht saßen, haben ihn nun selber auf dem Gewissen".*

Die Mörder sind unter uns

Die Mörder sind unter uns

Bendrien und seinesgleichen bleiben indes in Amt und Würden. Obwohl dem Verteidigungsministerium bereits acht Beschwerden über die „Verhandlungspraktiken" von Bendrien vorlagen, erklärte der zuständige Staatssekretär Hermann Schmidt: *„Zu einer Ablösung des Regierungsrates Bendrien habe ich keine Veranlassung."*

Bendrien will so weitermachen wie bisher: *„Was in meinen Sitzungen passiert geht niemanden etwas an. Das ist ein Dienstgeheimnis."*

Nach Schätzungen sollen derzeit ca. 500 Jugendliche in Gefängnissen sitzen, weil sie sich bei der Bundeswehr weigerten, die Waffe in die Hand zu nehmen. Manche taten es doch, allerdings nur, um sich selber zu erschießen.

Aus sehr durchsichtigen Gründen hält das Bundesverteidigungsministerium die Zahlen über Selbstmorde nicht anerkannter Kriegsdienstverweigerer geheim. Nach Schätzungen von SPD-Bundestagsabgeordneten ist die Quote mit Sicherheit zigmal so hoch wie bei Gleichaltrigen.

Unser Genosse und Freund – Joachim Borsum – hat sich das Leben genommen

Am 18.10.75 starb Joachim an einer Überdosis von Tabletten.

Joachim war seit ca. einem viertel Jahr arbeitslos, nachdem er in einem Hamburger Großkaufhaus fristlos gekündigt wurde. In diesem Betrieb hatte er drei Jahre gelernt, arbeitete danach in mehreren anderen Betrieben und fing 1974 wieder in diesem Kaufhaus an.

Joachim kandidierte im Frühjahr dieses Jahres zum Betriebsrat; er wollte sich für seine Kollegen einsetzen, um die verheerenden Arbeitsbedingungen in Kaufhäusern, die beschissene Bezahlung (700 DM netto etc.) und die ausgeklügelte Unterdrückung der Verkäufer zu verändern.

Joachim stand häufig allein gegen die Übermacht des Gegners – der Personalchefs, Abteilungsleiter usw. Joachims Kollegen erzählten, daß z.B. der Personalchef kurz vor Joachims Tod noch Sprüche wie: „Der könnte in der Gosse liegen, da würde ich noch drüber wegsteigen" gegenüber anderen Angestellten äußerte.

Der Abteilungsleiter Kiel putzte Joachim z.T. wegen kleinster Kleinigkeiten vor der gesamten Kundschaft runter und setzte sich dann auch Joachim z.T. wegen kleinster Kleinigkeiten vor der gesamten Kundschaft runter und setzte sich dann auch schließlich für seine fristlose Kündigung ein.

Joachims „Zeugnis" war so gehalten, daß es für ihn unmöglich war, hiermit jemals wieder in dieser Sparte Arbeit zu bekommen. Joachim nahm sich das Leben.

Noch Wochen nach Joachims Tod stand auf der Personaltoilette – „Kiel – Mörder". Etliche Kollegen von Joachim, Wohnungsnachbarn und Genossen und Freunde aus Eimsbüttel kamen zu seiner Beerdigung.

Jährlich sollen laut amtlichen Angaben sich 13.000 Menschen in der BRD ihr Leben nehmen. Hierzu zählen all die nicht, die z.B. bewußt mit ihrem Auto in den Tod fahren etc. Ebenso all die „gescheiterten" Selbstmordversuche. Jährlich ca. 200.000 Menschen müssen wegen „seelischer Krisen" ins Krankenhaus. Und diese Zahlen steigen wie die Geschwindigkeiten der Fließbänder. Seit Bestehen der BRD gingen über eine Millionen Menschen „freiwillig" in den Tod.

„Freiwillig"?

Geht die Schwangere, die kein Kind haben möchte, oder es finanziell nicht durchbringen kann, „freiwillig" in den Tod, wenn ihr erst im vierten Monat bescheinigt wird, daß sie abtreiben darf, da sie nun aber ja im vierten Monat ist, die Frist (drei Monate) überschritten sei und sie das Kind deshalb austragen muß?

Geht der Kriegsdienstverweigerer „freiwillig" in den Tod, wenn er es mit seinen Prinzipien und Vorstellungen nicht vereinbaren kann, mit einer Waffe auf andere zu zielen, dazu aber von Faschisten wie dem oben zitierten Bendrien gezwungen wird?

Geht ein Kollege „freiwillig" in den Tod, wenn er seine Arbeitsbedingungen und die seiner Kollegen verändern will, dafür aber mit Kündigung, Arbeitslosigkeit, Verspottung von Abteilungsleitern, Personalchefs und Kapitalisten bestraft wird?

N e i n !

Der sogenannte „freiwillige" Tod, der sogenannte „Selbstmord" ist so gesellschaftsspezifisch wie der Profit der Kapitalisten. Diese Mörder machen sich ihre Finger nicht schmutzig, sind aber deswegen nicht weniger verantwortlich für den Tod unzähliger Menschen!

Genossen, vermehren wir unsere Anstrengungen –

wir wollen nicht mehr lange solchen Tod von Kollegen, Freunden und Genossen betrauern,

sondern den Tod dieses unmensch- chen Tod von Kollegen, Freunden und Genossen betrauern, sondern den Tod dieses unmensch- **lichen Systems feiern!** ■

Joachims Bruder

Wehrpflichtige:

Kein Recht auf Gesundheit



Im §17 des Soldatengesetztes heißt es, daß der Soldat alles in seinen Kräften Stehende zu tun hat, um seine Gesundheit zu erhalten oder wieder herzustellen. Als ein Kollege eines morgens den Sanitätsarzt unseres Bataillions aufsuchte, da er ziemliche Kopfschmerzen verspürte, wurde er mit den folgenden Worten abgespeist: *„wieder eine Masche, um sich zu verpissen. Das sind wohl die ersten Anzeichen davon, daß Sie eine Macke bekommen."* Der Kollege wurde nicht behandelt. Ein anderes Mal wurde ein Kollege schon aus dem Wartezimmer rausgeschmissen, weil er „lautes Reden" nicht sofort einstellte. Besonders wenn Märsche oder Geländetage anstehen, ist es meistens sinnlos, zum Arzt zu gehen. Alle sind gleich „Drückeberger".

Die Willkür der Sanitätsärzte kennt keine Grenzen.

Ein Kollege aus unserer Kompanie ging zum Arzt, weil er Magenschmerzen hatte. Der Kollege wurde zwar nicht auf seine Magenschmerzen hin behandelt, bekam aber den „dienstlichen Befehl", 25 Kilo abzunehmen. Der Kollege ist 165 cm groß und wiegt 85 Kilo. Er bekam vom Arzt die Androhung, wenn er nicht jede Woche ein Kilo abgenommen hat, bleibt er so lange im Sanitätsbereich, bis die 25 Kilo weggehungert sind. Der Arzt gab ihm dann noch eine Broschüre, wo zu lesen war, wie man so etwas macht. Der Diätplan mag ja ganz gut sein, wenn man die vorgesehene Kost einnehmen kann. Aber wie man an diese Kost herankommen soll, sagte der Arzt nicht. Sechs Mahlzeiten am Tag, mageres Fleisch, Früchte usw., und das bei der saumiserablen Bundeswehrverpflegung, die zum größten Teil aus Fett besteht, von Früchten ganz zu schweigen. Eine Woche später sollte der Kollege zum Wiegen und hatte natürlich nicht abgenommen. Der Arzt gab ihm sofort den Befehl, sich in den San-Bereich zu legen. Das war an einem Freitag, als der Kollege gerade ins Wochenende fahren wollte. Außerdem kann er mit einer Disziplinarstrafe rechnen, da er eine „Befehlsverweigerung" be-

mit einer Disziplinarstrafe rechnen, da er eine „Befehlsverweigerung" be-

gangen und „gegen das Soldatengesetz verstoßen" hat. Der Arzt wollte es tatsächlich ernst machen und den Kollegen wochenlang in den San-Bereich stecken, obwohl er sich rundum gesund fühlte.

Der Kollege tat daraufhin das einzig Richtige: er lehnte den Arzt ab und sprach ihm das Mißtrauen aus. Daraufhin wurde er zum nächsthöheren Standortarzt geschickt, der ihn weiterbehandelte. Doch abgetan ist die Sache damit noch nicht. Als erstes bekam er eine Wochenendsperre vom Kompaniechef verpaßt, da er diesen nicht über seinen Schritt, den Arzt abzulehnen, unterrichtet und um Erlaubnis gefragt hatte. Zum anderen steht noch die „Befehlsverweigerung" aus.

Hieran sieht man, daß das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit bei der Bundeswehr nicht nur eingeschränkt ist, wie es im Soldatengesetz heißt (eingeschränkt, weil der Soldat ärztliche Eingriffe in seine körperliche Unversehrtheit gegen seinen Willen dann dulden muß, wenn es sich um Maßnahmen handelt, die der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten dienen), sondern fast aufgehoben ist.

Aber das sind wir ja von der Bundeswehr schon gewohnt, daß sie sich nicht nur einen Dreck um die Gesundheit der Soldaten schert, sondern auch um deren Leben. Die unzähligen Toten zeugen bei jedem Manöver immer und immer wieder davon, daß ein Menschenleben bei der Bundeswehr nichts zählt. Ja, die Toten sind schon regelrecht mit eingeplant. ■

Ein Genosse beim Bund

Ein Genosse beim Bund

Wie weit geht die Sorge um das „ungeborene Leben"?

In Amerika sind die beiden Beruhigungsmittel „Librium" und „Valium" in den Verdacht geraten, Hasenscharten und andere Gesichtsmißbildungen bei Kindern hervorrufen zu können, wenn sie in den ersten Monaten der Schwangerschaft von der Frau eingenommen werden. Diese Warnung wurde eindringlich von amerikanischen Forschern ausgesprochen („Hamburger Abendblatt", 24.10.75).

Dennoch erklärte eine Sprecherin der Abteilung für Arzneimittelforschung im Bundesgesundheitsamt: *„Für ein generelles Einahmeverbot bei Schwangeren reichen die bei uns vorliegenden Anhaltspunkte nicht aus."* Im gleichen Atemzug bestätigte die Gesundheitsbehörde, daß die Präparate ungeachtet der Warnungen weiter in westdeutschen Frauenkliniken verabreicht werden. Nach unseren Erfahrungen dürfte das bei den frei praktizierenden Ärzten nicht anders aussehen. Offensichtlich wartet die Behörde auf eine zweite Conterganaffäre, denn die Warnung aus Amerika war nicht die erste!

Schon im vergangenen Jahr berichtete der „Spiegel" (Nr. 52/74): *„Während von den lebendgeborenen Kindern, deren Mütter in den kritischen ersten sechs Wochen der Schwangerschaft keine Medikamente eingenommen hatten, nur 2,6 % mit sogenannten schweren Mißbildungen zur Welt kamen, ...stieg die Mißbildungsrate bei Kindern von Frauen, die in der ersten Schwangerschaftsphase Chlordiazepoxid-Medikamente* (also Librium, Anm. d. Red.) *gebraucht hatten, auf 11,4 %"!*

Die Mißachtung all dieser Warnungen zeigen, wie weit bei diesen Leuten die vielbeschworene „Sorge um das ungeborene Leben" geht. Die Sorge hat nämlich schon dort ein Ende, wo man der pharmazeutischen Industrie zu nahe treten könnte, die mit ihren Mitteln sich dick und fett verdient. Das gilt ganz besonders für die beiden erwähnten Pharmaka Librium und Valium. Diese von der Firma Hoffmann-La Roche hergestellten Medikamente machen die Hälfte des Weltumsatzes an sogenannten Beruhigungsmitteln aus und wurden von Börsenfachleuten mit Begeisterung als die gewinnversprechendsten aller von der pharmazeutischen Industrie bisher überhaupt erzeugten Produkte bezeichnet. Sie dürften La Roche bereits über 2 Milliarden Dollar Umsatz eingebracht haben, seit sie 1960 bzw. 1963 auf den Markt kamen. Kein Wunder, denn die Schweizer Firma gab selbst zu, *„daß z.B. das Rohprodukt Valium bei einem Verkaufspreis von 4.870 Dollar pro Kilo den Hersteller Roche nur 35 Dollar pro Kilo kostet. Das bedeutet einen 140fach teureren Verkaufspreis. Selbst wenn Roche das Rohmaterial zu Tabletten verarbeitet, verpackt und bedruckt, bleiben die Kosten unter 200 Dollar je Kilo, also weniger als 4 Prozent des Verkaufspreises."* (Ch. Levinson: Valium zum Beispiel; in rororo aktuell). Aber in dieses Geschäft sollte man ihnen wohl lieber nicht reinreden, selbst wenn es mißgebildete Kinder und unglückliche Familien zur Folge hat; anders können wir die verantwortungslose Haltung des Bundesgesundheitsministeriums nicht verstehen. ■

Krankenhauszelle Altona,
KB/Gruppe Hamburg

„Was schert mich die Gesundheit der Patienten – Hauptsache die Kasse stimmt!"

So dachte offensichtlich auch der Arzt Dr. Braun-Mutillet. Er unterhielt in Hamburg und auch in Schleswig-Holstein mehrere „biologische Intensivinstitute". Da auch ein Arzt nicht an mehreren Stellen gleichzeitig arbeiten kann, ließ er in seiner Hamburger Praxis seine Patienten von einer halbseitig gelähmten Frau behandeln, die nicht einmal eine medizinische Ausbildung besaß. („Hamburger Abendblatt", 4.10.75) An den Rollstuhl gebunden, konnte diese Frau nur stehenden Patienten Spritzen verabreichen. Eine Patientin, die diesen Praktiken nicht so ganz gewachsen war, fiel in Ohnmacht und bereut ihren Arztbesuch jetzt mit einer Gehirnerschütterung im Eilbecker Krankenhaus. Eine andere Patientin wandte sich empört an die Ärztekammer in Hamburg und das Gesundheitsamt schloß das misteriöse „Intensivinstitut".

Und die Konsequenz?

Selbst das „Hamburger Abendblatt" schrieb dazu, daß *„Dr. Braun-Mutillet nur möglicherweise mit einem Berufgerichtsverfahren rechnen muß, daß zum Entzug seiner Niederlassungserlaubnis führen kann".* D.h., daß dieser Mann möglicherweise wieder auf die Bevölkerung losgelassen wird!

Ein ganz besonders krasser Fall? Nein. Im sog. „Sicherstellungsparagraphen" der Reichsversicherungsordnung hat der Staat 1955 schließlich die Sicherstellung der medizinischen Versorgung allein den Kassenärzten übertragen. Dieses Gesetz entbindet die niedergelassenen Ärzte von jeglicher staatlichen Kontrolle und schafft damit eine Situation, die dem Geschäft mit der Krankheit Tür und Tor öffnet. Nicht umsonst gehören die Kassenärzte zu den Spitzenverdienern in der BRD. Kontrolliert werden diese Ärzte nur von ihrer eigenen Standesorganisation und eine Krähe hackt ja bekanntlich der anderen kein Auge aus!

Wie diese „Kontrolle" dann aussieht und in welcher Weise sie Anwendung findet, beschreiben folgende Beispiele: *„600 DM, nicht mehr, kostete einen fränkischen Arzt die Weigerung, einem Kassenpatienten den notwendigen Überweisungsschein fürs Krankenhaus auszustellen, weil der Patient seiner Meinung nach nur an Grippe litt, und nicht an Kinderlähmung – an der er starb. Lediglich 300 DM Geldbuße und einen Verweis handelte sich ein anderer fränkischer Kassenarzt ein, der bei Urlaubsantritt seinem Schwiegervater, einem Korrektor in Ruhe, mehr als 100 blanko unterschriebene Rezepte mit der Weisung hinterlassen hatte, auf Wunsch nachfragender Patienten einfach einzusetzen, was auf der jeweiligen Karteikarte vermerkt sei".* („Das Geschäft mit der Krankheit", „Spiegel" Nr. 13, 1972)

Im Kapitalismus sind kranke Menschen eines der besten Geschäfte, und das Geschäft mit der Krankheit blüht, wie man sieht! ■

Krankenhauszelle St. Georg/Altona
KB / Gruppe Hamburg

Gibt es ein L e b e n vor dem Tod?

Zur Situation in Altenheimen und Psychiatrischen Kliniken

Eine Reihe von Skandalen haben in der letzten Zeit die Aufmerksamkeit auf die Praktiken in den Altenheimen, den psychiatrischen Kliniken und auf die Einweisungsmethoden der Behörden gelenkt. Als *„eine Verkettung unglücklicher Umstände"* („Welt", 1.10.) bezeichnete Hamburgs „Sozial"senator Weiß die achtwöchige Gefangenhaltung der 82jährigen Melanie Graebner in einem Pflegeheim und die Versteigerung ihrer Wohnungseinrichtung. Zehntausende in der BRD leben unter solchen „unglücklichen Umständen" – ohne Hoffnung auf eine Änderung.

Immer mehr alte Menschen werden in Altenheime oder psychiatrischen Kliniken eingewiesen. Die Gründe dafür liegen in der ungeheuren Verschärfung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation:

Während die Renten nach den Plänen der Regierung ab 1977 nach dem Zuwachs der Nettoverdienste errechnet werden, also noch weiter gesenkt werden sollen, steigen die Lebenshaltungskosten immer weiter. Bei durchschnittlich 425 DM Rente müssen 21% davon allein für Miete, 40% gar nur für Lebensmittel ausgegeben werden („Hamburger Abendblatt", 12.8.75). Es wird immer schwerer, als Rentner einen eigenen Haushalt zu führen, ohne auf Sozialhilfe angewiesen zu sein.

Auf der anderen Seite wächst die Isolation der alten Menschen. Viele können z.B. aufgrund der kleinen Wohnungen nicht mehr bei ihren Kindern wohnen. Die umsatzfördernde Ideologie der Jugendlichkeit macht aus ihhen gesellschaftlich Unnütze, die ihre Rolle für das Kapital ausgespielt haben – oft auch körperlich ausgepumpt. Die menschenfeindliche Stadtsanierung der Großstädte sorgt dann noch dafür, daß sie nicht einmal mehr in ihrer vertrauten Umwelt leben können, sondern an den Stadtrand „umgesetzt" werden.

Kein Wunder, daß unter solchen Umständen die Alten- und Pflegeheime überfüllt sind. Kein Wunder, daß jedes Jahr 200.000 psychisch Kranke eingeliefert werden (Tagesschau, 25.11.75), darunter viele alte Menschen.

Die Heimwirklichkeit

Die Heimwirklichkeit

Was sie in vielen Heimen erwartet, kann man sich kaum vorstellen: *„Seit ich in Groß Borstel* (ein städtisches Alten- und Pflegeheim in Hamburg) *bin, wurden die Patienten einmal gebadet, die Wände in ihren Zimmern einmal gereinigt, die Schränke einmal ausgewischt, die Betten einmal gesäubert, der Baderaum einmal gründlich geputzt – in sechs Monaten. Praktisch wird ihnen weniger Achtung und Fürsorge entgegengebracht als Tieren im Zoo"* – so ein ehemaliger Sozialpraktikant zu den Zuständen dort („Hamburger Morgenpost", 24.10.73). Dazu der zuständige Regierungsdirektor Winckelmann: *„Junge Leute treten ihr Praktikum mit hohen Idealen an, die in der Praxis oft schwer durchführbar sind"* ...

Personalabbau und Stellenstopp trifft besonders die staatlichen Heime, in denen die Alten nur noch bis zu ihrem Tod verwaltet werden.

In privaten Heimen – Ausbeutung ohne Grenzen

In den privaten Heimen ist die Situation oft noch schlimmer. Gewissenlose Geldgeier, die ohne jede nachgewiesene Qualifikation bis Anfang des Jahres ein Altenheim aufmachen konnten, bringen die Menschen um ihre letzten Ersparnisse und behandeln sie wie Vieh.

In Hamburg/Rellingen läuft z.Zt. ein Strafverfahren gegen den Leiter eines privaten Heimes, Waldemar Wanka, wegen Freiheitsberaubung. **Im Keller des Heimes (Unterbringungskosten 1.140 DM im Monat!!) fand sich ein Sondertrakt mit einer acht Quadratmeter großen, vergitterten Zelle und eine verschlossene „Isolier-Abteilung", in der fünf Heiminsassen zwischen 69 und 83 Jahren „lebten".**

„Wenn alte Leute nachts umherirrten, mußten sie auf Anweisung von Wanka in ihren Betten festgeschnallt werden. Den Arzt habe ich nur gesehen, wenn jemand gestorben war", berichtet eine ehemalige Stationshilfe („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 12.11.). Ein Bewohner sei sogar in der Zelle gestorben.

CDU-Mitglied Wanka, der seit 16 Jahren drei „Spezialpflegeheime für chronische Erkrankungen und Altersleiden" mit 93 Plätzen besitzt und der immer noch frei herumläuft: *„Das alles geschieht im Interesse der betroffenen Patienten und aller anderen Heimbewohner. Es handelt sich hier ausschließlich um Leute, die sonst dummes Zeug machen oder weglaufen würden"* („HA", 3.11.75).

Es ist nur als zynisch zu bezeichnen, wenn Hamburgs Sozialsenator vor der Bürgerschaft erklärte: *„Der Rückweg aus einem Pflegeheim ist niemandem versperrt"*
senator vor der Bürgerschaft erklärte: *„Der Rückweg aus einem Pflegeheim ist niemandem versperrt"*
(„HA", 9.10.75).

Die Untersuchungskommission stellte bei Wanka des weiteren „mittelschwere" Verstöße fest, *„nach denen normalerweise kein Hahn kräht"* („FAZ", 12.11.75) (die meisten Hausbewohner ohne Haustürschlüssel, keine Rufanlagen für bettlägrige Patienten, unzureichender Nachtdienst usw.). Selbst der Vorsitzende des Sozialausschusses in Pinneberg meinte, *„jene Behörden, die mit der Aufsicht über private Alters- und Pflegeheime betraut seien, hätten sich im Laufe der Jahre zu sehr an die vielfach vorhandenen Mißstände gewöhnt und seien bei den Kontrollen zu nachlässig geworden"* („FAZ", 12.11.75).

Schuld nur bei den Behörden? Für Stellenabbau, Streichen der Mittel und die herrschenden Gesetze, die solche Zustände tolerieren, sind die bürgerlichen Politiker aller Parteien verantwortlich! Zudem ist es ja gerade der Kapitalismus, der hier nicht seine Auswüchse, sondern sein „normales" Gesicht zeigt.

Daß dieser „Fall" in der Tat keine Einzelerscheinung ist, läßt sich schon daran ablesen, daß ein Typ wie Wanka Vorsitzender des „Fachverbandes deutscher Pflegeheime" ist!



Psychisch Kranke in einer Heilanstalt: Eingesperrt wie Tiere im Käfig.

Besonders krass ist die Situation bei den alters- und psychisch Kranken

Nach einem Bericht des Bundesgesundheitsministeriums vom November 1973 werden psychisch Kranke oder Behinderte mit *„Triebtätern, Süchtigen, Alterskranken und unheilbar Schwachsinnigen"* zusammen in überfüllten Anstalten untergebracht. Eigene Möblierung, selbst eigene
Süchtigen, Alterskranken und unheilbar Schwachsinnigen" zusammen in überfüllten Anstalten untergebracht. Eigene Möblierung, selbst eigene
Kleidung ist verboten. Die Entlohnung für Arbeiten sind nicht mal ein Taschengeld.

Allein im Rheinland sind 18 Häuser psychiatrischer Anstalten mit 1.347 Betten abbruchreif, die Landeskrankenhäuser zu 35% überbelegt. Zehn Prozent der Patienten leben in Sälen mit mehr als 20 Betten („FAZ", 1.11.73).

Im psychiatrischen Krankenhaus Düsseldorf-Grafenberg – im letzten Jahrhundert für 300 Betten gebaut – liegen heute 1.500 Patienten. Selbst der Chefarzt bescheinigt dem unter Denkmalschutz stehenden Gebäude (!) „terroristische Wirkung", da es als „Irrenanstalt" mit optimalen Bewachungsmöglichkeiten gebaut wurde („Welt", 8.8.72).

Hier werden psychisch Kranke gemacht. Besonders alte Leute sind davon betroffen. Sie werden, wenn sie unbequem sind und nicht mehr im Produktionsprozeß gebraucht werden, ihrer Existenz beraubt und eingesperrt. In einer Untersuchung in Nordrhein-Westfalen wurde festgestellt, daß jeder zweite Patient über 65 in den geschlossenen Abteilungen der Landeskrankenhäuser so gesund ist, daß seine Unterbringung in einer solchen Anstalt *„sachlich nicht gerechtfertigt"* sei („FR", 6.11.73).

Als Ursache fand die Untersuchungsgruppe: *„Immer mehr Ärzte und Richter setzen eine Verwirrtheit mit Gemeingefährlichkeit gleich, obwohl es sich bei der Mehrzahl der Betroffenen lediglich um pflegebedürftige* (!!) *alte Menschen handelt ... 75% der alten Insassen der Landeskrankenhäuser waren zwangsweise* (!) *dorthin gebracht worden"* („FR", 6.11.75).

Hier wird deutlich, daß nicht
der Landeskrankenhäuser waren zwangsweise (!) *dorthin gebracht worden"* („FR", 6.11.75).

Hier wird deutlich, daß nicht
widrige Umstände, sondern gezieltes Handeln von Gerichten und Behörden die Menschen in die Heime bringt und so für „Endlösungen" sorgen.

Einmal in ein Heim eingewiesen, gibt es kaum noch eine Chance, dem zu entrinnen.

Die Auflösung des Haushalts der 82-jährigen Melanie Graeber, die gegen ihren Willen für Wochen in ein staatliches Alten- und Pflegeheim in Hamburg gesperrt worden war, ist kein Einzelfall: Drei weitere Fälle sind inzwischen bekannt geworden. Hier löste nicht die Behörde, sondern ein Rechtsanwalt als „Vermögenspfleger" eingewiesener alter Menschen ihre Wohnungen auf und nahm ihnen somit auch jede Möglichkeit einer späteren Wiedereingliederung in die Gesellschaft!

Dieser Anwalt, der insgesamt 60 Vermögen alter Leute verwaltet, wurde übrigens immer vom gleichen Richter eingesetzt, obwohl gegen ihn schon der Verdacht unkorrekter Abrechnungen vorlag („Bild", 12.11.75). Zufall?

Zufall ist es, wenn jemand aus Pflegeheim oder gar Psychiatrischer Anstalt wieder entlassen wird. Wer einmal als „geisteskrank" galt, ist davon den Rest des Lebens gezeichnet.

Helene Kudwien wurde 13 Jahre in Ochsenzoll als „geisteskrank" gegen ihren Willen festgehalten. Nur dem intensivsten Einsatz eines Amateur-Juristen war es zu verdanken, daß sie wieder raus kam.

Obwohl heute offensichtlich ist, daß sie niemals geistesgestört, d.h. nie irreversibel schwachsinnig, gewesen sein kann, verlor sie einen Prozeß, in dem die Behörde die Aussage, H. Kudwin sei geisteskrank, widerrufen sollte („HA", 14.11.75).

Fraglich ist es jetzt auch, ob sie eine Entschädigung bekommt!

Heimleiter und Behörden arbeiten gut zusammen, auf Bestechungsbasis!

Bei dem „Geschäft mit dem Alter" – viele Leute müssen einige Tausender „Einstandsgebühr" bezahlen – ist auch die Korruption nicht weit; einer der Gründe, warum die Mißstände nicht einmal gründlich untersucht werden.

In Altötting/Oberbayern lebten die Bewohner eines Pflegeheims in *„total verdreckten und mit Ungeziefer verseuchten Räumen"* („Süddeutsche Zeitung", 2.11.75). Zum anderen wurden sie mißhandelt. Ein Toter wurde im Bettuch eingewickelt in einer Garage gefunden.

Fünf Ersatzdienstleistende legten die skandalösen Zustände offen. Es stellte sich dabei heraus, daß der Leiter des Altöttinger Gesundheitsamtes, Richard Mayr, als *„beratender*
die skandalösen Zustände offen. Es stellte sich dabei heraus, daß der Leiter des Altöttinger Gesundheitsamtes, Richard Mayr, als *„beratender*
und koordinierender Anstaltsarzt seit dem 1.1.73 ein Honorar von 30.000 DM im Jahr erhalten" hat („FAZ", 31.10.74).

Konsequenz in unserem Rechtsstaat: Die Ersatzdienstleistenden sind zwischenzeitlich an einen anderen Ort versetzt worden („FR", 23.10.74). ■

Bezirkszelle St. Pauli
KB/Gruppe Hamburg

Kreiskrankenhaus Pinneberg:

„Modellfall für alle anderen Krankenhäuser"

Eine vollständige Überwachung sämtlicher Arbeitsgänge steht den Kollegen des Pinneberger Krankenhauses möglicherweise ab 1. Dezember dieses Jahres bevor: ein „Zeiterfassungsgerät" (Kostenpunkt: 480.000 Mark) in den einzelnen Abteilungen und Stationen soll die Arbeiten und Wege der Beschäftigten überwachen. Sie werden beim Verlassen oder Betreten z.B. des Labors, der Röntgenabteilung oder des Operationssaales in eine Stechuhr ihre Lochkarten stecken müssen, die dann von einem Computer ausgewertet wird.

Hiermit will die Krankenhausleitung zu einer systematischen Erfassung aller Arbeitszeiten der Beschäftigten kommen, um zu sehen, wer „überflüssig" ist und „eingespart" werden kann. Das heißt Steigerung der Arbeitshetze, Verschlechterung des Arbeitsklimas und Entlassungen!

Es gilt, der Entwicklung im Krankenhaus Pinneberg ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken, denn *„es geht hier um einen Modellfall für alle* (!) *anderen Krankenhäuser in der Bundesrepublik"* (Krankenhausverwaltungschef Richter, im „Hamburger Abendblatt" vom 28.10.1975),

„Personelle Überbesetzung..."

Die Grundlage für diese „Spar"-maßnahme bilden die „Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen", die im Auftrage des „Sozial"ministeriums in allen fünf Kreiskrankenhäusern durchgeführt worden sind.

Schleswig-Holsteins „Sozial"minister Clausen (CDU) erklärte, diese Prüfungen seien ein *„wirkungsvolles Instrument im Kampf gegen die Kostenexplosion. Die meisten Beanstandungen habe es im Personalbereich gegeben, der den überragenden Anteil an den Gesamtkosten habe. Häufig seien personelle Überbesetzungen festgestellt worden"* („Pinneberger Tageblatt" vom 6.9.1975).

Auf einer Personalversammlung im Pinneberger Krankenhaus am 29.10.1975 führte der Leiter des Amtes für Krankenhauswesen, H.P. Richter (CDU), aus, daß in den Krankenhäusern des Kreises Pinneberg 82 (!) Arbeitskräfte zuviel beschäftigt seien. Dies – obwohl schon jetzt die Kollegen derartig viele Überstunden machen, daß neues Personal eingestellt werden müßte!

– Es gibt nicht genügend qualifizierte Nachtschwestern,
– die Ärzte der gynäkologischen Station leisten mehr als 50 (fünfzig!) Überstunden wöchentlich!! Dies hat als Hintergrund die Schliessung der gynäkologischen-geburtshilflichen Station im Kreiskrankenhaus Uetersen und die Übernahme dieser Patienten vornehmlich in Pinneberg.

Dennoch sind angeblich zuviel Ärzte im Haus! In den anderen Bereichen sieht es auch nicht besser aus.

Heftiger Protest der Kolleginnen und Kollegen!

Als das ganze Ausmaß dieser Rationalisierungsmaßnahmen bekannt wurde, erklärten die Ärzte des Krankenhauses, daß sie die Benutzung der Stechuhren verweigern werden!

Dieser Erklärung schlossen sich der Personalrat, das Pflegepersonal, die Kolleginnen und Kollegen der Röntgenabteilung und die Zivildienstleistenden an.

Auf den Personalversammlungen am 29.10. und 5.11. bekundeten die Anwesenden ihre Bereitschaft, im Interesse der Beschäftigten u n d der Patienten die Stechuhren zu boykottieren. Die Kollegenschaft machte klar, daß die Einführung der *„unmenschlichen Stopuhr"* und die damit verbundenen *„unverantwortlichen Personaleinsparungen" „den Patienten zu einer Ware werden läßt, die es mit möglichst wenig Personal und in möglichst produktiver Zeitausnutzung zu reparieren gilt"* (Erklärung der Ärzte).

Die Antwort des „Arbeitgebers"

Der „Arbeitgeber" (Kreis Pinneberg, vertreten durch H.P. Richter), machte von vornherein klar, daß er das Zeiterfassungsgerät auch g e g e n den Willen der Betroffenen einführen würde.

Darüber hinaus kündigte er mögliche „arbeitsgerichtliche Schritte" an, falls die Kolleginnen und Kollegen das Rationalisierungsgerät boykottieren wollten!

Stellung der Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsvertreter von DAG und ÖTV erklärten, daß gegen das Verhalten der Krankenhausleitung nichts unternommen werden könne! Die Kollegen erhielten keine Unterstützung von den Gewerkschaftsführern bei Streik und Boykott. Kubbe – hauptamtlicher ÖTV-Geschäftsführer des Kreisverbandes Pinneberg-Steinburg – ging sogar soweit, dem Verhalten seines „guten Bekannten H.P. Richter" (!!) Verständnis entgegen zu bringen!

Wie geht's weiter?

Nach den anfänglichen Protesten will die CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag erst mal *„Ruhe in die Diskussion einkehren"* lassen („Pbg", 7.11.1975).

Vor den aktiven Kollegen steht die Aufgabe, die bestehende Empörung zu nutzen und den umfassenden Charakter der „Spar"politik aufzuzeigen, um eine stabile Abwehrfront aufbauen zu können. Aus diesem Grund treiben die fortschrittlichen Kolleginnen und Kollegen den Aufbau einer gewerkschaftlichen ÖTV-Betriebsgruppe voran. ■

KB/Gruppe Pinneberg

Für die 9,8 Mio. berufstätigen Frauen in der Bundesrepublik ist die Mark nur 70 Pfennig wert

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Weg mit den „Leichtlohngruppen"!

„Bist du eine Frau, eine Arbeiterin, bist du für uns nur 2/3 wert. Nicht, daß wir dich als Mensch verachten, nein, nein, nein. Es gibt ja auch seit 1955 keine Frauenlohngruppen mehr. Siehst du! Heute gibt es eben Leichtlohngruppen und das mußt du ja auch verstehen! Frauen können eben nicht so schwer heben und arbeiten, ihr Frauen habt eben nicht so viele Muskeln, dafür natürlich mehr Fingerfertigkeit und Nerven, aber diese Dinge sind eben nicht so wertvoll." So und ähnlich argumentiert das Kapital und eine Diskriminierung liege ja gar nicht vor, denn *„solange es aber sichergestellt ist, daß sowohl Frauen als auch Männer in diesen Leichtlohngruppen beschäftigt werden, fällt das Indiz für einen Verstoß gegen den Leichtlohngrundsatz fort"*. (aus „der Arbeitgeber", Nr. 11/1975)

Es geht wohl kein Weg daran vorbei, daß mit den paar männlichen Kollegen, die in „Leichtlohngruppen" eingestuft werden, in erster Linie die allseitig diskriminierten ausländischen Kollegen gemeint sind.

Es bleibt Tatsache, daß diese Arbeiterinnen und Angestellten nur 80 % des tariflich-garantierten Ecklohns erhalten! Ab 1. 1. 76 werden es 82 % statt 80 % sein. Ein „Fortschritt", den die Gewerkschaften des DGB bejubeln.

Da im Grundgesetz steht, daß niemand wegen seines Geschlechts benachteiligt werden darf und da 1955 die reinen Frauenlöhne für verfassungswidrig erklärt wurden, werden von den verschiedensten Seiten immer wieder Anstrengungen vorgespiegelt, die Lohnungleichheit abzuschaffen.

Eine dieser Scheingefechtsmethoden sind die Vielzahl von Untersuchungen, die z. B. die Parteien und extra hierfür eingesetzte Ausschüsse ständig anfertigen. Der Wert dieser Untersuchungen liegt für das Kapital und die bürgerlichen Parteien darin, daß viele Fakten zusammengetragen werden, aber keine konkreten ernsthaften Schritte unternommen werden, um die Situation zu verändern.

Hier einige Beispiele aus den verschiedenen Quellen (z. T. leicht voneinander abweichend):

- **Eine Industriearbeiterin verdiente 1974 im Durchschnitt 6,80 DM in der Stunde, ihr männlicher Kollege aber 9,55 DM (laut „Hamburger Morgenpost", 20. 3. 75).**
- **Die Arbeiterinnen in der nordrhein-westfälischen Industrie erhalten rund 64 % des Lohnes ihrer Kollegen (Statistisches Landesamt).**
- **Nur 7,8 % der Frauen hatten im März 1974 ein Nettoeinkommen von 1400 DM, immerhin aber 34,5 % der erwerbstätigen Männer (Statistisches Bundesamt).**
- **66 % der arbeitenden Frauen bringen weniger als 1000 DM im Monat mit nach Hause, gegenüber 16 % der männlichen Kollegen.**
- **Von den rund 22 Mio Arbeitern und Angestellten sind 34 % Frauen. Ihr Anteil am gesammten Lohn- und Gehaltseinkommen beträgt aber nicht etwa 34 %, sondern nur 24 % (Statistisches Bundesamt).**
- **Industriearbeiter hatten 1973 einen Durchschnitts - Brutto - Verdienst von 21 170 DM im Jahr. Arbeiterinnen aus demselben Bereich kamen auf 13 848 DM.**

Dieses sind nur einige Zahlen aus den neuesten Untersuchungen über die Löhne. Festzustellen bleibt, daß die arbeitenden Frauen nur etwa 60 bis 80 % des Lohnes ihrer Kollegen bekommen. Wobei der Verdienst der männlichen Arbeiter sowieso schon viel zu gering liegt.

Ganz konkret ergibt sich bei einer Berechnung dieser Untersuchung **vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden**, daß Frauen im Schnitt ca. 6000 DM im Jahr weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen.

Nun spart der Unternehmer bei dieser minderwertigen Entlohnung nicht nur die Lohndifferenz, die er einem männlichen Arbeiter bezahlen müßte, sondern er spart auch bei der Abgabe bei den sogenannten Arbeitgeberanteilen (diese richten sich nach der Höhe des Lohnes). Auf Grund ihres niedrigen Lohnes erhalten die Frauen auch erhebliche Minderleistungen in der Krankenkassenversicherung, der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung. Auf die Masse der ca. 10 Mio werktätigen Frauen in der BRD reißen sich die Unternehmer horrende Summen unter die Nägel, rund 60 Mrd. DM!! (nur reine Lohnsumme!)

Bereits 1966 war die Bundesregierung pro forma vom Bundesrat aufgefordert worden, diesen alle zwei Jahre über die Anwendung des Artikels 119 des EWG-Vertrags zu unterrichten.

In diesem Artikel ist ähnlich wie im Grundgesetz „gleicher Lohn für gleiche Leistung" garantiert. Jedoch ergab auch eine Untersuchung, die zum „Jahr der Frau" herausgegeben wurde (von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO), daß die arbeitenden Frauen weltweit nicht für ihre Arbeit gleich wie die männlichen Kollegen bezahlt bekommen. Diese Erhebung stützt sich auf 100 Länder, wonach Frauen überall für gleiche Arbeit weniger bezahlt bekommen (auch in den revisionistischen Ländern).

Viele schöne Worte ändern unsere Lage nicht

Bei allen diesen Fakten mutet es einfach als abgekocht an, wenn Frau Renger im Auftrag der Bundesregierung eine Frau sucht, die exemplarisch einen Prozeß gegen die Leichtlohneingruppierung führen will. Besonders übel ist es dazu noch, wenn sie sich beklagt, daß sie bislang vergeblich eine solche Leichtlohnfrau gesucht hat. Wo doch die „Fälle" (88 %) auf der Straße liegen. Leider keinen gefunden! Meint Renger! Dann gibt es wohl auch keine?!....

Wenn wir sehen, daß auch der DGB, obwohl ihm Tausende von Beschwerden und Anträgen vorliegen, scheinbar „keine mutige Kollegin" findet, daß er frohlockt, weil ab 1976 die Leichtlohngruppe auf 82 % des Ecklohnes (bisher 80 %) gesetzt wird, dann sehen wir nur zu genau, daß wir auch hier nicht viel zu gewinnen haben.

Das zeigt sich auch, wenn wir uns die gewerkschaftseigenen Betriebe ansehen, wo ebenfalls von der billigen Frauenarbeit profitiert wird. **Wie es mit der Wirklichkeit der abgeschafften Frauenlöhne aussieht, wollen wir kurz darstellen:**

1955 gab es offiziell tarifliche Abschlagklauseln, die beinhalten, daß die Frauen bis zu 25% weniger Lohn für gleiche oder vergleichbare Arbeit erhielten.

1955 ging die schwarzwälder Hilfsarbeiterin Anneliese Meier gegen diese ungleiche Behandlung vor Gericht und erreichte tatsächlich, daß die „Frauenlöhne" für „verfassungsfeindlich" erklärt wurden. Was ein solches Urteil allerdings wert ist, wenn es sich zugunsten der Werktätigen auswirken soll, erfuhren und erfahren die Frauen täglich: Zwar gibt es seitdem keine Frauenlöhne mehr, aber die Kapitalisten änderten nur den Namen und die ganze Sache blieb bestehen: Sie führten anstelle der Frauenlöhne sog. Leichtlohngruppen ein. In diese Gruppen wird eingegliedert, wer eine „körperlich leichtere Arbeit" verrichtet.

Diese Bewertung der „körperlich leichteren Arbeit" wird angesichts der mörderischen Akkordhetze, der grauenhaften Eintönigkeit des zwanzigtausendmal am Tag denselben Handgriff tun müssens, zu einer Beleidigung für jede arbeitende Frau.

Daß Akkord im wahrsten Sinne Mord ist, zeigen allein folgende Zahlen: Bei Akkordarbeiterinnen gibt es doppelt soviel Fehlgeburten wie normal und die Frauen werden so häufig Frühinvalidität („Stern", 44/1973).

Selbst wenn nicht mehr offen die Frauenarbeit unterbezahlt werden darf, die Kapitalisten haben nur die Methoden gewechselt. Heute wird die Unterbezahlung der Frau geschickt bemäntelt, z.B. indem:

- die Männer und Frauen zwar in der gleichen Lohngruppe sind, aber nur die Männer übertarifliche Zulagen erhalten. (So z.B. bei Blaupunkt Hildesheim, wo den Männern 5 % „Soziallohn" gezahlt wird. „Im Betriebsjargon heißt das zutreffender ‚Schwanzzulage' " („Stern", 44/73).
- Männer und Frauen die gleiche Arbeit machen, nur die Reihenfolge oder das Material geringfügig geändert wird. (Wie z.B. bei Opel/Bochum, wo Frauen prüfen, ob Teile für Autositze richtig genäht sind und Männer prüfen, ob sie richtig überzogen sind. Unterschied: Lohngruppe 7 für Frauen, Lohngruppe 8 für Männer.
- Männer steigen schneller auf. Bei dem Arbeitgeber Stadt Hamburg haben die Arbeiterinnen der unteren Lohngruppen keine Möglichkeiten für einen „Bewährungsaufstieg".
- Männer und Frauen haben gleichwertige Aufgaben, machen aber nicht haargenau die gleiche Arbeit: Bei Salamander in Speyer schneiden die Männer das Leder zu, die Frauen steppen die Ziernähte, die ganz genau sein müssen. Ergebnis: Frauen sind in Lohngruppe 5 bis 7, Männer in 10.

Mit vielen Tricks versuchen die Kapitalisten ihre niedrigere Bezahlung zu rechtfertigen. So argumentiert eine sog. Arbeitswissenschaftlerin, Helga Lage (die ihre „Wissenschaft" übrigens für die Arbeitgeberseite betreibt), daß die *„Frau mehr zur Passivität neigt, zum Mit-Sich-Geschehen-Lassen..."* und daß den *„Arbeiterinnen... die einförmigen, unterteilten und sich stets wiederholenden Handgriffe vollauf genügen"*.

Ach ja, wem fällt da nicht der Schlager ein: „Ich mag so gern am Fließband stehn, das fließt so schön, das fließt so schön" ...?

Außer, daß den Frauen eingeredet wird, sie seien zumindest selbst schuld, haben sich die Kapitalisten noch andere Bonbons ausgedacht: Bei Beiersorf in Hamburg z.B. gibt es zwölf (!) verschiedene Lohngruppen (statt nach dem Tarifvertrag fünf). Natürlich hört es sich zunächst einmal ganz anders an, wenn eine Arbeiterin in der Lohngruppe sechs (bei Beiersdorf DM 7,41) ist als in der tariflichen Lohngruppe zwei (DM 7,38). Der wesentliche Effekt ist damit erreicht: Die Kolleginnen wissen häufig untereinander nicht, wer wofür wieviel bekommt und warum jemand in eine der diversen Lohngruppen kommt; damit ist auf jeden Fall eine Spaltung und ein Mißtrauen untereinander vorhanden (obwohl nach Umfragen der oppositionellen Liste Alternative Frauen ohnehin in keine höhere Gruppe als Gruppe sechs (entspricht in etwa der tariflichen Lohngruppe zwei) kommen, ausgenommen natürlich Kontrolleurinnen u.ä.

Drücken Frauen den Lohn der Männer?

In jeder Krise werden wieder Stimmen laut, daß doch „in solchen Zeiten" die Kapitalisten am besten einmal „Gastarbeiter" und „Zweitverdiener" (also Frauen) entlassen sollen, bevor man die "Familienernährer" rausschmeißt.

Mit diesen Strömungen hat sich die Arbeiterbewegung seit ihrem Entstehen herumschlagen müssen. In den Anfängen, als die Frauen in die industrielle Produktion einbezogen worden waren, (nicht weil es ihnen Spaß machte, sondern weil nur durch Kinder und Frauenarbeit sich ein Arbeiterhaushalt überhaupt am Leben halten konnte) wurde diese Strömung von dem (von Lasalle gegründeten) Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein vertreten. Er forderte eine Rückkehr der Frau zur Heimarbeit, damit die Löhne der Arbeiter wieder ein „vertretbares Maß" erreichen sollten. Die Männer wurden sogar zu „Abwehrstreiks" gegen Frauenarbeit aufgefordert.

Auf dem Genfer Kongreß der I. Internationalen 1866 wurde bereits unterschieden zwischen der Frauenarbeit, die notwendig ist, um die Frauen in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß zu integrieren und damit ihre bisher ideologisch so verbrämte „weibliche Sphäre" aufzubrechen, und den kapitalistischen Produktions- und Arbeitsverhältnissen, die es insgesamt zu bekämpfen gilt.

Der Spaltung entgegenzutreten und die g e m e i n s a m e Kampffront der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die kapitalistischen Ausbeuterverhältnisse aufzubauen, ist auch heute im Kampf um die Abschaffung der Leichtlohngruppen eine unserer wesentlichen Aufgaben.

Das Beispiel der Pierburger Kolleginnen, die es durch ihren harten und ausdauernden Kampf geschafft haben, die Leichtlohngruppe eins in ihrem Betrieb abzuschaffen, zeigt den richtigen Weg. ■

Arbeitsgruppe Frauen KB/Gruppe Hamburg

Frauenstreik in Island

Mehr als 90 % der Frauen Islands legten mit einem eintägigen Streik am 24. Oktober 75 das gesamte Land lahm.

Mit dieser einzigartigen Aktion protestierten sie gegen das fortdauernde Unrecht an den Frauen, gegen ihre Diskriminierung in allen Bereichen, trotz „Jahr der Frau". Denn wie in allen kapitalistischen Ländern ist es auch in Island mit der Gleichberechtigung der Frauen nicht weit her. So verdienen Isländerinnen im Büro 73% des Durchschnittslohns der Männer, werden Frauen in der Fischindustrie (wichtigster und größter Industriebereich Islands) vorwiegend in Niedriglohngruppen beschäftigt; insgesamt verdienen die Isländerinnen durchschnittlich 30 % weniger als ihre Kollegen.

Arbeiterinnen in einer isländischen Fabrik



Die „WamS" hat vom 26. 10. versuchte, auch diese Aktion über den obligaten Sex-Leisten zu ziehen, indem es in der Überschrift eines Artikels zu diesem Thema hieß: *„Protest der Frauen auch mit Sex-Entzug"*. „WamS" mußte aber nach diesem „Anreißer" zugeben, daß die Folgen des Streiks der Isländerinnen wirklich „verheerend" waren und jammerte: *„Die Frauen Islands haben dem kleinen Inselstaat schweren Schaden zugefügt."*

Die Solidarität und große Geschlossenheit der isländischen Frauen kann uns nur Vorbild sein. Sie demonstrierten ihre Bedeutung und Unentbehrlichkeit auf eindringliche Weise: Keine Zeitung erschien, der Haushalt blieb liegen, Bankgeschäft, Telefondienst, große Teile des öffentlichen Dienstes, der Verkauf in den Geschäften und vieles mehr brach zusammen.

Der erfolgreiche Verlauf dieses Streiks sowie die Durchführung einer Massenkundgebung, an der laut „Horizont" (Nr. 47/1975) 30 000 Frauen teilnahmen, sind bedeutsame Erfahrung ihrer eigenen Kraft und stellen eine wichtige Etappe im Kampf um ihre Rechte dar. ■

Arbeitsgruppe Frauen KB/Gruppe Hamburg

Die Klassenjustiz hat gesprochen

Am 21. Mai wurde das Urteil gegen die Putzfrauen von Skövde gesprochen, die wegen „Streikführung" und Arbeitsverweigerung von der Reinigungsfirma ASAB verklagt worden waren (s. AK Nr. 62 sowie Frauenbroschüre, S. 22 ff). Das Gericht verurteilte die Firma zur Zahlung von 30.000 Kronen Schadenersatz an die beiden Frauen Britt-Marie Johansson und Ragnhild Andersson, die von der Firma als „Streikführer" bezeichnet und rausgeschmissen worden waren und verfügte ihre Wiedereinstellung. Gleichzeitig jedoch bestätigte das Gericht den Rausschmiß der anderen am Streik beteiligten Frauen von Skövde. Ein halber Sieg also ... oder eine halbe Niederlage.



Demonstration in Stockholm für die streikenden Putzfrauen

Der Streik der 13 Putzfrauen von Skövde begann als Teil des landesweit geführten Kampfes der Putzfrauen gegen die Reinigungsfirma ASAB, der im November 1974 durch die Frauen von Borlänge eingeleitet worden war. Es ging um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Die Taktik von ASAB zur Bekämpfung der berechtigten Forderungen der Putzfrauen war es gewesen, Ragnhild und Britt-Marie als angebliche „Streikaufwiegler" fristlos zu entlassen, während den anderen Frauen die Weiterbeschäftigung angeboten worden war. Die anderen elf weigerten sich jedoch, Ragnhild und Britt-Marie im Stich zu lassen und streikten weiter.

Das Gerichtsverfahren war für die gesamte schwedische Arbeiterklasse sehr wichtig, weil es darum ging, ob die Unternehmer die gesetzliche Handhabe bekommen, streikende Arbeiter zu entlassen. Die ASAB-Gesellschaft und der Schwedische Arbeitgeberverband wollten in Skövde ein Exempel statuieren. „Wir wollen die Kette von Streiks brechen", meinte der Kapitalistenanwalt Trogen vor dem Arbeitsgericht anläßlich der Verhandlung Anfang April. Es ging also in diesem Prozeß nicht allein darum, die Putzfrauen in die Knie zu zwingen, sondern gleichzeitig darum, durch Gesetz die anschwellende Flut „wilder", d. h. von der Gewerkschaftsführung nicht genehmigter Streiks zu brechen.

In einem Interview mit der Zeitung „Arbetarkamp" des schwedischen Förbundet Kommunist sagt Ragnhild Andersson zum Urteil: *„Britt-Marie und ich, wir bekommen unseren Arbeitsplatz zurück, aber die anderen nicht. Die ASAB lügt, wenn sie sagt, daß alle ihren Job zurückerhalten. ASAB bietet nämlich schlechtere Arbeit an, Morgen- und Abendbeschäftigung statt Ganztagsbeschäftigung. Im Hotel Billingehus hatten wir ja einen Lohn von 17.80 Kronen im Zeitlohn erkämpft, sonst zahlt ASAB nämlich 10.60 Kronen im Akkordlohn ... das ist ein verdammt großer Unterschied. Und Zulagen gibt es auch nicht".*

Ragnhild ist jetzt krankgeschrieben, aber die Verhetzung durch die ASAB und der Druck während des langen Streiks haben sie nicht fertiggemacht. *„Wir gehen nicht an die Arbeit zurück, wenn nicht alle ihre Arbeit zurückbekommen"* ... *„Es ist gut, daß man nicht mehr als ‚Streikaufwiegler' abgestempelt werden kann. Aber sonst muß man die Sache etwas langfristiger sehen."*

Sicher ist das Urteil ein Sieg für die Frauen. Er liegt darin, daß kein Präzedenzfall geschaffen worden ist, der als Norm für zukünftige Rechtsstreitigkeiten gelten könnte und den Unternehmern das Recht gäbe, in der Anfangsphase eines Streiks Entlassungen auszusprechen. Sie können ebensowenig einfach ein paar „Aufwiegler" herauspicken, wenn nicht bewiesen werden kann (besser als im Fall Skövde), daß jemand sich auf eine Kiste gestellt und agitiert hat.

Aber wir müssen gleichzeitig feststellen, daß die anderen Putzfrauen rausgeschmissen worden sind, was bedeutet, daß die Unternehmer genau wie bisher das „Recht" auf Entlassungen haben. Sie haben jetzt das „Recht" zu entlassen, wenn der Streik einige Tage anhält und Verhandlungen aufgenommen werden.

Dazu das Arbeitsgericht: *„Die Ansicht ist unzulässig, man könne einen ungesetzlichen Konflikt weiterführen, um Verbesserungen in einer Sache durchzudrücken, die gerichtlich geklärt werden kann".* Mit anderen Worten: Der Unternehmer wendet sich bei einem Streik sofort an das Arbeitsgericht, das unverzüglich mit der Antwort kommt, sofort wieder an die Arbeit zu gehen, da die Angelegenheit ja beim Gericht ist. Wird daraufhin der Streik nicht abgebrochen, folgt der Rausschmiß.

Ein verteufeltes Urteil also: einerseits 30.000 Kronen für zwei Frauen, andererseits aber ein Angriff auf das volle Streikrecht der schwedischen Arbeiter.

Arbeitsgruppe Frauen;
Skandinavien-Kommission;
KB/Gruppe Hamburg

Frauen bei der Post

Bei der Post gibt es Abteilungen, in denen fast ausschließlich Frauen beschäftigt werden: Auskunft, Fernvermittlung, Postscheck- und Sparkassenamt, Putzfrauen usw. In diesen Abteilungen muß eine besonders schwere und aufreibende Arbeit gemacht werden, die die Post den Männern für diesen Hungerlohn, der gezahlt wird, nicht zumutet. Deutlich wurde dies zu der Zeit, als die Post noch Aushilfen einstellte: Bei der Auskunft z.B. verdiente eine Aushilfe in 1/3 der Arbeitszeit mehr als die Hälfte von dem der festangestellten Frauen.

Die stumpfsinnige, fließbandartige Arbeit in diesen Bereichen verlangt den Frauen eine hohe Belastung auf physischer und psychischer Ebene ab. Bei der Auskunft z.B. sitzen die Frauen an langen Tischreihen, an deren Ende jeweils eine Aufsichtsperson in Hör- und Sichtweite wacht. Bei Dämmerlicht und ständigem Gemurmel der Nachbarinnen müssen die Frauen in die grün erleuchteten Projektoren sehen, die die Microfilme wiedergeben. Die Arbeit besteht darin, durch kurze, festgelegte Redewendungen gewünschte Auskünfte zu erteilen. Hat der Kunde aufgelegt, wird aus einem Speichersystem gleich der nächste eingeschaltet. Wenn eine Kollegin ihren Arbeitsplatz verlassen möchte, muß sie erst die Aufsicht fragen.

Die Kolleginnen werden durch die ständig wechselnde Arbeitszeit (Früh-, Spät- und Nachtschicht) noch mehr belastet. Der Dienstplan wird für jeden einzelnen von den Vorgesetzten gemacht. Beliebtes Disziplinierungsmittel ist das Diensttauschverbot, das im Ermessen des Dienststellenleiters liegt. Die Frauen haben meist nebenbei noch Familie, die sie versorgen müssen. Daher wirkt sich die Dienstzeitverschiebung doppelt schwer aus.

Die neueingestellten jungen Kolleginnen sind durch entsprechende Werbung („Karriere bei der Bundespost") oder eine Schulklassenbesichtigung angesprochen worden. Da sie in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen, wo sie auf dem Dorf oder in der Kleinstadt wohnen, kaum Arbeitsmöglichkeiten entsprechend ihres Mittelschulabschlusses finden, sehen sie hier eine Möglichkeit, in der Großstadt schnell „volles Gehalt" zu bekommen.

Sie erhalten einen drei Monate dauernden Ausbildungslehrgang statt einer Berufsausbildung und sind damit entweder an die Post gekettet, oder in anderen Betrieben ungelernte Arbeiterinnen. Die Berufsperspektive von diesen Frauen sieht so aus, daß sie entweder diesen Job ihr Leben lang machen oder Beamte werden, was zunächst einmal eine Lohneinbuße von bis zu 200,–DM mit sich bringt.

Da die meisten dieser jungen Kolleginnen ihren elterlichen Wohnsitz auf dem Lande aufgeben müssen, sind sie gezwungen, in ein Mädchenwohnheim der Post zu ziehen. Dort herrschen noch patriarchalische Zustände, was Heimordnung und Bewegungsfreiheit (keine Männerbesuche, zu einer bestimmten Zeit zu „Hause" sein usw.) betrifft.

Die Vertragsgrundlage ist einzig die Unterschrift der Jugendlichen und der Eltern unter die Heimordnung als Anlage zum Arbeitsvertrag. Bei „schwerwiegender" Übertretung der Heimordnung wird mit Wohnkündigung gedroht und oft auch durchgeführt.

Diese Beispiele zeigen, daß die Post bzw. der Staat für die Frauen ausgefeilte Unterdrückungsmethoden entwickelt hat, die aber besser verschleiert sind als in Betrieben der „freien Wirtschaft".

Eine Erzieherin und ein Postler
KB/Gruppe Hamburg



Vorsicht: Post hört mit

Aber nach innen, wo sie selbst ändern kann und was nichts kosten würde, tut die Post nichts, um die Beschäftigten der Fernmeldeauskunftsstellen von unnötigen Belastungen zu befreien. Im Gegenteil, sie trägt selbst dazu bei, Mißtrauen zu säen und Aggressionen zu wecken. Seit Jahr und Tag beschweren sich die Kolleginnen darüber, daß sie unbemerkt und hinterlistig abgehört und überwacht werden. Aber nichts geschieht. Aufgrund einer „Anweisung für die Ausführung von Beobachtungen" des Bundespostministeriums aus dem Jahre 1957 werden die Beschäftigten monatlich einmal ohne vorherige Ankündigung – also geheim – 30 Minuten lang überwacht, indem ihre Arbeit und Sprechtätigkeit auf Band aufgenommen wird.

Anmerkung zum Artikel „Feministinnen im Kampf für die Befreiung der Frau?" (AK 66)

Im AK 66 wurde das Münchener „Frauenforum" kritisiert, das eine bürgerliche, antikommunistische und arbeiterfeindliche Politik vertritt.

In dem Artikel wurde, ohne Wissen der Verfasserin, nachträglich bei der Korrektur von einem anderen Mitglied der Frauengruppe eine Ergänzung vorgenommen. Und zwar handelt es sich um den Satz: **„Dem ‚Frauenforum' und dem Feminismus keinen Fußbreit".** Die Genossin hatte ursprünglich nur geschrieben: *„Dem Frauenforum keinen Fußbreit".*

Die Genossin argumentierte demgegenüber so, daß der Ausdruck „...keinen Fußbreit" von uns sonst nur in Verbindung mit den Faschisten angewendet werde, und daß er bedeute, *„daß wir gegen Vertreter dieser Linie bei entsprechendem Kräfteverhältnis militant vorgehen, grundsätzlich Bündnisse mit ihnen ablehnen, sie an der Propaganda hindern".* Dies sei aber auf den Feminismus insgesamt nicht anzuwenden.

Die Diskussion in der Frauengruppe hat ergeben, daß die genannte Ergänzung keineswegs in dem von der Genossin angegriffenen Sinn gemeint war. Es war nicht die Absicht, den Feminismus mit dem Faschismus auf eine Stufe zu stellen oder gar einzelne Frauengruppen mit feministischem Selbstverständnis in dieser Weise abzuqualifizieren. Die Zufügung war vielmehr im Sinne des unversöhnlichen, kompromißlosen politisch-ideologischen Kampfes gegen die bürgerliche Ideologie des Feminismus gemeint.

Versteht man die Worte „...keinen Fußbreit" allerdings im ursprünglichen Sinn der Verfasserin des Artikels, so halten wir es nicht für berechtigt, das ‚Frauenforum' mit den Faschisten gleichzusetzen. Aus dem Artikel wird zwar ersichtlich, daß die Ideologinnen des ‚Frauenforum' einen üblen Antikommunismus, bürgerliche Hetze gegen die Arbeiter und Versöhnung mit den Bourgeois-Frauen verbreiten.

Dies allein reicht aber noch nicht aus, die Gruppe glattweg mit den Faschisten auf eine Stufe zu stellen – wenn man bedenkt, daß diese auf der anderen Seite auch einen Kampf z.B. gegen das Abtreibungsverbot führt, das gerade von den Faschisten am zähesten verteidigt wird. Im übrigen sind Antikommunismus und auch Arbeiterfeindlichkeit als Strömung in vielen Frauengruppen mit feministischem Selbstverständnis anzutreffen; sie entsprechen auch vollauf der Ideologie des „konsequenten" und „radikalen" Feminismus.

Dem Feminismus in all seinen Spielarten, vor allem, wo er „radikal" arbeiterfeindlich und antikommunistisch auftritt, muß konsequent politisch-ideologisch entgegengetreten werden. Hierbei gilt es freilich sehr wohl zu differenzieren. Unter den Gruppen mit feministischem Selbstverständnis gibt es solche, in denen im Grunde sozialistische Strömungen stark vorhanden oder in der Entwicklung sind; andererseits gibt es solche, die noch vorwiegend im Interesse der Bourgeoisie funktionieren. Entsprechend dieser Differenzierung werden wir uns auch diesen Gruppen und Strömungen gegenüber unterschiedlich verhalten müssen, wobei im einen Fall die Zusammenarbeit, im anderen Fall die Auseinandersetzung im Vordergrund stehen wird. Das ‚Frauenforum' gehört sicherlich zu den Gruppen, mit denen – bei der vorherrschenden bürgerlichen Strömung – eine Zusammenarbeit nicht möglich sein wird.

Diese Stellungnahme wird von der gesamten Frauengruppe, einschließlich der Verfasserin des Artikels in AK 66, unterstützt.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Frankreich und „Dritte Welt"

Geschäfte auf eigene Rechnung

Schon seit längerer Zeit unternimmt der französische Imperialismus verstärkte Bemühungen, um seine Beziehungen zu den Ländern der „Dritten Welt", vor allem in Afrika und in der arabischen Welt zu verbessern und zu intensivieren. Dabei geht es der französischen Bourgeoisie um Absicherung ihrer Rohstoffbasis, Ausweitung des Handels, Verstärkung ihres Kapitalexports und ihres Waffenexports. Der französische Imperialismus ist bestrebt, seine Rohstoffeinführung möglichst breit zu streuen, um allzu starken Abhängigkeiten von einzelnen Ländern vorzubeugen. Er versucht daher, zu möglichst vielen Ländern „gute Beziehungen" zu unterhalten. Diese Politik wird aber noch durch einen anderen Gesichtspunkt verstärkt, nämlich durch die Rolle, die der Waffenexport für den französischen Imperialismus spielt. Durch eine systematische Politik in dieser Richtung ist der französische Imperialismus mittlerweile zum drittgrößten Waffenlieferanten (nach USA und Sowjetunion) geworden. Mit diesen Waffenexporten gleicht Frankreich einen beträchtlichen Teil seines hohen Handelsdefizits aus. Die große Bedeutung der französischen Rüstungsindustrie steht außerdem in engem Zusammenhang mit Frankreich nationalistisch ausgerichteter Politik, mit der de Gaulle Frankreich zu einer „Weltmacht" auch in militärischer Hinsicht machen wollte. Das Ziel dieser Politik war und ist nicht nur, die politisch führende Macht in der EG zu bleiben (eine Position, die Frankreich zunehmend von der BRD erfolgreich streitig gemacht worden ist), sondern sich insgesamt als „Weltmacht", als Alternative zu den „Supermächten" und als Vorkämpferin der „nationalen Unabhängigkeit" zu profilieren.

Ein wesentliches Mittel zur Stärkung seines Einflusses sind die Waffenexporte Frankreichs. Diese werden oft noch ergänzt durch „Militärberater", die natürlich auch politischen Einfluß ausüben. Außerdem ergibt sich bei Waffenexporten leicht eine Abhängigkeit, weil ständig Ersatzteile nachgeliefert werden müssen. Frankreich ist allerdings zur Zeit noch nicht in der Lage, durch diese Politik, vor allem bei den Waffenexporten, den gleichen Einfluß auszuüben wie USA und Sowjetunion. Alleine wird es das auch nicht erreichen, sondern höchstens in Gemeinsamkeit mit den anderen Imperialisten der EG.

Die Offensive in Afrika

In Afrika hat der französische Imperialismus noch einige Positionen auf Grund seiner kolonialen Vergangenheit. Andererseits ist es im Prozeß der Entkolonialisierung vorgekommen, daß einige Staaten (Guinea, Dahomey) nicht einmal mehr diplomatische Beziehungen zu Frankreich unterhielten. Der französische Imperialismus setzt sich die Aufgabe, die Beziehungen zu der ersten Gruppe von Ländern zu festigen und zu den anderen neu aufzunehmen. Bereits im September des letzten Jahres wurden Verhandlungen mit der Regierung von Dahomey aufgenommen – mit dem Ziel, ein neues Kooperationsabkommen abzuschließen, das das von 1961 (dem Jahr der Unabhängigkeit) ablösen sollte. Dieses Abkommen kam zustande.

Im Januar dieses Jahres schickte Giscard d'Estaing seinen „Minister für Zusammenarbeit", Abelin, auf Rundreise durch die Länder Afrikas, um eine „Gipfelkonferenz" der früheren französischen Kolonien zusammen mit Frankreich und eine Reihe von Direktgesprächen zwischen d'Estaing und den jeweiligen Staatsoberhäuptern vorzubereiten.

An dieser „Gipfelkonferenz" im März nahmen teil: die zentralafrikanische Republik, Senegal, Niger, Mali, Obervolta, Elfenbeinküste, Togo, Tschad, VR Kongo, Dahomey, Gabun sowie die ehemals nicht französischen Staaten Burundi, Ruanda, Mauritius und Zaire. Es fehlten lediglich Mauretanien, Madagaskar und Kamerun.

Diese Auslandsreise d'Estaings war gleichzeitig seine erste als französischer Präsident. Auf der Tagesordnung dieser Konferenz stand (neben den Problemen, die mit der Einbeziehung dieser Staaten in einen Assoziierungsvertrag der EG existieren) die besonders schwierige Situation der afrikanischen Länder auf Grund der weltweit gestiegenen Erdölpreise. Die meisten afrikanischen Länder haben kein Erdöl und sind kaum in der Lage, die gestiegenen Preise zu bezahlen, zumal ja auch die aus den imperialistischen Ländern importierten Industriewaren im Preis erheblich stärker angestiegen sind, als die Preise der von ihnen selbst exportierten Rohstoffe oder landwirtschaftlichen Produkte. Viele Rohstoffpreise sind sogar gefallen.

Dies führte vielfach dazu, daß die afrikanischen Staaten den französischen Imperialismus um finanzielle „Hilfe" und um Investitionen der französischen Industrie baten, woran diese selbst natürlich größtes Interesse hat.

Weiter ging es auf dieser Konferenz um die Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmern untereinander und mit der arabischen Welt. Die konkrete Politik zwischen den verschiedenen Ländern und Frankreich blieb in der Regel zweiseitigen Treffen vorbehalten. Das wichtigste dieser Treffen war zweifellos das zwischen Frankreich und Zaire (ehemals Kongo/Leopoldville).

Der Besuch Giscard d'Estaings in Zaire

Das konkrete Ergebnis dieses Besuchs war, was die ökonomische Zusammenarbeit betrifft:

- Die Einführung eines Nachrichtensatellitensystems für Telefon und Fernsehen;
- der verstärkte Aufbau einer Agrar- und Nahrungsmittelindustrie mit französischer „Hilfe";
- langfristige Verträge über Kupferlieferungen an Frankreich;
- die Zusage Frankreichs, sich gemeinsam mit Zaire um ein weltweites Abkommen mit allen interessierten Ländern zu bemühen, in dem der weltweite Handel mit Kupfer geregelt werden soll.

Es geht hier um etwas ähnliches, wie es beim Erdöl schon der Fall ist, nämlich daß die Rohstoffländer mit den wichtigsten Verbraucherländern (also in erster Linie den imperialistischen Ländern) direkt verhandeln. Wie wir beim Erdöl sehen können, wird dadurch an der neokolonialen Ausbeutung kaum etwas geändert.

Frankreich unterstützt im Kommuniqué in Worten das Recht der Entwicklungsländer, über ihre Rohstoffe zu verfügen; verspricht eine „gerechte, gleichberechtigte, vom gegenseitigen Vorteil geprägte Zusammenarbeit, eine ökonomische Zusammenarbeit, die in keiner Weise vom Imperialismus geprägt ist"; die Wünsche der „Entwicklungsländer" zum Weltwährungssystem werden wohlwollend beurteilt. Kurz gesagt: Frankreich verspricht, kein imperialistisches Land mehr zu sein und sucht sich Freunde durch Anbiederung.

In den offiziellen Kommuniques, die nach dem Besuch herausgegeben wurden, wird allerdings nichts darüber gesagt, worüber man auch gesprochen hat: Nämlich über Waffenlieferungen Frankreichs an Zaire zwecks Weiterleitung an die antikommunistische FNLA in Angola, die bekanntlich von Mobutu unterstützt wird und von seinem Land aus operiert.

Es ist bekannt, daß der Generalsekretär des französischen Präsidenten schon mehrere Zusammenkünfte mit FNLA-Chef Holden Roberto gehabt hat.

Auf der anderen Seite machte d'Estaing in Zaire „sensationelle" Äußerungen über Frankreichs Waffenlieferungen an Südafrika. Überraschend erklärte der französische Präsident, Frankreich werde an Südafrika keine Waffen für Heer und Luftwaffe mehr liefern. Frankreich war bisher – im Austausch gegen Eisenerz und Uran – einer der Hauptlieferanten von Waffen an das südafrikanische Rassistenregime, das auf Grund seiner Teilnahme am Bürgerkrieg in Angola momentan einen vermehrten Waffenbedarf hat.

Frankreich hatte damit demonstrativ die von der UNO beschlossenen Boykottmaßnahmen gegen Südafrika mißachtet.

Die Waffenlieferungen Frankreichs an Südafrika belasten jedoch seine Bemühungen, mit den anderen Staaten Afrikas ins Geschäft zu kommen. Was wirklich von den Ankündigungen, die Waffenlieferungen nach Südafrika auf Marinewaffen einzuschränken, zu halten ist, wird sich zeigen. Jedenfalls ist es so, daß z.B. die Lieferungen von Hubschraubern, Düsenjägern, Gewehren und Raketen – alles Waffen, die vom Rassistenregime gegen die Bevölkerung eingesetzt werden – nicht unbedingt darunter zu fallen brauchen, da jede Marine mit solchen Waffen ausgerüstet ist. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die französische Politik gegenüber Südafrika sich nicht darauf beschränkte, Waffen nach Südafrika zu liefern, sondern es auch Südafrika zu ermöglichen, leichtere Waffen selbständig herzustellen (natürlich in Fabriken, an deren Profit Frankreich beteiligt ist).

Giscard ist Fragen von Journalisten nach Konkretisierungen dieser angeblich neuen Politik ständig ausgewichen. Er gab keine klare Antwort auf die Frage, was mit den laufenden Verträgen passiert (z.B. die erst kürzlich vereinbarten Hubschrauberlieferungen) und kündigte lediglich an, daß Frankreich die Verträge „überprüfen" werde.

Die Reaktion einiger afrikanischer Staaten war entsprechend reserviert.

Es muß an dieser Stelle noch hinzugefügt werden, daß Mobutu, Präsident von Zaire, in dessen Anwesenheit d'Estaing diese Erklärungen abgab, es mit dem Boykott Südafrikas selbst nicht so genau nimmt ...

Umfang der französischen Zusammenarbeit mit Südafrika

Die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Südafrika hat (nach „Le Monde", 12.8.75) in der letzten Zeit immer mehr zugenommen. So wuchsen die südafrikanischen Importe aus Frankreich 1974 um 48,6%, während die südafrikanischen Exporte nach Frankreich um 42% wuchsen. Dabei hat Südafrika noch ein grösseres Defizit auszugleichen, was nichts anderes heißt, als daß Frankreich Südafrika in dieser Hinsicht unterstützt. Nur 2:3 beträgt das Verhältnis zwischen südafrikanischer Ausfuhr und Einfuhr. Darin sind die südafrikanischen Waffen- und Ölkäufe noch nicht enthalten. Sie werden über Gold ausgeglichen.

Frankreich ist zur Zeit der sechste Lieferant an Südafrika (nach der an der Spitze stehenden BRD, Großbritannien, USA, Japan und Italien). Dabei wächst der BRD-Anteil am schnellsten. Er beträgt mittlerweile 19%! Frankreich liefert in erster Linie Autos, Maschinen, elektrische Apparate, Chemie- und Eisenprodukte. Im Austausch dagegen bezieht Frankreich in erster Linie Uran für seine Atomwaffen und seine Kernindustrie sowie Kohle aus Transvaal für seine Elektroenergie. Intensive industrielle Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Südafrika findet statt auf dem Gebiet Telekommunikation, Pharmazie, Container, Flugzeugindustrie (Airbus) und vor allem auf dem nuklearen Sektor.

Weitere Stationen in der französischen Afrika-Politik waren Guinea und Gabun.

Guinea ist ein Land, das recht lange an der Spitze der Staaten Afrikas gestanden hat, was das Vorgehen gegenüber dem Imperialismus betrifft. Es hat Guinea-Bissao in seinem Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus unterstützt und den Kämpfern der PAIGC Unterschlupf gewährt. Guinea hat immer den imperialistischen Charakter der EG und ihrer Assoziierungsverträge gebrandmarkt. Zu diesem Land hatte Frankreich bisher keine diplomatischen Beziehungen.

Von dieser Haltung war beim Besuch des Ministerpräsidenten von Guinea, Beavogui, im Elyseepalast in Paris nicht mehr viel zu spüren, als er die französische Industrie aufforderte, sich bereit zu halten, um nach Guinea zu kommen und sich „glücklich über die französischen Bemühungen in Richtung Afrika" zeigte. Weiter sagte er, daß „nichts uns an einer starken und reifen Kooperation hindert" und überbrachte eine Botschaft von Sekou Touré, in der bekräftigt wurde, daß der Moment gekommen sei, um Schluß zu machen mit den Streitigkeiten, die nicht das Werk Guineas gewesen seien.

Auch Gabun, wo der französische Präsident seinen Urlaub verbrachte und das wegen seiner Uranvorkommen das besondere Wohlwollen Frankreichs genießt, bezeichnete „die Unterstützung durch ausländische Investoren als unerläßlich und er (Präsident Bongo) hoffe, daß die französischen Investoren davon reichlich Gebrauch machen würden".

Der Ausbau der Beziehungen zu den arabischen Staaten

Seit dem Ende des Algerienkrieges hat der französische Imperialismus trotz dieses Krieges ein recht gutes Verhältnis zu den arabischen Staaten, was er im wesentlichen dadurch erreicht hat, daß er (im Gegensatz zum westdeutschen und amerikanischen Imperialismus) die arabische Position gegenüber Israel weitgehend unterstützte und 1967 gegenüber Israel ein Waffenembargo verhängte, das sich zwar formal auch gegen Ägypten richtete, das aber trotzdem seine Mirage-Bomber mit Wissen Frankreichs über Libyen besorgte). Ein weiterer Punkt zugunsten Frankreichs ist die Abgrenzung seiner Erdölpolitik gegenüber der der USA. Trotzdem blieb für den französischen Imperialismus noch viel zu tun, um seine Positionen auszubauen und zu streuen, um nicht nur aus wenigen Ländern Öl beziehen zu müssen.

Frankreich – Saudi-Arabien

Der erste Besuch des neuen Herrschers von Saudi-Arabien, Kronprinz Fahd, galt Frankreich. Saudi-Arabien ist der Hauptlieferant von Öl für Frankreich. Da diese Öleinfuhren die französische Zahlungsbilanz ziemlich stark belasten, ist Frankreich besonders an entsprechenden Gegenprojekten interessiert. Konkret sind das: Bau eines Atomkraftwerks, einer Entsalzungsanlage für Meerwasser, Bau von Eisenbahnen, einem Fernsprechnetz und von größeren Wohnprojekten. Saudi-Arabien möchte außerdem seine totale Abhängigkeit von der Rüstungsindustrie der USA verringern und in Frankreich Waffen kaufen. Auf der anderen Seite erhält Frankreich einen Kredit über fünf Milliarden Francs. Schon im Dezember wurde ein Vertrag über die Lieferung von Waffen (Panzer und Luftabwehrraketen) für vier Milliarden Francs geschlossen. Weiter erklärte sich Saudi-Arabien bereit, das französische Secam-Farbfernsehsystem zu übernehmen.

Frankreich – Irak

Die Beziehungen Frankreichs zum Irak haben in den letzten Jahren am stärksten zugenommen. Noch Mitte der 60-er Jahre war Frankreich ein völlig untergeordneter Lieferant für den Irak, 1974 jedoch der stärkste. Allerdings ist Frankreich dieses Jahr von der BRD überholt worden, was die Konkurrenz zwischen beiden aufzeigt und beweist, welche Reserven der BRD-Imperialismus noch hat.

Die französischen Lieferungen an den Irak stiegen gegenüber dem Vorjahr um ca. 80%, wozu auch die insgesamt verstärkte Orientierung des Irak auf Westeuropa beitrug. Eine drastische Steigerung des französischen Exports war auch dringend notwendig, weil Frankreichs Defizit mit dem Irak allzu groß geworden war. Das Defizit war entstanden, da Frankreich seine Öleinfuhren aus dem Irak (1973: für 1,5 Mrd. Dollar, 1974: sieben Milliarden Dollar, 1975: acht Milliarden Dollar) ganz erheblich gesteigert hatte, so daß der Irak zum zweiten Öllieferanten Frankreichs geworden war.

Der „starke Mann" des Iraks hatte Anfang September dieses Jahres Paris besucht, nach einem Irak-Besuch Chiracs letzten Dezember. Dabei wurden längerfristige Ölverträge im Austausch mit französischen Investitionen in der Infrastruktur beschlossen (Bau von Straßen, Häfen usw.).

In ähnlicher Weise wurde bei einem offiziellen Besuch Anfang Juli eine enge Kooperation zwischen Frankreich und den Arabischen Emiraten vereinbart. Die französischen Projekte bestehen in einer „Anlage zur friedlichen Nutzung der Kernenergie", einer Meerwasserentsalzungsanlage, einem Elektrizitätswerk und einer Anlage zur Verflüssigung von Erdgas.

Frankreich – Iran

Nach einer Mitteilung des französischen Wirtschaftsministers Fourcade in Teheran Anfang Juni baut Frankreich im Iran im Austausch gegen seine Öleinfuhren neben anderen Projekten zwei Kernkraftwerke und ein Renault-Montagewerk, beteiligt sich am U-Bahn-Bau und baut zwei weitere konventionelle Kraftwerke. Auch hier stand das riesige Defizit Frankreichs bei den Verträgen Pate: Es betrug allein 1974 über zwei Milliarden Francs.

Auch zu Algerien, von wo Frankreich neben einer beträchtlichen Menge Öl riesige Mengen Erdgas bezieht (1974 für zusammen über 4,6 Mrd. Francs) hat Frankreich seinen Export 1974 auf 6,2 Mrd. Francs nahezu verdoppelt.

Frankreich – Ägypten

Auf seinem Weg in die USA besuchte der ägyptische Präsident Sadat

Forts. Seite 28

Forts. von S. 27

Frankreich und „Dritte Welt"

Geschäfte auf eigene Rechnung

Paris. Dies zeigt auf der einen Seite, daß in diesem Gebiet das entscheidende Wort die USA haben, denn sie liefern die wichtigsten Waffen und haben das Abkommen über Sinai erreicht; auf der anderen Seite zeigt es, daß der französische Imperialismus große Anstrengungen macht, um Einfluß zu gewinnen. In den 50-er Jahren hatte Frankreich eindeutig für Israel Partei ergriffen und sich 1956 zusammen mit Israel und Großbritannien an der Suez-Aggression beteiligt. Danach hatte Frankreich zunehmend eine pro-arabische Position (vor allem seit 1962, dem Ende des Algerien-Kriegs) bezogen, aber an beide Seiten Waffen geliefert. Dies änderte sich 1967, als de Gaulle gegen die kriegsführenden Parteien in Nahost ein Waffenembargo verhängte, das vor allem den arabischen Staaten nützte.

Bei seinem Besuch in Paris stellte Sadat eine „totale Übereinstimmung" fest und lud Giscard d'Estaing für Dezember nach Kairo ein. In einer Erklärung im französischen Fernsehen bekräftigte Sadat den Wunsch, „mit arabischem Kapital und europäischer Technologie" eine eigene Waffen-Industrie aufzubauen. Außerdem wünscht Sadat die Lieferung von Kampfflugzeugen und Hubschraubern sowie französische Unterstützung beim Bau von Kernkraftwerken und weiteren Rüstungsbetrieben. Zahlen über den Umfang der Lieferungen wurden noch nicht genannt. Sie werden wohl erst im Dezember bei dem französischen Gegenbesuch in Kairo festgelegt werden.

Frankreich – Israel

Was die Beziehungen Frankreich/Israel betrifft, so sind diese schon seit über einem Jahr nicht mehr so „frostig", wie sie unmittelbar nach dem Waffenembargo gewesen waren.

Frankreich hat inzwischen offiziell das Waffenembargo aufgehoben und liefert nun auch wieder Waffen an Israel, ohne daß es offenbar um sein gutes Verhältnis zu den arabischen Staaten zu fürchten hätte. Israel hat in Paris um Waffen angefragt, da es sich nicht allein auf die USA stützen will, hat aber Vorbehalte, was den Bezug von entscheidenden Waffen betrifft.

Im übrigen wurde der französische Beschluß, das Waffenembargo aufzuheben, auch von arabischer Seite stark begrüßt. Der französische Imperialismus hat dadurch seinen Manövrierspielraum vergrößert und nebenbei noch einige nicht unwichtige Geschäfte machen können.

Nebenbei bemerkt, wird die Politik des französischen Imperialismus gegenüber dem Nahen Osten auch durch die Existenz einer starken zionistischen und pro-zionistischen „Lobby" bestimmt, die von der Regierung ständig eine stärkere Orientierung auf Israel fordert und insbesondere gegen Waffenlieferungen an arabische Staaten auftritt. Oppositionsführer Mitterand – mit den Revisionisten in der „Linksunion" zusammengeschlossen – ist der wichtigste Vertreter der pro-zionistischen Strömungen.

Frankreich – Tunesien

Giscard's vorläufig jüngste Reise in Sachen „Dritte Welt" galt Tunesien, Eckpfeiler von Reaktion und Imperialismus in Nordafrika.

Tunesien unterstützt in der Auseinandersetzung um die spanisch besetzte Westsahara die Position Marokkos, das dieses Gebiet annektieren will, während Algerien die Befreiungsbewegung POLISARIO unterstützt. Tunesiens Präsident Bourguiba meinte zynisch: „*Ich verstehe nicht, warum Algerien darauf besteht, Schwierigkeiten zu schaffen, indem es die Selbstbestimmung für eine Handvoll Nomaden fordert. Meiner Meinung nach ist diese Sahara ein Teil von Marokko. Ich bin für ein Abkommen zwischen Marokko und Mauretanien über eine Teilung dieses Gebietes*" („Le Monde", 11.11.75).

Als Giscard jetzt Anfang November Tunesien besuchte, stand die Frage der Westsahara natürlich auch im Vordergrund der Gespräche. Das gemeinsame Kommuniqué fordert zwar nur in allgemeinen Redensarten „*eine gerechte und friedliche Lösung*", die „*den Frieden, die Stabilität und die gutnachbarschaftlichen Beziehungen in dieser Region garantieren*" müßte. „Le Monde" weist jedoch darauf hin, daß das Kommuniqué sich lediglich auf die Prinzipien der UN-Charta beruft, nicht jedoch auf die Resolutionen der UNO, in denen nämlich wiederholt ausdrücklich die Selbständigkeit der Westsahara gefordert wurde.

Das gemeinsame Kommuniqué spricht ansonsten von „*privilegierten Beziehungen*" mit „*beispielhaftem Charakter*" zwischen Frankreich und Tunesien, vom ihrem „*gegenseitigem Verständnis*" und dem „*gemeinsamen Wunsch*", die „*Bande der Zusammenarbeit auf allen Gebieten*" zu festigen. Für das Mittelmeer wird die „*Ähnlichkeit der Standpunkte*" hervorgehoben; für den Nahen Osten wird der Rückzug Israels von den besetzten Gebieten und „*das Recht des palästinensischen Volkes, über eine unabhängige Heimat zu verfügen*" ebenso gefordert wie „*das Recht aller Staaten der Region, im Frieden und innerhalb anerkannter und garantierter Grenzen zu leben*". Frankreich sagt zu, „*einen außerordentlichen Beitrag zur Entwicklung Tunesiens*" zu leisten und Tunesien bei den Verhandlungen über ein erweitertes Assoziierungsabkommen mit der EG zu unterstützen (Kommuniqué lt. „Le Monde", 11.11.75). ●

EG-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Französischer Imperialismus: Waffen für Reaktionäre und Rassisten

Es ist bekannt, daß der Hauptdrahtzieher hinter der FNLA und UNITA der US-Imperialismus, mittels Zaire, ist. Im US-Kongreß soll demnächst eine weitere Erhöhung der zivilen und militärischen ‚Hilfe' für Zaire abgestimmt werden.

Was den französischen Imperialismus betrifft, so hat Staatschef Giscard sich schon mindestens zweimal mit FNLA-Chef Roberto Holden getroffen. Weiter ist bekannt, daß eine französische „Militär-Experten"-Kommission sich bei der FNLA aufhält; daß zairische Soldaten, die von der MPLA gefangen genommen wurden, französische Panhard-Panzerwagen fuhren und daß Zaire bald in den „Genuß" kommen wird, seine Luftwaffe mit französischen Mirage aufzustocken.

Außerdem schickt der französische Imperialismus seltsame „Touristen" nach Angola. So hält sich ein Mitglied des französischen Geheimdienstes SDECE, Costa, schon seit längerer Zeit in Angola auf. So pendelt der faschistische französische ‚Schriftsteller' Edmond de Roux permanent zwischen UNITA-Chef Savimbi und Roberto hin und her. So befinden sich in den Reihen der FNLA und UNITA viele französische Söldner – wie Savimbi selber bestätigte („FR", 21.11.).

Auch die Truppen der portugiesischen Faschistenbande (ELP) sind mittlerweile mit französischen Waffen gerüstet („Le Monde", 7.11.75).

Die Beteiligung des französischen Imperialismus an der Bekämpfung der Befreiungsbewegungen in den ehemaligen portugiesischen Kolonien ist keineswegs neu:

– Ab 1966 bekam die portugiesische Armee Panzerwagen des Typs Panhard AML H 607 geliefert.
– Die gesamte portugiesische Kolonialarmee war mit diesen Panzerfahrzeugen ausgerüstet.
– 1971 beteiligten sich auch portugiesische Militärinstrukteure an Anti-Guerilla-Manövern der französischen Armee im Massiv Central.

Nicht nur zum portugiesischen Faschismus pflegte der französische Imperialismus gute Beziehungen, sondern auch zum rassistischen Südafrika (RSA). Eine Besonderheit in der Behandlung der RSA durch Frankreich war, daß von Anfang an dem südafrikanischen Regime nicht nur Waffen geliefert wurden, sondern ihm auch die Möglichkeit gegeben wurde, Lizenzen und Fabrikationspatente zu kaufen.

So werden bereits seit 1972 in südafrikanischen Betrieben Panhard-Panzer, AML 60- und AML 90-Panzerwagen produziert – unter französischer Lizenz. Insgesamt ist Frankreich der Hauptwaffenlieferant der RSA gewesen (die französische Regierung hat kürzlich angekündigt, der RSA keine Waffen mehr liefern zu wollen).

Im Biafra-Krieg waren Frankreich, die RSA und Portugal gemeinsam die Hauptwaffenlieferanten für den sogenannten „Befreier Biafras", Ojukwu (der in Wirklichkeit tausende Revolutionäre ermorden und foltern ließ). ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Die französischen Waffenexporte



Französische Rüstungsschau

Die französischen Waffenexporte sind in der letzten Zeit erheblich gestiegen. Frankreich hat inzwischen Großbritannien überholt und ist zum drittgrößten Waffenexporteur nach den USA und der Sowjetunion aufgerückt.

So bekam die französische Rüstungsindustrie allein im ersten Halbjahr dieses Jahres Aufträge im Gesamtwert von 10,4 Mrd. Francs aus dem Ausland (1 F = ca. 50 Pf.). 1974 betrug der Gesamtwert der ausländischen Bestellungen – 19,7 Mrd. F („Handelsblatt", 29.10.75).

1973 exportierte Frankreich „nur" für 9,5 Mrd. F.

Die Rüstungsaufträge an Frankreich schlüsseln sich wie folgt auf: 9 % aus den EG-Ländern; 2,35 % aus den USA; 2 % aus der Franc-Zone (das sind die ehemaligen Kolonien des französischen Imperialismus); 87 % aus der übrigen „Dritten Welt" und einigen Ländern Südeuropas. Dabei sind hier die Hauptkunden: Saudiarabien, Irak, Brasilien, Spanien, Griechenland und Südafrika. Reaktionäre und faschistische Länder spielen also eine dominierende Rolle im französischen Rüstungsexport.

Trotzdem ist mit über 70 Abnehmerländern der Kundenkreis sehr breit gestreut. Der Hauptexportartikel sind Mirage-Düsenjäger. Sie haben einen Anteil von 44 %, gefolgt von den AMX-Panzern (das Zubehör natürlich immer mit eingerechnet) von 29 %, Marineausrüstungen mit 11 %, elektronische Geräte mit 9 %, Rest 7 %.

Frankreich verkauft alle Waffen, die es auch selber verwendet, mit Ausnahme seiner Atom-Raketen. Die Steigerungsrate des französischen Rüstungsexports ist enorm, obwohl der französische Imperialismus das Rennen um das „Waffengeschäft des Jahrhunderts" (die Ausrüstung der NATO mit dem neuen Kampfflugzeug F-16 und nicht mit der französischen Konkorrenzmaschine Mirage F 1) verloren hat. ●

Holland: Abrüstung oder „militärische Arbeitsteilung"?

Während der letzten Tagung der NATO-Eurogruppe wurden zwischen „Verteidigungs"-Minister Leber und seinem holländischen Amtskollegen Vredeling Expertengespräche vereinbart, die Ende November in Bonn stattfinden sollen, um eine „Arbeitsteilung" zwischen der Bundeswehr und den niederländischen Streitkräften innerhalb der NATO zu erörtern.

Das muß vor folgendem Hintergrund gesehen werden:

Ende September hatte die niederländische Regierung eine für ein NATO-Land ungewöhnliche Maßnahme beschlossen: sie kürzte den 6 Mrd.-„Verteidigungs"-Etat um 250 Mio Gulden. Ab 1. Januar '76 sollte außerdem eine Staffel von 15 veralteten Marine-Aufklärungsflugzeugen und ein Raketenkreuzer ersatzlos außer Dienst gestellt werden.

Nach unseren Informationen wurden die Maßnahmen auf NATO-Druck hin mittlerweile wieder rückgängig gemacht!

PvdA-Linke gegen NATO

Daß es überhaupt zu derartigen Beschlüssen kam, ist sicherlich nicht als Auftakt einer konsequenten Abrüstungspolitik der Niederlande zu sehen. Gerade Vredeling, Mitglied der sozialdemokratischen Regierungspartei PvdA, hat schließlich schon zu den verschiedensten Anlässen seine „Bündnistreue" bewiesen:

– So ist unter Vredelings Amtsführung die demokratische Soldatenbewegung in den Streitkräften zunehmenden Repressionen ausgesetzt.
– So setzte er sich über den einstimmigen Beschluß seiner eigenen Partei hinweg, die auf einem Kongreß im April d.J. die Anschaffung des US-Kampfflugzeuges F-16 als Nachfolger für den veralteten „Starfighter" abgelehnt hatte mit der Begründung, diese hochgerüstete Maschine würde einen „*unerwünschten Beitrag zum Wettrüsten in Europa*" leisten. Vredeling erreichte, daß die Regierung der Anschaffung der F-16 zustimmte (2,3 Mrd. Gulden Gesamtkosten).
– Auf dem gleichen Parteikongreß forderten starke Kräfte den Austritt Hollands aus der NATO, „*da diese nicht dem Schutz der Demokratie, sondern vielmehr dem Schutz des Kapitalismus und der Bekämpfung des Sozialismus diene.*"! (PvdA-Sektion Amsterdam).

Neben Ministerpräsident den Uyl und Außenminister van der Stoel gehörte Vredeling zu den entschiedensten Gegnern dieses Antrages. Demagogisch und schein-„fortschrittlich" wendete er ein, die Niederlande müßten „*ein lästiges und kritisches NATO-Mitglied bleiben, um diese als ein Mittel zur Entspannung nutzen zu können*".

Hier konnte sich allerdings der Parteivorstand nur teilweise durchsetzen: gegen seinen Willen beschloß der Kongreß mit großer Mehrheit eine Resolution, in der die holländische Mitgliedschaft an die Bedingung geknüpft wird, die NATO müsse „*innerhalb der nächsten drei Jahre einen wesentlichen Beitrag zur Ost-West-Entspannung leisten*", ansonsten müsse das Land die NATO verlassen.

Ist dieser Beschluß auch irreführend und im Kern demagogisch (ein aggressives Militärbündnis als „Entspannungsinstrument"), außerdem für die offizielle Regierungspolitik in keiner Weise verbindlich (siehe Ignorierung des Anti-F16-Beschlusses), so beweist er doch, daß auch innerhalb der Regierungspartei eine ernstzunehmende Opposition gegen die NATO besteht – im Gegensatz etwa zur SPD in der BRD.

Änderung der niederländischen „Verteidigungs"-Konzeption

Die jetzt anstehenden Gespräche über eine „Arbeitsteilung" innerhalb der NATO deuten darauf hin, daß nach der Verhinderung der Rüstungskürzungen nunmehr die verstärkte ‚Integration' der Niederlande in die NATO angestrebt wird. Geplant ist, daß die Niederlande ihren Rüstungsschwerpunkt auf die Marine verlegen sollen, während die Bundeswehr Aufgaben des holländischen Heeres und der Luftwaffe mit übernimmt.

Als erste Schritte dazu wurden genannt der Bau von 18 statt bisher 12 geplanten neuen Fregatten für die niederländische Marine, dafür könnte die Bundesmarine sechs veraltete Schiffe ersatzlos außer Dienst stellen. Im „Gegenzug" könnte dann möglicherweise die in Norddeutschland stationierte holländische Panzerbrigade abgezogen werden (die durch die vorgesehene Stationierung von US-Kampftruppen im Raum Bremerhaven-Bremen ohnehin an Bedeutung verliert).

Eine derartige Umstellung würde gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: zum einen wäre sie möglich ohne eine wesentliche Erhöhung der Rüstungskosten, was dem Widerstand der NATO-Gegner Rechnung trägt, zum anderen bedeutet sie eine verstärkte Einbeziehung der holländischen Streitkräfte in den NATO-Verbund, was schon im Ansatz ein mögliches „Ausscheren" der Niederlande aus dem Bündnis verhindern soll. ●

Holland-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

Auf dem Weg zu einer ‚neuen Weltwirtschaftsordnung'? (Teil III)

Erpressung mit dem Erdöl?

Nachdem 1973 die erdölexportierenden Staaten, die in der OPEC (Organisation of the Petroleum Exporting Countries) zusammengeschlossen sind, die Preise für das Erdöl erheblich erhöhten und Verstaatlichungen der großen Ölkonzerne durchführten, wurde in der gesamten kapitalistischen Welt eine großangelegte Hetze gegen diese Staaten inszeniert. Insbesondere die seit 1968 in der OAPEC zusammengeschlossenen arabischen Förderländer waren Ziel der Imperialisten.

Zentraler Punkt dieser Kampagne der bürgerlichen Politiker und ihrer Nachbeter in Presse und Rundfunk war die Lüge von der „Erpressung durch die Araber". In den Massenmedien wurde der baldige „Untergang des Abendlandes", der „Zusammenbruch der westlichen Zivilisation" durch einige „Kameltreiber" usw. beschworen.

Aus den gerechten Maßnahmen der Ölstaaten gegenüber den Imperialisten, die Souveränität über ihre Bodenschätze zu erlangen, sollte eine Maßnahme gegen die gesamte Bevölkerung aller imperialistischen Länder suggeriert werden. Heute, zwei Jahre später, ist das imperialistische System immer noch nicht zusammengebrochen, obwohl die Imperialisten auch weiterhin vom Erdöl aus den arabischen Staaten abhängig sind.

Wir wollen im nachfolgenden Artikel anhand einiger neuer Fakten nachweisen, daß die angebliche „Erpressung durch die OPEC-Staaten" schon immer eine Propagandalüge der Imperialisten war und daß sich gerade in jüngster Zeit das Verhältnis zwischen den erdölexportierenden Staaten und den Imperialisten weiter zuungunsten der Ölstaaten entwickelt hat. Das „Ölkartell" der OPEC-Länder war keinesfalls, trotz erheblicher Preissteigerungen für Öl in der Lage, dieses Verhältnis grundlegend zu ändern. Immer deutlicher wird vielmehr, daß die alten Abhängigkeitsverhältnisse weiter fortbestehen.

Tatsächlich konnten die Erdölländer durch die Inbesitznahme ihrer Naturressourcen, die jahrzehntelang nur im Besitz ausländischer Ölkonzerne waren, und durch die Erhöhung des Verkaufspreises an die internationalen Ölkonzerne, ihre Position gegenüber den imperialistischen Staaten vorübergehend verbessern. Trotz der in ihrem Boden lagernden Reichtümern hatten die meisten Staaten erstmalig ab 1973 überhaupt ihre bisher negative Zahlungsbilanz nicht nur ausgeglichen, sondern konnten durch die sogenannten „Petro-Dollars" (Einnahmen aus dem Ölexport, die heute generell in Dollar gerechnet werden) hohe Zahlungsbilanzüberschüsse verzeichnen.

1974 beliefen sich die Devisenüberschüsse aller OPEC-Länder (also nicht nur der arabischen Staaten) auf ca 55 Mrd. US-Dollar („FAZ", 27.1.75). Andere Quellen geben hier Summen von rund 65 Mrd. Dollar an (Vereinigte Wirtschaftsdienste, 24. 10.75).

Für die Imperialisten war allein diese Tatsache Grund genug, vor einer angeblich drohenden *„Machtübernahme"* („FAZ", 10.1.75) der kapitalistischen Industrien durch „die Araber" zu warnen. Der „Spiegel" berechnete, daß die arabischen Staaten genug Einnahmen hätten, *„um sämtliche börsennotierten Firmen Westdeutschlands aufzukaufen"* (51/74).

Die hier unter dem altbekannten Schlagwort des „Ausverkaufs und der Überfremdung" („Spiegel", 51/74) betriebene chauvinistische Hetze (man denke hier nur einmal an die Nazi-Propaganda von der „Überfremdung" der deutschen Industrie durch jüdisches Kapital!), diente lediglich den Imperialisten zur reaktionären Verhetzung der Bevölkerung. Denn tatsächlich wurde von ihnen unter dem Begriff „Recycling" die Rückschleusung der Ölmilliarden, *„wobei natürlich ein beherrschender Einfluß auf große deutsche Unternehmen auszuschließen ist"*, begrüßt. Tatsächlich ist es den arabischen Finanziers, die sich in imperialistischen Ländern an großen Konzernen beteiligten, in keinem einzigen Fall gelungen, Einfluß auf die Geschäftspolitik dieser Unternehmen zu gewinnen. Die Vorteile dieser Rückschleusung der Petro-Dollars lagen ganz allein auf Seiten der Imperialisten. In einer Artikelserie in der „FAZ" werden von einem Finanzexperten insbesondere drei Punkte hervorgehoben: *„1. Die für die Beteiligungen gezahlten Kapitalien könnten zur Stärkung der Finanzkraft deutscher Unternehmen oder zu deren weiterer Modernisierung verwendet werden."* Mit anderen Worten: Durch die durchaus willkommenen Investitionen der arabischen Staaten in kapitalistischen Konzernen wird deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt gesteigert. Die angelegten „Petro-Dollars" verwandeln sich in Kapital, das der weiteren Expansion der imperialistischen Monopole dient. Diese Monopole bleiben aber auch weiterhin **allein** dem bestimmenden Einfluß der Imperialisten unterworfen, während den arabischen Finanziers lediglich Dividenden als Rendite für ihre Kapitalanlagen gezahlt werden. *„2. Bei einer gewissen (!) Beteiligung würden sich die Ölländer sicher hüten, eine unsere Wirtschaft schädigende Ölpolitik zu betreiben, weil sie sich damit selbst schaden würden. 3. Ebenso ist anzunehmen, daß die Ölländer bei ihrem stark wachsenden Einfuhrbedarf künftig bei der Auftragsvergabe so weit wie möglich solche Unternehmen bevorzugen, bei denen sie irgendwie engagiert sind"* („FAZ", 10.1.75).


OPEC-Konferenz in Algier

An diesen drei von den Imperialisten angegebenen „Vorteilen" bei arabischen Kapitalanlagen in imperialistischen Staaten wird das besondere Interesse der Imperialisten an einer stärkeren Verflechtung der arabischen Staaten mit den imperialistischen Ländern und ihren Konzernen deutlich. Diese von den Imperialisten angestrebte und in vielen Fällen schon geschaffene „Verflechtung" findet jedoch nicht zwischen „gleichberechtigten Partnern", die sich auf dem Kapitalmarkt gegenübertreten, statt. Es sind allein die Imperialisten, die bestimmen, ob, wo, in welchem Umfang und zu welchen Bedingungen die „Petro-Dollars" in den imperialistischen Ländern angelegt werden.

Ohnehin sind in allen kapitalistischen Ländern wichtige strategische Konzerne, wie z.B. die der Grundstoff- oder Rüstungsindustrie, von arabischen Kapitalanlagen generell ausgeschlossen. Die arabischen Länder dürfen in einigen Fällen die „Finanzspritzen" geben – die Imperialisten stellen (in Grenzen) die Anlagemöglichkeiten, das technische „Know-How" zur Verfügung und behalten sich weiterhin allein die Geschäftspolitik der Konzerne vor. Neben diesem „finanziellen Aspekt" der arabischen Kapitalanlagen besteht der Sinn der angestrebten Verflechtung vor allem darin, die alten Abhängigkeitsverhältnisse auf einer höheren Stufe erneut aufzubauen und sogar noch davon zu profitieren.

Durch diese „Verflechtung" werden die kapitalanlegenden arabischen Finanziers, seien es nun Staaten oder Privatkapitalisten, noch stärker als in der Vergangenheit selbst und unmittelbar an der Erhaltung des imperialistischen Systems auch gerade in ihren Ländern interessiert.

Nicht zu Unrecht warnte in diesem Zusammenhang der libysche Ministerpräsident Ghadafi die übrigen OPEC-Staaten davor, sich durch diese Anlagenpolitik *„in eine noch größere Abhängigkeit der Industrieländer als vorher zu begeben"* („FAZ", 10.1.75).

Die Situation der OPEC verschlechtert sich

Gegenüber dem letzten Jahr hat sich jetzt auch die bisher relativ gute Zahlungsbilanzsituation der OPEC-Staaten wieder verschlechtert – für die Imperialisten ein Grund zum Frohlocken.

Wurden die Devisenüberschüsse, die 1974 zwischen 55 bis 65 Mrd. Dollar lagen, noch zu Anfang des Jahres für 1975 auf ca. 50 Mrd. Dollar veranschlagt, so ist im Verlauf des Jahres auch diese Rechnung korrigiert worden. Tatsächlich liegen sie heute weitaus niedriger – und einige OPEC-Staaten befinden sich heute bereits wieder im Bereich der Defizite. Wie das US-Finanzinstitut „Morgan Guaranty Trust Co." meldet, wird der Zahlungsbilanzüberschuß dieser Staaten auf das gesamte Jahr berechnet nur noch 36 Mrd. Dollar betragen. Gegenüber 1974 stellt das einen Rückgang um fast die Hälfte dar! Für 1976 wird mit einem weiteren Rückgang der Devisenbestände der OPEC-Staaten gerechnet. *„Neun OPEC-Länder weisen bereits ein Zahlungsbilanzdefizit aus laufender Rechnung auf oder werden 1978 oder 1979 in diese Situation kommen. Nennenswerte laufende Zahlungsbilanzüberschüsse werden im nächsten Jahrzehnt laut Morgan nur die vier Länder der arabischen Halbinsel (Saudi-Arabien, Kuwait, Quatar und die Vereinigten Arabischen Emirate) aufweisen"* ("Vereinigte Wirtschaftsdienste", 24.10.75). Gerade von diesen vier genannten Ländern ist am allerwenigsten zu erwarten, daß sie diese Überschüsse im Sinne einer antiimperialistischen Politik einsetzen werden. Bereits zu Anfang des Jahres wurde vom Morgan-Institut darauf hingewiesen, daß die Überschüsse *„noch vor Ende dieses Jahrzehnts wieder völlig verschwunden sein"* werden („FAZ", 27.1.75).

Für Algerien wird bereits in diesem Jahr wieder ein Defizit in der Zahlungsbilanz erwartet, für die Ölländer Venezuela und den Iran spätestens ab 1978 bzw. 1979. Diese Staaten gelangen damit wieder in eine vor allem finanzielle Abhängigkeit von den Imperialisten.

Für diese Entwicklung sind hauptsächlich zwei Faktoren verantwortlich: Zum einen ist das der gesteigerte Import der OPEC-Staaten aus den imperialistischen Ländern bei einer gleichzeitigen starken inflationären Preisentwicklung von Industrieerzeugnissen. Zum anderen liegt das an dem z.T. drastischen Nachfragerückgang in den imperialistischen Ländern nach Erdöl infolge von Energiesparmaßnahmen und der Entwicklung alternativer Energiequellen (Kernkraftwerke) und der weltweiten kapitalistischen Krise.

Der Import wurde von den OPEC-Staaten 1974 gegenüber dem vorherigen Jahr um rund 75% oder um mehr als 20 Mrd. Dollar gesteigert. Für 1975 wird eine weitere Steigerung gegenüber dem Vorjahr um zwei Drittel erwartet („Vereinigte Wirtschaftsdienste", 24.10.75).

Die starke Abnahme der Devisenüberschüsse der Ölländer ist dabei zu einem sehr großen Teil auf die von den kapitalistischen Konzernen hervorgerufene hohe Inflation für Industrieerzeugnisse zurückzuführen. Im Verhältnis zu diesen Preisen ist die Kaufkraft des „Ölgeldes" *„seit der großen Erhöhung vor zwei Jahren wieder um 30 bis 35 Prozent gesunken"* („FAZ", 22.9.75). Das bedeutet letztlich nichts anderes, als daß ein Drittel der Einnahmen der OPEC-Staaten wertloses Papiergeld sind.

Diese Preissteigerungen wurden von den Imperialisten durchgesetzt, obwohl die OPEC bis September dieses Jahres – wie selbst die „FAZ" zugeben muß – gut ein Jahr lang keine Preissteigerungen für Erdöl einführte. Ganz im Gegenteil wurde in den meisten Fällen das Erdöl an die großen Konzerne unterhalb des offiziellen Listenpreises verkauft.

OPEC muß Ölproduktion drosseln

Ein weiterer Faktor, der für die Abnahme der Devisenbestände verantwortlich ist, besteht in den *„Öleinsparungen der Industrieländer und der überquellenden (!) Vorratstanks in der westlichen Welt, die zu Preissenkungen führen können, zu denen sich die Erdölförderländer wohl werden entschließen müssen ... Substitutsenergie* (aus anderen Energiequellen – d.Red.) *ist im Vormarsch"* („Blick durch die Wirtschaft", 28.4.75).

Tatsächlich mußte die Erdölproduktion bereits im ersten Halbjahr 1975 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 14% gedrosselt werden. *„Saudi-Arabien büßte 19 Prozent ein, der Iran zwölf Prozent, Kuwait förderte 25 Prozent weniger, Libyen sogar minus 41 Prozent"* („Die Zeit", 19.9.75). Nur der Irak konnte im selben Zeitraum seine Förderung, offensichtlich durch Verkäufe an die Sowjetunion, um 14 Prozent steigern. Andere Quellen schätzen den Nachfrageeinbruch der OPEC sogar auf (!) 30 Prozent („SZ", 25.9.75). Für 1975 wird von den wichtigsten kapitalistischen Staaten mit einem Rückgang der Erdöleinfuhr gegenüber 1973 um 6% gerechnet. Hätten sich die vor 1973 bestehenden Einfuhrsteigerungen fortgesetzt, wären 1975 rund 23% mehr (!) Erdölprodukte als 1973 eingeführt worden („SZ",29.9.75).

Innerhalb der EG wurde im ersten Vierteljahr rund 20% (!) weniger Erdöl verbraucht als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. England sparte 21% ein, Frankreich 20,4% und die Niederlande 15% („iwd",24.7.75). Allerdings dürfte auch hier ein größerer Anteil der Energienachfrage auf die Auswirkungen der kapitalistischen Krise zurückzuführen sein.

Der Nachfragerückgang hat dazu geführt, daß die einzelnen OPEC-Staaten trotz bestehender offizieller Listenpreise ihr Erdöl billiger verkaufen mußten. *„Es ist ein offenes Geheimnis, daß Rohöl seit Monaten*

Fortsetzung Seite 30

FORTSETZUNG VON SEITE 29

dank seines Überflusses weit (!!!) unter dem offiziellen Listenpreis gehandelt wird" („SZ", 30.9.75).

Verdient haben hieran allein die Erdölkonzerne, die diese Preisdifferenz als Extraprofite einsacken konnten. Auf den Märkten der kapitalistischen Länder haben sich nämlich die Mineralölprodukte um keinen Pfennig verbilligt.

Imperialistische Gegenmaßnahmen

Am 18. November 1974 wurde auf Initiative der sogenannten „Zwölfergruppe" (EG ohne Frankreich, Norwegen, Japan, Kanada und USA) in Paris die Internationale Energieagentur (IEA), im Rahmen der OECD (eine internationale Organisation 24 kapitalistischer Staaten) gegründet. Direktor der IEA ist Ulf Lantzke (BRD). Gegenwärtig arbeiten in der IEA 16 kapitalistische Staaten mit; als wesentlichste imperialistische Länder fehlen nur Frankreich und Australien, die aber beide die Arbeit der Agentur unterstützen. Obwohl die IEA im Rahmen der OECD, deren einzelne Beschlüsse für die Mitgliedsstaaten unverbindlich sind, gegründet wurde, sind ihre mit Stimmenmehrheit gefaßten Beschlüsse für die einzelnen Mitglieder verbindlich und müssen eingehalten werden. Hierin unterscheidet sich die IEA von allen anderen im Rahmen der OECD gegründeten Organisationen der kapitalistischen Staaten.

Die Stimmengewichte selbst sind innerhalb der IEA unterschiedlich verteilt; die USA besitzen mehr als ein Drittel, gefolgt von Japan und der BRD. Für die Stimmenmehrheit sind 60% aller Stimmen sowie die Stimmen von mindestens acht Mitgliedsländern notwendig. Allein die USA, Japan, BRD und England stellen über 60% aller vorhandenen Stimmen (nach Schwarz, Hrsg., Handbuch der deutschen Außenpolitik, S. 444 f.).

Aufgabe der IEA ist es, die verschiedenen Maßnahmen der Imperialisten gegen die erdölproduzierenden Staaten zu koordinieren, um hier zu einem einheitlichen Vorgehen zu gelangen. Dies wird noch durch die Verbindlichkeit der mit Mehrheit beschlossenen Maßnahmen besonders unterstrichen. Die IEA ist damit zu einem Instrument der stärksten und aggressivsten imperialistischen Staaten geworden. Als erstes Ziel der Agentur wird versucht, die Erdölimporte der einzelnen Mitgliedsstaaten zu senken und mindestens auf den Stand von 1973 zu reduzieren. Immerhin ist es ihr hier bereits gelungen, eine Verminderung der täglichen Importe um 2 Mio. Faß durchzusetzen (Allerdings darf hierbei nicht vergessen werden, daß ein größerer Teil dieser Einschränkung auch auf den durch die weltweite Krise hervorgerufenen geringeren Energieverbrauch zurückzuführen ist.)

Für die beiden kommenden Jahre ist geplant, die Erdölimporte gegenüber 1973 um acht bzw. sechs Prozent zu reduzieren. Weiter wurde von der IEA allen Mitgliedsstaaten ein Notstandsprogramm auferlegt, das vorsieht, die Erdölvorräte ab 1976 von bisher 60 Verbrauchstage auf 70 zu erweitern.

Verstärkt in Angriff genommen wird die Ausarbeitung weiterer nationaler Sparprogramme und die Entwicklung alternativer Energiequellen. Bei allen Maßnahmen arbeitet die IEA engstens mit den Erdölkonzernen zusammen.

Jüngst wurde von ihr ein langfristiges Energieprogramm den Regierungen zugeleitet, daß weitere nationale Energiesparmaßnahmen, die Modernisierung bestehender Anlagen zur Energiegewinnung und die Entwicklung neuer Energiequellen vorsieht. Dieses Programm wird voraussichtlich noch in diesem Jahr auf einer gemeinsamen Sitzung aller Mitgliedsstaaten beraten werden.

Trotz der bisher relativ umfangreichen Aktivitäten dieser imperialistischen Agentur, wird darauf hingewiesen, daß erst jetzt die IEA voll „arbeitsfähig" sei. Das erste Jahr ist „*im wesentlichen zum Ausbau der internen Organisation, zur Beschaffung der nötigen Unterlagen, zur Erschließung eines regelmäßigen Informationsflusses, zur Prüfung verschiedener Aspekte der Energiepolitik sowie zu ähnlichen vorbereitenden Arbeiten verwendet worden. Die Energieagentur ist somit zu einem e i n s a t z b e r e i t e n I n s t r u m e n t ausgebaut worden*" („NZZ", 22.11.75; Hervorhebg. im Original).

Eine weitere Maßnahme der Imperialisten zur Koordinierung ihrer Energiepolitik gegenüber den OPEC-Staaten ist die im Januar dieses Jahres beschlossene Gründung eines „Solidaritätsfonds". Diesem Fond, der auf einen Vorschlag Kissingers zurückgeht, können alle 24 Mitgliedsstaaten der kapitalistischen OECD beitreten. Aus diesem Fond, der zunächst aus 25 Mrd. Dollar (!) besteht, werden alle Mitglieder unterstützt, die bei ihrer Energiepolitik in finanzielle Schwierigkeiten (Defizite aus den Öleinfuhren) gekommen sind. „*Dazu gehören auch die Erhöhung ihrer Energieproduktion und die Energieeinsparung.*" Mittel aus diesem Fond können von einem Mitgliedsland allerdings erst dann in Anspruch genommen werden, wenn „*die eigenen Reserven erschöpft und alle anderen Finanzkanäle verstopft sind. Die Zahlungsbilanz muß zudem einen beträchtlichen Passivsaldo ausweisen.*" Hilfen werden nur dann gewährt, wenn die Fondsteilnehmer mit Zweidrittel-Mehrheit zustimmen. Die Stimmenzahl der einzelnen Teilnehmer selbst richtet sich nach ihren Einzahlungsquoten. Die BRD verfügt über ca. 12,5% der Stimmen, zusammen mit den USA über rund ein Drittel. Besonders aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß jede Kreditnahme eines Mitgliedslandes aus dem Fond „*mit wirtschaftspolitischen Aufgaben gekoppelt*" ist. Das bedeutet, daß diesem Land sofort bestimmte, nicht nur den Bereich der Energiepolitik betreffend, Auflagen gemacht werden. Durch ihre Stimmenmehrheit können hier die großen imperialistischen Staaten den kleineren Staaten, die Defizite haben, wirtschaftspolitische Vorschriften machen (nach „Welt", 18.1.75).

Die oben beschriebenen Maßnahmen der Imperialisten sind Ausdruck der imperialistischen „Solidarität" gegenüber den erdölproduzierenden Staaten, die den Imperialisten zumindest die absolute Verfügbarkeit über ihre Bodenschätze abgetrotzt haben. Im „Solidaritätsfond" und der IEA zeigt sich das gemeinsame Interesse a l l e r Imperialisten an einer gesicherten und billigen Energiezufuhr und zwar zu den Bedingungen der Imperialisten. Beide Organisationen sind Instrumente der imperialistischen Staaten, um gegenüber den OPEC-Ländern eine einheitliche Ölpolitik zu formulieren und durchzusetzen. In diesem Zusammenhang sind die beschlossenen Schritte, wie die Durchsetzung eines für alle Mitgliedsstaaten verbindlichen Energie-Sparprogramms u.ä. Maßnahmen zu sehen.

Sie dienen dazu, die Position der Imperialisten gegenüber den erdölproduzierenden Staaten zu stärken. Daneben haben Organisationen wie IEA und „Solidaritätsfond" aber auch noch einen anderen wichtigen Aspekt. Sie sollen überhaupt erst ein einheitliches Vorgehen aller Imperialisten gegenüber den Erdölländern ermöglichen.

Denn insgesamt sieht sich der Imperialismus heute vor die Situation gestellt, daß die einzelnden Staaten in einem verschiedenen Grade von Erdöleinfuhren aus den OPEC-Staaten abhängig sind und aufgrund ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen Stärke in unterschiedlichem Maße in der Lage sind, die erhöhten Preise für die Erdöleinfuhren zu tragen. In der Konsequenz birgt das für die Imperialisten die Gefahr in sich, daß einzelne schwächere Staaten auf verschiedene Forderungen der Erdölländer und anderer Staaten der „Dritten Welt" eingehen und damit ein geschlossenes und einheitliches Vorgehen des Imperialismus insgesamt verhindern. IEA und „Solidaritätsfond" sollen ein „Ausscheren" einzelner kapitalistischer Staaten aus diesem gemeinsamen Fond vermeiden. Es liegt dabei „in der Natur der Sache", daß diese Staaten gerade auf den Kurs der stärksten und aggressivsten imperialistischen Mächte, wie den US- und BRD-Imperialismus eingeschworen werden. „Last not least" verstärkt sich natürlich der Einfluß der imperialistischen Hauptmächte auf die kleineren und mittleren imperialistischen Länder. Dies wird deutlich durch die Abstimmungsverfahren unterstrichen, durch die sich die imperialistischen Hauptmächte direkt in die Politik anderer Staaten einmischen und ihnen bestimmte Auflagen für ihre zukünftige Politik erteilen können.

OPEC – Ein Kartell, das nicht hält, was es verspricht

„*Die erdölimportierenden Länder haben erkannt,* (daß) *ein Überangebot des flüssigen Rohstoffes auf die Preise und damit auf die Manövrierfähigkeit der OPEC-Staaten drückt. Erdöl ist zur Zeit in Hülle und Fülle vorhanden*" („FAZ", 15.10.75).

Energiesparmaßnahmen in den imperialistischen Staaten, Nachfragerückgang infolge der kapitalistischen Krise, die (zwar momentan nur langsam) gesteigerte Ersetzung des Erdöls durch andere Energiequellen, die



„Antiimperialistische Kämpfer"? – Arabische Scheichs auf einem Mercedes-Benz 600 thronend.

Abnahme der Devisenbestände der Ölstaaten, die weltweite Inflation für Industrieerzeugnisse, haben die Position der erdölproduzierenden Länder weiter geschwächt. Deutlich wurde dies auf der Tagung der OPEC im September in Wien, auf der es vor allem um eine Erhöhung des Erdölpreises ging. Obwohl für diese Tagung auch ein Beschluß der OPEC-Staaten für die Indexierung des Erdölpreises an die Preisentwicklung der Industrieerzeugnisse der imperialistischen Staaten vorgesehen war, wurde dieser Punkt von den Öllländern fallengelassen („FAZ", 29.9.75).

Auf dieser Konferenz wurde von den Staaten der OPEC als „Kompromiß" eine zehnprozentige Ölpreiserhöhung beschlossen; dieser Preis soll bis Juni 1976 konstant bleiben. Tatsächlich ist die OPEC jedoch schon heute gar nicht mehr in der Lage, diese Erhöhung auch gegenüber den imperialistischen Erdölkonzernen durchzusetzen.

Vom US-Außenminister Kissinger wurde darauf hingewiesen, daß diese Preiserhöhung ein „*auf der Mitte liegender Kompromiß*" sei („FAZ", 29.9.75). Angesichts der enormen Preissteigerungen von seiten der kapitalistischen Konzerne, die insbesondere die Importe der Ölländer der drastisch verteuerten (30 bis 35%!), ist dieser Preisbeschluß eindeutig als eine Niederlage der OPEC-Staaten zu werten.

Entsprechend wurde er auch von den Imperialisten begrüßt. Vor allem wurde von ihnen (zu Recht) in diesem Beschluß ein weiteres Anzeichen für den Zerfall des sog. „OPEC-Kartells" gesehen.

Offen wurde von den Imperialisten begrüßt, daß es „*Lücken im Preisbeschluß* (gibt). *Das läßt sich aus den Andeutungen mehrerer Delegierter* (der OPEC-Konferenz – die Red.) *herauslesen, wonach die 13 Mitgliedsländer der OPEC die Ölpreise durchaus zu m o d i f i z i e r e n in der Lage seien.... Das* (wäre) *ein Zeichen für das Zerbröckeln des Ölkartells. Das und der ganze schwierige Verlauf der Konferenz überhaupt war für die Industrieländer erhellend*" („SZ", 29.9.75). Und die „FAZ" sekundiert befriedigt zum Preisbeschluß der OPEC, daß sich „*letzten Endes doch die Vernunft durchgesetzt hat, die Rücksicht auf die marktwirtschaftlichen Gesetze* (sprich imperialistischen Interessen – die Redaktion) *nahm*" (29.9.75). Zufrieden wird in derselben Ausgabe festgestellt, daß die „*viertägige OPEC-Konferenz in Wien deutliche Risse im Gefüge des Ölkartells* (hat) *sichtbar werden lassen.*"

Für die Imperialisten ist dies das wichtigste Ergebnis der Ölkonferenz: Die OPEC, dominierend in der Versorgung der imperialistischen Staaten mit Erdöl, ist in ihrer Gesamtheit nicht bereit, diese „Waffe" auch konsequent und sei es auch nur in der Frage des Preises gegen die Imperialisten anzuwenden, geschweige denn um verschiedene politische und wirtschaftliche Forderungen der „Dritten Welt" durchzusetzen („Neue Weltwirtschaftsordnung", s. AK 68). Ein solcher Zusammenschluß verdient allerdings nicht mehr „Kartell" genannt zu werden, denn ein Kartell beinhaltet als sein wesentlichstes Ziel die Ausnutzung einer vorhandenen Machtposition um bestimmte Interessen und Forderungen durchzusetzen.

Ganz deutlich wurde dies von den Imperialisten bereits vor der endgültigen Beschlußfassung auf der Konferenz geäußert: „*Seitdem es wieder genug Öl auf dem Weltmarkt zu kaufen gibt, hat sich der Zusammenhalt der OPEC als Kartell stark* (!) *gelockert....Auf eine Konfrontation mit den Industriestaaten* (den Imperialisten – d. Red.) *will die OPEC kaum mehr hinsteuern und sie wäre dazu als Organisation kaum mehr imstande* (!)" („FAZ", 22.9.75).

Das ist neben den „objektiv" vorhandenen Faktoren für die OPEC-Länder (Nachfragerückgang, Inflation usw.) vor allem auch darauf zurückzuführen, daß die OPEC selbst nicht als ein homogener Block antiimperialistischer Staaten anzusehen ist. Die wenigsten der ihr angehörenden Staaten betreiben tatsächlich gegenüber den Imperialisten eine konsequentere Politik, um den Aufbau einer eigenen nationalen Industrie und verschiedener politischer und wirtschaftlicher Forderungen durchzusetzen.

Auf der Wiener Konferenz war der Irak „*von allen OPEC-Staaten der einzige gewesen, welcher direkt mit dem Argument eines ‚Kampfes gegen den westlichen Imperialismus' eine substantielle* (eine hohe – d. Red.) *Preiserhöhung gefordert hatte*" („FAZ", 29.9.75). Die Interessenlage der herrschenden Klassen der meisten OPEC-Staaten schließt von vornherein aus, daß das Erdöl tatsächlich von diesen Staaten als eine „Waffe" für die Durchsetzung berechtigter Forderungen der „Dritten Welt" eingesetzt wird. Es sei hier nur an die heute noch halbfeudalen Herrscher Saudi-Arabiens, des Kuwait, der Vereinigten Arabischen Emirate usw. erinnert, die innerhalb der OPEC aufgrund ihrer riesigen Ölvorkommen die größte Macht besitzen. Die „FAZ" bescheinigte denn auch dem „*Vertreter Saudi-Arabiens, wie ein Löwe* (!) *für eine maßvolle Lösung gekämpft*" zu haben (29.9.75).

Inzwischen hat das Scheichtum Kuwait nach der Wiener Preiserhöhung seinen Erdölpreis offiziell um zehn Cent pro Barrel Öl (151 Liter) gesenkt. Vom saudiarabischen Erdölminister Yamani und den Vereinigten Arabischen Emiraten ist inzwischen bekanntgegeben worden, daß sie die ursprünglich nur bis Juni 1976 laufende Preiserhöhung für Erdöl bis Ende des kommenden Jahres aufrechterhalten werden („FAZ", 12.11.75 und „Ver. Wirt.dienste", 23.10.75). Hier wird offensichtlich, daß von einer „Erpressung" der kapitalistischen Industrieländer durch die OPEC-Staaten keine Rede sein kann, sondern sich im Gegenteil die Imperialisten in allen wesentlichen Fragen weiter gegen die Ölländer durchgesetzt haben und die alten Abhängigkeitsverhältnisse auf einer neuen Stufe aufrechterhalten. ●

Wirtschafts-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

CIA: Geheimdienst – Morddienst!



Vom CIA entwickelte Giftpistole.

In der „Die Bunte" (v. 30.10.75) war zu erfahren, welch wahnwitzige Erfindungen der amerikanische Morddienst CIA entwickelt hat.

Nebst diversen Waffen, Giftsorten und Gasen, hat der CIA eine Giftpistole besonderer Art auf Lager. Diese Pistole ist auf 80 Meter zielgenau, fast lautlos und verschießt winzige Pfeile von der Stärke eines Haares. Die Pfeile sind im Körper des Opfers kaum zu finden und das Gift, das sie enthalten, ist im Blut nicht nachweisbar.

Für die eigenen Agenten hat der CIA übrigens Selbstmordtabletten entwickelt – der mit Abstand intelligenteste Einfall des CIA. ●

Ein AK-Leser

USA

Finanziers des Watergate-Einbruchs wieder in Amt und Würden!

Von den 21 Kapitalisten, die aufgrund ihrer Machenschaften während der Präsidentschaftswahlen 1973 von ihren Vorstandsposten zurücktreten mußten, sind die meisten wieder klammheimlich in die Kreise des Großkapitals zurückgekehrt. Sie hatten damals massiv mit Schmiergeldern in den Wahlkampf eingegriffen und u.a. den Watergate-Einbruch (bzw. Nixon) finanziert.

Nicht genug damit, daß dieses Pack frei herumläuft (lediglich zwei von ihnen gingen für ein paar Monate in den Prominenten-Knast), zählen sie inzwischen auch wieder zu den Großverdienern. Hierzu einige Beispiele:

- Harding Lawrence, Vorsitzender der Braniff International Corp. – Jahresgehalt: 335.000 Dollar;
- Orin Atkins, Vorsitzender der Ashland Oil Inc. – Jahresgehalt: 314.000 Dollar;
- der „Pensionär" Russel Deyoung, ehemals Vorsitzender der Goodyear Tire and Rubber Co., inzwischen wieder Leiter zweier wichtiger Ausschüsse und Berater, erhielt 1974 360.000 Dollar; außerdem bezieht er eine Jahrespension von 144.000 Dollar; sein Aktienpaket bei Goodyear 3,6 Mio. Dollar.

(Informationen nach „ED", 3.10.75)

Angesichts dieser Summen wirken die damals verhängten Geld„strafen" von 1.000 – 2.000 Dollar geradezu lächerlich.

Andererseits wurden Soldaten, die sich weigerten, in Vietnam ihren Kopf für die Imperialisten hinzuhalten, mit Freiheitsstrafen bis zu 25 (!) Jahren bestraft.

Hier wird einmal mehr deutlich, auf welcher Seite das Recht im Kapitalismus steht. ●

MBB-Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

Der „Fall" Merex
Geheimdienst und „Illegaler" Waffenhandel

Vor dem Bonner Landgericht lief kürzlich ein Prozeß gegen die Waffenhandelsfirma MEREX. Der MEREX-Kapitalist, Gerhard Georg Mertins (Ritterkreuzträger und ehemaliger Fallschirmjägermajor), sowie einige seiner Mitarbeiter waren wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetz angeklagt.

Es handelt sich hierbei um mehrere „illegale" Waffenverkäufe an das Ausland, die alle 'nach Aussage Mertins' „**im Einverständnis mit dem Bundesnachrichtendienst und Ministerien des Bundes sowie sonstiger Dienststellen eingeleitet und durchgeführt wurden**" („Spiegel", 18.11.).

Damit ist einmal mehr bestätigt worden, daß westdeutsche Rüstungsfirmen und Waffenhändler in engstem Zusammenwirken mit „staatlichen Stellen" wie Geheimdiensten und Kriegsministerium sich munter an der Aufrüstung verschiedener Staaten in der „3.Welt" beteiligen. Wirtschaftliche und politische Interessen des BRD-Imperialismus insgesamt wie der einzelnen beteiligten Firmen stehen bei diesem profitträchtigen Geschäft im Vordergrund.

Die Geschäft der Firma Merex

In den Jahren 1965 bis 1967 hat die Hamburger Waffenfirma Merex mehrere illegale Waffenverschiebungen ins Ausland gemanagt. Es handelt sich um Waffen aus Bundeswehrbeständen (!), die in sog. „Krisengebiete" verschoben wurden. Im einzelnen ging es in dem Prozeß gegen die Firma um acht Aufträge, die sicherlich nur die Spitze des Eisbergs darstellten:

- Um die Lieferung von Geschützen, Raketen, Maschinengewehren, Minen, Panzerfäusten und anderen Waffen laut Vertrag vom 27.7.65 im Wert von 4,44 Mio. US-Dollar nach Saudi-Arabien.
- Um die Lieferung von Infanterie-Munition für 60.000 US-Dollar laut Vertrag vom 28.7.65 nach Saudi-Arabien.
- Um einen Vertrag vom 29.9.65 mit Indien, worin die Lieferung von 28 Kampfflugzeugen vom Typ „Seahawk" und Zubehör im Wert von 3,5 Mio. DM vereinbart wurde.
- Um die Lieferung von sieben Flugzeugzellen, neunzehn Strahlturbinen, 107 Bordkanonen und Zubehör für 750.000 DM nach Indien, Vertrag vom 2.9.65.
- Gleichzeitig lieferte die Firma auch nach Pakistan, das zu dieser Zeit gerade mit Indien im Grenzkonflikt stand. Dorthin ging Munition verschiedener Kaliber für 7,62 Mio. US-Dollar (Vertrag vom 22.10.65), sowie 89 Kampfflugzeuge vom Typ F 86 Sabre VI nebst Zubehör für 10 Mio. Dollar (Vertrag vom 24.11.65). Im Jahre 1966 lieferte "Merex" noch Munition für 286.000 Dollar.
- Ferner schloß die Firma am 1.9.66 einen Vertrag mit Saudi-Arabien über die Lieferung von Munition, Ersatzteilen für Panzerfäuste und anderes Kriegsmaterial im Wert von 365.000 Dollar (nach „FAZ", 21.11.75).

Diese Waffenlieferungen wurden unter strengster Geheimhaltung durchgeführt. Umgangen wurde das Kriegswaffenexportverbot, das in den Außenhandelsgesetzen verankert ist. Nach diesem Gesetz sind Waffenausfuhren in „Spannungsgebiete" grundsätzlich verboten und in allen anderen Fällen von der Genehmigung des „Bundessicherheitsrates" (Minister, Vertreter der westdeutschen Geheimdienste unter Vorsitz des Bundeskanzlers) abhängig. Das Gericht legte den Angeklagten zur Last, diesen „Ausschuß" bewußt umgangen zu haben.



28 dieser von der Bundesmarine ausgemusterten Düsenjäge vom Typ „Seahawk" sollen durch die Merex AG mit Wissen hoher Regierungsstellen illegalerweise nach Indien verschifft worden sein.

Die Merex-Kapitalisten täuschten bei ihrem Coup gleichzeitig noch das Finanzamt mit fingierten Rechnungen und konnten so noch weitere 4,5 Mio. DM durch Steuerhinterziehung ergaunern („SZ", 21.11.75).

Obwohl längst bekannt war, daß auch der Bundesnachrichtendienst (BND) sowie höchste Staatsbeamte der damaligen Erhard-Regierung an den Waffengeschäften beteiligt waren, wurde von der Staatsanwaltschaft nur gegen Mertins und drei seiner leitenden Angestellten Strafanzeige erstattet.

... und ihre politischen Hintermänner

Selbst die bürgerliche Presse verheimlicht heute nicht länger, daß führende Staatsbeamte bei dem „Merex-Skandal" ihre Finger im Spiel hatten. „*Dabei dürfte es sich um den früheren Chef des Bundeskanzleramtes Luger Westrick, der auch die Dienstaufsicht über den Bundesnachrichtendienst hatte, die ehemaligen Staatssekretäre R. Lahr (Auswärtiges Amt), F. Neef (Wirtschaft) und K. Gumbel (Verteidigung) sowie möglicherweise (?) auch um den früheren BND-Chef R. Gehlen handeln.*" („FR", 14.10.75). Allerdings sind diese Männer nicht allein die Hauptverantwortlichen für die Waffenschiebereien unter Umgehung der bestehenden Gesetze. Denn die Entscheidung für die Verkäufe an das Ausland fiel direkt vom damaligen Bundeskanzler Erhard (CDU).

Selbst die reaktionäre CDU-Postille „Welt" sprach dies unter Berufung auf die geheimgehaltene (!) Anklageschrift des Gerichtes aus: „*Um den sowjetischen Einfluß in der dritten Welt zu bremsen, hat die Regierung Erhard in den Jahren 1964-66 Waffen ... geliefert*" („Welt", 11.10.75).

Die „Welt" erklärt den Bruch der Gesetze durch die Bundesregierung mit „politischen Zwängen" für den BRD-Imperialismus. Die Regierung habe damals den „*gefährlichen Einfluß der UdSSR zurückdrängen*" müssen. „*Die Bundesregierung wurde von Ländern des Nahen und des Mittleren Ostens um Waffen aus den Überschußbeständen angegangen. Sie legten Moskauer Offerten für solche Waffenlieferungen vor. Um zu verhindern, daß die Länder wegen etwaiger Abhängigkeiten im militärischen Bereich auch unter politischen Einfluß der Sowjets gerieten, entschied Bonn damals, helfend einzugreifen*" (ebenda).

Mit derart herbeigesuchten „Begründungen" für die Waffenschiebereien wollen die BRD-Imperialisten tatsächlich nur ihre eigenen Bemühungen verschleiern, größeren politischen und militärischen Einfluß in der Welt zu erlangen.

Weitere Beweise für die Verantwortlichkeit und Mittäterschaft der Bundesregierung gibt es zur Genüge: **„Für streng getarnte Transporte stellte das Bundesverteidigungsministerium landeseigene Schiffahrtslinien zur Verfügung. In einem Fall sind sogar Bundeswehrpiloten eingesetzt worden, um 90 Düsenmaschinen auszufliegen. Sie hatten einen NATO-Marschbefehl in der Tasche"** („Welt", 11.10.75).

Tatsächlich dürfte die NATO nicht nur durch die Ausstellung von „Marschbefehlen" in die Waffenschiebereien verstrickt sein. Denn u.a. waren die NATO-Länder England und Italien an der Weiterleitung der westdeutschen Waffen an die Adressaten in der „3.Welt" beteiligt („FAZ", 21.11.75).

Im Merex-Prozeß stehen also letztlich nur die „ausführenden Organe" der Waffenschiebereien vor Gericht. Wie so oft in der Geschichte der bürgerlichen Klassenjustiz bleiben die wirklichen „Drahtzieher" ungeschoren und können weiter ihren Geschäften nachgehen.

Die Klassenjustiz spielt ihre Rolle

Bereits vor sechs Jahren wurde ein Verfahren der Staatsanwaltschaft gegen Merex angestrengt.

1969 stellte die Bonner Finanzbehörde Strafantrag gegen Merex wegen erwiesener Steuerhinterziehung. Spätestens zu diesem Zeitpunkt ist der Staatsanwaltschaft auch die Verwicklung staatlicher Stellen in den „Fall" bekannt.

1970 wurde dieses Verfahren dann „plötzlich" wieder eingestellt. Offensichtlich war es der Klassenjustiz damals zu „heiß".

In der Begründung für die Einstellung des Prozesses hieß es, daß die Angeklagten der Firma Merex in einem „Verbotsirrtum" handelten, also nicht gewußt hätten, daß ihr Treiben verboten ist. Da sie auf Geheiß der Bundesregierung gehandelt hätten, empfanden sie eine „*Rechtmäßigkeit ihres Tuns*" („SZ", 21.11.75). Man sieht: Die Klassenjustiz erfindet selbst die absurdesten und abstrusesten „Begründungen", um die kriminellen Akte der Bourgeoisie zu rechtfertigen. Im Oktober 1971 wurde dann das Verfahren erneut eröffnet, die Anklage wurde 1973 erhoben, um sogleich wieder von der Strafkammer des Bonner Landesgerichts wieder verworfen zu werden. Erst im November'75 kam es schließlich zum Prozeß.

Der Prozeß fand von Anfang an unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Begründung: **„Gefährdung der Sicherheitsinteressen der BRD".**

Und noch ein „Fall": Carstens

In Zusammenhang mit den Anhörungen zum Guillaume-Prozeß wurde auch bekannt, daß Karl Carstens, heute Vorsitzender der CDU, aktiv als Waffenschieber tätig war.

Carstens war während der „Großen Koalition" von SPD/CDU Staatssekretär im Bundeskanzleramt und damit zugleich oberster Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND). Laut „FAZ" – und die müßte es wissen – gab er im Frühjahr 1969 seine Zustimmung zur „Freistellung" eines leitenden BND-Agenten, damit dieser in einer Hamburger Waffenexportfirma „mitarbeiten" konnte (3.10.75)

Aber auch in den Jahren zuvor war CDU-Carstens als Waffenschmuggler nicht unaktiv: „*Akten des Bonner Landgerichts weisen aus, daß Carstens schon als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (von 1960 - 66) und des Verteidigungsministeriums (von 1966 - 67) über die Rolle des BND bei den illegalen Transaktionen der Bonner Waffenhandelsfirma Merex unterrichtet gewesen sein muß*" („Spiegel", 20.10.).

Trotz dieser eindeutigen Beweise für seine Rolle bei „illegalen" Waffenverkäufen ins Ausland, scheint Carstens entschlossen, dies weiterhin vertuschen zu wollen.

Vor einem Bundestagsausschuß gefragt, ob er sich „*in irgendeiner Weise um das Problem des Waffenhandels beim BND gekümmert habe*", antwortete Carstens: „*Ich habe in der Zeit, als ich die Aufsicht über den BND führte, über Waffenhandel nie etwas gehört . . . Ich muß sagen, daß ich davon heute zum ersten Mal etwas höre*" („FR", 4.11.75).

Nach der Parole „Haltet den Dieb" hat Carstens inzwischen Strafanzeige gegen den SPD-Bundestagsabgeordneten Metzger erstattet, um ihm gerichtlich die Behauptung untersagen zu lassen, Carstens habe vor dem Bundestagsausschuß gelogen.

Interessanterweise verweigert die oberste Aufsichtsbehörde des BND, das Bundeskanzleramt, fünf leitenden Agenten des BND, die Metzger als Zeugen für seine Behauptungen benannt hatte, die Aussagegenehmigung. Die SPD, die heute über die Hausmacht im Kanzleramt verfügt, deckt damit den Waffenschmuggel früherer CDU-Regierungen. Angesichts der hier berührten grundsätzlichen Interessen des BRD-Imperialismus treten demgegenüber die taktischen Partei-„querelen" in den Hintergrund. Denn so sehr der SPD die „Carstens-Affäre" aus wahltaktischen Gründen gelegen kommt, geht es hier doch um mehr, als nur darum, der CDU „mal eins auszuwischen": Durch das Aufrollen der vergangenen und heutigen Waffenschiebereien der BRD ins Ausland würde das Bild vom BRD-Imperialismus als „friedliebender Partner der Dritten Welt" erheblichen Schaden leiden.

Daran haben jedoch sämtliche Parteien der westdeutschen Bourgeoisie kein Interesse.

Freispruch im Merex-Prozeß

Inzwischen ist das Urteil gegen die Merex-Waffenschieber vor der Vierten Großen Strafkammer des Landgerichts Bonn ergangen:

Wie nicht anders zu erwarten war, Freispruch für alle Angeklagten.

Noch einen Tag zuvor hatte dei Erste Staatsanwalt in nichtöffentlicher Sitzung „*hohe (?) Geldstrafen*" gefordert: Für den Hauptangeklagten Mertins, Besitzer der Merex, 200.000 DM, für seine leitenden Angestellten Laurisch (Prokurist) 10.000 DM, Brackel (Vorstandsmitglied) 5.000 DM und Hambrusch 3.000 DM („FAZ", 26.11.17). Selbst bei einem Schuldspruch des Gerichts wären diese „Strafen" angesichts der im illegalen Waffenhandel üblichen Profite absolut lächerlich gewesen.

In der mündlichen Begründung für den Freispruch sagte der Vorsitzende Richter Schmitz-Justen, die Angeklagten hätten zu „*keinem Zeitpunkt auch nur den Anflug (!!) des Bewußtseins, unrecht zu tun*" gehabt („FAZ", 27,11,75).

Das Gericht baute auf die bereits vorbereitete Argumentation des sog. „Verbotsirrtums" auf. Da Merex den Waffenschmuggel in engster Zusammenarbeit mit höchsten staatlichen Stellen durchführte, konnten die Merexkapitalisten annehmen, diese Geschäfte seien legal.

Nachträglich wurde den Angeklagten sogar bestätigt, daß „*nicht ein einziges der Waffengeschäfte auf Initiative der Firma ,Merex' oder der Firma Wehrexport GmbH. initiiert worden*" sei („FAZ", 27.11.75).

Für alle Waffenschiebereien der Firma Merex sagte ein unter Ausschluß der Öffentlichkeit vernommener BND-Agent aus, daß sie „*höchsten Regierungsstellen bekannt gewesen*" seien. Das „*Zusammenwirken der verschiedenen Ministerien sei durch die Einschaltung des BND koordiniert worden*" (ebenda).

Die Tatsache, daß diese Geschäfte ganz offensichtlich auf Initiative des BRD-Staates zustande kamen, beweist, daß es hier um mehr als nur Profite ging: Durch die Waffenlieferungen ins Ausland sollten politische Interessen des BRD-Imperialismus in diesen Ländern gefördert werden.

Die bürgerliche Klassenjustiz hat sich auch in diesem Fall als ein getreuer Diener des BRD-Imperialismus erwiesen.

Wirtschaftskommission, KB/Gruppe Hamburg

Enorme Investitionen von BASF in Südafrika

Im faschistischen Südafrika (RSA) hat BASF, wie der „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 24.9. zu entnehmen war, während der letzten Jahre kräftig investiert, und, bei einem Umsatz von 100 Millionen DM im Jahre '74 wohl auch kräftig verdient.

Die Profitmöglichkeiten sind gerade im faschistischen Südafrika besonders gut, da die Arbeiter (schwarze Afrikaner) absolut entrechtet sind und faktisch ein Sklaven-Dasein zu führen gezwungen sind.

Bei entsprechenden Hungerlöhnen investieren die westdeutschen Imperialisten natürlich besonders gerne und BASF rechnet nach Aussagen ihres südafrikanischen Geschäftsführers Dr. R.D. Rauschenbach mit einer kräftigen Steigerung ihres Umsatzes für dieses Jahr.

So hält BASF 50% der Anteile an „Resimken Ltd.", in der eine Formaldehyd-Anlage mit einer Kapazität von 18.000 Tonnen aufgebaut wurde und in der jetzt die Kunstharz-Produktionskapazität von 30.000 auf 45.000 Tonnen im Jahr aufgestockt werden soll. Damit würde dann voraussichtlich der gesamte südafrikanische Bedarf gedeckt. Außerdem besitzt BASF inzwischen die „Mapfi Printing Equipment Ltd.". Daneben vertreibt BASF in Südafrika rund 5.000 Produkte, wobei der Schwerpunkt bei Industriechemikalien, Kunststoffen, Textilfarben, Spezialfarben, landwirtschaftlichen Bedarfsprodukten und Tonbändern, sowie verwandten Produkten liegt.

Interessant ist auch, wie die einzelnen BASF-Firmen ihre Produkte vertreiben: So werden z.B. getrennt von der „BASF Southafrika Ltd." die Produkte der „Kali und Salz AG" über „Potash South Arika", der „Wintershall AG" über „Chemag S. A. Ltd.", Nylon und Druckprodukte über „Printing Product Ltd." und Pigmente der BASF-Gesellschaft Siegle über die „Croda Chemicals" verkauft. Außerdem gibt es noch Lizenzproduktionen, wie bei der „Noristan Ltd.", die Pharmazeutika produziert.

Hier zeigt sich – am Beispiel nur eines einzigen imperialistischen Konzern der BRD – die besondere Vorliebe dieser Kreise an offen und unverhüllt faschistischen Zuständen, an absoluter politischer Entrechtung und ökonomischer Versklavung der Arbeiter.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Trotz Krise: Kapitalexport steigt weiter!



Kapitalexport der BRD-Monopole aus „Spiegel" vom 10.11.1975

Im ersten Halbjahr 1975 ist der Export von BRD-Kapital um 2,5 Milliarden DM auf mittlerweile insgesamt 39,2 Milliarden DM angestiegen. Damit ist das Tempo des Kapitalexports, das seit 1973 beschleunigt wird, auch im Krisenjahr 1975 beibehalten worden, was wiederum zeigt, daß die Monopole – und auf sie fällt der Löwenanteil des Kapitalexports – die Krise zu ihrem Vorteil zu nutzen verstehen. So wird in den drei Jahren 1973 bis 1975 mehr als ein Drittel des gesamten Kapitalexports der BRD seit 1952 erreicht.

Dabei geben die offiziell in den BRD-Statistiken ausgewiesenen Zahlen noch gar nicht einmal das ganze Ausmaß der Expansion der BRD-Monopole im Ausland wieder, da sie nicht die reinvestierten Gewinne der Auslandsunternehmen enthalten. Die tatsächlichen Zahlen liegen etwa 30 bis 40 % über den angegebenen (laut „Spiegel" vom 10.11.1975).

KB/Gruppe Bremen

Afrikanische Reaktion schießt gegen die SU – gemeint ist MPLA !

Die reaktionären afrikanischen Regimes und Statthalter des Imperialismus ergehen sich in den letzten Wochen in kaum noch zu überbietenden Hetztiraden gegen die Sowjetunion, wegen ihrer Unterstützung für den Befreiungskampf des angolanischen Volkes unter Führung der MPLA. Während diese Regimes „Sorgen" wegen der „Einmischung in innere Angelegenheiten Angolas" heucheln, geht es real um die Propagierung einer Entwaffnung der MPLA, um die Vertuschung der wirklichen Aggression durch den US- und EG-Imperialismus über Zaire und Südafrika, geht es prinzipiell um den Kampf dieser Regimes gegen ein Erstarken der wirklich antiimperialistischen Kräfte Afrikas, das letztlich auch ihr eigenes Ende beschleunigen würde.

Der Kampf in Angola zeigt die afrikanische Realität deutlicher als kaum ein Ergebnis zuvor; die Frage „antiimperialistische Diktatur des Volkes" oder „neokolonistische Lösung" steht elementar auf der Tagesordnung der OAU (Organisation für afrikanische Einheit) und kann – angesichts des unterschiedlichen Klassencharakters der Mitgliedstaaten – zur Zerreißprobe, ja zur Spaltung der OAU führen.

In diesem Zusammenhang ist es besonders beschämend, daß die gegenwärtigen Außenpolitiker der VR-China eindeutig auf die reaktionäre Fraktion der OAU setzen.

Im einzelnen:

ZAIRE

Zaire ist unbestreitbar das logistische Hinterland der faschistischen FNLA. Zaire hat wegen seines Engagements gegen MPLA einen 60 Mio Dollar Sonderkredit des US-Imperialismus erhalten (siehe AK 68). Zaire steht selbst mit sechs Bataillonen in Angola und bestreitet, daß

lonen in Angola und bestreitet, daß

Cabinda Bestandteil Angolas ist. Mobuto hat seine Truppen an der Grenze zu Cabinda stationiert (und bereitet den Einmarsch mit der Propagandalüge vor, Truppen der fortschrittlichen VR-Kongo seien in Cabinda stationiert). Dies sind nur einige Beispiele für die zairische Aggression gegen das angolanische Volk.

Es nimmt kaum Wunder, daß dieser *„Stützpunkt des US-Imperialismus in Afrika"* (so der Titel einer zwischenzeitlich nicht mehr erhältlichen Broschüre der jetzigen Vaterlandsverteidiger der „KPD") alle Anstrengungen unternimmt, von seiner eigenen Aggression abzulenken und stattdessen die des „Sozialimperialismus" zu beschwören: *„Die sowjetische Regierung stellt den Grund für den Bürgerkrieg in Angola dar und findet nun die für sie ausgleichliche Tatsache zu spät heraus, daß ihre Schüler* (!!) *sich in einer sehr schwierigen Lage befinden. So versucht sie einen Sündenbock für ihren Mißerfolg zu finden, die Republik Zaire...".*

„Da nun der Krieg zu einem Bruderkrieg zwischen schwarzen Brüdern geworden ist, schickt die Sowjetunion Panzerfahrzeuge, Raketen und Abschußbasen auf das Schlachtfeld. Dieses Material wird einer Befreiungsbewegung in die Hand gegeben, die Moskau ideologisch, wenn nicht vollständig (!) *unter Kontrolle, hat.."* (Regierungserklärung in Radio Kinshasa, 29.10.1975).

Zaires Außenminister Buly Nyati ergänzte: *„Es ist ein Jammer, daß sich die SU auf den langen Weg von Moskau nach Afrika macht, um ihren Imperialismus aufzudrängen"* („FR", 10.11.75).

Damit wäre die MPLA zunächst einmal zum Träger des „Imperialismus aus Moskau" qualifiziert; ihre Zerschlagung somit gerechtfertigt. Doch damit nicht genug; einmal in Fahrt, muß die SU auch noch herhalten, um die Aufrüstung des eigenen Landes zu rechtfertigen: *„Mobuto, der Staatschef von Zaire, schließt auch sowjetische Luftangriffe auf Ziele in seinem Land nicht aus. Zaires Außenminister Bula rief gestern die Botschafter der drei Westmächte und Pekings in Kinshasa zu sich und trug ihnen seine Sorgen wegen einer möglichen sowjetischen Aggression gegen sein Land vor"* („Welt", 14.11.75).

Gewissermaßen als Höhepunkt dieser ganzen Hetze wird im Nachhinein die Ermordung hunderttausender zairischer Antiimperialisten Anfang der 60iger Jahre durch die jetzigen Herrscher ebenfalls mit dem „Imperialismus aus Moskau" gerechtfertigt: *„Im Verlauf seiner außerordentlichen Sitzung beschuldigte das Politische Büro der Volksbewegung der Revolution* (der hochtrabende Name für Mobutos blutrünstiges Regime) *auch förmlich die Sowjetunion, sie habe in Zaire 1960 einen Bürgerkrieg hervorgerufen, der den Tod von 500.000 zairischen Bürgern zur Folge hatte. Mit Hilfe eines Bürgerkrieges wollte die Sowjetunion Zaire in ideologischer Weise kolonisieren, betonte das Politische Büro"* (Radio Kinshasa).

Über den wirklichen Charakter des Bürgerkriegs in Zaire und die Rolle Mobutos schrieb die „Peking Rundschau" vor nunmehr sieben Jahren („PR", 34/68): *„Joseph Mobuto ist ein berüchtigter und verkommener Reaktionär. Der Weg, auf dem er seine ‚Würde' als Schwindelpräsident erkletterte, ist mit dem Blute des kongolenischen Nationalhelden Lumumba getränkt. Und Mobuto versucht, mit Hilfe amerikanischer Bajonette seinem despotischen Regime über das Volk von Kongo* (heute Zaire) *Dauer zu verleihen."*

Faschist Mobutu

Faschist Mobutu

Es ist schon widerlich zu verfolgen, wie dieser „Despot" und Feind des zairischen und angolanischen Volkes heute in der „Peking Rundschau" ständig als „besonders wachsam gegenüber dem Sozialimperialismus" etc. zitiert wird!

UGANDA

Noch wilder waren die Sprüche von Ugandas Staatschef (und momentanen Vorsitzenden der OAU) Idi Amin gegen die Sowjetunion. Sie führten zur zeitweiligen Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen.

Amin hatte einen großen Theaterdonner inszeniert, u.a. mit der Ausweisung aller sowjetischen Berater und dem Abbruch diplomatischer Beziehungen gedroht, schließlich eine „hohe sowjetische Regierungsdelegation" zur „Erklärung der Vorfälle" verlangt, dann wollte er einen anderen sowjetischen Botschafter haben, *„der keine sozialistisch-imperialistische Einstellung gegenüber dem afrikanischen Kontinent und vor allem gegenüber Uganda zeigt"* Radio Kampala, 11.11.75).

Das ganze Theater war von Amin inszeniert worden, nachdem die SU ihm in einer diplomatischen Note ihren Standpunkt zu den Auseinandersetzungen in Angola dargelegt hatte.

Dieser angeblich so „skandalöse Vorfall" mit dem angeblich *„die Sowjetunion Uganda vorschreiben* (will), *was es in seiner Politik zu tun hat"* (so Radio Kampala), entpuppt sich als nichts anderes als eine richtige Darstellung der Kämpfe in Angola, wie sie neben MPLA z.B. auch von PAIGC, Frelimo etc. gesehen werden, verbunden mit der Ankündigung, daß die SU die von MPLA geführte VR Angola anerkennen wird: *„Die militärische und politische Situation in Angola bleibt weiterhin kompliziert. Die Nationale Front für die Befreiung Angolas (FNLA) und die Nationale Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas (Unita) haben mit Unterstützung imperialistischer Kreise die Aktivitäten der Übergangsregierung hinsichtlich der Vorbereitung des Lebens auf die Unabhängigkeit vereitelt, und sie haben die Feindseligkeiten gegen die MPLA begonnen. Sie streben danach, die nationale patriotische Bewegung zu unterdrücken und die Macht im Land an sich zu reißen.*

Es besteht außerdem die echte Gefahr einer Verletzung der territorialen Integrität im Lande und einer ausländischen militärischen Intervention durch reaktionäre Kräfte. Als Folge der Aktivitäten der reaktionären Kräfte, sowohl intern als auch extern, ist der normale Prozeß der Entkolonialisierung ernsthaft gefährdet. Die MPLA-Führung hat die Absicht, die volle Verantwortung für die Geschicke des Landes zu übernehmen, und die von ihr geplante Deklaration der Unabhängigkeit beinhaltet absolut gerechtfertigte Maßnahmen, die das Ziel haben, den Prozeß der Dekolonialisierung des Landes zu Ende zu führen."

Die „empörte Reaktion Amins", mit der er – so die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua vom 10.11. – *„die Ehre seines Landes bewahrt und der Arroganz der sowjetischen Sozialimperialisten einen Schlag versetzt"* hat, war also nichts anderes, als eine Kampfansage gegen die diplomatische Anerkennung der VR Angola durch die SU und andere Staaten.

Wie sehr die ganze Show Amins dazu bestimmt war, die wirkliche imperialistische Aggression gegen Angola zu vertuschen, geht aus einem Telegramm dieses Imperialistenknechts hervor, das er – im gleichen Wortlaut – an die chinesische Regierung, den Präsidenten des US-Imperialismus, Ford (!) und den britischen Premierminister Wilson (als Vertreter des EG-Imperialismus!) richtete. Die hierin vorgenommene Lobhudelei gegenüber den Repräsentanten des Imperialismus bedarf keiner Kommentierung: *„Ich habe die Ansichten Ihrer Regierung in der Frage der Unabhängigkeit Angolas sorgfältig und genau verfolgt. Wie Sie wissen, ist dies gegenwärtig das Hauptproblem, dem sich die OAU gegen-*

wissen, ist dies gegenwärtig das Hauptproblem, dem sich die OAU gegen-

übersieht. Ich möchte Ihnen und Ihrer Regierung im Namen aller Mitglieder der OAU meinen Dank aussprechen für die richtige Einschätzung und Beurteilung der Angolafrage. Insbesondere möchte ich mich bei Ihrer Regierung für die Unterstützung meiner Haltung bedanken, die von der OAU über die Lage in Angola angenommen wurde. Diese Haltung ihrer Regierung wird zweifellos zu einem Meinungsumschwung in Afrika zu Ihren (!) *Gunsten führen, denn es wäre das Beste für das Volk von Angola, wenn für die Beendigung des Bürgerkrieges eine politische Lösung gefunden werden könnte, in der alle drei Befreiungsbewegungen anerkannt werden.*

Faschist Amin

Ich habe keine Zweifel, daß Sie das Bestmögliche zur Unterstützung Afrikas in dieser möglicherweise entscheidenden Frage betreffend Angola tun werden. Nach mir zur Verfügung stehenden Informationen wurden dort bereits über 30.000 Menschen mit hochmodernen Waffen getötet, die von der Sowjetunion seit der Beendigung des formellen Kolonialkrieges geliefert wurden. Ich bin nun ganz sicher, daß Ihr Land eine richtige Politik in der Frage der Entkolonialisierung Afrikas verfolgt und wirklich interessiert am Leben der Bevölkerung in Angola ist und daran, daß sie nicht einer fortgesetzten und unverantwortlichen Ermordung durch hochmoderne ausländische Waffen ausgesetzt ist, die sie niemals zuvor zur Bekämpfung der ausländischen Kolonialherren auf ihrem Territorium besaß. (Satz wie gehört.) *Ich bringe die Hoffnung zum Ausdruck, daß Ihr Land noch weiter gehen und alles in seiner Macht Stehende tun wird, um den Afrikanern durch die OAU bedeutende diplomatische und materielle Unterstützung zukommen zu lassen, um dem Blutvergießen in Angola ein Ende zu bereiten. In diesem Zusammenhang und angesichts des Ernstes der Lage in Angola sollte Ihre Regierung keine Vorbehalte haben, sich direkt an mich als Vorsitzenden der OAU zu wenden"* (Radio Kampala, 12.11.1975).

Vor dem Hintergrund dieses Schreibens wird auch deutlich, was Amin und die reaktionären Staaten Afrikas meinen, wenn sie immer wieder den Einsatz einer „OAU-Friedenstruppe" fordern: **Eine weitere Truppe gegen die MPLA!**

Spaltung der OAU?

Daß hier an den Beispielen Zaire und Uganda geschilderte Verhalten ist identisch mit dem der gesamten afrikanischen Reaktion, die heute noch die OAU majorisiert. Unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Sozialimperialismus" verweigern sie MPLA ihre Solidarität. Diese Staaten sind in der Regel nicht – wie vorgegeben – neutral, sondern arbeiten mehr oder minder offen für FNLA/UNITA. So hat FNLA erst kürzlich eine Reihe Länder bekanntgegeben, von der sie Unterstützung erwartet: *„Zaire, Tunesien, Zentralafrikanische Republik, Nigeria, Elfenbeinküste, Senegal, Kamerun, Liberia, Uganda, Kenia, Togo, Ghana, Lesotho und andere Länder Afrikas und Asiens"* („Le Monde", 14.11.).

Tatsächlich haben die meisten dieser Staaten und ihre Führer kein Interesse am weiteren Erstarken des konsequent antiimperialistischen Blocks in Afrika. Besonders das Entstehen der neudemokratischen Staaten Mosambique und Guinea-Bissao ist wegen ihres beispielhaften Charakters auch eine Bedrohung für die Agenten des Imperialismus in den afrikanischen Regierungssesseln. Prinzipiell haben diese Kräfte ein volksdemokratisches Angola mehr zu fürchten als das rassistische Südafrika. Dies ist der reale, klassenmäßige Hintergrund für die faktische Spaltung der OAU in der „Angola-Frage".

Offensichtlich haben die fortschrittlichen Staaten der OAU den Kampf gegen die pro-imperialistische Linie Amins bereits aufgenommen, so fordern Guinea-C. und die VR Kongo (nach „Welt", 14.11. und „FAZ", 20.11). den Rücktritt des OAU-Vorsitzenden Amin *„wegen seiner feindlichen Haltung gegenüber der MPLA".*

Es ist nicht auszuschließen, daß der Weg der afrikanischen Völker zu einer antiimperialistischen Einheit über die zeitweise Spaltung der OAU führt.

VR China auf der Seite der afrikanischen Reaktion

Bei den Auseinandersetzungen um die „Angola-Frage" steht die VR China eindeutig auf der Seite der afrikanischen Reaktion. Je antikommunistischer die Sprüche – ob von Burgiba, Bongo, Amin oder Mobuto – desto mehr werden sie als „wachsam", als die „Sprecher der Völker Afrikas" etc. qualifiziert.

Die Außenpolitik der VR China bezüglich Angola ist gegen die Politik der fortschrittlichen und revolutionären Staaten Afrikas gerichtet.

Bezüglich einer (damaligen) Lobhudelei der Sowjetrevisionisten gegenüber dem Massenmörder Mobuto formulierte 1968 die „Peking-Rundschau": *„Die revisionistischen Renegaten im Kreml* (haben) *die Frechheit, diesem getreuen Hampelmann des Imperialismus und Söldling des Kolonialismus mit ihrer Rhetorik Glanz verleihen zu wollen und ihn zu einem antiimperialistischen und antikononialistischen ‚Helden' zu erheben...*

Die sowjetischen Renegaten loben öffentlich einen Landesverräter und Henker, den das Volk .. aufs erbittertste haßt. Das beweist wieder einmal, daß sie in Wahrheit die treuesten Freunde Mobutos und eingefleischten Feinde des Volkes von Kongo (heute Zaire) *sind."*

Treffender kann man heute die Taten der chinesischen Außenpolitik kaum beschreiben. ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

MPLA

MPLA und Sowjetunion

Imperialismus und weltweite Reaktion stellen die MPLA gewissermaßen als „Marionettenbewegung" des „Sozialimperialismus" hin. Auf eine ähnliche Haltung lassen bedauerlicherweise auch die Angola-Stellungnahmen der chinesischen Regierung schließen. Dasselbe gilt für die materielle Unterstützung der konterrevolutionären FNLA durch die VR China. Inzwischen liegen zu diesem Komplex öffentliche Erklärungen der MPLA vor, die wir hier wiedergeben.

Die italienische kommunistische Zeitung „Lotto Continua" vom 29.10.75, brachte dazu ein Interview mit dem führenden MPLA-Genossen Armando Guinapo.

„Frage: Es gibt eine internationale Kampagne der Chinesen, die dahin geht, die MPLA als eine an die UdSSR gebundene Bewegung darzustellen. Wie sehen Eure tatsächlichen Beziehungen zu Moskau aus?

Antwort: Von Anfang an war es die Politik der MPLA, zu beweisen, daß wir an kein Land gebunden sind. Die einzigen Verpflichtungen, die wir haben, sind die gegenüber dem angolanischen Volk, gegenüber seinem Kampf, gegenüber seiner nationalen Unabhängigkeit. Nun, um Krieg zu führen, braucht man Waffen. Man kann dem Feind nicht bloß mit Messern entgegentreten, vor allem wenn dieser Feind enorm bewaffnet ist. Die Waffen, die wir verwenden, kommen aus allen kapitalistischen Ländern, belgische Waffen beispielsweise, aber das heißt bestimmt nicht, daß Belgien unseren Kampf unterstützt.

Wer sagt, daß wir pro-sowjetisch seien, irrt. Wir haben Achtung vor der Revolution und daher sind wir mit niemandem außer unserem Volk verbunden. Sicher brauchen wir Waffen und also nehmen wir sie von dem, der bereit ist, sie uns zu liefern. Aber das heißt nicht im geringsten, politische oder ideologische Bedingungen irgendeiner Art zu akzeptieren. Unser Krieg ist vor allem das Instrument, um unser Volk zu befreien und aus Angola ein unabhängiges und souveränes Land zu machen.

Frage: Wie erklärt ihr Euch die Unterstützung Chinas für die FNLA?

Antwort: Das ist ein schmerzlicher Punkt für uns, darüber könnte ich ganze Tage reden. Kurz kann ich sagen, daß ein gewaltiger Widerspruch besteht zwischen dem Weg, den China im Inneren geht, und der praktischen Anwendung seiner politischen Linie nach außen. Was sie in Zaire tun, indem sie die FNLA unterstützen, ist bestimmt negativ für den Befreiungskampf im südlichen Afrika."

Genosse Joao Martins, Informationsminister der Volksrepublik Angola, besuchte Mitte November Europa. In Italien gab er eine Pressekonferenz, auf der er sich u.a. zum Verhältnis der MPLA zur VR China äußerte:

„China hat stets eine entscheidende Rolle an der Seite des Kampfes der Völker der Dritten Welt gegen den amerikanischen Imperialismus gespielt, wie in Vietnam. Wir können nicht verstehen, wie China – in objektiver Zusammenarbeit mit den USA – heute eine Marionettenbewegung wie die FNLA unterstützen kann. Wir meinen, daß dieses Verhalten von schlechter Informiertheit der chinesischen Genossen über die Situation in Angola und über das wahre Wesen der FNLA herrührt. Aber wir vertrauen darauf, daß China zu der Überzeugung kommen wird, daß es auf dem falschen Weg ist und daß es erkennen wird, wer der wirkliche Vertreter des angolanischen Volkes ist. Unsererseits unterlassen wir keine Anstrengung in dieser Richtung, weil wir mit China brüderliche Beziehungen herstellen wollen, wie wir sie mit anderen sozialistischen Ländern haben – wie UdSSR, Cuba und Jugoslawien" (lt. „Lotta Continua", vom 16./17. Nov. 75). ●

In Angola steht die afrikanische Revolution auf dem Spiel

Interview mit dem Kommandanten der „FAPLA" – Carlos Rocha = „Dilowla" –

Die FAPLA ist der militärische Flügel der MPLA. Sie ist heute Teil der Volksarmee der Volksrepublik Angola.

(Das Interview wurde am 11.11.75 von der Lissaboner Zeitung „Diario de Noticias" gedruckt.)

DN.: *Die Grenze Angolas nach Zaire hat gegenwärtig herausragende Bedeutung für die reaktionären Kräfte, die im Norden des Landes agieren. Können Sie kurz analysieren, welche strategische, wirtschaftliche und militärische Bedeutung die Grenze mit Zaire für die Truppen der UPA, FNLA und UNITA hat?*

Dilowla: Es ist bekannt, daß Angola mit Zaire eine ca. 2.000 km lange Grenze hat, und es ist bekannt, daß diese Situation eines der größten Hindernisse für das Vordringen unseres Kampfes darstellte, denn seit dem Tode Lumumbas war Zaire immer ein Feind der MPLA und des angolanischen Volkes. Für die FNLA jedoch war Zaire immer eine wichtige Basis, eine sichere Basis von höchster Bedeutung, und ich möchte sogar sagen, daß ohne Zaire die FNLA bereits verschwunden wäre.....

Die reguläre Armee Zaires dringt in Angola ein, sie hat ganze Einheiten auf dem Territorium stationiert, und zairensische Kader sind im genannten Heer der FNLA integriert. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, ist die Grenze zu Zaire für die FNLA von großer Bedeutung, zumal es in den von der FNLA kontrollierten Zonen keinen erreichbaren Küstenhafen gibt, und z.B. der Kaffee über Zaire ausgeführt wird. Darüberhinaus ist zu bemerken, daß Industrieprodukte in den Provinzen Zaire und Uige aus Zaire stammen.

DN.: *Können Sie eine politische Analyse der Bedeutung der Invasion in Angola durch die Streitkräfte Südafrikas zusammen mit der ELP abgeben?*

Dilowla: Es ist offensichtlich, daß die Invasion südafrikanischer Truppen in unserem Land Teil einer großangelegten imperialistischen Strategie ist, die darin besteht, im südlichen Afrika einen der reaktionärsten und aggressivsten Blöcke des Planeten zu schaffen. Das Ziel ist, einen ultra-reaktionären und rassistischen Block zu schaffen, der aus der Ferne vom amerikanischen Imperialismus und aus der Nähe vom rassistischen Südafrika gelenkt wird, ein Block, zu dem nicht nur Südafrika gehört, sondern auch Zimbabwe, Namibia, unter der Herrschaft der Südafrikaner, Cabinda, abgetrennt von Angola, und Zaire. Ein solcher Block wäre außerordentlich stark, weil er in der reichsten Gegend des afrikanischen Kontinents liegt, in dem Gebiet, das potentiell die meisten Möglichkeiten hat, sich schnell zu entwickeln, ein Block, der ganz offensichtlich eine riesige Gefahr für die Nachbarländer darstellen würde, wie Zambia, die Volksrepublik Kongo, Tansania, Mocambique und in einer zweiten Phase auch für andere fortschrittliche Länder, bedenkt man die Strategie des Imperialismus im südlichen Afrika, und so können wir klar die Bedeutung des Kampfes verstehen, den die MPLA gegen den Imperialismus in diesem Teil der Welt führt. Die Intervention der südafrikanischen Truppen in Angola war kein Zufall. Sie paßt in das gleiche Bild wie die Invasion, die das zairensische Heer über die Nordgrenze durchgeführt hat.

DN.: *Können Sie das Thema „allgemeine Mobilisierung" weiter ausführen, und besonders über das Potential an Material und Menschen bei den FAPLA sprechen?*

Dilowla: Das menschliche Potential der FAPLA ist natürlich riesig, denn wir sagen: die MPLA gehört dem Volk und das Volk gehört der MPLA, folglich ist das Potential riesig. Aber das Problem liegt nicht beim Potential an Menschen, es liegt vielmehr in der politischen und militärischen Kaderbildung und der Bewaffnung. Das größte Problem liegt gegenwärtig in der Bewaffnung, denn wir stehen regulären Streitkräften gegenüber, die natürlich sehr viel besser ausgerüstet sind und über weitaus mächtigere Mittel verfügen als wir. Wir sind allerdings der Meinung, daß in einem Krieg der entscheidende Faktor immer der Mensch ist und niemals die Waffen, und wir sind fest davon überzeugt, diesen Krieg zu gewinnen, auch wenn es schwer ist, denn der Sieg ist gewiß.

DN.: *Wie ist die politisch-militärische Situation in den befreiten Gebieten?*

Dilowla: Der Krieg in Angola ist ein Krieg zwischen den Kräften des Fortschritts, den wirklich nationalen Kräften, den patriotischen Kräften und den Kräften der Reaktion, den nebelhaften Kräften des Kolonialismus, materialisiert in der ELP, und dem abscheulichsten Neokolonialismus und mehr noch, dem Faschismus, denn es besteht absolut kein Zweifel, daß die FNLA eine faschistische Partei ist, daß die ELP eine faschistische Organisation ist, daß Zaire ein faschistisches Land ist, daß Südafrika ein faschistisches Land ist, das die Apartheit praktiziert. Es ist ein Kampf gegen die dunkelsten Kräfte, die unser Planet im Augenblick vorzuweisen hat. Es ist bekannt, daß die MPLA nach den großen Konfrontationen der letzten Monate riesige Siege errungen hat und schließlich 12 der 16 Provinzen kontrollierte. Zu diesem Zeitpunkt entschloß sich Zaire, sich stärker

Fortsetzung Seite 34



MPLA an der Ostfront

62 Seiten DM 2,–

UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

Bestellt!

Bücher und Broschüren

Anzahl

○ NEU **KBW- am Scheideweg** 56 Seiten 3,-DM
Sozialismus oder Vaterlandsverteidigung
Nachdrucke von AK-Artikeln
zur Auseinandersetzung mit dem KBW

DIE INTERNATIONALE-Sondernummer

○ **Portugal**
Armee und Revolution (Juni 75)
12 Seiten 3. Auflage DM 1,–
Übersetzung sechs aktueller Texte aus „Esquerda Sozialista" (MES), „Poder Popular" (Massenzeitung des MES), die Plattform des MFA (Bewegung der Streitkräfte) sowie die Proklamation der „1. Großen Delegiertenversammlung der Matrosen der Marine".
12 Seiten mit zweiseitigem Drei-Farb-Poster „Povo – MFA"

○ NEU **Revolutionärer Volkskrieg in Argentinien** (Sept. 75)
22 Seiten DM 1,–
Interview mit der PRT/ERP / Artikel zur Geschichte der PRT / ERP
Nachdruck des ARBEITERKAMPF-Artikels „Krise der Bourgeoisie Vormarsch der Linken"

○ NEU **MPLA – der Sieg ist gewiß** (Sept. 75) 30 Seiten
Geschichte und Kampf der MPLA und Dokumente DM 1,–

ARBEITERKAMPF-Sondernummer

○ **Zur Außenpolitik der VR China**
12 Seiten (Juli 75) DM 0,50

○ **ARBEITERKAMPF - EXTRA zur Chilesolidarität: (Sept. 75)**
Zur aktuellen Lage in Chile / Die Auseinandersetzungen im chilenischen Widerstand u.a. 8 Seiten DM 0,50

○ **ARBEITERKAMPF-EXTRA zur Portugalsolidarität: (Sept. 75)**
„Portugal darf nicht das Chile Europas werden" / Gespräch mit Genossen der SUV, / Manifest der Revolutionären Einheitsfront (FUR) / MPLA, Angola: der Sieg ist gewiß / u.a. 8 Seiten DM 0,50

○ **Die politischen Parteien in Portugal** (Mai 75)
55 Seiten 5. Auflage DM 1,–
Behandelt werden die rechten und bürgerlichen Parteien und die revolutionäre Linke
Im 15seitigen Anhang sind AK-Artikel nachgedruckt; z.B. wird das Wahlergebnis behandelt („Vernichtende Niederlage für die offene Reaktion"), außerdem die Übersetzung der ersten von Arbeiterhand herausgegebenen Nummer der Zeitung „Republica" („Geschichte eines Kampfes").

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:

○ **Eins teilt sich in zwei** (Dez. 71)
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Buchformat DM 6,–

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging** (Jan. 75)
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je DM 6,–

● **Hermann Remmele – Schritt halten!** (April 71)
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD
100 Seiten, Buchformat Zur Zeit vergriffen DM 3,–
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD
100 Seiten, Buchformat Zur Zeit vergriffen DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Schallplatten

○ **Lieder des Hamburger Straßentheaters**
Sie haben den Präsident
Schallplatte 17 cm DM 5,–

○ **Wir führen den Kampf weltweit**
Schallplatte 17 cm DM 5,–

○ **Guten Morgen!**
Schallplatte 17 cm DM 5,–

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint dreiwöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 8,40
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 16,80
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 10,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 20,–

REBELL Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

DIE INTERNATIONALE Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

○ Anschrift: ______________________

____

____

(Datum) (Unterschrift)



Politisch-militärisches Ausbildungslager der MPLA in Cabinda

In Angola steht die Revolution auf dem Spiel

FORTSETZUNG VON SEITE 33

im Kampf gegen das angolanische Volk zu engagieren, lieferte auf unserem Territorium zairensische Schlachten, versuchte vergebens, ich wiederhole, vergebens, Luanda zu nehmen, und als sie es nicht erreichten, war die Reihe an Südafrika, das vom Süden her intervenierte und Angola überfiel und die Provinzen Cumene, Huile und Mocamedes nahm. Ich kann jedoch sagen, daß der Widerstand in diesen Gebieten weitergeht. Die Invasoren und die Söldner haben zwar die Hauptstädte dieser Provinzen genommen, nicht aber die Provinzen selbst.

Gleichzeitig wird natürlich die imperialistische Aggression mit dem Herannahen des 11. November in unserem Land immer eskalierter und immer schneller vorangetrieben. Die Situation ist jedoch keineswegs dramatisch, wie es die Nachrichtenagenturen im Ausland glauben machen wollen. Natürlich werden viele falsche Nachrichten verbreitet, besonders von Reuter, Asap und France Presse, die zuerst, als die MPLA zwölf Provinzen kontrollierte, sagten, in Angola herrsche das wirtschaftliche Chaos, was völlig falsch war.

Die Kommission der OAU kann darüberhinaus bestätigen, daß die Wirtschafts- und Verwaltungsmaschinerie voll und ganz funktionierte, und nun machen sie glauben, daß die MPLA völlig zusammengebrochen ist, daß die MPLA militärisch zusammengebrochen sei, indem sie falsche Nachrichten verbreiten und sagen, daß die Söldner von UPA in den Vororten von Luanda sind, daß der Flufhafen von Luanda genommen wurde, daß Lobito oder Benguela fiel, das sind alles falsche Nachrichten, um Verwirrung zu stiften. Die Wahrheit aber ist, daß die MPLA absolut fähig ist, dieser imperialistischen Aggression gegenüberzutreten.

DN.: *Welche Perspektiven hat dieser zweite Nationale Befreiungskrieg?*

Dilowla:...hier handelt es sich um einen Krieg der angolanischen Nation gegen ausländische Kräfte, so wie im ersten Krieg, aber noch mehr als im ersten Krieg, denn noch mehr als der erste Krieg hat dieser nationalen Charakter, denn jetzt gibt es klare politische Grenzen bei den Angolanern selbst, d.h., eine Abgrenzung zwischen den Angolanern, die zum Volk gehören, und denjenigen, die das Vaterland verrieten, und sich mit dem Imperialismus verbündeten: es besteht nämlich überhaupt kein Zweifel, daß die objektiven Bedingungen in diesem zweiten Nationalen Befreiungskrieg eine sehr viel intensivere Bewußtwerdung unseres Volkes ermöglichen, es ermöglichen, daß die Massen sehr viel leichter das Wesentliche unseres Kampfes verstehen, denn im ersten Befreiungskrieg war es für manchen „Machenschaftler" leicht, zu sagen, der Krieg ginge gegen die Weißen; dies ist jetzt unmöglich, jetzt muß der Kampf wissenschaftlich erklärt werden, und jetzt muß man die Interessen der am meisten ausgebeuteten Massen verteidigen, damit sie verstehen, um was es sich handelt und was auf dem Spiel steht, und damit sie ihre legitimen Rechte verteidigen.Dieser Krieg wird hart sein, extrem hart. Vor allem, wenn man diese Strategie des Imperialismus bedenkt, auf die ich vorhin hingewiesen habe. Es wird ein mehr oder weniger langer Krieg werden, aber wir haben schon beim ersten Befreiungskrieg keine Berechnungen angestellt, wie lange er dauern würde, und dies können wir auch jetzt beim zweiten nicht tun. ●

Botschaft der FRELIMO an MPLA

„Mit großer Bewegung verfolgen wir, wie die MPLA die völlige und vollständige Unabhängigkeit Angolas in seiner territorialen Unverletzlichkeit ausruft und die Bildung der Volksrepublik Angola. Dies ist der Sieg nach 14 Jahren Kampf und Opfern des angolanischen Volkes und das Ergebnis des jahrhundertelangen Kampfes des angolanischen Volkes gegen die ausländische Beherrschung; insbesondere ist dieser Sieg das direkte Ergebnis der unermüdlichen Entschlossenheit der Kämpfer und Mitglieder der MPLA. Euer Sieg bedeutet einen ernsten Schlag gegen unserern ständigen Feind: den Imperialismus. Deshalb wird Angola angegriffen und überfallen werden, und wir werden von neuem die gleichen Waffen und die gleichen Interessen gegen Angola gerichtet sehen, die den kolonialfaschistischen Aggressionskrieg unterstützen."

„Wir möchten sagen, daß das mozambikanische Volk und die FRELIMO wie in der Vergangenheit stark den Kampf des angolanischen Volkes unterstützen werden, der unter der Leitung seines legitimen Vertreters – der MPLA – geführt wird, und wir werden weiterhin unsere internationalistische Pflicht erfüllen, Euren gerechten Kampf für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der territorialen Unverletzlichkeit zu unterstützen, gegen die imperialistischen und rassistischen Aggressionen und Invasionen."

„ Im Namen der Volksrepublik Mocambique habe ich die Ehre, Euch davon in Kenntnis zu setzen, daß wir de jure den souveränen und unabhängigen Staat Angola, die Volksrepublik Angola im Augenblick ihrer Ausrufung anerkennen. Ebenso erkennen wir die von der MPLA gebildete Regierung an. Wir wünschen Euch Erfolg in der gegenwärtigen Schlacht, die einen wertvollen Beitrag zu unserem eigenen Kampf darstellt.

Brüderliche und revolutionäre Grüße.

Höchste Wertschätzung.

Der Kampf geht weiter.

Samora Moises Machel, Präsident der Volksrepublik Mocambique." ●

Zitiert in: „Republica", 12.11.75

PAIGC voll auf Seiten der MPLA

In einem Interview der Lissaboner Zeitung „Diario de Noticias" vom 11. 11. 1975 erklärte der Verteidigungsminister von Cabo Verde und Leiter der PAIGC, Silvino Luz, den Standpunkt der PAIGC zur Volksrepublik Angola und zur MPLA. (Wir zitieren wörtlich.)

DN.: „Welche Position vertritt die PAIGC gegenüber der Repräsentativität der angolanischen Bewegungen?"

„Konkret gesagt, sind wir auf der Seite der MPLA, weil die MPLA der einzige wahre Vertreter des angolanischen Volkes ist.

Für uns ist dies nichts Neues, aber es mußte mit gewissen Zweideutigkeiten Schluß gemacht werden, und deshalb haben wir in einer kürzlich herausgegebenen Stellungnahme des Exekutivkomitees des Kampfes der PAIGC noch einmal auf dieser Stellungnahme insistiert.

Wir sehen keine Repräsentatitvität in den anderen sogenannten „Befreiungsbewegungen".

„Die FNLA, die immer ein Spielzeug in den Händen der Imperialisten gewesen ist, und die UNITA, die als Schöpfung des portugiesischen Faschismus in seiner letzten Zeit erschien, als Alternative zum kolonialfaschistischen Regime Caetanos, sind Leute, die sich für uns entlarvt haben, Söldner, die im Süden Angolas eingesetzt werden, Chipendas, Leute, die wirklich als Diener des Imperialismus sich gezeigt haben, als Feind der Unabhängigkeit unserer Völker...

Die MPLA hat also die völlige Unterstützung unserer Partei, die indiskutable Solidarität und Unterstützung der PAIGC.

Meine Reise nach Angola ist in diesem Zusammenhang zu sehen, damit wir beim angolanischen Volk vertreten sind, damit wir mit unseren Brüdern von der MPLA das historische Datum, den 11. November, feiern können. Die Marionettenkräfte werden mit dem Voranschreiten des Kampfes verschwinden."

„Die Macht ist in den Händen der MPLA konzentriert. S i e regiert Angola. Der Rest ist ein rein formales Problem.

Natürlich gibt es Infiltrationen von den verschiedenen Seiten, zwar konzentriert der Imperialismus jetzt seine Aufmerksamkeit auf Angola, indem er Marionettenkräfte schafft. Aber diese Marionettenkräfte werden mit dem Fortschreiten des Kampfes für die völlige Befreiung Angolas, geleitet von der MPLA, verschwinden." ●

Die ZANU (Zimbabwe/ Südrhodesien) unterstützt die MPLA

Die ZANU, Befreiungsorganisation von Zimbabwe/Südrhodesien, unterstützt die angolanische Befreiungsbewegung MPLA als einzige legitime Vertreterin des angolanischen Volkes.

Diese Erkenntnis war für den KBW, der einerseits enge Beziehungen zur ZANU unterhält und andererseits eine Hetzkampagne gegen die MPLA führt, offensichtlich ein Schlag ins Kontor.

Wie in AK 69 berichtet, erklärte auf einer Veranstaltung des KBW in Hamburg ein Sprecher der ZANU, Genosse Mutumbuka, eindeutig den Standpunkt seiner Organisation zu Angola und zur MPLA. U.a. sagte er:

„Als eine prinzipienfeste Organisation können wir niemanden unterstützen, der dafür kämpft, die Positionen der Imperialisten zu erhalten. Darum unterstützen wir in Angola die MPLA.... Da die MPLA d i e Massenbewegung ist und auf einer Massenlinie arbeitet und die FNLA ganz klar eine bourgeoise, nationalistische Organisation ist, die von den Imperialisten und dem CIA finanziert wird, und da die UNITA eine bourgeoise und nationalistische Organisation ist, ohne jegliche prinzipiell niedergelegte Massenlinie, können wir unsere Freunde in der MPLA nicht zwingen, eine falsche „Einheit" zu akzeptieren..."

Hiervon hatten wir ein Tonband gemacht, das wir auf einer Diskussionsveranstaltung mit dem KBW am 11. November in Hamburg-Harburg vorspielten. Die Gesichter der KBWler wurden länger und länger, bis sich einer von ihnen zu einem waghalsigen ‚Dementi' aufraffte (auch dieses haben wir auf Band).
bis sich einer von ihnen zu einem waghalsigen ‚Dementi' aufraffte (auch dieses haben wir auf Band).
Der KBWler meinte:

– „.... *Ich weiß gar nicht genau, ob das, was dazu im AK steht, stimmt* (anscheinend haben wir Mutumbuka auf Band imitiert?), *weil ich auf der Veranstaltung nicht da war. Ich hatte aber Gelegenheit, mich mit dem Gen. Mutumbuka längere Zeit zu unterhalten, weil er bei uns übernachtet hat (?!).*

Er hat – gelinde gesat – einen Schreck gekriegt, als er hörte, in welche Situation seine Bemerkung in Hamburg fallen wird. Als ich ihm klarmachte, was daraus im AK entstehen würde, hat er uns versprochen, eine schriftliche Stellungnahme über die Position der ZANU zur MPLA zu schicken.

Erstmal wird die MPLA nicht vorbehaltlos unterstützt, wie ihr behauptet, sondern er hat uns erzählt, die ZANU hat immer die MPLA darauf hingewiesen, daß eine Einheit mit den anderen Befreiungsbewegungen wünschenswert ist...

Sie hat zweitens gesagt, daß es sich nicht um Marionetten handelt, sondern um Befreiungsbewegungen, die von bürgerlich-nationalen Kräften geführt werden und deshalb auch prinzipiell mit ihnen eine Einheit möglich ist. Er hat drittens die gefährliche Situation erkannt, die entsteht durch die Einmischung des Sozialimperialismus in die Angelegenheiten Angolas..."

Es ist schon ziemlich witzig, daß der KBW einem Genossen der immerhin mit ihm befreundeten ZANU unterstellt, er würde mal dieses und mal jenes zu Angola behaupten. Tatsache ist außerdem, daß der KBW bisher darauf verzichtet hat, die Standpunkte der ZANU zu Angola zu veröffentlichen. Von der angeblich angekündigten „schriftlichen Stellungsnahme" des Genossen Mutumbuka ist auch noch nichts bekannt. Es ist auch fraglich, ob eine solche nach den Wünschen des KBW ausfallen könnte.

Jedenfalls hat uns der Genosse Rex Chiwara, Sprecher der ZANU in Westeuropa, am 27. November in einem Gespräch mitgeteilt, daß die ZANU „.... *die Regierung der MPLA anerkannt hat, denn sie ist die legitime Regierung des Volkes von Angola. Die Regierungen der anderen Organisationen (FNLA/UNITA) in Angola sind imperialistisch gesinnt*
la. Die Regierungen der anderen Organisationen (FNLA/UNITA) in Angola sind imperialistisch gesinnt
und infiltriert. Sie genießen auch die volle Rückendeckung der Imperialisten".

Auch diese Erklärung haben wir auf Band. Man kann gespannt sein, ob der KBW sich dazu aufraffen wird, den Standpunkt der mit ihm befreundeten ZANU zu Angola zu veröffentlichen, nachdem er den Stellungnahmen reaktionärer afrikanischer Staaten bisher in der „KVZ" breitesten Raum gegeben hat. ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ein Irrtum und eine Lüge

Leserbrief

Den Genossen von der Afrika-Kommission ist in dem Artikel „PAIGC und FRELIMO an der Seite der MPLA!" (AK 69, S. 6) leider ein Irrtum unterlaufen: Bezug genommen wird in dem Artikel auf eine Notiz der „KVZ" des KBW (Nr. 36, 11.9.), worin eine angebliche Resolution zweier Einheiten der portugiesischen Militärpolizei (PM) zitiert wurde, die sich indirekt gegen die Befreiungsorganisation des angolanischen Volkes, MPLA, richtete. In dem Artikel in AK 69 wird dazu behauptet, diese angebliche Resolution sei eine *„Fälschung der provokatorischen Gruppe MRPP"* gewesen, die am folgenden Tag von einer Vollversammlung der PM korrigiert worden sei.

Hier haben die Genossen etwas durcheinander gebracht. Zwar ist es tatsächlich passiert, daß eine von der MRPP „manipulierte" Versammlung der PM am folgenden Tag von einer Vollversammlung der PM verurteilt und für null und nichtig erklärt wurde (MRPP war zu dieser Versammlung mit irgendwelchen von ihr kontrollierten „Basisorganisationen" aufgekreuzt und hätte so die „Abstimmungen" für sich entschieden). Dies geschah jedoch erst am 10./11. September, während die in der „KVZ" erwähnte angebliche Resolution schon vom 26. August stammen soll.

Richtig ist allerdings, daß schon in der Zeit v o r dem 10./11.9. die MRPP offenbar ständig versucht hat, Versammlungen der PM in ihrem Sinn zu manipulieren. In AK 67 (S. 7) wurde hierzu aus der Zeitung der ORPC/ML-UDP, „A Causa Operaria", vom 19.9. folgendes zitiert: **„Was gewöhnlich auf Versammlungen der Militärpolizei geschah, war folgendes: Die Versammlungen begannen mit hunderten von Soldaten. Dann fing MRPP an, lange Reden zu halten, bis nur noch 30 Soldaten da waren. Schließlich, am Ende der Veranstaltung, ließen sie die Resolutionen mit ihren Parolen abstimmen".**

In AK 67 wurde daran die naheliegende Vermutung geknüpft, daß auch die in der „KVZ" zitierte angebliche Resolution vom 26.8. wahrscheinlich auf diese Weise zustandegekommen ist, da sie ihrem ganzen Inhalt nach der allgemeinen Linie unter den fortschrittlichen Soldaten (Unterstützung der MPLA!) total entgegenläuft (vergl. zuletzt Erklärung der Nationalen Delegiertenversammlung der Marine-Rekruten zugunsten der MPLA, siehe AK 69, S. 2). Die Darstellung der Sache in AK 69 ist aber offenkundig unrichtig.

Solche Irrtümer können passieren. Wesentlich ist nur, daß man sie richtigstellt. Vom KBW und seinem Lügenblatt „KVZ" unterscheiden wir uns gerade dadurch, daß dieser seine ständigen „Irrtümer" fast nie korrigiert, in Wahrheit also nicht bloß „irrt", sondern offensichtlich bewußt l ü g t.

Die „KVZ" betreibt eh schon eine stinkbürgerliche, durch und durch verlogene „Informations"politik, wenn sie ihren Lesern zwar die angebliche PM-Resolution vom 26.8. zur Kenntnis brachte (die den Thesen des KBW zu Angola entsprach), aber bis heute die Solidaritätserklärung u.a. der FRELIMO Mosambiks und der PAIGC Guinea-Bissaos total v e r s c h w i e g e n hat (weil sie den Thesen des KBW ganz und gar nicht entsprechen!). Das alles auch noch unter der heuchlerischen Devise: „Wir mischen uns nicht in die inneren Angelgenheiten Angolas ein". Offenbar zählt für den KBW die Meinung einer – zudem wahrscheinlich von MRPP „manipulierten" – Versammlung portugiesischer Soldaten mehr als die Meinung der afrikanischen Befreiungsbewegungen? Daß die „KVZ" es bis heute verschmäht hat, auch nur e i n e Erklärung der MPLA im Wortlaut oder wenigstens sinngemäß wiederzugeben, vervollständigt das Bild dieser „Volkszeitung" mit Scheuklappen! Die angebliche PM-Resolution wurde dagegen im vollen Wortlaut und auf der ersten Seite der „KVZ" gebracht! ...

„Selbstverständlich" ging die „KVZ" auf den Artikel in AK 67 und das Zitat aus „A Causa Operaria" wiederum mit keinem Wort ein, obwohl der KBW die ORPC/ML-UDP ansonsten ganz gern als so eine Art „Bruderpartei" hinstellt. Lediglich in der Hamburger Ortsbeilage der „KVZ" (Nr. 42) wurde etwas zu dem Artikel gesagt. Und zwar, wie kaum anders zu erwarten, wieder mit Hilfe einer plumpen Fälschung: Aus dem „gewöhnlich" (habitualmente) im Zitat von „A Causa Operaria" (*„Was g e w ö h n l i c h auf den Versammlungen der Militärpolizei geschah ..."*) wurde in der „KVZ"-Ortsbeilage ein „häufig" gemacht (*„Es s o l l h ä u f i g e r vorgekommen sein ..."*). Dementsprechend wird behauptet, es sei von uns „eine schlichte Unterstellung", dies auch auf die angebliche Resolution vom 26.8. zu beziehen. – Dazu läßt sich nur feststellen, daß der KBW hier mal wieder mit der bei ihm nicht bloß „häufigen", sondern durchaus „gewöhnlichen" Methode des politischen Betrugs gearbeitet hat. Nebenbei bemerkt sind in der „KVZ"-Ortsbeilage aus der MRPP nicht näher definierte „Splittergruppen" geworden. ●

Ein Genosse
der Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Roberto (FNLA) sagt, worum es geht !

Am 10. 11. 75 wurde in verschiedenen bürgerlichen Zeitungen ein Interview mit Holden Roberto (FNLA-Chef) veröffentlicht.

(Berichterstatter ist der Journalist Peter Hornung).

Aus diesem Interview wollen wir einige Passagen wörtlich zitieren.

Kaum besser kann deutlich werden, in welch guter Gesellschaft sich bestimmte Leute befinden, wenn sie von der „Gleichberechtigung" der drei „Befreiungsbewegungen" in Angola schwafeln.

Roberto führt u. a. aus:

„ ...Es geht nicht um die persönlichen Machtgelüste afrikanischer Politiker, wie es in einigen westlichen Zeitungen stand. In Angola findet gegenwärtig ein ideologischer Krieg statt. Meine Bewegung führt einen antikommunistischen Kampf. Wir wollen nicht die Unfreiheit unter den Portugiesen gegen die noch viel schlimmere Unfreiheit des Kommunismus der Sowjetmacht einhandeln." ... Stärkster Partner der FNLA ist das große Nachbarland Zaire. Präsident Mobutos Armee wiederum beliefert die USA und Frankreich. Optimistisch bilanzierte Holden Roberto: **„Wir haben mittlerweile die gleichen modernen Waffen wie der Gegner. Aber sie kommen nur auf Umwegen zu uns. Moskau engagiert sich ganz offen in Angola. Es macht kein Hehl daraus, wie wichtig dieses Land für seine globale Strategie ist. Der Westen handelt allenfalls hinter den Kulissen. Warum bekennt er sich nicht offen zur FNLA? Warum sagt er nicht, diese Bewegung verteidigt die Interessen des Westens in Afrika?"**

Zur OAU:

„Ich glaube nicht, daß die Kommissionen der OAU, die gegenwärtig Angola bereisen, eine friedliche Lösung herbeiführen können."

Zur Teilung Angolas:

„Dem Gedanken einer Dreiteilung des Landes widersetze ich mich ganz entschieden. Die Kommunisten würden diese Dreiteilung nur als willkommene Atempause benutzen, um bei günstiger Gelegenheit das übrige Angola zu okkupieren. Das Schicksal Südvietnams ist nur in allzunaher Erinnerung. (!)

Zur „Einmischung von Aussen":

Verbitterung war auch zu spüren, als der afrikanische Antikommunist auf Südafrika zu sprechen kam: **„Die Regierung in Pretoria stellt ihre neutrale Haltung heraus. Sie könnte ihr schlecht bekommen, wenn die MPLA siegen sollte. Sie hätte dann einen neuen Todfeind an ihrer Nordgrenze stehen."**

Deutlicher geht's nimmer. Und das „aus berufenem Munde"! ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

... Die MPLA ist eine unbesiegbare Kraft, die Hoffnung aller Angolaner, die politisch-militärische Grundlage für die Erlangung unserer Unabhängigkeit. Im Bewußtsein der Männer und Frauen unseres Landes und in der Haltung der Kinder und Greise herrscht das sichere Wissen, daß wir die Unabhängigkeit für unser Land erlangen werden, und daß wir schließlich diese heroische Phase unserer Geschichte hinter uns lassen werden. Der lange Kampf, den wir führen, kann nach allen Wechselfällen nur zum vollständigen Sieg unseres Volkes führen.

Agostinho Neto am 30.3.73

MPLA



VITÓRIA CERTA
DER SIEG IST GEWISS

Anfang August hatten wir Gelegenheit, ein ausführliches Gespräch mit dem „Koordinator der MPLA-Gruppen in der BRD" zu führen. Der vorliegende Text („Geschichte und Kampf der MPLA") ist eine Zusammenfassung wesentlicher Teile dieses Gesprächs. Er ist vom verantwortlichen MPLA-Genossen durchgesehen und authorisiert worden.

Der Text beleuchtet wesentlich die Hintergründe der Entwicklung der Auseinandersetzungen in Angola und ist somit als Zusatzlektüre zur aktuellen Berichterstattung im ARBEITERKAMPF zu begreifen.

Seit dem Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialregimes sind folgende ausführliche Artikel zu Angola in unserer Presse erschienen:

AK 55: „Angola: Unabhängigkeit oder Neokolonialismus?" Einschätzung der „Übergangsregierung", die bis zum Tag der Unabhängigkeit am 11. November 75 gebildet werden soll. Die Interessen der Imperialisten in Angola.

AK 58/59: „Grauenhaftes Massaker in Angola".

AK 60: „Angola: Imperialistische Söldnerhorden mit Kurs auf Bürgerkrieg": Wie die Imperialisten den Generalangriff auf die sozialistische Befreiungsorganisation MPLA und damit auf die Befreiung Angolas vom Kolonialismus und Neokolonialismus vorbereiten.

AK 61: Angola: Eskalation reaktionärer Gewalt – Greueltaten der FNLA, UNITA in der Doppelrolle, portugiesische „Neutralität".

AK 62: „Generalstreik und Massenmord": Politische Forderungen des Generalstreiks zeigen Sympathie der kämpfenden Arbeiter mit der MPLA ... Die FNLA-Armeen greifen das erdölreiche Cabinda an. MFA duldet die Konterrevolution. „Angola Solidarität: FNLA, UNITA, Mobuto – Mörder!" Die portugiesische Linke demonstriert am 16. Juni in Lissabon ihre Solidarität mit der MPLA.

AK 64: „Angola: MPLA vertreibt Mörderbanden aus Luanda".

AK 65: „Angola: MPLA zeigt ihre Stärke".

AK 66: „Jetzt kämpfen auch südafrikanische Faschistentruppen in Angola", „Keine Einheit mit dem Klassenfeind" (Text aus „Vitoria Certa" – Zentralorgan der MPLA). „Deserteure der FNLA berichten", „KBW zu Angola: Astreiner Rassismus!".

Im Anhang haben wir einige Leitartikel aus MPLA-Zeitungen, die von uns übersetzt wurden, dokumentiert, um unseren Lesern einen Eindruck von der Agitations- und Propaganda-Arbeit der MPLA in Angola selbst zu vermitteln.



Azevedo-Regierung verweigert MPLA die Anerkennung

PPD und PS zeigen Kolonialistenmentalität

Die Ausrufung der Volksrepublik Angola am 11.11. in Luanda durch die MPLA ist von den Revolutionären aus aller Welt und insbesondere von der portugiesischen Arbeiterlinken mit Begeisterung und solidarischer Anteilnahme begrüßt worden. Dem gegenüber steht der Versuch der reaktionären 6. Provisorischen Azevedo-Regierung, die revolutionäre Entwicklung sowohl in Portugal als auch in Angola nach Kräften zu verhindern.

In diesem Sinn sagte zynisch der portugiesische Hochkommissar für Angola, Cardoso, anläßlich der Niederlage eines der brutalsten und unmenschlichsten Kolonialkriege in Afrika (einen Tag vor der Unabhängigkeit des Landes), Portugal ziehe *„ohne Schuldgefühle und Scham"* aus Angola ab, Portugal sei *„stolz auf sein Werk"*!! Cardoso, der Phrasen über die Übergabe der Macht an das angolanische Volk drosch – er erwähnte die MPLA mit keiner Silbe! – „bedauerte", die Macht nicht an die drei „Unabhängigkeitsbewegungen" in Form einer Koalitionsregierung übergeben zu können (nach „SZ" vom 11.11.75).

Damit wurde noch einmal deutlich, daß die 6. provisorische Azevedo-Regierung die MPLA um den Preis der Anerkennung einer „Versöhnung" mit den Marionetten der Imperialisten zu zwingen gedachte. Als diese Rechnung nicht aufging, versuchten die Kolonialisten die MPLA auf andere Weise zu schwächen. Nach seiner Rückkehr von den Unabhängigkeitsfeiern in Luanda verurteilte T. Pereira (Politische Leitung des MES) die *„empörende Zerstörung aller Arten von Kriegsmaterial und Lebensmittel durch die portugiesischen Streitkräfte, die bei ihrem Abzug alles zerstörten, was sie nicht mitnehmen konnten"*. Dagegen seien in den von der FNLA besetzten Gebieten die Kasernen den imperialistischen Kräften unversehrt „übergeben" worden (nach „Republica", 17. Nov. 75)

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß an den Unabhängigkeitsfeiern in Luanda am 11.11.75 kein Vertreter der portugiesischen Regierung anwesend war. Die Azevedo-Regierung ging sogar so weit, die Unabhängigkeitsfeier gezielt zu sabotieren:











Azevedo: „Die portugiesische Regierung erkennt die vier Befreiungsbewegungen als die einzig legitimen Vertreter des angolanischen Volkes an!"

Auf Einladung der MPLA sollte ein von der TAAG (der angolanischen Fluggesellschaft) gechartertes Flugzeug 68 Ehrengäste nach Luanda bringen, damit sie an den Feiern zur Unabhängigkeit teilnähmen.Es handelte sich dabei u.a. um führende Genossen der portugiesischen revolutionären Organisationen MDP/CDE, PRP, LUAR, um Delegationen aus Rumänien, Nordkorea, Nordvietnam und des Weltfriedensrates. Als das Flugzeug bereits unterwegs war, rief der portugiesische Transportminister Walter Rose (PS!!) bei der TAP (portugiesische Luftgesellschaft) an und teilte der Verwaltung mit, Luanda würde bombardiert werden. Daraufhin wurde das Flugzeug per Funk nach Lissabon zurück beordert (nach „A Capital", 11.11.)

Mit ihren konterrevolutionären Maßnahmen gegenüber der MPLA setzt sich die 6.Prov. Regierung in offenen Gegensatz zur großen Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter, Soldaten und der gesamten Linken Portugals. Die fortschrittlichen Zeitungen Lissabons erhielten eine sehr große Zahl von Kommuniques und Stellungnahmen zur Unterstützung des angolanischen Volkes und seiner revolutionären Avantgarde, der MPLA. (Die Zeitungen werden von diversen politischen Organisationen der Linken, von Arbeiter- und Bewohnerkommissionen, von Gewerkschaftskommissionen usw. herausgegeben. Uns liegen allein 53 (!) solcher Resolutionen aus den linken portugiesischen Zeitungen „Republica", „A Capital" und „Diario de Noticias" vor! Sie legen ein beredtes Zeugnis vom hohen internationalistischen Bewußtsein des kämpfenden portugiesischen Volkes ab. So schrieb die portugiesische Metallarbeitergewerkschaft:

„Die Nationale Föderation der Metallarbeitergewerkschaften, die ca. 200-tausend Metallarbeiter vertritt, grüßt brüderlich und revolutionär das Märtyrer- und Brudervolk von Angola, das in wenigen Stunden unter der Fahne der MPLA zur Unabhängigkeit gelangt.

Wir grüßen den heroischen Kampf des angolanischen Volkes, das jahrhundertelang unterdrückt und ausgebeutet wurde, wir grüssen die Volksbewegung zur Befreiung Angolas (MPLA), den revolutionären Vertreter des angolanischen Volkes, wir grüssen das freie, unabhängige und fortschrittliche Angola, das auf dem Weg zur Gesellschaft ohne Ausbeuter und Ausgebeutete ist" („Diario de Noticias", 11.11.)

Die Mehrzahl der Resolutionen fordert die 6. Provisorische Regierung auf, die MPLA als einzige legitime Vertreterin des angolanischen Volkes anzuerkennen, so auch die Einheitsgewerkschaft Intersindical: *„die Nationale Intersindical (. . .) fordert von der VI. Provisorischen Regierung und vom Revolutionsrat die Garantie für die Anerkennung der MPLA als einzigen legitimen Vertreter des angolanischen Volkes"* („A Capital", 11.11.75)

Für die in der FUR zusammengeschlossene revolutionäre Linke, wie auch für die revisionistische PCP ist die alleinige Solidarität mit der MPLA eine nicht zu diskutierende Selbstverständlichkeit. Hervorgehoben wurden in der linken portugiesischen Presse die Solidaritätsadressen der Nationalen Politischen Kommission des MES, der FSP und PRP-BR. Die angolanische Zeitung „Diario de Luanda" druckte ein Kommunique der FUR in voller Länge ab, die erste Seite enthielt ein Interview mit Carlos Antunes von der PRP-BR. Beispielhaft für die FUR wollen wir die Stellungnahme der PRP-BR zitieren:*„Wir betonen gegenüber dem angolanischen Volk, daß die größte Solidarität, die wir ihm zeigen können, die ist, in unserem Land die sozialistische Revolution zu machen; aber darüberhinaus ist es möglich, schon jetzt Formen der konkreten Solidarität zu finden, wie zum Beispiel technische Unterstützung und Bekanntmachung des Kampfes des angolanischen Volkes."* („Republica", 17. 11.)

In ähnlicher Weise wird von zahlreichen Arbeiter-, Soldaten- und Bewohnerkommissionen etc. die Solidarität mit dem angolanischen Volk und der MPLA aufgefaßt: Revolutionärer Sturz der arbeiterfeindlichen Azevedo-Regierung,um den Weg freizumachen für die bedingungslose Unterstützung der angolanischen Revolutionäre:

„...gleichzeitig versichern wir, daß das portugiesische Volk die gegenwärtige Regierungspolitik, die gegen das Volk gerichtet ist, zu überwinden und in Zukunft Bande der Zusammenarbeit und der Freundschaft zu schaffen wissen wird, die jetzt bedroht sind". (Aus der Botschaft der Fischer von Peniche an das angolanische Volk, „A Capital", 11. 11.)! ●

Afrika-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

KBW zu Angola

Weiter in den Sumpf

Bei seiner Verleumdungskampagne gegen die angolanische Befreiungsbewegung, die MPLA, hat sich der KBW eine neue Variante ausgedacht: Er ist in das Kostüm eines „besorgten Freundes" der MPLA geschlüpft, um seine Lügen und hanebüchenen „Ratschläge" besser verkaufen zu können.

In der „KVZ" des KBW vom 20. November ist zu lesen: *Gerade wer – wie der KBW – die Verdienste der MPLA im Befreiungskampf des angolanischen Volkes immer gewürdigt und ihr seine Sympathie bekundet hat, muß ihren Verzicht auf eine Politik der nationalen Einheit bedauern" „Gerade der MPLA, der fortgeschrittensten Befreiungsorganisation in Angola, die konsequent den bewaffneten Volkskrieg geführt hat, kommt hier besondere Verantwortung zu. Seit einiger Zeit verzichtet sie ausdrücklich auf eine solche Politik, verstärkt so ebenfalls die Möglichkeiten der Einmischung und bringt sich in eine Lage, wo sie auf Gedeih und Verderb sich der Sowjetunion in die Hand liefern muß".*

Diese scheinheiligen Worte stehen in krassem Widerspruch zu den bisherigen Äußerungen des KBW:

1. Der KBW hat es bisher stets abgelehnt, zwischen den „drei Befreiungsbewegungen" Angolas (er bezeichnet auch die pro-imperialistischen Truppen der FNLA und UNITA als „Befreiungsbewegungen"!) zu differenzieren und Sympathie für eine von ihnen zu bekunden.
2. Der KBW hat bisher immer behauptet, daß „alle drei Befreiungsbewegungen die Einheit wollen", und daß nur die „Supermächte" – vor allem die Sowjetunion – dafür verantwortlich seien, daß aus der „Einheit" bisher nichts geworden ist. Nunmehr behauptet der KBW jedoch, es sei die MPLA selbst, die „ausdrücklich (?!) auf eine Politik der nationalen Einheit verzichtet".

Was der KBW sich damit geleistet hat, ist noch um einiges schweinischer als seine bisherigen Äußerungen zu Angola. Wenn der KBW ehrliche Sympathien für die MPLA hätte, so würde er eine derart schwerwiegende Behauptung wie „Verzicht auf eine Politik der nationalen Einheit" zumindest zu beweisen versuchen. Von Beweisen für diese Anschuldigung ist aber in der „KVZ" und beim KBW insgesamt nichts zu finden. Der KBW bekundet also auf der einen Seite sch(w)einheilig seine Sympathie und Unterstützung für die MPLA, wirft ihr aber zugleich – ohne die geringste Spur von Tatsachen! – vor, nicht genug (oder überhaupt nichts) für die „nationale Einheit" zu tun.

Der KBW ist nicht in der Lage, seine Behauptung durch Tatsachen zu untermauern, daß für die MPLA eine „Einheit" mit FNLA und UNITA möglich und sinnvoll wäre. Die Erklärungen der MPLA, daß es sich bei FNLA und UNITA nicht um Befreiungsbewegungen handelt, sondern um konterrevolutionäre, proimperialistische Marionetten-Organisationen, hat der KBW gar nicht zur Kenntnis genommen. Stattdessen hat er diese Kennzeichnung von FNLA und UNITA lügenhaft als angebliche Erfindungen der Sowjetunion oder des „KB-Nord" diffamiert. Mit dem Wahrheitsgehalt dieser Kennzeichnung hat sich der KBW niemals auseinandergesetzt.

Im Gegenteil! Zustimmend zitiert die „KVZ" eine demagogische Erklärung von UNITA-Chef Savimbi: Die UNITA sei gezwungen, weiße Söldner zu beschäftigen, da auf Seiten der MPLA sowjetische und kubanische Soldaten kämpfen würden. Diese Demagogie macht sich der KBW voll zu eigen. In der „KVZ" vom 27. November wird sogar so getan, als sei die „Einmischung der Sowjetunion" (d. h. deren Hilfe für die MPLA) erst der Grund für den US-Imperialismus, sich nun seinerseits „mit Angola zu befassen".

Soweit also der pro-imperialistische Charakter von FNLA und UNITA offensichtlich ist (z. B. Waffenhilfe aus imperialistischen Staaten, Beteiligung faschistischer weißer Söldner an den Kämpfen, Invasion südafrikanischer Truppen an der Seite von UNITA/FNLA), wird dies vom KBW als Ergebnis der sowjetischen „Einmischung" und der angeblich falschen Politik der MPLA hingestellt. Und diese Leute wollen in der Maske von „besorgten Freunden der MPLA" auftreten. Ganz schön zynisch!

Diese „besorgten Freunde der MPLA" haben ja noch nie die Einschätzung der Lage durch die MPLA veröffentlicht und sich damit auseinandergesetzt, wenn sie ihr schon nicht zustimmen. Dafür wird jedoch in der „KVZ" vom 20. November breitestens eine rein demagogische Erklärung der UNITA wiedergegeben, in der diese scheinheilig über die ausländische Einmischung klagt – gleichzeitig aber bekundet, sie hätte **„nicht die geringsten Skrupel, die Unterstützung durch weiße Söldner anzunehmen"** (in erster Linie portugiesische Faschisten und Südafrikaner!).

Unehrlichkeit und Scheinheiligkeit sind die einzigen „Prinzipien" des KBW und der „KVZ" in ihren Kommentaren zu Angola. Da heißt es denn in der „KVZ" vom 27. November: *„Ganz Afrika äußert sich zu dieser Auseinandersetzung und bezieht Stellung. Alle diese Stellungnahmen sind Ausdruck der Tatsache, daß diese Nation sich ihre Unabhängigkeit vom Imperialismus, diese Staaten ihre Selbständigkeit gegenüber dem Imperialismus erkämpft haben und weiter erkämpfen".*

Witzigerweise zitiert die „KVZ" jedoch unter diesem Motto *(„Ganz Afrika äußert sich"...)* ausschließlich Stellungsnahmen von Staaten, die sich für eine „Regierung der nationalen Einheit" in Angola aus den „drei Befreiungsbewegungen" eingesetzt haben. Nicht zitiert werden in der„KVZ" jedoch sämtliche fortschrittlichen Staaten und Befreiungsbewegungen Afrikas, die die MPLA-Regierung anerkannt haben, die die MPLA unterstützen und die die vom KBW sogenannten „Befreiungsbewegungen" FNLA und UNITA unmißverständlich als Marionettentruppen des Imperialismus verurteilt haben. Die „KVZ" ignoriert also die Stellungnahmen gerade der fortschrittlichsten afrikanischen Staaten und Befreiungsbewegungen, die der Parole von der „Einheit der drei Befreiungsbewegungen" eine klare Abfuhr erteilt haben. Dafür zitiert sie reaktionäre Staaten wie z.B. Tunesien und Mauretanien (deren Haltung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker kommt in ihrer Absicht zum Ausdruck, sich die Westsahara zu teilen!); sie zitiert ein vom rassistischen Südafrika weitestgehend abhängiges Land wie Botswana (ehem. Betschuana-Land) etc. Diese Stimmen werden in der „KVZ" auch noch als *„ganz Afrika"* ausgegeben und mit dem Prädikat der *„Unabhängigkeit vom Imperialismus"* versehen.

Kein Weg führt jedoch daran vorbei, daß gerade diejenigen Staaten und Bewegungen, die den größten Beitrag zum antiimperialistischen Kampf und zum sozialen Fortschritt leisteten und leisten, eine genau entgegengesetzte Position vertreten wie der KBW – sie unterstützen die MPLA.

Der KBW kann nicht erklären, warum sämtliche afrikanische Befreiungsbewegungen die MPLA „einseitig" unterstützen; warum Staaten wie Nord- und Südvietnam sowie Korea die MPLA-Regierung anerkannt haben. Sie alle befinden sich ja nach Meinung des KBW auf dem falschen Weg. Recht haben dagegen nach Meinung des KBW die reaktionären Staaten, die die MPLA zu einem Pakt mit FNLA und UNITA, das heißt faktisch zur Preisgabe des Befreiungskampfes zwingen wollen. Da der KBW diesen Widerspruch nicht erklären kann, verschweigt er ihn entweder völlig oder geht jedenfalls nicht inhaltlich darauf ein.

Es ist die makabre Situation eingetreten, daß eine Befreiungsbewegung, die MPLA, einen Kampf auf Leben und Tod gegen den mörderischen Würgegriff reaktionärer, offen antikommunistischer Organisationen zu führen hat; daß an der Spitze der reaktionären Truppen faschistische weiße Söldner u.a. der portugiesischen Kolonialarmee und der Terror-Bande ELP (‚Portugiesische Befreiungsarmee') mordend und zerstörend durchs Land ziehen; daß an der Seite dieser Truppen das südafrikanische Rassisten-Regime in Südangola eingefallen ist; daß der Imperialismus offen mit einer Intervention droht; daß sämtliche antiimperialistischen Bewegungen und Staaten der Welt (mit der traurigen Ausnahme von China und Albanien) klar für die MPLA Stellung nehmen... – und daß es dann „Linke" gibt, die es fertig bringen, von einem Kampf zwischen „rivalisierenden Befreiungsbewegungen" zu reden und eine Hetzkampagne gegen die Waffenlieferungen zu führen, die für das Überleben gerade der einzig wirklichen Befreiungsbewegung lebensnotwendig sind.

Immer deutlicher führt die Politik dieser Art von „Linken" direkt an die Seite von Imperialismus und Reaktion. Und es ist kaum zu hoffen, daß Angola das einzige und letzte Beispiel dieser Art bleiben wird. ●

ZANU, Zimbabwe: Kampf den Faschisten und schwarzen Verrätern

Durch die revolutionären Siege der Völker im südlichen Afrika (Mozambique, Angola) sieht sich das weiße Faschistenregime in der Republik Südafrika (RSA) mehr und mehr dazu gezwungen, seine Taktik gegenüber direkten Nachbarländern zu ändern. Ziel dieser neuen Politik ist es, sowohl in Zimbabwe als auch in Namibia durch die Hereinnahme schwarzer Kompradoren in die Regierung und einiger anderer kosmetischer Korrekturen eine gewisse soziale Basis unter den Schwarzen zu finden und die aussenpolitische Isolierung zu brechen.



Kämpfer der ZANLA, des bewaffneten Teils der ZANU.

In Zimbabwe scheint sich ein gewisser „Erfolg" dieser Politik anzubahnen: *„Der rhodesische Nationalistenführer Joshua Nkomo (Führer der ZAPU) hat mit den Regierungen Rhodesiens, Südafrikas und Sambias ein Abkommen über die Beilegung des Rhodesienkonfliktes erzielt, das am 23. Dezember verkündet werden soll."*

Die Interessen der RSA-Faschisten an einer „friedlichen" Lösung treten offen zu Tage:

– *„Von Vorster (RSA-Präsident) heißt es, er sei daran interessiert, daß Nkomo bald eine hohe Regierungsfunktion in Salisbury übernehme, weil er langfristig sichergehen wolle, einen friedlichen und stabilen rhodesischen Pufferstaat zwischen dem von einer weißen Minderheit regierten Südafrika und den schwarzafrikanischen Staaten zu haben."* („SZ", 21.11.75).

Bei dieser „friedlichen" Lösung hat auch die Regierung von Sambia ihre Hand im Spiel (siehe AK 67).

– Der Präsident von Sambia hat zugesichert, daß er für eine „friedliche" Lösung *„die Zustimmung der OAU einholen wolle."*
– *„Die Regierung Sambias werde*
– *„Die Regierung Sambias werde die militanten ANC-Leute* (im wesentlichen ZANU-Mitglieder; die Red.) *weiterhin festhalten und nur freilassen, wenn sie dem neuen Regime in Rhodesien Loyalität versprächen."*
– *„... im Rahmen dieser Paketlösung werde Sambia dann einen langfristigen und massiven zinslosen Kredit von Südafrika erhalten."*(!) (alle Zitate aus SZ vom 21.11.75)
– *„Nach vielen Versuchen, den Verfassungsdisput friedlich beizulegen, ist Smith* (Zimbabwe/Rhodesien) *jetzt in Verhandlungen mit der von Joshua Nkomo geführten Fraktion des ANC getreten, die wohl auch die Unterstützung Kaundas* (Sambia) *und Vorsters* (RSA) *genießt."* (FAZ, 11.11.75)

Nkomos ANC – Eine Partei mit dem Segen der weißen Faschisten

Ende August fanden zwischen den weißen Faschisten und dem ANC (eine Vereinigung schwarzer Widerstandsorganisationen) „Verfassungsgespräche" statt.

Diese verliefen erfolglos, da die Faschisten nicht bereit waren, auf die Forderungen der schwarzen Bevölkerung überhaupt nur einzugehen. Der revolutionäre Teil des ANC – im wesentlichen ZANU – lehnte daraufhin weitere Gespräche ab und kündigte einen verstärkten bewaffneten Kampf an (AK 67). Im Gegensatz dazu bot sich die Fraktion um Nkomo – die ZAPU – den Faschisten zu weiteren Verhandlungen an. Hierbei gaben sie die Forderung nach Volksabstimmung („Ein Mann – eine Stimme") und „sofortiger Mehrheitsregierung" der schwarzen Bevölkerung auf. Stattdessen stand für Nkomo und die ZAPU nur eine Regierungsbeteiligung und eine allmähliche Teilung der Macht (50:50 – bei einem Bevölkerungsanteil der Schwarzen von über 90%) zur Debatte.

Diese Politik konnte im ANC nicht durchgeführt werden. Die Fraktion um Nkomo wurde ausgeschlossen. (Wir berichteten hierüber ausführlich im AK 67 und 68)

Am 27. September wurde daraufhin von der Nkomo-Fraktion die „Inland-ANC" gegründet.

Diese Gründung fand auf einem Kongreß statt, der im faschistischen Südafrika seinesgleichen sucht:

– Eigens für den Kongreß wurden in Zimbabwe die Gesetze aufgehoben, die es Schwarzen verbie- in Zimbabwe die Gesetze aufgehoben, die es Schwarzen verbie-ten, sich zu versammeln.
– Der Kongreß wurde von der weissen Regierung mit ca. 200.000 DM unterstützt.
– Die Regierung stellte drei Sonderzüge zur Verfügung, um alle Nkomo-Getreuen zum Kongreß zu transportieren.
– 300 bis 400 Leute unter den Delegierten waren vom „Rhodesian Special Branch" (dem Geheimdienst), sowie Polizisten mit ihren Frauen.
– Die Verpflegung der Delegierten wurde in den Gefängnissen der Stadt Salisbury gekocht und mit Gefängniswagen antransportiert.
– In den städtischen Bezirken forderte die Polizei, in den ländlichen die Distrikt-Kommissare, die Schwarzen auf, zu dem Kongreß zu gehen. Diejenigen, die nicht teilnahmen, wurden eingeschüchtert oder verhaftet.
– Über Teilnehmerzahlen durfte nur berichtet werden, wenn man die Zahlen d. Polizei veröffentlichte.

Auf diesem „sauberen" Kongreß ernannte sich Nkomo dann zum Führer des „Inland-ANC".

Diese Organisation wurde dann auch von der Smith-Regierung prompt anerkannt.

Verhandlungen über die Verfassung und eine Regierungsbildung unter Beteiligung von Mitgliedern des „Inland-ANC" konnten nun aufgenommen werden.

Die Faschisten hatten sich so die Möglichkeit geschaffen, im Inland und im Ausland den Menschen vorzugaukeln, es würden tatsächliche Verhandlungen mit den Schwarzen in Zimbabwe geführt, die zum Ziel hätten, einen friedlichen Übergang zu einer Mehrheitsregierung zu schaffen! Daß gerade Nkomo sich zum Sprecher der Spalter und zum Kollaborateur machte, ist für den Widerstand in Zimbabwe nichts Neues:

– Bereits Anfang der fünziger Jahre arbeitete er als damaliger ANC-Präsident von Bulawayo mit den englischen Imperialisten zusammen, deren Ziel es war, Süd- und Nordrhodesien und Njassaland in einer Föderation zusammenzufassen, um eine *„ökonomischere weiße Herrschaft"* im südlichen Afrika zu errichten:

„Nkomo hoffte auf eine Liberalisierung und akzeptierte gegen den Willen der AAC (Zusammenschluß der Widerstandsorganisationen in diesen Ländern; die Red.) *Huggins Einladung zu einer Teilnahme an einem Kongreß nach London."* (Angaben aus „betrifft: Rhodesien" *einem Kongreß nach London."* (Angaben aus „betrifft: Rhodesien" edition mega; Februar 1975)

– Bei der Abspaltung der ZANU von der ZAPU 1963 wurde Nkomo – er war Präsident der ZAPU – von der Mehrheit seiner Organisation vorgeworfen, einer *„Politik der Konfrontation auszuweichen und eine mangelnde politische Perspektive"* zu haben.

Weitere Kritikpunkte waren *„seine häufigen Auslandsreisen und die Verlegung der Exekutive ins Ausland, weil dadurch der Kontakt der Partei zu Massen verloren gingen."* (Angaben aus „betrifft: Rhodesien")

Daß sich die Revolutionäre durch das Spaltungsmanöver der Nkomo-Fraktion nicht täuschen lassen werden, wird aus einer Erklärung des ANC vom 15.10.75 deutlich:

– Der Spalterkongress bedeute, *„daß die Revolution zugunsten der Evolution zurückgewiesen wird, welche gerade Smith und Vorster wollen."*
– *„Es muß daher jedem klar sein, daß die ‚Entente Cordiale' zwischen dem Smith-Regime und der Nkomo-Splittergruppe nichts anderes bedeutet als die Eröffnung eines neuen Stadiums in der Entwicklung des Widerspruchs zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten in Zimbabwe. Wir werden selbstverständlich den bewaffneten Kampf, den wir führen, fortsetzen."*
– *„Jede politische Organisation, die revolutionäre Unabhängigkeit auf einem anderen Wege als durch den revolutionären Krieg erreichen will,* (wird) *unweigerlich zu unangemessenen und reaktionären Resultaten in politischer und ökonomischer Hinsicht geführt werden. Der ANC ist nicht für derartige Resultate geschaffen worden. Der Kampf geht weiter, sowohl gegen Smith als auch gegen Nkomo und alle, die den Komplott zum Ausverkauf unserer Interessen unterstützen."* (Zitiert aus einer Information des ANC vom 15.10.75; hier stammen auch die Angaben zum „Gründungskongress des Inland-ANC" her.)



Mit dem Gewehr bis zur vollständigen Befreiung

Unter dieser Parole kämpfen die ZANU-Militanten und mit ihnen andere Menschen, die im ANC-Dachverband zusammengeschlossen sind, gegen das Faschistenregime in Zimbabwe.

Nach der Gründung des „Inland-ANC" stellte der ANC fest: *„Tausende, die früher in der ZAPU waren, sind jetzt auf unserer Seite."* (Information des ANC vom 15.10.75) Die ZANU verfügt über befreite Gebiete, die größer sind als die Schweiz. Das Operationsgebiet der ZANU ist ca. 130.000 Quadratkilometer groß. Dort wohnen 2,5 - 3 Millionen Afrikaner („Zimbabwe News", April 1974).

In Mozambique werden z.Z. 16.000 Kader der ZANU im bewaffneten Kampf ausgebildet.

Präsident Nyerere von Tansania bot der ZANU die Nutzung von vier Ausbildungslagern an, die vorher von FRELIMO benutzt waren und vier Ausbildungscamps, die vorher von MPLA (!) benutzt worden sind.

Die ZANU kann daher heute jährlich ca. 15.000 Kader im bewaffneten und politischen Kampf heranbilden! (Angaben von einem ZK-Mitglied der ZANU auf einer ZANU-Veranstaltung am 4.11.75 in Hamburg).

Auf dieser Veranstaltung berichtete der ZANU-Genosse auch über die Arbeit in den befreiten Gebieten:

– **„In den Gebieten, die von der ZANU kontrolliert werden, gibt es vier Institutionen:**

1. Das Erziehungsprogramm
Hierbei wird von uns die politische

1. Das Erziehungsprogramm
Hierbei wird von uns die politische Arbeit in den Vordergrund gestellt. Es gibt daher zwei Ebenen des Erziehungsprogramms.

Es wird zum einen das politische Bewußtsein der Menschen und der ZANU-Kader erhöht. Wir haben aber auch Schulen, wo lesen und schreiben unterrichtet wird. Wir wollen die Massen vorbereiten auf ein sozialistisches Zimbabwe. Die ganze Erziehung ist darauf ausgerichtet.

Darum gilt für uns das Prinzip, jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen.

2. Das Gesundheitswesen
Hier liegt unser Schwerpunkt in vorbeugenden Maßnahmen. Wir haben überall aktive, in medizinischer Arbeit ausgebildete, Kader, die sich um die Verwundeten kümmern und die Aufklärungsarbeit unter den Massen betreiben.

1973 konnten medizinische Kader der ZANU und FRELIMO eine Cholera-Seuche, die von den rhodesischen und portugiesischen Faschisten verbreitet worden war, innerhalb von sechs Monaten vollständig beseitigen!

3. Landwirtschaftliche Genossenschaften
Sie sind die Basis eines zukünftigen sozialistischen Zimbabwe. Es gibt bereits heute schon eine Menge von solchen Genossenschaften. Hier arbeiten die Bauern und die ZANU-Kader, um die notwendigen Nahrungsmittel für den Befreiungskampf zu schaffen.

4. Ansätze für ein Verwaltungssystem
Hier sind im wesentlichen die Volksgerichte zu nennen. Dort werden diejenigen Fälle verhandelt, bei denen sich Menschen einer Tat gegen die Revolution und gegen das Volk schuldig gemacht haben.

In den befreiten Gebieten werden die Massen in Form von kleinen Dorfversammlungen zusammengefaßt. Hier werden die Geschicke des Dorfes und seiner Bewohner diskutiert und entschieden."

Innerhalb des ANC ist die ZANU die stärkste und einflußreichste Gruppe, die den bewaffneten Kampf in Zimbabwe führt.

Die andere noch zu erwähnende politische Kraft im ANC ist der „alte" ANC, der seine hauptsächliche Betätigung darin sieht, auf internationaler, diplomatischer Ebene für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu arbeiten. Daß diese Arbeit jedoch nicht unterbewertet werden darf, ist schon daran deutlich zu sehen, daß aufgrund dieser Aktivitäten schon „manche Mark" aus sozialdemokratisch regierten Ländern (Schweden, Dänemark) dem kämpfenden Volk von Zimbabwe zugute kam.

Für die Einheit im Kampf

Die ZANU ist im Dezember 1974 in ihrer Zeitung „Zimbabwe News" auf die Frage der Einheitsfront im anti-imperialistischen Kampf eingegangen.

Hier wendet sich die ZANU gegen die „Fusion" der verschiedenen Widerstandsorganisationen Zimbabwes:

– *„Wenige Länder der Welt, wenn überhaupt einige, haben ihre Revolution ohne Spaltungen, viele Parteien und Gruppen zustande gebracht. Im Falle von Afrika hat kein einziges Land die Unabhängigkeit erreicht ohne mehr als eine nationalistische Partei während des Unabhängigkeitskampfes. Dasselbe gilt für die revolutionären Bewegungen in der Sowjetunion, der VR China, Kuba usw.*

In jedem dieser Länder passierte dasselbe: diejenige Partei, welche im Kampf die richtige ideologische und politische Linie verfolgte, welche im Kampf ausharrte, war am Ende siegreich. Warum sollte das Prinzip nicht in Zimbabwe gel- *am Ende siegreich. Warum sollte das Prinzip nicht in Zimbabwe gel-**ten? Warum sollte Zimbabwe anders sein als all diese Länder? Zimbabwes Befreiungsbewegungen zu einer Fusion zu zwingen, heißt, gegen den Lauf der Geschichte ankämpfen.......*

Die Einheitsfront, wie ZANU sie will, muß auf drei Grundprinzipien beruhen. Das erste Prinzip ist: Unabhängigkeit und Initiative. Das heißt, daß jede Partei ihre Organe behalten kann und freie Hand hat in der Entwicklung ihres speziellen Programms, im Besonderen der militärischen Aktionen.

Das zweite Prinzip ist: eine Einheitsfront muß alle anti-imperialistischen und anti-rassistischen Kräfte in Zimbabwe umfassen (....)

Das dritte Prinzip ist:
eine Einheitsfront muß sich auf der Durchführung eines bestimmten Aktionsprogramms gründen (...) alle Parteien müssen daher folgendes Minimalprogramm unterstützen:
a) das Prinzip einer Mehrheitsregierung beruhend auf „ein Mann – eine Stimme",
b) bewaffneter Kampf als wichtigstes Mittel, legaler und friedlicher Kampf erst in zweiter Linie.

Die ZANU bevorzugt ein solches Einheitsprogramm, weil es garantiert, daß der bewaffnete Kampf weitergeht und die revolutionären Strukturen und das Terrain, das gewonnen wurde, gehalten werden kann (...)."

Es gibt *„zwei Arten von Einheit",* und zwar, *die Kapitulationseinheit, die revolutionäre Einheit. Kapitulationseinheit will das Volk von Zimbabwe um jeden Preis vereinigen, ungeachtet der schrecklichen Folgen für den bewaffneten Kampf (...) Wichtig war nur, daß das Volk einen gemeinsamen Führer und eine gemeinsame Organisation hat. Diese Art Einheit ist abenteuerlich und reaktionär und muß deshalb entschlossen und nachdrücklich bekämpft werden, es ist blinde Einheit.*

Die Einheit, die ZANU unterstützt, ist revolutionäre Einheit – Einheit der Aktion. Diese Art Einheit versucht das Volk im Kampf zu vereinigen.

Wird Einheit im Kampf gefunden, lebt sie; wird sie aber durch Nachgeben erreicht, zerfällt sie. Die ZANU ist zuversichtlich, daß die Arbeiter, Bauern, Intelektuellen und Studenten Zimbabwes jeder Art von Einheit, die ihnen nicht die echte Unabhängigkeit bringt, entschlossen Widerstand leisten und die Revolution zu Ende führen werden." ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Lateinamerika aktuell

Mexiko

Ende Oktober besetzten 300 Bauern in Ciudad Obregon im Nordwesten Mexikos ein 100 ha großes Grundstück. Nach zweitägiger Besetzung gingen Polizeieinheiten gegen die Bauern vor, es gab acht Tote, 14 Verletzte, 36 Campesinos wurden verhaftet („Frankfurter Rundschau", 25.10.75).

Auf Grund der großen Empörung und des Protestes im ganzen Land mußte der Gouverneur der Provinz zurücktreten und Staatspräsident Echeverria ordnete eine *„strenge Untersuchung"* der Vorfälle an („Frankfurter Allgemeine Zeitung" 1.11.). Tatsächlich vergeht jedoch kaum eine Woche, in der es nicht zu blutigen Zusammenstößen zwischen landlosen Bauern und Polizeieinheiten kommt.

Seit fast 50 Jahren regiert in Mexiko die „Institutionelle Revolutionspartei", die sich rühmt, die erste radikale Landreform Lateinamerikas und die Losung der mexikanischen Revolution „Land und Freiheit" verwirklicht zu haben. (Von 1910 bis in die 20-er Jahre kämpften Hunderttausende von mexikanischen Bauern mit Emiliano Zapata gegen die Großgrundbesitzer und ihre Regierung.) Tatsache ist, daß es heute mehr besitzlose Bauern gibt als 1910. Rund 13 Mio. Menschen, das ist ein Viertel der gesamten Landbevölkerung, vegetieren am Rande des Existenzminimums und warten teilweise schon seit 15 bis 20 Jahren auf die Zuteilung von Land, das ihnen gesetzlich zusteht.

Peru

Am 13. Oktober besetzten Schüler der Schule „San Martin de Porres" das Gebäude des staatlichen Salzmonopols in Lima. Sie wollten damit ihrer Forderung nach Erweiterung der unzureichenden Schulräume Nachdruck verleihen. Am 22. Oktober räumte die Polizei das besetzte Gebäude, setzte Tränengas ein und nahm mehrere Schüler fest. Meldungen, daß dieser Einsatz fünf Tote und 500 Verletzte gefordert habe, wurden von der Regierung dementiert. Die Lehrergewerkschaft SUTEP und linke Organisationen solidarisierten sich mit den Schülern, es kam in den folgenden Tagen zu zahlreichen Demonstrationen und Protestaktionen in verschiedenen

solidarisierten sich mit den Schülern, es kam in den folgenden Tagen zu zahlreichen Demonstrationen und Protestaktionen in verschiedenen

Teilen Limas. Zwei Wochen zuvor streikten die Bergarbeiter der staatlichen Kupfergruben („ND", 30.10.)

Unterdessen intensivierte der neue Präsident Morales Bermudez seine Bemühungen, das Ansehen der Regierung im Volk zu stärken. *„Hemdsärmelig und in salopper Uniform versucht er auf seinen zahlreichen Besuchen im Landesinnern, die Regierung dem Volk näher zu bringen"* („Neue Zürcher Zeitung", 4.11.).

Auf einer Massenveranstaltung (!) in Puno propagierte Morales den *„reinen Sozialismus peruanischer Prägung, der unvereinbar sei mit Prinzipien, die nicht der eigenen Revolution entwachsen seien"* („Monitor", 4.11.).

Französisch Guyane

In letzter Zeit ist die Kolonie Französisch Guyane (55.000 Einwohner) mehr ins Interesse der französischen Bourgeoisie geraten. In Paris existiert ein Büro, das seit einigen Monaten Franzosen anheuert. die bereit sind, in Französisch Guyana anzusiedeln. Das zu 95% von Wald bedeckte Gebiet von der Größe Portugals ist trotz reicher tropischer Rohstoffschätze und Bodenschätze bisher kaum ausgebeutet worden.

Die französische Regierung hat geplant, *„bis Ende 1976 in Guyane mindestens 600 Millionen Francs zu investieren und damit die Voraussetzungen für jenes Mindestmaß an Wohlstand zu schaffen, das den bis heute noch vergleichsweise wenigen Nationalisten die agitatorischen Voraussetzungen für die Idee nationaler Selbständigkeit oder auch nur politischer Autonomie entziehen soll."* („SZ", 2.10.75).

Soweit zu den Lehren der französischen Imperialisten aus den Siegen von Befreiungsbewegungen aus anderen Teilen der Welt.

Die Werbung für die Besiedelung Guyanes wird von der französischen Regierung in Presse und Fernsehen mit großem Aufwand betrieben. Laut „SZ" haben sich bis Oktober 1975 etwa 16.000 Bewerber gemeldet. Es werden aber nur solche Bewerber genommen, die entweder über genügend Kapital verfügen oder qualifizierte Fachkräfte, die Erfahrungen in der Forstwirtschaft nachweisen können. Arbeitslose Arbeiter und Angestellte werden nicht genommen. Die französische Regierung will insgesamt 30.000 Menschen zusätzlich in Guyane ansiedeln. Deshalb versucht sie, mit Versprechungen wie Krediten und anderen Starthilfen zu lokken.

Die französischen Imperialisten wollen neben der Erschließung des Urwaldes und der Bodenschätze Guyanes vorrangig die Zelluloseindustrie aufbauen, deren Produktion in Zukunft den gesamten Papierbedarf Frankreichs decken könnte.

Gegenwärtig verschlingen die Einfuhr von Papier und Zellulose nach Frankreich fast zwei Millionen Francs an Devisen. Auch Fischfang, Landwirtschaft und Kleinindustrie soll in Guyane angesiedelt werden. Die riesigen Bauxitvorkommen des Landes, die im benachbarten Surinam die Haupteinnahmequelle darstellen, wurden bisher so gut wie gar nicht genutzt.

Ein wichtiger Aspekt bei den französischen Plänen ist auch die Weltraumforschung: So wurden von der guyanischen Abschußrampe in Kourou schon französische Satelliten abgeschossen. Hier soll nach den Plänen der französischen Regierung ein Zentrum der westeuropäischen Weltraumforschung entstehen.

Nicht unerheblich dürfte bei diesen Plänen sein, daß versucht wird, mit 30.000 (geplanten) Siedlern ein Gegengewicht gegen eine in der Zukunft möglicherweise aufkommende starke Unabhängigkeitsbewegung zu schaffen.

Uruguay

Ein ehemaliger uruguayischer Senator schätzte, daß im vergangenen Jahr 40 000 Menschen wegen „Verbrechen gegen den Staat" verhaftet worden sind. Über 6000 politische Häftlinge befinden sich noch in den uruguayischen Gefängnissen und KZ's, dabei hat Uruguay nur eine Bevölkerungszahl von rund 2,5 Mio. (Das heißt, die Anzahl an politischen Gefangenen im Vergleich zur Bevölkerungszahl ist mit die höchste der ganzen Welt). Brutalste Folter steht nach wie vor auf der Tagesordnung.

völkerungszahl ist mit die höchste der ganzen Welt). Brutalste Folter steht nach wie vor auf der Tagesordnung.

Trotzdem: Zur Beerdigung eines zu Tode gefolterten Mitglieds der KP Uruguays kamen über 2000 Menschen.

Vor allem die USA und Brasilien unterstützen die faschistische Militärdiktatur mit dem „zivilen Präsidenten" Bordaberry an der Spitze. Allein in diesem Jahr gewährten die USA 4 Mio. Dollar Militärhilfe! (Informationen nach „Granma" 2. 11. und „iz3w" Nr. 49).

Guatemala

Amnesty stellte in seinem letzten Jahresbericht über Guatemala fest: *„Das ernsteste Problem in der Frage der Menschenrechte in Guatemala ist weiterhin das häufige Verschwinden von Bürgern Guatemalas – spurlos – oder sie werden später tot aufgefunden, mit Anzeichen von Folterungen an ihren Leichen. In der Presse Guatemalas stehen regelmäßig Berichte über diese Fälle von Verschwinden und das Auffinden von Leichen: der letzte geheime Friedhof mit 12 Leichen wurde im Februar 1974 gefunden."* (Hervorhebungen AK) Der Bericht, der 1974 erstellt wurde, weist weiter ausdrücklich darauf hin, daß *„Polizei und Armee direkt mit den ‚Verhaftungen' zu tun"* haben.

Seit dem Sturz der demokratisch gewählten Regierung Arbenz 1954 durch reaktionäre Truppen, die der US-Blutsaugerkonzern United Brands (Früher "United Fruits") in Zusammenarbeit mit dem CIA durch eine Privatarmee aus Ex-Fremdenlegionären, Altnazis und anderem Gesindel verstärkte und bei dem die US-Luftwaffe die Stellungen der antiimperialistischen Verbände auf Seiten Arbenz bombardierte und Fallschirmjäger absetzte, wird die demokratische und antiimperialistische Bewegung in Guatemala brutal verfolgt. Alle demokratischen Reformen des Arbenz-Programms, wie u. a. die Enteignung der US-Plantagen, die Bebauung brachliegenden Landes durch Indios in eigener Verantwortung, Senkung der Pachtzinsen für die Kleinbauern, Volksbildung und -gesundheit, wurden zugunsten der uneingeschränkten Willkürherrschaft der US-Konzerne aufgehoben.

Zur Unterdrückung jeder demokratischen und antiimperialistischen Strömung stellten die Herrschenden Guatemalas eine Reihe kleiner faschistischer Stoßtrupps zusammen, die nach dem Muster der AAA (Antikommunistische Allianz Argentiniens) in enger Verbindung zum Staatsapparat Oppositionelle verfolgen und ermorden. Zunächst geht dem Oppositionellen eine „Warnung" zu, in der er aufgefordert wird, seine Arbeit als Gewerkschafter, Bauernführer oder auch demokratischer Kleinbürger, z. B. als Rechtsanwalt, der sich für die Verteidigung der Rechte der Armen einsetzt, einzustellen. Diese Drohung richtet sich gegen ihn und seine Familie und soll massiv einschüchtern. Wo das nicht gelingt, wird anschließend entführt, gefoltert und gemordet. Uns liegt eine solche „Warnung" der MANO („Nationale Organisierte Bewaffnete Bewegung") vor, in der es u. a. heißt:

„Señor:
Wir kennen Ihre kommunistischen Aktivitäten durch Rundschreiben, die Sie verschickt haben in einer hinterhältigen Art zugunsten des internationalen Kommunismus... Wir wissen aus Erfahrung, daß alle Organisationen – ob Gewerkschaften oder Genossenschaften – in die Macht der kommunistischen Führer, die in diese infiltriert sind, fallen. Wir haben die Organisation und die Kraft, um dieses zu verhindern. Es interessiert nicht, wer in diesem Kampf fällt, wenn es darum geht, unsere heilige Mission zu erfüllen: Guatemala vom Kommunismus zu befreien...
Für Ihr eigenes Wohl und das Ihrer Familie bitten wir Sie, sich das genau zu überlegen...
Von Ihrem zukünftigen Verhalten hängt es ab, ob die brutale Repression, die wir in den Departments gegen die unter der Fahne der Genossenschaften versteckten Kommunisten anwenden, auch Sie hier in der Hauptstadt erreichen wird...
Wir geben Ihnen keine weiteren Warnungen. Wenn Sie weiterleben und in Ruhe gelassen werden wollen, berücksichtigen Sie diese Aufforderung...
M.A.N.O., Comando Central"

berücksichtigen Sie diese Aufforderung...
M.A.N.O., Comando Central"

Belize

Das kleine mittelamerikanische Land Belize (135 000 Einwohner, etwa so groß wie Hessen, im Westen von Guatemala, im Norden von Mexiko begrenzt, meist „Britisch-Honduras" genannt) steht seit dem 17. Jahrhundert unter britischer Kolonialherrschaft.

Inzwischen verhandelt die britische Regierung mit Guatemala über Belizes Zukunft, denn Guatemala hat für den Fall der Unabhängigkeit Belizes mit der Invasion gedroht. Man begrüße ein Verbleiben Belizes unter britischer Vorherrschaft, da sonst *„der Weltkommunismus (!) an Boden gewinnen würde."* („FR", 7. 11. 75) Andernfalls werde einmarschiert:

„Meldungen einer internationalen Nachrichtenagentur von gestern nachmittag zufolge hat General Lucas (einer der höchsten Militärs von Guatemala; AK) *erklärt, daß die guatemaltekische Armee in Alarmbereitschaft versetzt worden war für den Fall, daß der guatemaltekische Präsident die Einnahme oder Verteidigung des Territoriums von Belize anordnet."* (Monitor-Dienst-Lateinamerika; 7. 11. 75).

Die Ansprüche von Seiten Guatemalas an Gebiete Belizes reichen bis 1859 zurück: Damals wurde Guatemala von den Briten ein Zugang durch Belize zum Karibischen Meer zugesagt. Heute verfügt Guatemala mit Puerto Barrios und Matias de Gálvez über zwei große Häfen am Atlantik (Karibisches Meer) und versucht, mit der alten Zusage Ansprüche auf ganz Belize zu stellen, wenn dies nicht mehr zum britischen Kolonialbesitz gehört. Dahinter steckt, daß es sich beim gegenwärtigen Regime um willfährige Statthalter der US-Konzerne handelt, die durch eine „Eroberung" Belizes von inneren Auseinandersetzungen ablenken zu können hoffen und gleichzeitig den US-Konzernen neue Plantagen erschließen wollen. Denn Belize verfügt über fruchtbares Land und hat heute einen breiten Küstenstreifen mit Zitrus-Plantagen.

Anscheinend ist die britische Regierung nicht bereit, Belize Guatemala zu überlassen. Britische Flottenverbände wurden in die Karibik beordert, die Truppen in Belize verstärkt.

Der mexikanische Staatspräsident Ecceveria, der außenpolitisch versucht, die Hegemonie des US-Imperialismus über Lateinamerika einzuschränken, forderte die britische Regierung auf, die Verhandlungen mit Guatemala mit dem Ziel der vollständigen Unabhängigkeit Belizes zu führen und abzuschließen. Für den Fall, daß Guatemala Belize annektiere, werde Mexiko dies nicht hinnehmen und seinerseits Gebiete Belizes beanspruchen. („NZZ", 17. 11. 75)

Letzteres kann als Druck auf Guatemala verstanden werden, um Belizes Unabhängigkeit zu ermöglichen. Es liegt aber auch im Bereich des Möglichen, daß Mexikos Drohung so interpretiert werden muß:

Wenn schon das Selbstbestimmungsrecht der Menschen in Belize mit Füßen getreten wird, dann wollen wir auch unseren Anteil der Beute eintreiben.

Surinam

Am 25. 11. wurde Niederländisch-Guayana unabhängig, der neue Staat heißt Surinam.

„In den Niederlanden ist der Unabhängigkeitstag Surinams zwar nicht mit überschwenglicher Freude, aber doch mit spürbarer Erleichterung beobachtet worden", berichtete die „NZZ" am 26. 11. 75 über die Stimmung der holländischen Regierung durchaus zutreffend. *„Spürbar erleichtert"* sind die holländischen Kapitalisten, weil die formale Unabhängigkeit Surinams sie einer Reihe von Problemen entledigt hat, wie z. B. der massenhaften Einwanderung der zuvor als holländische Staatsbürger geltenden Surinamesen – wegen des enormen Elends in Surinam – nach den Niederlanden. (In den letzten Monaten 500 pro Woche, insgesamt 150 000!)

Die Freude ist deswegen *„nicht überschwenglich"*, weil nicht ganz gesichert ist, ob die Ausbeutung der Reichtümer Surinams (Bauxit, Holz, Früchte vor allem) auch in Zukunft so reibungslos vonstatten geht, wie es bisher den niederländischen und US-Konzernen, die die gesamte Wirtschaft des Landes beherrschen, gelang. Immerhin konnte die niederländische Regierung bei den Verhandlungen um die Unabhängigkeit die Aufnahme eines Gesetzes in die Verfassung Surinams durchsetzen, daß für Verstaatlichungen eine Zweidrittel-Mehrheit vorschreibt.

(In der nächsten Ausgabe der „Internationale", Nr. 18, erscheint am 9. 12., veröffentlichen wir eine ausführlichere Analyse zur Unabhängigkeit Surinams.)

Chile

Erich Strätling wird künftig die BRD in Santiago, Chile, vertreten. Pinochet hat Strätling sofort das Agrement erteilt. („FAZ", 20. 11. 75) Strätling erfüllt anscheinend die besten Voraussetzungen für seine zukünftige Arbeit: Er war in den letzten 4 Jahren Botschafter der BRD in Pretoria, Südafrika, und hat es dort ausgezeichnet verstanden, entgegen dem erklärten Willen der afrikanischen Völker und entsprechenden UNO-Beschlüssen die Zusammenarbeit der BRD und ihrer Konzerne mit dem rassistischen Apartheid-Regime blühen und gedeihen zu lassen.

Chile – USA

Die Regierung Ford hat ihren Beamten untersagt, vor dem Senatsausschuß, der über die US-Aktivitäten in Chile Untersuchungen anstellt, auszusagen. Dieses Verbot geht auf die Initiative Kissingers zurück, der vor dem Putsch gegen die Allende-Regierung persönlich das „Komitee 40" des Weißen Hauses leitete, das für die Koordinierung der CIA-Operationen im Ausland, besonders in Chile, zuständig war. („NZZ", 18. 11. 75) In diesem Komitee wurde der Sabotage- und Boykott-Plan zur Unterminierung der chilenischen Wirtschaft ausgearbeitet. ●

Lateinamerika-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Von Hassel (CDU) bei Pinochet

Bundestagsvizepräsident von Hassel trieb sich Anfang November in Chile herum, wo er sowohl die Christdemokraten als auch die faschistischen Generäle besuchte. *„Seine Kontakte mit der Junta-Spitze verteidigte von Hassel mit dem Hinweis darauf, daß für eine ‚realistische Einschätzung' der Lage in Chile Kontakte mit dem Regime unerläßlich seien"* („Lübecker Nachrichten" (LN); 5.11.75). Nun ja, gleich und gleich gesellt sich eben gern ...

Gewisse „demokratische" Sprüche hat sich von Hassel aber dennoch abgekniffen. So hat er *„die chilenische Militärjunta gedrängt, die Demokratie im Lande wiederherzustellen und die Menschenrechte zu achten. Gegenüber Junta-Chef Pinochet hat der Politiker ferner bedauert, daß das Regime nach wie vor weitere politische Gegner ausweise."* („LN", s.o.). Natürlich quetschten sich dann die Faschisten ebenfalls ihr übliches Verslein ab: Mit Hilfe der neuen Verfassung soll die „demokratische" Ordnung wiederhergestellt werden ... blah, blah ...

14 Tage nach diesem Schauspiel wurde dann deutlich, wehalb der adlige Herr den Faschisten Pinochet gebeten hatte, er solle keine politischen Gegner mehr ausweisen. In der BRD sind sie nämlich unerwünscht, *„Bundestagsvizepräsident von Hassel hat sich gegen die Aufnahme weiterer Chile-Flüchtlinge in Schleswig-Holstein ausgesprochen. Der Politiker hat in Büsum die Aufforderung der schleswig-holsteinischen Landessynode an die Landesregierung kritisiert, eine größere Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen. Er verwahrte sich dagegen, so von Hassel, daß Anhänger des gestürzten Präsidenten Allende in die Bundesrepublik kämen und sich hier möglicherweise politisch aktiv im marxistisch-leninistischen Sinne betätigen."* („LN", 16.11.75).

Von Hassel fordert also im Klartext, die Faschisten in Chile sollten dafür sorgen, daß künftig keine politisch Verfolgten – selbst Sozialdemokraten nicht – aus Chile herauskommen. Da diese in Chile (mindestens!) ebenso unerwünscht sind wie in der BRD, wünscht ihnen der Bundestagsvizepräsident offenbar genau das, was heute in Chile an der Tagesordnung ist: Deportierung in die Folter-Werkstätten der Faschisten und hinterhältige Ermordung!

Das Bild wird vollends abgerundet durch die Stellungnahme von Hassels zur Ausweisung des deutschen Bischofs Frenz in Chile: *„Frenz werde nicht deshalb abgelehnt, weil er sich karitativ für Kommunisten eingesetzt habe. Er habe aber der Weltöffentlichkeit, und vor allem der Bundesrepublik, kein objektives Bild der tatsächlichen Lage Chiles gegeben"* („LN", 16.11.75). Wie konnte der Bischof denn auch anders, wo er doch die berufenen Einschätzungen aus dem Munde Pinochets nicht gehört hatte, ohne die eben eine „realistische Einschätzung" gar nicht möglich ist.

Sicherlich zur Freude von Hassels hat nun Pinochet *„die katholische Kirche aufgefordert, ihr Komitee ‚Für den Frieden'* (zu der auch Bischof Frenz gehört – d.Red.) *aufzulösen, das sich mit der Betreuung politischer Gefangener des Militärregimes befaßt."* („FR", 20. 11.75).

Sprüche von der „Achtung der Menschenwürde" klopfen, aber die politisch Verfolgten weiter foltern lassen, das ist die Moral dieser Reaktionäre. ●

Ein Genosse des KB/Gruppe Lübeck

Chile: Die Junta geht zum Angriff auf die Kirchen über



Bischof Frenz — ausgewiesen.

Mit der Vertreibung des Bischofs der protestantischen Kirche, Helmut Frenz, der scharfen Verurteilung des Generalsekretärs der katholischen Bischofskonferenz, der Verhaftung eines Bischofs und einer großen Anzahl von Priestern und Nonnen, der Zerstörung von kirchlichen Einrichtungen, der Ausweisung von ausländischen Geistlichen und der öffentlichen Verfolgung des „Friedenskomitees" (Comite Pro Paz) ist die faschistische Militärjunta zum offenen Angriff auf die Kirchen übergegangen.

Dies ist der Höhepunkt eines schwelenden Konflikts mit den kirchlichen Kreisen, der bereits wenige Monate nach dem Militärputsch 1973 seinen Anfang nahm. Obwohl die Kirchen den Putsch anfangs unterstützten, änderte sich ihre Haltung später, indem sie sich von der Junta distanzierte und eine kritischere Haltung einnahm. Die grauenhaften Massaker in den ersten Tagen nach dem Militärputsch, die Verfolgungen, Folterungen und Morde an der chilenischen Bevölkerung und die Vernichtung gewerkschaftlicher und politischer Organisationen haben das Bewußtsein und die Haltung zahlreicher Kirchenmitglieder und -Funktionäre geändert.

Diese Wandlung fand den ersten praktischen Niederschlag in der Neubestimmung der Aufgaben und Prinzipien des „Friedenskomitees", in dem die Gesamtheit der chilenischen Kirchen vereint ist. Dieses Komitee stellte materielle und moralische Hilfe für die politischen Gefangenen, die Verfolgten, Arbeitslosen und all diejenigen zur Verfügung, die unter der brutalen Repression und dem Wirtschaftschaos litten.

Innerhalb weniger Monate wurde das „Friedenskomitee" zum legalen Sprachrohr aller Verfolgten und erweiterte sein Arbeitsgebiet:

- Es organisierte die Arbeitslosen
- Richtete Volksküchen ein
- Verteilte Nahrungsmittel in den Elendsvierteln
- Stellte Räume zur Einrichtung kleinerer Fabriken für die Arbeiter zur Verfügung.

Die soziale Bedeutung dieser Organisation wurde so groß, daß sie den von der Junta ihr zugedachten Rahmen sprengte und für die Faschisten immer unerträglicher wurde.

Die Entwicklung des Konflikts

Die Entwicklung des Konflikts

Im April dieses Jahres spitzte sich der Konflikt zwischen dem „Friedenskomitee" und der Pinochet-Clique zu, als über verschiedene diplomatische Kanäle und politische Institutionen ein Dokument Verbreitung fand, in dem genaue Aufzeichnungen über politische Gefangene, Folterungen und KZ's waren. Dabei wurden die verschiedenen Foltermethoden genau beschrieben, ebenso die Folterhäuser und Konzentrationslager, in denen sich die „nicht anerkannten" politischen Gefangenen, bzw. die „Verschwundenen" befanfanden.

Wegen der schwerwiegenden Anschuldigungen der Verbrechen der Junta war dieses Dokument zunächst nur für den internen Gebrauch des Komitees bestimmt. Als es dennoch an die Öffentlichkeit kam, startete die Junta und die gesamte ihr hörige Presse eine wilde Attacke gegen das Komitee, bestritt jeden der aufgeführten Punkte des Dokuments und bezeichnete die Urheber als *„Agenten des sowjetischen Kommunismus"*.

Kurz darauf war das Komitee wesentlich daran beteiligt, Licht in den Fall der „119 Verschwundenen" zu bringen, der durch die gesamte Weltpresse ging (vgl. AK 65). Nach Darstellung der Junta handelte es sich bei diesen Widerstandskämpfern um *„Mitglieder des MIR, die aufgrund interner Meinungsverschiedenheiten von ihren eigenen Genossen im Ausland liquidiert worden sind"*. Das Komitee gab bekannt, daß es sich bei 95 % der veröffentlichten Namen um Menschen handelte, für die entweder Familienangehörige oder das Komitee selbst Gnadengesuche eingereicht hatten und die auf der Liste des Komitees als „Verschwundene" galten. Außerdem konnten durch die Angehörigen oder Arbeitskollegen in 100 Fällen Beweise über Datum und Ort der Verhaftungen erbracht werden. Daraufhin organisierten sich nicht nur die Familien der 119 „Verschwundenen", sondern auch die der ca. 1.500 von dem berüchtigten Geheimdienst DINA Verhafteten, von denen immer noch jede Spur fehlt. Das „Friedenskomitee" erteilte der Pinochet-Clique eine vernichtende Antwort, indem es aufgrund des starken inneren und internationalen Protests eine Anzeige gegen die Junta in der Zeitung „Mercurio" (offizielles Sprachrohr der Faschisten) veröffentlichen (!!) konnte. Es wies in der Anzeige darauf hin, daß beinahe über alle als *„untereinander ermordet"* bekanntgegebenen Personen Untersuchungen bei Gericht angestrengt worden waren, um ihre Verhaftung und ihr Verschwinden in Chile aufzuklären. Der Tod der Verschwundenen könne solange nicht als bewiesen gelten, als eine gerichtliche Untersuchung laufe und keine Identifizierung der Leichen existiere.

Als sich Mitte Juni die lutherische Kirche spaltete, spitzte sich der Konflikt zwischen der Kirche und der Militärjunta weiter zu. Bischof Helmut Frenz hatte im „Friedenskomitee" politisch Verfolgte betreut. Daraufhin wurde er von der chilenischen Presse und führenden Regierungsmitgliedern aufs heftigste angegriffen. Acht abgespaltete (deutsche) lutherische Gemeinden richteten eine Petition an die Junta, in der die sofortige Ausweisung des Bischofs und seiner vier Mitarbeiter wegen *„Mißbrauch der Ämter zu politischen Zwecken"* gefordert wurde. Diese acht abgespaltenen Gemeinden (unter Vorsitz von Ricardo Wagner, dem Ehemann von Lotte Wagner, der deutschstämmigen Vorsitzenden der faschistischen Partei „Vaterland und Freiheit", die wesentlich am Putsch beteiligt war) sind als Brutstätte faschistischer Ideologie bekannt (siehe AK 63). Dieser saubere Herr Wagner begab sich am 26. Juni zu Herrn Pinochet, teilte diesem den sofortigen Rücktritt seiner Gemeinden aus dem „Friedenskomitee" mit, versicherte ihm, daß er militanter Antimarxist sei und bot der Junta seine Unterstützung an.

fizierung der Leichen existiere.
Als sich Mitte Juni die lutherische Kirche spaltete, spitzte sich der Kon-

Am 31. Juni wurde ein Brief von drei katholischen Bischöfen veröffentlicht, der an die Landbevölkerung gerichtet war. Dieses Dokument zirkulierte vor seiner Veröffentlichung bereits in allen ländlichen Gebieten. Besonders hervorgehoben wurde darin das unermeßliche Elend, unter dem die Landbevölkerung zu leiden habe, die Verfolgung der Bauern sowie die allmähliche Zerschlagung der Genossenschaften. Gleichzeitig wurde die Willkür der Grundbesitzer gegenüber den Land-Arbeitern angeklagt und die Junta beschuldigt, daß sie diese unterstütze. Um diese Angelegenheit möglichst unauffällig zu bereinigen, wurden höhere Regierungsbeamte zu den Bischöfen geschickt. Es wurde jedoch keine Einigung erzielt. Einen Tag bevor das Dokument verbreitet wurde, wandte sich auch der Kardinal der katholischen Kirche, Raul Silva, mit einer großen Zahl statistischen Materials an die Öffentlichkeit, in dem die allgemeine Unterernährung der Kinder genau belegt wurde. Er rief alle Christen zur Errichtung weiterer Kinderspeisestätten auf, da die bereits bestehenden 87, in denen täglich 11.500 Kinder verpflegt wurden, bei weitem nicht ausreichten.

Als im September Pinochet dazu aufrief, den „Sieg des 11. September" zu feiern, wurde von der Plenarsitzung der Katholischen Bischöfe das „Dokument des Evangeliums und Friedens" (Documento Evangelio y Paz) veröffentlicht, in dem neben der strikten Verurteilung der konstanten Mißachtung der Menschenrechte durch die Militärjunta zum ersten Mal das „Wirtschaftsprojekt" der Diktatur aufs schärfste kritisiert wird.

durch die Militärjunta zum ersten Mal das „Wirtschaftsprojekt" der Diktatur aufs schärfste kritisiert wird.

Beginn der Repression gegen die Kirche

Anfang Oktober nahm der Kampf mit der Kirche offene Formen an. Als Bischof Frenz nach einer Auslandsreise am 4. Oktober wieder nach Chile einreisen wollte, wurde ihm dies verweigert und seine Aufenthaltsgenehmigung entzogen. Die Junta „rechtfertigte" diese Maßnahme damit, daß sich Frenz *„antinationaler Aktivitäten schuldig gemacht habe und eine schwerwiegende Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit darstelle"* (!!).

Wenige Tage danach trat der Generalsekretär der katholischen Episkopat-Konferenz, Carlos Camus, mit einer Stellungnahme an die Öffentlichkeit. Folgende Punkte sind in der insgesamt vorsichtigen Kritik am beachtenswertesten:

„Die Kirche hat den politisch Verfolgten, die Arbeitslosen, die Familie, die nichts zu essen hat – verteidigt – und dazu gehört wohl die Mehrheit der Chilenen".

An anderer Stelle heißt es:

„Viele Leute sind eingeschüchtert worden, und zwar auf ganz besonders schlimme Art. Wenn man mit einer Person spricht, die gefoltert worden ist, stellt man fest, daß diese Person über Jahre hinaus völlig kaputt ist. Ich habe sehr aktive Führer kennengelernt, sehr tapfere Menschen, deren Persönlichkeit heute völlig zerbrochen ist."

Die Junta gab dazu keine öffentliche Stellungnahme ab, Pinochet „bedauerte" diesen Ausrutscher nur. Die direkte Antwort kam später aus dem Offizierskorps der Generäle und Admirale im Ruhestand. In ihrer Stellungnahme schrien sie völlig hysterisch herum, daß *„die gesamte Stellungnahme von Camus zutiefst verabscheuungswürdig und Camus selbst ein Agent des sowjetischen Kommunismus"* sei. Camus sei ein *„Verrückter, Hysteriker und gekaufter Söldner"*.

Die gesamte juntahörige Presse begab sich anschließend auf die Hatz von Camus und forderte öffentlich seinen Kopf. (!!) Daraufhin stellte Camus sein Amt zur Verfügung. Die Episkopat-Konferenz antwortete in Form einer allgemeinen Erklärung und stützte sich im großen und ganzen auf die Positionen Camus: Diese seien ja bereits in gleicher Form im Dokument „Evangelium und Frieden" enthalten.

Das Friedenskomitee und der antifaschistische Widerstand

Die in letzter Zeit sehr engen Beziehungen zwischen legalem Widerstand, repräsentiert durch das „Friedenskomitee" (das seit etwa einem Monat faktisch auch illegalisiert worden ist) und Kämpfern des illegalen Widerstandes kam hauptsächlich durch eine Reihe gemeinsamer konkreter Arbeiten zustande. So kämpften beide für:

- die Verteidigung der Menschenrechte
- das Recht auf Leben
- die Verteidigung der Lebenslage des chilenischen Volkes.

Der brutale Angriff gegen führende MIR-Genossen, den die Junta am 15. Oktober mit Panzer- und Hubschraubereinheiten in Malloc in der Nähe von Santiago startete, traf auch das „Friedenskomitee" und die katholische Kirche, deren Schutz die Genossen auf der Flucht gesucht hatten. (Vgl. Artikel in diesem AK.) Aufgrund der medizinischen Hilfeleistung und der Gewährung von Unterschlupf für die Verfolgten antwortete die Junta mit einer gewaltsamen Hausdurchsuchung des Klosters und ließ dabei folgende Personen verhaften:

- **Martin Hernandez, Mitglied des ZK des MIR**
- **andere MIR-Genossen (die genaue Zahl ist nicht bekannt)**

Diese Verhaftungen bestreitet die Junta, was bedeutet, daß diese Genossen in äußerster Lebensgefahr sind, da die faschistische Mörderbande ungestraft mit ihnen verfahren will!

- **mehrere Nonnen, darunter die amerikanischen Staatsbürgerinnen:**
  Helen Barbara Nelson
  Margaret Ann Lipsio
  Paula Armstrong

Helen Barbara Nelson
Margaret Ann Lipsio
Paula Armstrong

Außerdem wurde die britische Ärztin Sheila Cassidy von der DINA in dem irischen Orden der „Brüder Kolumbiens" verhaftet. Sie wurde beschuldigt, die lebensgefährlichen Schußwunden im Bein des Genossen Gutierrez behandelt zu haben.

Die Junta behauptete, die Ärztin hätte gleich bei der Ankunft der Sicherheitspolizei das Feuergefecht eröffnet. Sie wäre daraufhin in einen Kleiderschrank geflohen, wo sie bis zu ihrer Entdeckung versteckt gewesen sei. In ihrer Begleitung soll sich noch eine andere, nicht identifizierte Person befunden haben, die entfliehen konnte. Bei dem Schußwechsel mit der DINA wurde die Hausangestellte des Klosters tödlich getroffen.

Die Junta begründete die Gefährlichkeit der Ärztin damit, daß bei ihrer Festnahme im Kloster noch drei Gewehre AKA und drei Pistolen gefunden worden seien, außerdem ein Herz(!!) in dem MIR-Farben (rot-schwarz), auf dessen einer Seite stand: *„Miguel: Der Volkswiderstand wird siegen, 5. Oktober 74."*

Die 37jährige Ärztin, die seit 1971 in Chile arbeitete, wurde von der DINA ins KZ „Tres Alamos" verschleppt. Der britische Botschafter in Santiago nahm anschließend mit ihr Kontakt auf. Inzwischen mußte sie freigelassen werden („NZZ" vom 19.11.75), ebenso wie die drei Nonnen aus den USA („FR", vom 11.11.).

Etwa zur gleichen Zeit wurde im „Mercurio" die Verhaftung eines Bischofs (!!!), der Name ist nicht bekannt, und weiterer zehn Priester bekanntgegeben. Angesichts dieser brutalen Übergriffe, der Verachtung der fundamentalsten Menschenrechte und der kirchlichen Einrichtungen, die bisher noch eine gewisse Sonderstellung einnahmen, drohte der Kardinal von Santiago, Raul Silva Enriquez, angeblich der gesamten Militärjunta, die sonst nicht müde wird, immer wieder ihre „christliche Gesinnung" zu betonen, die Exkommunikation aus der katholischen Kirche an. (Dies ist die „Höchststrafe" für einen Katholiken!) In Lateinamerika hat dies einen besonderen Stellenwert, da das Bündnis zwischen den Militärdiktaturen und der Kirche bisher immer besonders unverbrüchlich war. Das „Friedenskomitee" veröffentlichte ein Kommuniquee, aus dem hervorgeht, daß Pinochet in einer Note zur Auflösung des Gremiums aufgefordert habe, um *„schwerste Differenzen zwischen Kirche und Regierung zu vermeiden."* („Tagesspiegel", 20.11.75)

dert habe, um *„schwerste Differenzen zwischen Kirche und Regierung zu vermeiden."* („Tagesspiegel", 20.11.75)

Silva Enriquez hat bisher diese Forderung zurückgewiesen. Wenn man an das Verhalten der katholischen Kirchenführer im faschistischen Spanien, Portugal vor dem 25.4.1974 und anderen lateinamerikanischen Militärdiktaturen denkt, ist das ein mutiges Verhalten. ●

Eine West-Berliner KB-Genossin



Militärkaplan Gillmore in brüderlicher Umarmung mit dem Putschisten Marino und Leigh — er gehört wie sie zum „System"

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig:
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081 368 A

Bremen:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
28 Bremen, Fedelhören 77
Öffnungszeiten: mittw. 16 - 19 Uhr
freitags 15 - 19 Uhr,
sbds. 10 - 14 Uhr

Bremerhaven:
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022854

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstraße 8
öffentl. Bürostunde:
Mittwoch 16.30 - 19.30 Uhr
Samstag 14.30 - 16.30 Uhr

Göttingen:
KB/Gruppe Göttingen
Kontakt: R. Kruppa
über Buchladen Rote Str. 10

Hamburg:
ARBEITERKAMPF
Literatur-Vertrieb + Büro
2 Hamburg 6
Susannenstraße 41
Tel.: 040/439 38 15

Hannover:
Arbeiterbuch
z.Hd. KB
3 Hannover
Rehbockstr. 3

Hildesheim:
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019075

Kappeln:
Dagmar Schneider
234 Kappeln/Schlei
Postlagernd

Kassel:
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestraße 31

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Landshut:
SSB (Sozialistischer Schülerbund)
83 Landshut
Postlagerkarte A 041181

Lüneburg:
KB/Gruppe Lüneburg
Samstag 11 - 13.00 Uhr
in der Bäckerstraße

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg:
P. Wurzbacher
2410 Mölln
Postfach 1362

Nürnberg:
G.N.K.
Thomas Gradl
85 Nürnberg 16
Postfach 16 03 65

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Westberlin:
A. Radtke
1 Berlin 21
Thomasiusstr. 2
Freitag 16 - 19 Uhr

Redaktion und Verlag:
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91

Chile-Flüchtlinge in Hamburg:

Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel

Vor einiger Zeit machte das Problem der Chile-Flüchtlinge Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse. Als Chilenen, die über Rumänien nach Westberlin gekommen waren, vom Westberliner Senat das Asylrecht verweigert wurde, besetzten sie eine Kirche.
Wie leben die Chilenen in Hamburg?

600 DM für vier Personen!

In Hamburg werden die Chilenen erst einmal im „Übergangsheim" in Harburg, im ehemaligen Krankenhaus untergebracht. Einer Familie mit zwei Kindern steht hier meist nur ein größerer Raum zur Verfügung. Ähnlich sieht es mit der finanziellen „Hilfe" aus. In den ersten Monaten nach der Ankunft bekommen die Flüchtlinge Sozialhilfe. Sie beträgt z.B. für vier Personen 600 DM (!). Nach einiger Zeit gibt es dann Arbeitslosenunterstützung. 900 DM für die gleiche Familie.

Besser stehen sich jene Flüchtlinge, die den vom Arbeitsamt angebotenen Sprachkursus besuchen (fünf Stunden Unterricht pro Tag). Jeder Teilnehmer bekommt 900 DM im Monat. Nehmen Mann und Frau an einem solchen Kurs teil, so kann die Familie immerhin auf 1.800 DM im Monat kommen. Die Kursdauer beträgt wenigstens zwei Monate und maximal sechs Monate. Nach dieser Zeit besteht die Möglichkeit, einen Weiterbildungskursus zu machen. Auch er dauert sechs Monate. Im günstigsten Fall können die Chilenen also ein Jahr lang über die Runden kommen.

Sie müssen sich also schleunigst bemühen, Arbeit zu bekommen. Daß dies für einen schlecht deutsch sprechenden Ausländer bei der augenblicklichen Arbeitslosigkeit fast unmöglich ist, liegt auf der Hand. So haben in Hamburg zur Zeit nur etwa 20% der chilenischen Flüchtlinge eine Arbeit. Unter diesen Umständen ist jeder schon froh, wenn er überhaupt eine Arbeit findet und sei sie noch so miserabel.

Behördenhilfe: Eine Beratungsstunde im Lager

Unter diesen Bedingungen eine Wohnung zu finden, um aus dem Lager herauszukommen, ist fast unmöglich. Die Flüchtlinge sind auf billige Wohnungen angewiesen. Jeder Hamburger weiß, wie schwierig das ist.

Das „Übergangsheim" wird zur Dauerwohnung; im Schnitt bleiben die Chilenen neun Monate bis ein Jahr dort, viele noch länger.

Die Behörde läßt die Ausländer im Übergangsheim mit ihren Schwierigkeiten bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, bei den notwendigen Behördengängen usw. allein. Die auf Grund der Beschwerden neuerlich eingerichtete eine Sprechstunde pro Woche im Lager, ist bestenfalls ein Alibi

Das Asylrecht wird verweigert

Um am Rande des Existenzminimums in der Bundesrepublik leben zu können, müssen die Chilenen darum betteln, daß ihnen das Asylrecht gewährt wird. Dies wird keineswegs „automatisch" gegeben, sondern erst nach einer „sorgfältigen" „Gewissensprüfung".

Wichtiger als die individuelle Hilfe für Flüchtlinge ist die Unterstützung des Widerstandes in Chile

Wir besuchten in Hamburg einen Chilenen und fragten ihn nach der Situation der Flüchtlinge.

Chilene: „Es gibt für uns hier in der Bundesrepublik eine ganze Reihe von Schwierigkeiten. Das wichtigere Problem ist aber der Widerstandskampf gegen die faschistische Junta in Chile, damit wir eines Tages nach dort zurück können. Es kommt mehr darauf an, diesen Kampf zu unterstützen, als einzelnen Flüchtlingen individuell zu helfen".

AK: Welche Möglichkeiten gibt es, um diesen Kampf von Europa aus zu unterstützen?

Chilene: „Die wesentliche Aufgabe besteht darin, die Junta zu isolieren. Dazu hat jeder, auch in seinem kleinen Rahmen die Möglichkeit. Bei jeder Gelegenheit sollte er in privaten Gesprächen und wo sich die Gelegenheit bietet auch öffentlich über die Verbrechen der Junta informieren.

Weiter kann man seine Solidarität mit dem chilenischen Volk zum Ausdruck bringen, indem man Kampagnen zur Freilassung von politischen Gefangenen unterstützt, indem man die Kampagnen bekannt macht, mit Freunden und Kollegen darüber redet, indem man dafür sorgt, daß Protestbriefe nach Chile geschickt werden.

Weiter ist die Isolierung der Junta durch ökonomischen Boykott möglich. Am besten selbstverständlich auf breiter Ebene z.B. durch die Weigerung der Hafenarbeiter, Schiffe mit chilenischen Waren zu entladen. Wo dies nicht möglich ist, kann man dies auch im kleineren Rahmen tun, indem man keine chilenischen Waren kauft. Vor allem Lebensmittel wie Äpfel, Zwiebeln, Linsen, Wein usw. werden hier angeboten. Man sollte beim Einkaufen immer auf das Herkunftsland achten und chilenische Waren nicht kaufen.

Schließlich ist die finanzielle Unterstützung des Widerstandes in Chile eine wichtige Sache. Die Widerstandskämpfer brauchen Geld für Waffen und technische Apparate; daneben auch zur rechtlichen und materiellen Unterstützung der politischen Gefangenen". ●

Bezirksgruppe Harburg/Wilhelmsburg
KB/Gruppe Hamburg

Erklärung des MIR

Erklärung des MIR

1. Im Rahmen der verschärften Repression der Militärdiktatur in den letzten Monaten nahm die DINA (die faschistische Geheimpolizei Chiles. Anm. d. Red.) *am 16. Oktober eine Durchsuchung der Parzelle „Santa Eugenia" von Malloco, in der Nähe Santiagos, vor, wo sich einige Mitglieder des MIR versammelt hatten. Da die DINA auf Widerstand stieß, wurde Verstärkung von der uniformierten Polizei und dem Militär angefordert. Es nahmen militärische Kräfte des Heeres und der Luftwaffe mit Helikoptern teil, die das ganze Gebiet absperrten. Nach einem Gefecht von über fünf Stunden Dauer, in dem zwölf Mitglieder des Militärs fielen und mehrere Dutzend verwundet und in das Hospital von Malloco eingeliefert wurden, gelang es den Führern des MIR, die Absperrung zu durchbrechen. Bei dieser Aktion fiel der Genosse Dagoberto Perez, Mitglied der Politischen Kommission, in heldenhaftem Kampf. Es wurde niemand von ihnen verhaftet, wie die Junta fälschlicherweise behauptete, obgleich hunderte von Anwohnern und Reisenden in öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln in der ganzen Gegend festgenommen wurden.*

2. In den folgenden drei Wochen wurde die Repression bis zu einem Grad verschärft, der nur mit den ersten Tagen nach dem Septemberputsch vergleichbar ist. Gleichzeitig mit einer wütenden Pressekampagne drohte die Militärjunta mit der Todesstrafe für alle, die einem Mitglied des MIR Unterkunft oder ärztliche Hilfe gewähren, Haussuchungen und massive Razzien in Santiago, Valparaiso und Umgebung wurden härter, und sogar kirchliche Einrichtungen blieben nicht verschont. Diese Aktionen gipfelten in der Festnahme des Genossen Martin Humberto Hermandez, Mitglied des Zentralkomitees, und anderer Genossen; der Zuflucht des Generalsekretärs Andres Pascal Allende und seiner Gefährtin Mary Ann Beausire Alonso in der Botschaft von Costa Rica sowie des von zwei Kugeln verwundeten Genossen Nelson Gutierrez Yanez und seiner Gefährtin Maria Elena Bachmann Munoz in der apostolischen Nuntiatur.

3. Die Auswirkungen dieser Repression – die sich auch bei den anderen Parteien der chilenischen Linken sowohl in der Führung als auch in der Basis bemerkbar machte – bedeuten für den MIR und den Widerstand des Volkes schwere Rückschläge. Aber seine Verankerung in den Volksmassen und die Entwicklung seines Untergrundkampfes, der seit zwei Jahren unerbittlich gegen die Militärdiktatur geführt wird, erlauben ihm die Kontinutität seiner organischen Struktur und die Kraft, diese schwierige Situation zu überwinden.

In gleicher Weise steht das Voranschreiten der Massenbewegung, insbesondere in der Arbeiterklasse, aber auch anderer Sektoren des Volkes, außer Zweifel, wie die Junta voll Wut feststellen muß. Auch die erreichte Reorganisierung der anderen linken Parteien helfen den chilenischen Arbeitern, ihre „Wunden zu heilen" und in ihrem Kampf fortzufahren, um die blutige Diktatur Pinochets zu stürzen.

4. Die internationale Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Widerstand darf also nicht nachlassen, sondern sie muß vielmehr ihre Aktionen gegen die wachsende Gewalt der Militärdiktatur verstärken. Mehr als je zuvor gilt es, die Kräfte zu verdoppeln, um einen Wirtschaftsboykott gegen die Junta durchzusetzen, sowie ihre diplomatische, militärische und kulturelle Isolierung; für die Freiheit aller politischen Gefangenen zu kämpfen, für die Verteidigung der Menschenrechte, besonders der Rechte auf gewerkschaftliche Organisierung, Versammlungs- und Meinungsfreiheit und des Rechtes auf Arbeit.

5. In diesem Moment gelten außerdem als Aufgaben von besonderer Dringlichkeit, das Leben und die Freiheit des Genossen Martin Humberto Hermandez und seiner Genossen zu fordern, ebenso die Beendigung der Repression und der Drohungen gegen das Volk und des Drucks, den die Diktatur auf die ausländischen Vertretungen ausübt, besonders von Costa Rica und dem Vatikan wegen der Aufnahme von Widerstandskämpfern. Damit will die Junta Folter und Mord zur Routine werden lassen, die ihre repressiven Kräfte in Chile eingeführt haben.

6. Das Auslandskomitee des MIR ruft die Kräfte der chilenischen Linken im Ausland zu gemeinsamer Aktion für die Erfüllung dieser Ziele auf und gemeinschaftlich die internationale Solidaritätsbewegung zu verstärken, die für den Kampf des chilenischen Volkes so große Bedeutung hat.

Havanna, 9. November 1975
Auslandskomitee des MIR

Wer unterwandert wen? – DKP auf Münchhausen-Trip!

In ihrer blinden Hetzkampagne gegen die VR China scheuen die DKP-Revisionisten offenbar vor keiner Dummheit zurück:

Unter der Überschrift *„230 Millionen Dollar Gewinn mit Heroin und Opium aus Mao-China"* ließ die „UZ" auf beinahe einer halben Seite einen J. Antrupow aus New York eine tolle Agenten-Story erzählen:

In drei Prozessen von März bis Mai (!?) seien Mitglieder eines Ringes von Rauschgifthändlern abgeurteilt worden, die *„im Laufe von rund anderthalb Jahren etwa zwei Zentner Heroin und Opium im Gesamtwert von 230 Millionen Dollar entsprechend den Schwarzmarktpreisen„* aus der VR-China in die USA geschmuggelt haben. Insgesamt stammten etwa 1/5 des illegal in die USA eingeführten Heroins aus der VR-China! Soweit die „Tatsachen".

UZ „enthüllt"!

Aber jetzt geht es in der „UZ" erst so richtig los. Zuerst läßt Antropow einen wahrhaft „unbestechlichen" Zeugen zu Wort kommen, nämlich den ‚Vorsitzenden der chinesischen Landsmannschaft' in New York. Der Vorgänger dieses Typs war, wie Antropow selber schreibt, vor zwei Jahren wegen Beteiligung am Heroin-Handel eingebuchtet worden!! Nichtsdestoweniger darf sich der jetzige Vorsitzende der ‚Landsmannschaft' als ‚Unschuld in Person' profilieren. Er erzählt von einem angeblich aus der VR-China geflohenen „ehemaligen Geheimdienstler Mao Tse-Tungs", welcher *„in allen Einzelheiten (!) berichtet hat, wie man (?) in Südchina Opium herstellt, wie man (?) in der Nähe von Kanton daraus Heroin fertigt und dann die Rauschmittel über das Meer an die amerikanische Küste befördert".* Leider verschweigt A. diese bemerkenswerten „Einzelheiten". Er verschweigt auch, ob dieser sagenhafte „ehemalige Geheimdienstler" etwa als Zeuge in dem Prozeß aufgetreten ist.

Das läßt den Schluß zu, daß es sich um eine Erfindung des Landsmannschafts-Vorsitzenden handelt, um von seinen eigenen dunklen Geschäften abzulenken (siehe sein Vorgänger!)! Mit diesen unbewiesenen Behauptungen eines Exil-chinesen steigt A. nun ‚in die vollen':

„Yuan Shen-gun (einer der angeklagten Schmuggler) befaßte sich nicht nur mit Heroin-Schmuggel. Von Beruf Elektroingenieur eröffnete er in New York für das aus dem Heroinverkauf erzielte Geld eine Firma zum Ankauf (?!) modernster (?) Elektronikausrüstungen, die dann auf rätselhafte Weise außer Landes geschafft wurden."

Warum offiziell gekaufte Waren außer Landes geschmuggelt werden müssen, scheint für A. und die „UZ" keine wichtige Frage zu sein.

Noch ein „ehrenwerter" Zeuge...

Aber da A. und „UZ" dem „Täter schon mal auf der Spur" sind, lassen sie nicht mehr locker und werfen die scharfsinnige Frage auf: *„Wofür außer für elektronische Ausrüstungen wurde der Hauptteil dieser Summe* (der 230 Mio) *verausgabt?"*

Nach dem ‚unverdächtigen' Landsmannschaftler auch für diese Frage einen ehrenwerten Zeugen: den Obersten Untersuchungsrichter (ein Pentagon- oder CIA-Sprecher war wohl gerade nicht erreichbar?!).

Dieser ‚enthüllt':

„Die Pekinger Agenten (??) sammeln alle möglichen Informationen über Regierungs- bzw. Industrieobjekte. Wir haben zudem überzeugende (?) Beweise (?), daß sie mit Drohungen, Gewaltanwendung und Erpressung mehrere loyale Amerikaner chinesischer Herkunft ... anzuwerben versuchten..."

Na, wenn das nicht überzeugend ist – schließlich haben sich die US-Behörden seit dem Watergate-Skandal geschworen, nie wieder zu lügen, oder?

Lumpenjournalismus!

Zur Krönung des Ganzen hängt A. unter dem Zwischentitel „Agenten gegen die Fortschrittskräfte" noch einige „Enthüllungen" dran, für die er ebenfalls nicht den Schatten eines Beweises hat!

„Obendrein unterhalten die Maoisten insgeheim in den USA ein Netz von Geschäften zur Verbreitung ihrer Propaganda (fordert „UZ" ein Verbot?), *finanzieren die Herausgabe pseudoradikaler Zeitungen und Broschüren und unterstützen allerlei (?) Gruppen anarchistischer Schattierungen, wobei sie diese auf Kommunisten und fortschrittliche Gewerkschaftsfunktionäre* (G. Meany & Co.?) *hetzen(!) und in Studenten-* und Jugendorganisationen einschleusen (!)."

„UZ" und DKP begeben sich damit exakt auf das Niveau der Vaterlandsverteidiger, der CSU, etc., die ja mit derselben hemmungslosen Demagogie die Imperialisten vor der „sozialfaschistischen/sozialimperialistischen Unterwanderung" warnen.

Mit politischer Auseinandersetzung hat so etwas sicherlich nichts zu tun. Die DKP zeigt aber mit Artikeln solchen Kalibers, daß ihr bei ihrem Kampf gegen den „Maoismus" der schlimmste Lumpenjournalismus gerade gut genug ist. ●

Ein Genosse aus Pinneberg

CISNU kritisiert eigenwillige Standpunkte des KBW

Gemäß seiner eigenwilligen „Theorie", daß nicht die Volksmassen, sondern die beiden „Supermächte" die Geschichte bestimmen, meint der KBW, daß die Kämpfe in Angola nicht vom Befreiungskampf des Volkes unter Führung der MPLA gegen Imperialismus und Reaktion bestimmt werden, sondern von der „Einmischung der beiden Supermächte". Zaghafte Ansätze sind inzwischen erkennbar, diese Form des „K(r)ampfs der Supermächte" auch auf andere Regionen zu übertragen. Beispiel dafür ist der Persische Golf. In der „KVZ" des KBW vom 6.11.75 wurde gefeiert, daß sich *„alle Staaten am Golf immer enger zusammen(schließen)"*. Als Beispiel wurde das Abkommen zwischen Iran und Irak genannt, dessen wichtigste Folge die weitestgehende Zerschlagung des kurdischen Befreiungskampfes war. Als weiteres Beispiel wurde erwähnt, daß sich Iran und Saudi-Arabien in einer gemeinsamen Erklärung dafür eingesetzt hätten, daß der Golf *„ ‚frei von ausländischen Basen' bleiben"* (?!!) müßte – wobei der KBW vor lauter Freude v e r g a ß :

– daß der US-Imperialismus auf Bahrain und Großbritannien in Oman heute schon Militärbasen besitzen;

– daß der Iran zusammen mit den USA und Großbritannien Mitglied des imperialistischen CENTO-Paktes ist und seine militärischen Anlagen dem Imperialismus offenstehen;

– daß in Saudi-Arabien mehrere tausend US-„Militärberater" tätig sind.

Also ein weiteres Beispiel, wie der KBW unter dem Deckmantel „K(r)ampf gegen die zwei Supermächte" in Wirklichkeit eine astreine pro-imperialistische Beschönigung betreibt und den vom Imperialismus abhängigen und mit ihm kollaborierenden Regimes den Heiligenschein einer „Unabhängigkeitspolitik" überzustülpen versucht.

Zu dem Artikel der „KVZ" hat der Frankfurter Vorstand des iranischen Studentenverbands CISNU eine Stellungnahme abgegeben, die wir hier im Wortlaut veröffentlichen. Innerhalb der CISNU hat sich vor einiger Zeit eine Spaltung zwischen „sozial"patriotischen (vaterlandsverteidigerischen) Elementen und den konsequenten Antiimperialisten und Revolutionären vollzogen (siehe AK 67, S. 34).

Stellungnahme der CISNU zu dem Artikel „Sinkender Stern des Imperialismus am Golf", im Zentralorgan des KBW der Kommunistischen Volkszeitung v. 6. 11. 75

Über den Charakter des faschistischen Schah-Regimes besteht bei allen fortschrittlichen und kommunistischen Organisationen kein Zweifel. Doch wird im Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, der Kommunistischen Volkszeitung, Nr. 44, vom 6.11.75, in dem Artikel „Sinkender Stern des Imperialismus am Golf", mit schönheiligen Worten der Versuch unternommen, die Marionette des US-Imperialismus, das Schah-Regime, als unabhängig, seine Politik im Dienste des nationalen Interesses, hinzustellen.

„Die Imperialisten, die die ganze Zeit versucht haben, die nationale Unabhängigkeit der arabischen Völker am Golf zu hintertreiben, die Länder gegeneinander aufzuhetzen und zusammen mit reaktionären arabischen und dem iranischen Regime einen Vernichtungsfeldzug gegen die Revolution in Oman organisieren, treiben damit auch eine immer stärkere Opposition gegen ihre Intervention, Kontrolle, Aggression und Rivalität hervor. Gegen ihren Hegemonismus schließen sich alle Staaten am Golf immer enger zusammen, darunter auch diejenigen, auf die sie sich beim Kampf gegen die Revolution in Oman stützen können.

Am 6. März vereinbarten der Iran und der Irak die Beilegung der bisherigen Grenzstreitigkeiten. In einem Abkommen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien erklärten beide Seiten, der Persische Golf müsse ‚frei von ausländischen Basen' bleiben."

Als Beispiel für die unverschämte Behauptung der Unabhängigkeitsbestrebungen u. a. auch des Schah-Regimes wird ein Vertrag zwischen den beiden reaktionärsten Regimen des Nahen und Mittleren Osten zitiert, der ihrer Ansicht nach die Unabhängigkeit des iranischen Regimes untermauert. Wenn der KBW seine These auf den Aussagen der beiden erzreaktionärsten Regimevertreter aufbaut, müßte er konsequenterweise auch die Behauptungen anderer faschistischer Staatsoberhäupter als ‚wahr' ansehen, so z. B. das Geschwätz Thieus, Nixons, Fords ... deren größtes Ziel stets Freiheit, Unabhängigkeit usw. waren und noch sind; so jedenfalls nach ihren Reden.

Der KBW sollte sich entscheiden, wonach er Regierungen und ihre Staatsoberhäupter einschätzt: nach ihren Reden oder nach ihren Taten!!!

Wir fragen uns nach den Gründen, weshalb der KBW trotz mehrfacher Diskussionen und Widerlegungen seiner Theorie mit Fakten noch immer starr auf seiner Position beharrt? Warum versucht er in seinen Artikeln immer wieder die reaktionären Regimes des Iran und von Saudi-Arabien nach Unabhängigkeit strebend hinzustellen? Auch in dem bereits zitierten Artikel treten die für den KBW typischen Formulierungsmerkmale zutage. Er wählt gerade solche Formulierungen, die für alles gelten, so z. B. „Gegen den Hegemonismus schließen sich alle Staaten am Golf immer enger zusammen, darunter auch diejenigen, auf die sie sich beim Kampf gegen die Revolution in Oman stützen". Die genaue Bezeichnung welche Staaten sie meinen und gegen wen wird mit Phrasen beantwortet.

Um nun das Gerede von den Unabhängigkeitsbestrebungen zu entblößen,

alle Staaten am Golf immer enger zusammen, darunter auch diejenigen, auf die sie sich beim Kampf gegen die Revolution in Oman stützen". Die genaue Bezeichnung welche Staaten sie meinen und gegen wen wird mit Phrasen beantwortet.
Um nun das Gerede von den Unabhängigkeitsbestrebungen zu entblößen,

genügt es, von der Machtergreifung dieses Regimes anzufangen bis zu seinen heutigen Praktiken, die Fakten aufzuzählen, um jeglichen Versuch dieser Art, nämlich das faschistische Marionettenregime zu rehabilitieren, als unabhängig, seine Politik als eine nationale und gegen die Imperialisten gerichtete, kategorisch abzulehnen. Wie es aller Welt bekannt ist und die eigenen Dokumente des CIA zeigen, kam der nach Rom geflohene Schah durch den CIA-Putsch von 1953 an die Macht. An der Planung und Durchführung dieses ‚Meisterstücks' waren u.a. der Ex-US-Präsident Nixon, der General Schwarzkopf, die Schwester des Schah Aschraff und, das Schönste, der heutige Botschafter der USA und frühere CIA-Chef Richard Helms beteiligt.

Seit der Wiederbeschaffung des verlorenen Throns und der Rückkehr des Schah zum Iran zeichnete sich der treue Diener des US-Imperialismus durch Massenhinrichtungen, Folter und jegliche Unterdrückung der Freiheit aus. Seit dieser Zeit wird die Schah-Armee von mittlerweile 10.000 US-‚Beratern', u. a. Vier-Sterne-Generäle, überwacht und kommandiert. Auf Befehl der USA schloß der Iran mit der Türkei und Pakistan unter Beteiligung und Führung der US-Imperialisten einen Militärpakt (CENTO-Pakt), eine der NATO ähnliche Organisation.

Die iranische berüchtigte Geheimpolizei SAVAK wird direkt in den USA ausgebildet. Der erfahrene Ex-CIA-Boss R. Helms kontrolliert die Politik des Schah-Regimes an Ort und Stelle und koordiniert die Funktionen der US-‚Berater' und ‚Techniker' mit der des Geheimdienstes SAVAK.

Den faschistischen Charakter dieses Regimes verschweigen nicht einmal humanistische Organisationen, wie Amnesty International, die in ihrem neuesten Jahresbericht das Schah-Regime als eines der faschistischsten Regime der Welt anprangern, in dessen Kerkern die grausamsten Foltermethoden gegen die iranischen Freiheitskämpfer angewendet und die offiziellen Hinrichtungsurteile auf wöchentlich mindestens zwei Personen beziffert werden. Es ist wohl nicht mehr nötig, noch weiter auf die reaktionäre und faschistische Rolle des Regimes und seine Unterdrückungsmaschinerie gegen das iranische Volk und seine Befreiungsorganisationen weiter einzugehen. Es ist unbestreitbar, daß nachdem Israel schachmatt gesetzt wurde, der Iran an Israels Stelle gerückt ist und nun eindeutig die imperialistischen Interessen der USA im ganzen Nahen und Mittleren Osten vertritt. Noch einmal sei auf die Rolle der Schahtruppen in Dhofar und Jemen hingewiesen.

Täglich berichten die staatlich gelenkten Tageszeitungen von Erfolgen der ach so mächtigen Schah-Armee gegen die Revolutionäre in Dhofar. Das iranische Regime veröffentlicht bei diesen Berichten Landkartenskizzen von den Gebieten, die die Söldner des reaktionären Schah angeblich zurückerobert haben, und berichten darüber, wieviele Revolutionäre sie getötet haben. Gerade in den letzten Nummern der regimetreuen Tageszeitungen ‚Keyhan' und ‚Ettelat' bzw. in den iranischen Fernseh- und Radiosendern werden Erfolgsmeldungen gegen die Rebellen und subversiven Kräfte in Dhofar in einer unverschämten Weise verbreitet.

Alle Informationen der PFLO stellen die Aufgabe des reaktionären Schah-Regime als Zerschlagung der Revolution in diesem Gebiet dar. Die iranischen Befreiungsorganisationen u. a. ‚Volksfedajin', ‚Volksmojahedin' haben vor kurzer Zeit mit den palästinensischen Befreiungsorganisationen und der PLO in einem gemeinsamen Kommunique die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen das Schah-Regime als Marionettenregime des US-Imperialismus dargestellt und die Rolle des Schah-Regimes als Gendarm des Golfes deutlich betont.

Das durch den CIA-Putsch geborene Regime unterdrückt also nicht nur das eigene Volk, sondern fungiert auch als treuer Handlanger der Imperialisten, allen voran der US-Imperialismus, im Nahen und Mittleren Osten. Seine Aufgabe besteht darin, u. a. die Wasserstraßen, im konkreten Fall Dhofars die Straße von Hormuz für den ungestörten Raub des schwarzen Goldes der iranischen und arabischen Völker zu sorgen. Dazu erhält das Regime im Iran alle erdenklichen Unterstützungen sowohl materiell als auch moralisch. Die größten Waffenkäufe in der Geschichte der USA, wie Kissinger es formulierte und ein Sprecher des Pentagon es ergänzte – außer Atomwaffen praktisch alles – in Milliardenwerten dem treuen Diener geliefert, und er führt seine Aufgabe in ihrem Interesse durch. Mit dem Rest des übrig gebliebenen Geldes des Ölreichtums des iranischen Volkes muß der Schah immer dort einspringen, wo irgendwelche westlichen, insbesondere US-Firmen, in finanzielle Not geraten sind. Hier genügen die Beispiele, der vom Konkurs bedrohten Gesellschaften PAN-AM, Hilton ...

Alljährlich während der OPEC-Konferenz macht sich der iranische Vertreter durch gespielte spektakuläre Auftritte und großes Geschwätz zum Sprecher der OPEC-Staaten, um dann den günstigsten Preis für die Ölkonzerne auszuhandeln. Auch in diesem Jahr dominierten bei den Verhandlungen 2 Parteien: eine fortschrittliche unter Führung von Algerien und eine von den Ölkonzernen aufgebaute, die vor allem von Saudi-Arabien und dem Iran repräsentiert wurde. Bei einem Abschluß von lächerlichen 5 % (bedenkt man die enorme Inflationsrate der meisten ölproduzierenden Staaten) wird einem die gezielte sabotierende

schrittliche unter Führung von Algerien und eine von den Ölkonzernen aufgebaute, die vor allem von Saudi-Arabien und dem Iran repräsentiert wurde. Bei einem Abschluß von lächerlichen 5 % (bedenkt man die enorme Inflationsrate der meisten ölproduzierenden Staaten) wird einem die gezielte sabotierende

Rolle, die hier wieder einmal die beiden reaktionärsten Länder gespielt haben, nur allzu deutlich.

Die aufgezählten Fakten sprechen eine deutliche Sprache über die Rolle des Schah-Regimes im Inland, sowie im ganzen Nahen und Mittleren Osten. Wir stellen an den KBW die Frage, die eindeutig zu beantworten ist, von wem wird die Politik des Iran gemacht? Wird sie vom iranischen Volk oder vom Schah-Regime gemacht?

Wenn bei diesem Regime noch jemand von Unabhängigkeit redet, bzw. den Versuch wagt, von der Unabhängigkeit und der fortschrittlichen Rolle dieses Regimes zu reden, kann uns das Recht nicht abstreiten, nach der Abhängigkeit dieser Organisation zu fragen, die diese Position vertritt.

Diese von der iranischen Opposition schärfstens verurteilte Position steht nicht im Dienste des iranischen Volkes und der Arbeiterklasse des Iran und der Länder am Persischen Golf, sondern ist dazu geeignet, die einheitliche Front gegen das faschistische Schah-Regime im Ausland zu spalten und zu schwächen.

Wir fordern die im KBW organisierten bzw. die mit ihm sympathisierenden Einheiten auf, die vom ZK des KBW vertretene Einschätzung des nach Unabhängigkeit strebenden Schah-Regimes zu hinterfragen.

Desweiteren fordern wir den KBW auf, in einer öffentlichen Veranstaltung mit uns in Diskussion zu treten.

Vorstand der CISNU — Frankfurt, 20. 11. 75

Iran-Veranstaltung in Frankfurt

Am 21. November fand in Frankfurt eine gemeinsame Iran-Veranstaltung des ISV (Iranischer Studentenverein, Mitglied der CISNU) und des KB mit 160 Teilnehmern statt. In den Redebeiträgen der beiden Organisationen wurde sowohl auf die innere Entwicklung des Iran seit dem CIA-Putsch von 1953, als auch auf seine Rolle als Waffenkammer und Wachhund des Imperialismus im gesamten Nahen und Mittleren Osten eingegangen. Dabei wurde auch die unsinnige These einiger Linker von der angeblichen „Unabhängigkeit" des Schah-Regimes gegenüber dem Imperialismus mit vielen Fakten widerlegt. Auf die damit zusammenhängende Frage eines KBW-Anhängers, ob nicht eine „nationaldemokratische Revolution" (offenbar unter Einschluß des Schah-Regimes selbst) heute auf der Tagesordnung stünde, erklärte ein Vertreter des ISV unter Beifall der Anwesenden: „Im Zeitalter des Imperialismus, das zeigt auch die heutige Entwicklung in Portugal, liegt die Alternative nur in einer sozialistischen Revolution".

Der gute Geist des proletarischen Internationalismus kam auf dieser Veranstaltung auch darin zum Ausdruck, daß die Solidarität mit dem Kampf des iranischen Volkes nicht als „spezielle" und „isolierte" Frage begriffen wurde: In zwei Grußadressen an die Veranstaltung sprachen Vertreter der palästinensischen Ablehnungsfront (von der PFLP) und des chilenischen MIR über die aktuelle Situation in ihren Ländern. Zum Abschluß wurde dann noch ein neuer Film über die Geschichte des MIR gezeigt, der erst vor kurzem in Cuba produziert wurde und nach Westberlin in Frankfurt seine zweite Aufführung hatte: „Kriegsname: Miguel Enriquez".

Eine Spendensammlung zur Unterstützung der Befreiungsbewegung von Oman (PFLO), die heute die pro-imperialistische Rolle des Schah-Regimes am eigenen Leib erfährt (in Oman kämpfen auch iranische Truppen gegen die PFLO), erbrachte 416,63 DM. ●

KB/Gruppe Frankfurt

Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft (GDCF)

Vaterlandsverteidiger wollen GDCF übernehmen

In den nächsten Tagen findet eine Bundesdelegiertenkonferenz der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft (GDCF) statt.

Auf dieser Konferenz ist ein Frontalangriff der Vaterlandsverteidiger zu erwarten, der als Resultat die Übernahme der GDCF durch „KPD" und „KPD/ML" bringen soll. Diese Leute haben in letzter Zeit mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, Ortsvereine der GDCF zu majorisieren; dabei scheuten sie sich nicht, unliebsame GDCF-Mitglieder auszuschliessen oder an Orten, wo sie ihre Politik nicht durchsetzen konnten, eigene GDCF-Vereine zu gründen.

Im Nürnberger GDCF-Ortsverein bestehen bereits Beschlüsse, die eine Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der GDCF mit Kritik an Elementen der chinesischen Politik festlegen (vgl. AK 60 und 61). Am 24.7.75 wurden zwei Mitglieder der „Gruppe Nürnberger Kommunisten" (GNK) aus der GDCF ausgeschlossen, weil sie sich nicht von Äußerungen der „Nürnberger Arbeiterzeitung" bzw. des ARBEITERKAMPF distanzieren wollten. Zynisch behauptete die GDCF-Führung im Ausschlußbrief, daß *„es nicht darum geht, Mitglieder wegen ihrer parteipolitischen Auffassungen oder Zugehörigkeit mit ‚Ausschlußdrohung zu verfolgen', sondern klarzumachen, daß unserer Ansicht nach hier die Linie der solidarischen kritischen Auseinandersetzung... mit der Politik des sozialistischen China verlassen wurde..."*.

Doch daß es den Vaterlandsverteidigern tatsächlich nicht um die F o r m der Kritik an chinesischer Politik, sondern um deren I n h a l t e geht, beweist wohl nichts besser als der Ausschlußgrund, nämlich ein Zitat, das der „Nürnberger Arbeiterzeitung" entnommen ist.

So schrieben die GDCF- Führer in einem Brief vom 1.8.75: *„Folgende Aussagen...stellen unserer Ansicht nach einen A n g r i f f a u f d i e VR C h i n a (..) dar:*...**wenn wir auch sagen, daß die Außenpolitik China in Bezug auf Westeuropa falsch ist...**" (Zitat aus der Zeitung der GNK).

Diese Äußerung als „Angriff auf die VR China" zu bezeichnen, wirft ein klares Licht auf den Rahmen, in dem sich nach Meinung der Vaterlandsverteidiger „Kritik an chinesischer Politik" bewegen darf. Nämlich letztendlich ist j e d e Kritik verboten!

Dazu kommt noch, daß dieses Zitat v e r s t ü m m e l t unter den GDCF-Mitgliedern Stimmung gegen unsere Politik machen sollte. Denn das Zitat geht weiter: *„...so wissen wir doch, daß die KP Chinas fähig ist, im Kampf zweier Linien diese Fehler zu beheben"*.

Werden „KPD" und „KPD/ML" zwar (leider!) bisher als alleinige Vertreter westdeutscher Kommunisten von der KP Chinas anerkannt, so ist dies bei weitem noch nicht die vorherrschende Meinung innerhalb der westdeutschen aktiven China-Freunde. Innerhalb dieser Kreise besteht erfreulicherweise doch noch eine breitere Absteckung des Rahmens, in dem sich die Freundschaft zu China bewegen „darf".

Die Versuche der Vaterlandsverteidiger, jegliche Kritik an China als „chinafeindlich" zu diffamieren und diese Art „Freundschaft" organisatorisch abzusichern, fallen jedoch bei einem großen Teil der organisierten Chinafreunde zwar nicht auf fruchtbaren Boden, werden jedoch auch nicht konsequent zurückgewiesen.

Insbesondere GDCF-Mitglieder, die dem KBW oder dem Münchner Arbeiterbund nahestehen, entwickeln nicht den notwendigen Widerstand gegen die Vaterlandsverteidiger. Diese Genossen haben sich auch in Nürnberg bislang vollständig aus der Auseinandersetzung rausgehalten. Sie kritisieren sowohl die Vaterlandsverteidiger als auch uns mit dem gleichen „Argument": „Politische Auseinandersetzungen haben in der GDCF nichts verloren". So freuen sie sich auch wie Weihnachten, wenn eine „Frankfurter GDCF", die noch nicht Mitglied in der bundesweiten GDCF ist, sich anpreist, „daß sie auch der Meinung sind, daß Klassenkampf innerhalb der GDCF nichts verloren hat". Es pfeifen die Spatzen von den Dächern, daß die Frankfurter GDCF, die berechtigte Aussichten hat, in den Bundesverband aufgenommen zu werden, wesentlich von den faschistischen „Frankfurter Marxisten-Leninisten" gemanagt wird.

Hierin zeigt sich sehr treffend, welche Vorstellungen die Opportunisten von einer Freundschaft mit der VR China haben: Bedingungslose Übernahme chinesischer Positionen, deren Verbreitung (ohne Stellungnahme und inhaltliche Diskussion, versteht sich) und Zubereiten von erlesenen „Peking-Enten", um so auch an die „liberale" und rechte Öffentlichkeit zu gelangen.

Haben diese beiden Organisationen (KBW und Münchner Arbeiterbund) zwar momentan noch eine Stärkeposition in der GDCF, so werden sie den Vormarsch der Vaterlandsverteidiger nicht verhindern.

Die Kommunisten in der GDCF müssen in solidarischer Art und Weise darauf hinarbeiten, aus der Sympathie für China eine Sympathie für den Sozialismus allgemein zu entwickeln. Das kann jedoch nicht bedeuten, daß wir deshalb die Breite der organisierten China-Freundschaft diesbezüglich einschränken; ganz im Gegenteil; wir werden daran arbeiten, um jeden Menschen, der sich ehrlich für China interessiert und den Weg, den das chinesische Volk durch die sozialistische Revolution eingeschlagen hat, mit Sympathie verfolgt, zu einem aktiven Ausdruck dieser Haltung bringen.

Hierbei wehren wir uns jedoch entschieden dagegen, unter dem Vorwand der Breite und Offenheit der GDCF Leute aufzunehmen, die in China lediglich einen Partner des BRD-Imperialismus gegen die Sowjetunion oder ein günstiges Warenabsatzgebiet sehen. Die Tatsache, daß es z.B. die Genossen des Arbeiterbundes in München für positiv halten, wenn auch CSU-Mitglieder in der GDCF sind, wirft ein Licht auf die „Klarheit" des Freundschaftsbegriffes in der Linken. ●

Zwei Mitglieder der Gruppe Nürnberger Kommunisten

Vaterlandsverteidiger
Kommt die „Einheit"?

Wie bereits vor einiger Zeit im AK berichtet, streben die Vaterlandsverteidiger der BRD und Westberlins – zumindest in Worten – zügig die „Einheit" an. Mittlerweile scheinen einige kleinere Grüppchen um die sogenannten „Frankfurter Marxisten-Leninisten" schon aus dem Rennen zu sein, nachdem sie sich allzu plump-blöd für den „Burgfrieden" mit dem BRD-Imperialismus, für den „Konsumverzicht" der Arbeiterklasse zugunsten der Vaterlandsverteidigung etc. ausgesprochen hatten. So geht es heute vor allem um die „Einheit" zwischen „KPD" und „KPD/ML".

Wie ihren Zeitungen zu entnehmen ist, haben sich beide Organisationen „Anfang November" getroffen, „Dokumente ausgetauscht" und „die Diskussion eröffnet" (näheres wurde nicht mitgeteilt). Immerhin bringt das gemeinsame „Kommuniqué" von ganzen fünf Sätzen „das Bestreben beider Seiten" zum Ausdruck, zumindest in Worten wie „richtige" Arbeiterparteien aufzutreten und keinen Zweifel an der „historischen Bedeutung" dieses Treffens zu lassen. Sie erinnern dabei stark an Kinder, die in den Klamotten der Eltern „Hochzeit" spielen:

„Das Gespräch fand in einer Atmosphäre (!) der Freundschaft und Solidarität statt und war von dem festen Willen beider Seiten bestimmt, die Einheit der Marxisten-Leninisten mit aller Kraft anzustreben" (aus dem Kommuniqué).



Zusätzlich zu dem an sich schon sehr „inhaltsreichen" gemeinsamen Kommuniqué hat die „KPD/ML" sehr „inhaltsreichen" gemeinsamen Kommuniqué hat die „KPD/ML" noch einen „Diskussionsbeitrag" als Sonderdruck veröffentlicht (Beilage zum „Roten Morgen" 47/75). In diesem Sonderdruck soll bewiesen werden, daß die „KPD/ML" möglicherweise ein paar kleine Fehlerchen gemacht hat, die sie aber immer blitzschnell „korrigiert" hat, während die „KPD" sich dauernd ganz dicke Hämmer geleistet hat, von denen sie einige auf Grund der Kritik der „KPD/ML" inzwischen abgeschwächt hat, während sie an anderen noch festhält. Dies alles steht im Sonderdruck ironischerweise unter dem Motto „Kritik und Selbstkritik"!

Im Übrigen handelt es sich bei den im Sonderdruck behandelten Fragen im Wesentlichen um aufgebauschte Detailfragen – etwa, ob nun die „KPD" oder die „KPD/ML" sich „konsequenter" für die Diktatur des Proletariats eingesetzt hat, ob in der einen oder anderen Organisation die Rolle der kleinbürgerlichen Intellektuellen mehr überschätzt wurde als in der anderen usw. Die e n t s c h e i d e n d e Frage der Vaterlandsverteidigung wird dagegen kaum angesprochen. Daß die „KPD" zu den Klassenkämpfen in Portugal inzwischen eine offen faschistische Position bezieht (Aufforderung an die Bourgeoisie und den europäischen Imperialismus zur terroristischen Unterdrückung der portugiesischen Arbeiterklasse, Bejubelung aller entsprechenden konterrevolutionären Maßnahmen), wird im Sonderdruck des „RM" gar nicht erwähnt. Knapp angesprochen wird nur die offene Unterstützung der „KPD" für die „Stärkung der Verteidigungskraft" der Bundeswehr, für den Verbleib der US-Besatzungstruppen in der BRD u.ä. Lächerlicherweise heißt es dann, dies sei aber bei der „KPD" bloß eine „T e n d e n z", und **„Diese in der ‚Roten Fahne' vertretenen Ansichten scheinen nicht zur Auffassung der KPD insgesamt geworden zu sein"** – was „bewiesen" werde durch die (scheinheilige!) Distanzierung der „KPD" von den allzu plump-blöden Burgfriedlern („Frankfurter Marxisten-Leninisten").

Wortklaubereien und Haarspaltereien um einzelne Formulierungen in „Prinzipienfragen" wie Diktatur des Proletariats etc. (auf der Ebene abstrakter Bekenntnisse), aber Hinweghuschen über die konkrete Frage der Vaterlandsverteidigung und alles, was damit zusammenhängt – so denkt sich die „KPD/ML" offenbar die „ideologische Diskussion" (Kommuniqué).

Als besonderer „Clou" wird im Sonderdruck nochmals der groteske Standpunkt der „KPD/ML" zum „Parteiaufbau" präsentiert: Für die Parteigründung reichen danach angeblich „drei Dinge" aus: 1. Der Marxismus-Leninismus; 2. Die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung (wie in den Dokumenten der KPCh vorgelegt); 3. Ein paar der KPCh vorgelegt); 3. Ein paar Leute, die sich für Kommunisten halten. Nach dieser „Theorie" hätte der erstbeste Idiot das „Recht", eine Partei zu gründen, sofern er sich allgemein und abstrakt zum Marxismus-Leninismus, zur „Generallinie" und zum Kommunismus „bekannte". Alle anderen hätten dann die **„Pflicht", „in der bestehenden Partei mitzuarbeiten"** (lt. Sonderdruck).

Und Ernst Aust, Chef der „KPD/ML", kann nun einmal das „Recht" für sich beanspruchen, 1968/69 gerade dieser erstbeste Idiot gewesen zu sein. Diesem ständig rausgestrichenen Anspruch von Aust & Co. auf das Erstgeburtsrecht gegenüber verhält sich die „KPD" recht hilflos, weil sie im Grunde auf einer genauso närrischen Wellenlänge arbeitet wie die „KPD/ML".

1968/69, bei der Gründung der „KPD/ML", war die Lage so, daß keine marxistisch-leninistische Gruppe über ein bloß abstraktes „Bekenntnis" zum Marxismus-Leninismus hinaus war. Gerade der Mangel an praktischen Erfahrungen und die Isolierung von den Klassenkämpfen Isolierung von den Klassenkämpfen führten dazu, daß es sehr wohl möglich war, Kritik an den karrieristischen Machenschaften, der pathologischen Publicity-Sucht und Angeberei von Aust & Co. etc. zu üben, daß es aber andererseits – gerade wegen der Dürftigkeit der damaligen Positionen, die nur aus einer Zusammenstückelung allgemeiner „marxistisch-leninistischer Wahrheiten" ohne konkrete und praktische Ausfüllung bestanden – unmöglich war, von einer „revisionistischen Entartung" der „KPD/ML" zu sprechen. Diese Kategorie konnte die „KPD/ML" damals ebensowenig treffen wie beispielsweise irgendeinen Karnevalsverein.

Man darf gespannt sein, ob es tatsächlich noch zu einer „Vereinigung" von „KPD/ML" und „KPD" kommt, bevor der Sumpf über beiden Vereinen zusammenschlägt. Wie dabei die zumindest in Nuancen unterschiedliche Haltung zur Vaterlandsverteidigung geklärt werden soll, ist eine offene Frage. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Neue Variante der Vaterlandsverteidigung?

Oft ist es nicht leicht, „echte" Vaterlandsverteidiger von „nachgemachten" Provokateuren in staatlichen oder revisionistischen Diensten zu unterscheiden. Ganz besonders gilt das für ein anonymes Flugblatt „Zwei Prozesse – zwei Welten", das uns kürzlich zugeschickt wurde.

In diesem Flugblatt wird die *„objektive revolutionäre Bedeutung der RAF"* gepriesen, die eine der **„Keimformen des Kampfes gegen die Supermächte"** (oho!) sei. Durch den Prozeß gegen die „RAF", so heißt es in dem Flugblatt weiter, *„isoliert sich* (die Regierung) *von der Bevölkerung der BRD, was bei der heutigen Weltlage letzten Endes nur den Supermächten nützt".*

Als Forderung wird gestellt, daß die „RAF" einen *„politischen Zivilprozeß vor einem ordentlichen Gericht"* bekommen soll. Statt ihrer soll **„Guillaume nach Stammheim"** geschickt werden. Denn DDR-Spion Guillaume sei *„ein Vorkämpfer des Sozialimperialismus, welcher danach drängt, seinen faschistischen Terror auf die Bevölkerung der BRD (inclusive Monopolbourgeoisie) auszudehnen".* Ihm müsse, so wird gefordert, als **„einem potentiellen Kriegsverbrecher ein Nürnberger Prozeß"** gemacht werden.

Bis hierhin könnte wohl noch jeder „echte" Vaterlandsverteidiger voll mitgehen. Aber dann kriegen überraschenderweise auch die „ML"er noch ihr Fett. Sie hätten *„nichts außer scheinradikalem Getöse"* (genau!), seien *„ein stinkender Misthaufen"* (wie wahr!!), seien nicht solidarisch genug mit der „RAF", würden *„von Faschisierung schwafeln, und damit ignorieren, daß die Hitler von heute in Moskau und Washington sitzen"* (welcher „ML"er spricht denn heut noch von der Faschisierung? ? !).

Zugleich enthält das Flugblatt Angriffe gegen die „ML"er, wie sie ansonsten aus der Sponti-Ecke bekannt sind (*„bürokratisches Management hinter den Kulissen", „ ... Um Legalität und Wahlkampfprämie zu sichern ...", „ ... richten den Moralfinger auf die RAF, um sich selber einen Hauch trügerischer Freiheit zu erschleichen ..."*).

Handelt es sich hier also um eine neu entstandene vaterlandstreue, sozusagen schwarz-rot-goldene Fraktion der Sponti-scene? Oder hat hier ein Verfassungsschützler seine – mißlungene – erste eigene Arbeit abgeliefert und dabei alles durcheinandergebracht? Sachdienliche Hinweise erbittet:

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief

Liebe Antifa-Kommission,
im letzten AK (69) sind nicht nur anderen, sondern auch uns besonders in zwei Artikeln Einschätzungen zur „KPD" und GIM aufgefallen, die wir für über's Ziel hinausgeschossen halten.

Im Artikel „Portugal: ‚KPD' fordert ‚handfeste Repressalien' gegen die Arbeiterklasse" sprecht Ihr wiederholt von „ ‚KPD'-Faschisten". Wir dachten bisher, daß Faschisten Leute seien, die für eine totale terroristische Unterdrückung der Arbeiterklasse, insbesondere ihrer Avantgarde im Interesse der Bourgeoisie eintreten. Gerade deshalb können sie sich bei uns einer zunehmenden Unterstützung durch die Bourgeoisie und ihren Staat erfreuen: sie kriegen z.B. keine Berufsverbote. Wie ist es dann zu erklären, daß die Bourgeoisie die „ ‚KPD'-Faschisten" wie alle linken Bewegungen angreift, wie ist es zu erklären, daß „ ‚KPD'–Faschisten" (wie in Marburg geschehen) gegen faschistische Provokationen z.B. durch die C.A.R.P. oder Löwenthal handfest vorgehen? Hat die Bourgeoisie etwa noch nicht erkannt, daß sie Leute angreift, die doch zu ihrem Vorteil arbeiten?

Genossen, wir halten es auch angesichts der eindeutig reaktionären Tendenzen der „KPD" für gelinde gesagt übertrieben, von „ ‚KPD'-Faschisten" zu sprechen. Wenn Ihr die „KPD"-ler als Faschisten anmacht, dann laßt Ihr Euch auf das üble Niveau der politischen Auseinandersetzung ein, auf dem sich die „KPD" leider schon lange befindet. Auf dieser Ebene könnte man dann auch die Haltung der VR China gegenüber Angola, Portugal, Chile und StrauSS als faschistische bezeichnen.

Ebenso steht es mit Eurem Kommentar zu den Vorfällen um die GIM-Veranstaltung in Westberlin („Gemischte vaterländisch trotzkistische Provokation"). Hier stellt Ihr die verbale Provokation der GIM, die aber aus einer politischen Einschätzung resultiert (mit der man sich von unserer Seite kritisch auseinandersetzen muß), mit dem hier tatsächlich offen reaktionären Um-sich-Prügeln der „KPD"-Leute auf eine Stufe. Warum sprecht Ihr hier aber nicht von „KPD"-Faschisten? Etwa deshalb, weil Ihr der GIM dann nicht in der Weise hättet eins verpassen können, wie Ihr es getan habt? Und: wie kann man im selben Artikel, in dem man die Linken zur verstärkten Wachsamkeit gegenüber rechtsradikalen Strömungen auffordert, das konkrete Hilfegesuch der Westberliner GIM zum Schutz ihrer (einer linken!) Veranstaltung als Frechheit zurückweisen? Diese Haltung wurde von den Marburger GIM-Genossen zu Recht als „zynisch" bezeichnet.

Genossen, wir meinen, daß wir gegenüber provokatorisch wirkenden falschen Einschätzungen aus dem linken Lager nicht in den Fehler verfallen dürfen, darauf nicht mehr inhaltlich einzugehen und stattdessen andere Positionen unvermittelt bloß zu etikettieren, sondern es ist immer unsere verdammte Pflicht, nachzuweisen (zum Beispiel auf einer GIM-Veranstaltung), warum bestimmte Haltungen falsch oder schädlich sind.

Uns in Marburg haben diese Artikel die inhaltliche Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit der Linken (auch der GIM, die sich hier sicher anders verhält als in Westberlin) erschwert und dem guten Ansehen, das der AK mittlerweile bei Linken vieler Richtungen erreicht hat, eher geschadet.

Sympathisantengruppe des KB
Marburg

Antwort der Antifa-Kommission

Antwort der Antifa-Kommission

Zu Punkt 1: *Wir haben in AK 69 in einem konkreten Zusammenhang von „ ‚KPD'-Faschisten" gesprochen, nämlich in Zusammenhang mit Portugal. Wenn Faschisten* **„Leute** *(sind),* **die für eine totale terroristische Unterdrückung der Arbeiterklasse, insbesondere ihrer Avantgarde, im Interesse der Bourgeoisie eintreten"** *(lt. Brief der Marburger Genossen), so erfüllt die „KPD" hinsichtlich Portugal diese Definition vollauf. Dies wurde in dem Artikel in AK 69 zweifelsfrei aufgezeigt. Die „Rote Fahne" der „KPD" hat regelmäßig sämtliche repressiven und terroristischen Maßnahmen der Reaktion und Konterrevolution in Portugal bejubelt (angefangen bei der klerikalfaschistischen Kampagne gegen PCP-Büros im Norden bis zur Sprengung von „Rádio Renascença"). Ihre einzige Kritik an Reaktion und Konterrevolution ist, daß diese nicht „entschieden" genug die portugiesischen Massen unterdrücken.*

Generell gesprochen ist die „KPD" jedoch keine vollauf faschistische Organisation im Sinn der obigen Definition. Es ist auch zu bezweifeln, ob sie sich zu einer solchen entwickeln wird, oder ob sie nicht vielmehr einen Platz im „links"-radikalen Vorfeld des Faschismus einnehmen wird. Ihre Politik besteht darin, objektiv faschistische Inhalte (brutale, terroristische Unterdrükkung der Arbeiterklasse) mit scheinradikalen, anti-bürgerlichen und z.T. auch sogar pseudo-revolutionären Phrasen zu „verkaufen". Dies bringt sie notwendigerweise in Konflikte mit der Bourgeoisie – ebenso wie es Konflikte zwischen den „alten" Faschisten und der Bourgeoisie gab (es sei nur daran erinnert, daß Hitler 1923/24 sogar einige Zeit in Haft verbringen mußte), ohne daß deshalb zu bezweifeln wäre, daß die Faschisten zu allen Zeiten den Interessen der Bourgeoisie insgesamt gedient haben.

Zu Punkt 2: *Hier geht es nicht um eine* **„verbale Provokation"** *der GIM,* **„die aus einer politischen Einschätzung resultiert"**, *mit der man sich vielleicht* **„kritisch auseinandersetzen"** *könnte und müßte. Vielmehr geht es darum, daß die GIM in demagogisch-provokatorischer Weise die günstige Gelegenheit der Vaterlandsverteidigung beim Schopf greift, um im selben Zug „die Maoisten" insgesamt zu diffamieren (dazu gehört in der Sprache des Trotzkismus normalerweise auch der KB) und um auch gleich die „Mao-Tsetung-Ideen" mit zu erledigen.*

Hierzu scheint eine g r u n d s ä t z l i c h e Klarstellung notwendig: In breiten Teilen der Linken gilt es zu Recht als „verpönt", seiner Meinung durch Schlägereien Geltung zu verschaffen. Dagegen wird alles u n t e r h a l b dieser Schwelle oft recht liberalistisch gehandhabt. Lügen und Verleumdungen gegen andere Organisationen gelten vielfach als „läßliche Sünden", mit denen man sich gefälligst „kritisch auseinanderzusetzen" hat. Dieser Meinung sind wir n i c h t. Wir sehen prinzipiell k e i n e n Unterschied, ob sich eine Organisation mit Schlägereien durchzusetzen versucht oder ob sie – wie es vor allem den KBW auszeichnet – ständig in ihrer Presse die frechsten Lügen und Verleumdungen gegen andere Organisationen und überhaupt über politische Ereignisse verbreitet – ob es nun die sowjetischen Geisterstützpunkte, die internationale Portugal-Solidaritäts-Kampagne oder die Vorgänge in Angola sind. Wir meinen, daß solche Methoden d i e s e l b e Verachtung verdienen wie die Schläger-Methoden der Vaterlandsverteidiger. Hier ordnen wir auch die Demagogie der Westberliner GIM gegen „den Maoismus" ein (wieweit sich die GIM in Marburg in diesem Punkt anders verhält als in Westberlin, wissen wir nicht – wir würden es natürlich begrüßen, wenn es so wäre!).

Was die „Frechheit" der Westberliner GIM angeht, unsere Genossen um Hilfe zum Schutz ihrer Veranstaltung zu bitten: Wir sind der Meinung, daß die Auseinandersetzung in der Linken mit dem Mittel der Diskussion und Kritik geübt werden muß, statt mit Schlägereien oder Verleumdungen. Wir treten **prinzipiell** *daher auch für das Recht der Trotzkisten ein, ihre Meinung zu sagen, und wären gegebenenfalls auch bereit, dieses Recht zu schützen. N i c h t schützen werden wir Gruppierungen, die bereits in ihren Flugblättern die Absicht erkennen lassen, o h n e inhaltliche Argumentation „den Maoismus" und „die Maoisten", mitsamt den Theorien Mao Tse-tungs, in einen Topf mit den Vaterlandsverteidigern zu werfen – die also gerade nicht argumentieren, sondern bloß verleumden.*

Von einer b e s o n d e r e n Frechheit der GIM hatten wir deshalb gesprochen, weil kurz zuvor – während der Portugal-Woche – die GIM in Braunschweig nach Schläger-Provokationen der „KPD" gegen eine Veranstaltung ein Flugblatt verteilt hatte, in dem sie den zynischen Standpunkt vertrat: „Beide Seiten sind schuld, und der KB (Nord) ganz besonders" (Man hätte sich, nach Meinung der GIM, von diesen Leuten lieber die Veranstaltung kaputt machen lassen sollen, statt sie rauszuschmeißen).

Abschließend betonen wir, daß wir größtes Interesse an solidarischen Beziehungen innerhalb der Linken haben. Nicht einverstanden sind wir damit, wenn Organisationen wie GIM oder KBW diese Grundlage ständig durch Lügen und Verleumdungen verletzten, aber betroffen aufschreien, wenn man diese Methode beim richtigen Namen nennt. Solidarität in der Linken ist nicht gleichbedeutend mit der Duldung von Liberalismus und Scheinheiligkeit. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Paramilitärische Organisationen – bewaffnete Hilfstruppen des Staatsapparats

Die westdeutsche Bourgeoisie ist seit 1945 gezielt darangegangen, parallel zum Ausbau ihrer staatlichen Machtorgane außerstaatliche paramilitärische Verbände und Organisationen aufzubauen, um ihr Herrschaftssystem gegen den „inneren Feind" abzusichern.

Auf diesem Feld bewegen sich bei weitem nicht nur die militanten Neofaschisten; Jagdverbände, Schützenvereine, mancherorts Bürgerwehren, Werkschutz, private Polizeien etc. sind ebenso dazuzurechnen.



Aus einer Werbeschrift dieser „Schwarzen Sheriffs" (Privatpolizei in München): „Wir sorgen für Ruhe und Ordnung... (haben) einen schlagkräftigen Bewachungsdienst... (und gehen) nicht gerade mit Samthandschuhen an die Arbeit."

Die militanten Neofaschisten

In der letzten Zeit können wir gerade in Schleswig-Holstein ein verstärktes Auftreten **bewaffneter** Faschisten beobachten, die sich insbesondere um den „Bund Volkstreuer Jugend", die NPD, die „Wiking-Jugend" und den „Stahlhelm" konzentrieren.

Hier einige Beispiele:

- Der Presseverantwortliche des KB in Eutin erhielt eine Morddrohung der „Organisation Consul – Sturmabteilung Hitler", hinter der sich offensichtlich der „Bund Volkstreuer Jugend" verbirgt (s. AK 65). In dieser Drohung heißt es: *„Für einen Gefallenen, Verletzten oder irgendwie Geschädigten des Nationalen Lagers der Roten zehn. Dabei sind wir nicht gerade zimperlich, auch mit Schußwaffen wissen wir umzugehen, sie gehören sogar zu unserer Uniform...".*
- Anfang des Jahres bekam der AStA der Kieler Uni einen Drohbrief des „Bundes Volkstreuer Jugend". Darin wurde der AStA gewarnt, *„Kameraden tätlich anzugreifen"* (gemeint sind faschistische Provokateure an der Uni). Daß dies *„nicht ratsam"* sei, hätten *„einige Beispiele aus der*

raden tätlich anzugreifen" (gemeint sind faschistische Provokateure an der Uni). Daß dies *„nicht ratsam"* sei, hätten *„einige Beispiele aus der*

Vergangenheit bewiesen".

- Zudem verteilten Faschisten unter Führung von **Hans-Herbert Hain** (Beschäftigter bei der Kriegs-Marine in Plön, NPD-Vorsitzender von Ostholstein, Mitglied des NPD-Landesvorstands und Landesführer des „Bundes Volkstreuer Jugend") und **Jürgen Peine** (im Strafvollzug des BGS tätig) öfter bewaffnet mit waffenscheinpflichtigen langen stehenden Messern Nazi-Flugblätter in Kiel und Flensburg.
- Weiterhin wissen wir von regelmäßigen militärischen Übungen der Faschisten. Beobachtet wurden sie z. B. Pfingsten auf der Prinzeninsel im Plöner See. Zudem haben sie ein Trainings-Camp in Dörpstedt, den sog. Wiking-Hof der „Wiking-Jugend". Besitzer ist Uwe Rohwer, der zugleich Jugendreferent des „Stahlhelm" in Schleswig-Holstein ist.

Bezeichnend, daß gerade Bundeswehr- bzw. BGS-Militaristen (Hain und Peine sind gewiß nicht die einzigen) die Ausbildung der Neonazis gewährleisten. Laut „Kieler Nachrichten" strebt der „Stahlhelm" sogar offizielle Kontakte zur Bundeswehr an; ferner sind Treffen zwischen der „Wiking-Jugend" und Bundeswehroffizieren bekannt (s. AK 66).

Es ist eindeutig, daß diese Gruppen sich bereits heute gezielt auf bewaffnete Provokationen vorbereiten. Sie gehen schon in dieser Vorbereitungs- und Sammlungsphase zu „Aktionen" über:Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Hoffmann-Truppe in Nürnberg, an das militante Auftreten der NPD anläßlich des Bremer Wahlkampfs, an die zahlreichen Überfälle und Provokationen der Röder-Clique, an die verbrecherischen Sprengstoffanschläge (z.B. gegen mehrere Bahnhöfe), die der RAF (trotz ihrer Distanzierung) in die Schuhe geschoben werden sollen, an die militante Störung einer Juso-Veranstaltung in Buchholz etc.

Die Faschisten und Reaktionäre benutzen jedoch auch oftmals ein legales Mäntelchen, um ihre kriminelle Tätigkeit zu tarnen. Es gibt Schützenvereine, Jagdverbände, „Schieß-„sport"vereine und mancherorts auch schon sogenannte „Bürgerwehren", hinter denen sie sich verstekken. Auf dem Lande und in Kleinstädten ist dies besonders deutlich. In der Regel sind diese Verbände Sammelbecken rechter Großbauern, des reaktionären und „standesbewußten" Kleinbürgertums und vereinzelter Großbourgeois und Landbesitzer.

Jäger und Förster

„Den Förster und Berufsjäger erwähne ich besonders, weil ich mir diese Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft (!) ohne Faustfeuerwaffe überhaupt nicht mehr vorstellen kann". – Dieses bezeichnende Selbstverständnis äußerte Karl Grund, Geschäftsführer des Landesjagdverbandes Hamburg(in „AKAH-Faustfeuerwaffenjournal" 4/75, das den „Mitteilungen für Schleswig-Holsteinische Jäger und Fischer" 8/75 beilag).

In der Tat. Zurückgehend auf das heute noch gültige Nazi-„Gesetz über den Waffengebrauch der Forst- und Jagdschutzberechtigten sowie der Fischereibeamten und Fischereiaufseher" vom 26. 2. 35 besteht die Mög-

den Waffengebrauch der Forst- und Jagdschutzberechtigten sowie der Fischereibeamten und Fischereiaufseher" vom 26. 2. 35 besteht die Mög-

lichkeit, Privatpersonen wie z. B. Forstbesitzern, **ständige Polizeibefugnisse** zu übertragen. Diese Leute sind sogar dazu privilegiert, auch außerhalb ihres Bereichs polizeiliche Maßnahmen durchzuführen und „Zwangsmittel" anzuwenden. Das schließt „selbstverständlich" den Waffengebrauch ein. So gilt z. B. für diese staatlichen Hilfsorgane „Notwehr" mit Waffen allgemein für zulässig, ohne die Bedingung, daß der „rechtswidrige Angriff" gegen Leib und Leben gerichtet sein muß. Es genügt bereits, daß eine Person sich ihrer erfolgten oder bevorstehenden Festnahme durch die Flucht zu entziehen versucht, um den Schußwaffengebrauch zu rechtfertigen. Waffengebrauch ist hier also ohne den Vorbehalt zulässig, daß die anzuhaltende Person auf frischer Tat ertappt oder eines Verbrechens dringend verdächtig sein muß.

Das „AKAH-Journal" propagiert insbesondere die **Faustfeuerwaffe** in Händen der **Jäger und Förster**, obwohl es nicht einen einzigen Grund gibt, dies zu rechtfertigen. Seit wann wird mit Pistolenschüssen aus der Hüfte gejagt?

Aber damit nicht genug. Das Journal kommt zu dem Schluß, daß zu einer Faustfeuerwaffe auch eine entsprechende Ausbildung gehört. In diesem Zusammenhang spricht die Zeitung auch konkrete Empfehlungen aus, die das Killen erleichtern: z. B. möglichst eine Pistole kaufen oder einen Revolver mit schmaler Trommel ... damit man schneller ziehen kann. Weiter fragt die Zeitung:*„Selbstschutz durch Faustfeuerwaffen?"* ... und kommt zu einem eindeutigen Ja. Einzige „Einschränkung": zum wirklichen „Selbstschutz" gehöre das Erlernen des „Combat-Schießens" (d. h. Kampf-Schießen auf sich bewegende Ziele. Gleichzeitig wird dabei geübt, schnell zu ziehen und sofort zu schießen – z. T. auch aus der Hüfte).

Dazu weiter im Journal: *„Gewisse Presseorgane, die es mit der Objektivität nicht immer so genau nehmen, haben inzwischen über das Combat-Schießen und diejenigen, die es betreiben, schon die schlimmsten Schauergeschichten berichtet. Der nicht eingeweihte Leser muß glauben, es handele sich bei Combat-Schützen um Berufskiller oder zumindest potentielle Mörder. In Wirklichkeit sind diese Leute hochangesehene Zeitgenossen und loyale Staatsbürger. Sie besitzen legale Waffen und in den meisten Fällen sogar (!) Waffenscheine. Das Schießen auf die Scheibe im normalen Schießstand genügt bei weitem nicht mehr. Man muß unter Verhältnissen üben, die wenigstens ungefähr dem Ernstfall entsprechen. Jeder Polizeibeamte und Soldat weiß das und wird auch entsprechend ausgebildet. Also: Nicht lautstarkes und offizielles Distanzieren von Combat-Schützen, sondern Gewährenlassen. Unsere pluralistische (!) und offene Gesellschaft hat Platz für alle (!!), und die innere Sicherheit wird von ganz anderen Elementen gefährdet" (!!).*

Schützenvereine

Schützenvereine

Das „AKAH-Faustfeuerwaffenjournal" berichtet auch über Schützenvereine. Zu einer Abbildung, auf der ein Faustfeuerwaffenschießstand mit menschenähnlichen Zielscheiben zu sehen ist, wird bemerkt: *„Es stimmt, im Schützenverein findet der Gegenwartsmensch das wieder, was durch Mechanisierung, Technisierung und Massenmedien in der heute reichlichen Freizeit mehr und mehr verdrängt wird: den beglückenden und anregenden Ausgleich von den Alltagspflichten".*

Daß es auch unter Jägern und Schützen nicht nur beim Schießen auf Wild und Scheiben stehen bleibt, haben diese „honorigen Bürger" schon häufig bei der Aufstellung von Bürgerwehren unter Beweis gestellt (s. unten).

Die Gefahr dieser Verbände wird nicht zuletzt an der hohen Zahl des in ihnen bewaffnet organisierten Potentials deutlich: In der BRD gibt es ca. 650 000 Schützen und ca. 400 000 Jäger.

Bürgerwehren

Sie rekrutieren sich im wesentlichen aus Jägern und Schützen. Folgende Angaben aus dem „Spiegel" (8. 4. 74) verdeutlichen das:

- **Heiligenhafen in Ostholstein**; hier entstand eine Bürgerwehr ausgehend vom Schützenverein, angeregt von Gildechef Jens Schmütsch und vom Reeder Willy Freter, der aus seinen Schiffsbesatzungen einen Trupp zusammenstellte. Beobachtung und Verfolgung von „Verdächtigten" soll als erklärtes Vereinsziel in die Statuten aufgenommen werden. Zudem sollen nächtliche Streifengänge, ein Telefonring (zur schnellsten Mobilisierung aller Schützen) und Möglichkeiten zur Abriegelung der Ausfallstraßen eingerichtet werden.
- **Metzkausen bei Düsseldorf**; hier geht unter Anleitung von Arnulf Schöbitz eine Bürgerwehr nachts Streife durch den Ort.
- **Neufahrn in Bayern**; der Schützenmeister Robert Wemmer und der Schützenverein „Isaria" organisierten hier eine „Selbstschutztruppe". In einem Gründungsaufruf wurde nicht nur auf den „Einsatz von Gummiknüppeln und Bluthunden", sondern auch auf die „Gewehre aus den Gewehrschränken der Bürger" verwiesen, derer man sich notfalls bedienen werde.
- **Bad Dürrheim im Schwarzwald**; hier stellte Bürgermeister (!) Otto Weissenberger zusammen mit der freiwilligen Feuerwehr eine Bürgerwehr auf, um angeblich „rocker - ähnlichen Typen" den Garaus zu machen.
- **Göttingen**; hier sagte der Chef, Adelhard Morgenstern, seine Selbstschutzorganisation werde auch auf „Linke angemessen reagieren". Außerdem trainiere seine Truppe „Nahkampf" und „ideologische Kampfführung".

Verhetzt gegen alles Linke, gegen „rockerähnliche Typen", gegen Langhaarige usw. – das ist das Gesicht dieser zur Lynchjustiz bereiten Einheiten. Den ersten Bürgerwehr-Toten

haarige usw. – das ist das Gesicht dieser zur Lynchjustiz bereiten Einheiten. Den ersten Bürgerwehr-Toten

gab es bereits. 1972 erschoß ein Münchener, der ein Geschäft seines Freundes vor Dieben schützen half, einen Einbrecher mit einer Pistole, für die er nicht einmal einen Waffenschein besaß. Eine weitaus größere Zahl von harmlosen Wanderern, Pilzsammlern etc. dürfte von Jägern in ihrer staatlichen Hilfsfunktion verletzt worden sein. Ungeachtet dieser Tatsachen wird diese Form der „Selbstjustiz" nicht zuletzt von staatlicher Seite als „Notwehr", „Selbsthilfe", „Verteidigungsnotstand" usw. verharmlost. Jäger, Schützen, Feuerwehren usw. werden sogar nach wie vor zu größeren Fahndungen auf dem Lande (wie z. B. Durchsuchung eines Waldstückes) hinzugezogen.

„Schuldig ist der Ermordete, nicht der Mörder" – das ist oftmals das Ergebnis, wenn diese Verbände darangehen, „Recht und Ordnung" zu „schützen".

Vom Staatsapparat wird ihre Tätigkeit ausdrücklich gutgeheißen und gerechtfertigt. Das auf dem Gebiet des Polizeirechts der BRD dominierende Standardwerk von Drews/Wacke rechtfertigt die Existenz derartiger Truppen damit, daß sie zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beitragen würden und daß es sich hierbei „um eine Grundfunktion der menschlichen Gesellschaft handelt, die zu jeder Zeit zu erfüllen ist und die auch von unserer heutigen Massengesellschaft ... erfüllt wird, ohne daß sofort und in erster Linie der Staat mit seiner Polizei bemüht wird" (S. 493f.).

Der faschistischen Tradition verpflichtet

Wenn wir einen Blick ins „Deutsche Waffen-Journal" (1/75) werfen (wird hauptsächlich von Jägern, Schützen und Waffen-„Sammlern" gelesen), wird das braune Gesicht dieser Verbände schnell deutlich. Das Waffenangebot reicht bis zu HJ-Fahrtenmessern mit der Aufschrift „Blut und Ehre" und NS-Dolchen mit den Klingenaufschriften „Meine Ehre heißt Treue" und „Alles für Deutschland". Weiterhin werden „Adolf-Hitler-Büsten in SA-Uniform", „Original Soldatenliederbücher aus dem zweiten Weltkrieg", „SS-Tarnjacken", „SS-Degen" usw. usf. angeboten. Ein weiteres Inserat verrät, wo man Anleitungen für das Combat-Schießen erhalten kann. Nicht zuletzt erscheinen Anzeigen, die unzweideutig auf illegalen Waffenkauf hinweisen. Darüber hinaus ist diese Zeitung mit Rassismus geladen: in den USA seien es die Neger, die Raubüberfälle begingen und die Cubaner, die für Erpressungen verantwortlich seien. – Da hilft eben nur eins ...

Was ist dies anderes als ein erneuter nur allzu deutlicher Beweis dafür, wes' Geistes Kind diese paramilitärischen Verbände sind. Aus derartigen Truppen hat die Bourgeoisie schon häufiger geschöpft. Erinnert sei an

schen Verbände sind. Aus derartigen Truppen hat die Bourgeoisie schon häufiger geschöpft. Erinnert sei an

den Beginn der 2oer Jahre, als die bewaffneten „Freikorps" und andere konterrevolutionäre Banden (Brigade-Ehrhardt, Loewenfeld, Roßbach, Oberland, Organisation Consul u.a.) gegen die Arbeiterklasse kämpften.

Was sind die Bürgerwehren heute anderes als Ansätze in diese Richtung?

Die genannten Verbände und solche paramilitärischen Organisationen wie Mihm, Ziviler Sicherheitsdienst, Werkschutz, Privatdetekteien, Wach- und Schließgesellschaften, Geldtransportunternehmen etc. ergeben eine nicht zu unterschätzende Truppe von über einer Millionen Mann, die leicht für die Bourgeoisie zu mobilisieren ist.

Wen diese Truppen anziehen, macht nicht zuletzt die Bewerbung eines Faschisten bei der Geldtransportfirma PUROLATOR deutlich: ***„Bin bei der Fremdenlegion gewesen, hab' eine Menge Neger umgelegt"*** („Stern", 38/75).

Im nächsten AK werden wir den Artikel fortsetzen:

Woher kommen die Waffen? – Waffenhandel und Waffenschmuggel

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

Eutin:
Getarnte Nazi-Tagung

Am 8./9. November 75 veranstaltete die „Arbeitsgemeinschaft der Kriegsopfer- und Kriegsteilnehmerverbände" in Verbindung mit dem „Kuratorium Unteilbares Deutschland" im Eutiner Seehotel Voßhaus ein Wochenendseminar *„Die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa — Eine kritische Analyse"*. Welcher Sumpf sich hinter diesem Veranstalter verbirgt, enthüllt die Mitgliederliste der Verbände und ihrer Führer:

- VdK (Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer). Vorsitzender ist der Rendsburger Stadrat und stellvertretende Bürgermeister Horst Kappert, Rendsburg, Jungfernstieg 10. Kappert fiel bereits beim Treffen der HIAG (ehemalige Waffen-SS) auf;
- Deutscher Bundeswehrverband;
- Offiziersvereinigung der Marine-Infanterie;
- Luftwaffenring e.V.;
- Bund der Notgemeinschaft des Arbeitsdienstes (BNA), Vorsitzender der Oberstudienrat (!) Günther Grohmann;
- Bund deutscher Hirnbeschädigter;
- Deutscher Marinebund e.V.;
- HIAG, Landessprecher ist Bankdirektor Dr. Willy Schäfer, Felde-Post Achterwehr;
- Kameradschaftsvereinigung der Marineflieger;
- Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge (hat ca. 17.000 Mitglieder in Schleswig-Holstein); Vorsitzender ist Regierungsdirektor Günther Niewerth, Strande, Am Knüll 4;
- Verband der Heimkehrer (hat ca. 9.000 Mitglieder in Schleswig-Holstein);
- Bund der Kriegsblinden e.V.;
- Verband der ehemaligen Angehörigen des Deutschen Afrika Korps;
- Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. (hat ca. 3.000 Mitglieder in Schleswig-Holstein);
- Kameradschaft des ehemaligen Kav.Regiments 14 und seiner Traditionstruppenteile und der
- Deutsche Soldatenbund Kyffhäuser/Verband deutscher Soldaten; Vorsitzender beider Organisationen ist der Prinz zu Schleswig-Holstein, Glücksburg, Schloß.

Der Oberst i.R. ist zugleich auch Mitglied im faschistischen Kreis „Mars und Merkur" (römischer Kriegs- bzw. Handelsgott), eine Organisation, die die Verbindung zwischen den Kapitalisten und den Militaristen pflegen soll.

Der letzte Teilnehmer auf der Liste ist die

- Traditionsgemeinschaft Panzerkorps „Großdeutschland".

Kapitalistenvertreter, Nazis, Bundeswehroffiziere u.a. „Persönlichkeiten" an einem Tisch

Der hier in Eutin zusammengetroffene Kreis ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert:

Erstens haben sich die Altnazis der faschistischen Hitler-Wehrmacht sowie die Bundeswehr-Militaristen eine zusätzliche Koordinierungszentrale in Form dieser „Arbeitsgemeinschaft" geschaffen, die dieselbe Adresse und Telefonnummer wie der „Bund deutscher Soldaten" hat.

Zweitens werden die Organisationen vom BRD-Staat steuerlich und auf anderen Gebieten begünstigt - wie das „e.V." im Organisationsnamen zu erkennen gibt. Zudem tarnen sich die Faschisten hinter unverfänglich klingenden Verbänden wie dem „Bund der Kriegsblinden e.V.". Bezeichnend ist auch, daß der „Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge" zu dieser „AG" gehört. Eine Organisation, die immer wieder vorgibt, sich für den „Frieden in der Welt" einzusetzen! Alljährlich ergaunert sie sich unter diesem Deckmantel in Strassen- und Haussammlungen (die momentan gerade wieder in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr durchgeführt werden) ca. 10 Mio. DM.

Im Einladungsschreiben zur Eutiner Tagung hieß es: „Ein Teilnehmerbetrag wird nicht erhoben, die Fahrtkosten kommen zur Erstattung" — so sieht die „Spar"politik aus, wenn es um derartige „Bildungsbereiche" geht.

Drittens entwickeln diese Faschisten ihre Politik in enger Zusammenarbeit mit der Bundeswehr. Die Anwesenheit von Reserveoffizieren und von Unteroffizieren aus der Eutiner Rettberg-Kaserne, die zur „Schulung" zu dieser Tagung gefahren wurden, beweist das nachdrücklich. Daß die o.g. Verbände führende aktive Offiziere zu ihren Tagungen einladen, ist die Regel.

Viertens klappt die „Zusammenarbeit mit den Bereichen der Wirtschaft und Wissenschaft" bereits vortrefflich. Als Referenten traten bei dieser Tagung auf: Prof. H.R.Krämer vom Kieler Weltwirtschaftsinstitut sowie Dr.R.Thode und Dr.S.Magiera, beide vom Institut für Internationales Recht an der Universität Kiel.

Und die Führer der o.g. Organisationen sind ja selbst auch nicht gerade dünn besucht: Bankdirektor, Fischgroßhändler, Regierungsdirektor, Oberstudienrat, Großgrundbesitzer — da liegt die finanzielle Grundlage dieser Herren.

Nazis, Kapitalisten, Militär — diese Dreiallianz saß hier in Eutin zusammen. Ein Trio, das schon einmal zu Krieg und Faschismus geführt hat!

Als Ergänzung zur Eutiner Tagung sei noch erwähnt, daß diese Militaristen die Arbeit verstärkt unter den Studenten aufnehmen. Die „Kieler Nachrichten" vom 11.11.75 meldeten: Der „Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr", Teilnehmer an der Eutiner Tagung, hat einen Arbeitskreis Studenten gegründet. 1. Vorsitzender ist Peter H. Wolff, Student und Oberleutnant der Reserve; Mitglieder sind Studenten und Absolventen der Fachhochschule Kiel. Die Ziele: *„Förderung und Pflege des Schießsports, speziell mit Handfeuerwaffen, sowie ergänzende Sportarten in Anlehnung an den Status des Reservisten. Gefördert werden sollen weiter die Kameradschaft, die körperliche Fitness und eine kritische Auseinandersetzung mit wehrpolitischen Fragen."* ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel



Entwicklung faschistischer Banden im Raum Nürnberg

Mit Wohlgefallen und Toleranz verfolgt die Nürnberger Polizei die Entwicklung rechtsextremistischer Terrorgruppen. Die bekannteste Bande darunter ist die „Wehrsportgruppe Hoffmann", Sektion des rechtsradikalen „Stahlhelm".

Obwohl paramilitärische Übungen der Hoffmann-Bande in den Wäldern bei Nürnberg ebenso nachgewiesen wurden wie ein Überfall auf eine DKP-Veranstaltung in Fürth, obwohl die Polizei sich durch die Empörung der Öffentlichkeit gezwungen sah, ein riesiges Waffenlager des „Stahlhelm" zu beschlagnahmen, obwohl die Hoffmann-Terroristen in aller Öffentlichkeit mit schwarzen Uniformen und Naziabzeichen rumlaufen (diesbezüglich wurde Hoffmann übrigens am 1.7.1975 freigesprochen), wird diese faschistische Bande bei ihren Aktivitäten (Flugblattverteilung, Werbung für die „Wehrsportgruppe", öffentliche Hetzkundgebungen in Nürnberg etc.) von Polizei und Justiz toleriert.

Mit ebensolcher bewußten Blindheit des kapitalistischen Staates kann Hoffmann bei seinen momentanen Versuchen rechnen, eine angeblich aus mehreren hundert Mann (!) bestehende Privatarmee (Zahlenangaben aus „Nürnberger Zeitung" vom 25.10.1975) nach Rhodesien zu verfrachten, wo sie dem rassistischen Regime Hilfe gegen das um Freiheit kämpfende Volk von Zimbabwe (Südrhodesien) leisten soll.



Bei der Razzia im Almoshofner Schloß wurden Gewehre, Stahlhelme, Uniformen, Hakenkreuzfahnen, Wehrmachtsausweise und Nazi-Abzeichen gefunden.
Beim Prozeß wurde Hoffmann (links) freigesprochen!

Offenbar zu diesem Zweck hielt sich Hoffmann vor einigen Wochen in Rhodesien auf. Da die Nürnberger „Wehrsportgruppe" mehrere hundert Söldner nicht allein stellen könnte, ist anzunehmen, daß sich an dieser Aktion auch Faschisten aus anderen Teilen der BRD beteiligen sollen.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß in Nürnberg in letzter Zeit mehrmals ein „Kampfbund deutscher Soldaten" (KDS) aufgetreten ist, dessen Chef Schönborn eng mit dem berüchtigten faschistischen Rechtsanwalt Roeder und dessen Kumpan Christophersen zusammenarbeitet. U.a. verteilte der KDS ein Flugblatt zu Hoffmanns Prozeß wegen verbotenem Tragen von Uniformen.

Weiter laufen Verbindungen politischer und finanzieller Art zwischen der Hoffmann-Bande und der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN).

Eine Zentralfigur in der Koordination faschistischer Banden und der „Wahlpartei" NPD ist der Sohn des Besitzers der Möbelfirma Hess, der als Mitglied der JN eine militärische Ausbildung in der „Wehrsportgruppe Hoffmann" mitgemacht hat. In dem Stadtteil, in dem dieser Faschistenjüngling seit Jahren seine Hetzpublikationen an die Bevölkerung bringen will, gibt es einen hochmodernen Wohnblock „Noricus", in dem die Wohnungen sündhaft teuer sind, was eine typische Mieterzusammensetzung zur Folge hatte. Vom offenen Kriminellen bis hin zu „honorigen", stinkreichen Geschäftsleuten wohnt dort alles, was „Rang und Namen" hat.

Diese Mieter stellten vor etwa einem Jahr eine private Schutztruppe auf, die bewaffnet diesen Wohnblock „beschützt". Einige andere Bewohner zogen daraufhin aus, weil sie nach eigenen Angaben „mehr Angst vor ‚ihren' Sicherheitstrupps als vor Einbrechern haben".

Bei dieser privaten Hauspolizei wirken auch einzelne Mitglieder der faschistischen Pfiffer-Bande mit, deren Boß Pfiffer schon 1972 durch antikommunistische Aktionen bekannt wurde.

Mit der Hetzparole „Im Peter (Peter = Stadtteil von Nürnberg) brauchen wir keine Kommunisten" terrorisierte er eine Wohngemeinschaft von Kommunisten und einen wöchentlichen Stammtisch der „KPD/ML".

Nach mehrfachen Einbrüchen schleusten die Faschisten damals auch noch einen ihrer Leute in die Wohngemeinschaft, der sie dann mit den neuesten brühwarmen Informationen versorgen konnte.

Ein paar Tage später überfielen diese Typen mit zwei Gewehren einen Arbeiterstammtisch der „KPD/ML". Hier wurden die Faschisten jedoch abgeschmettert, da die ganze Nürnberger Linke intern zu diesem Treff mobilisiert worden war. Die Polizei ließ die Faschisten mit ihren Gewehren nach kürzester Zeit unbehelligt laufen — und notierte die Namen der anwesenden Genossen.

Eine Woche später überfielen dieselben Faschisten mitsamt ihrem Anführer Pfiffer einige Genossen, als diese aus einer Kneipe rauskamen. Mehrere Genossen wurden dabei verletzt. Die Polizei, die sofort von Kneipenwirt gerufen wurde, erschien mit 40minütiger Verspätung!

Vor kurzem wurde eine andere Nürnberger „Wehrsportgruppe" bekannt. Es handelt sich um eine halblegale Vereinigung, die zur Zeit 43 Mitglieder zählt, die sich vor allem aus Bankangestellten, Taxifahrern und Beamten von polizeilichen Spezialeinheiten (!) zusammensetzen („NZ", 24.10.1975). Diese Gruppe scheut das Licht der Öffentlichkeit mehr als Hoffmanns Bande. So veröffentlicht sie lediglich Bilder, auf denen ihre Mitglieder durch Balken unkenntlich gemacht sind; ihre Mitglieder (siehe Bild) verdeckt sind; benutzt Decknamen bzw. Abkürzungen für ihre Mitglieder. Diese Bande gibt sich als „Sportvereinigung" aus und betreibt Schießübungen mit großkalibrigen Revolvern und Pistolen: schwere Waffen des Kalibers 38 Spezial und 9mm Parabellum.

In einer Stellungnahme in der „NZ" verweist diese Bande auf *„Vorgänge in der Terroristenszene, die in vielen Bürgern noch lebendig sind"*, und umreißt damit ihre eigentliche Zielsetzung: Durchführung von Spezialaufgaben, die staatliche Organe nicht durchführen können, insbesondere „am Rande (und außerhalb) der Legalität"; wobei die Polizei jedoch personelle Unterstützung leistet, indem „Beamte von Spezialeinheiten" („NZ") in solche Gruppen gehen. Die Polizei ist ein wirklicher „Freund und Helfer" — solcher Leute! ●

Gruppe Nürnberger Kommunisten (GNK)



Als „Sportvereinigung" getarnt proben die Faschisten den Bürgerkrieg

Neo-Nazis im „Haus des Sports"

Im Hamburger „Haus des Sports" fand am 4.11.75 eine Veranstaltung zum Thema „Freiwilliger Arbeitsdienst – ja oder nein" statt. Redner war der berüchtigte Oberstleutnant der Bundeswehr (!) und schleswig-holsteinische NPD-Landesvorsitzende, Dr. Witt. Während kommunistische und andere demokratische Soldaten schikaniert und verfolgt werden, weil sie an einer Demonstration teilgenommen oder eine Resolution unterschrieben haben, ist dieser Faschist seit Jahren das Paradepferd der NPD und bekommt dafür von der Bundeswehr sogar noch Sonderurlaub.

Vor rund einem Jahr noch hatte der Erste Vorsitzende des Hamburger Sportbundes, Fritz Bauer, versichert: *Wir werden künftig der NPD keine Räume in unserem Haus* (d.h. „Haus des Sports") *mehr zur Verfügung stellen!* (laut „Hamburger Morgenpost", 11.11.74).

Anlaß dieser Erklärung war eine Veranstaltung am 10.11.74 im „Haus des Sports", bei der Faschisten eine Hakenkreuz-Fahne aufgehängt und Nazi-Sprüche („Heil Hitler" etc.) krakeelt hatten. Die Schuld für diesen Vorfall schoben sich die Herren von Sport und Behörden dann schön gegenseitig zu:

- ▶ Sportchef Bauer: *„Für die Vermietung ist unser Gaststättenpächter Rieck zuständig. Unser Vorstand wird aus dem Vorfall die entsprechenden Konsequenzen ziehen und künftig der NPD keine Räume in unserem Haus mehr zur Verfügung stellen".*
- ▶ Die Polizei: *„Uns fehlte die Rechtsgrundlage, um einzugreifen. Es war eine nichtöffentliche Veranstaltung".*
- ▶ Hausmeister Karl Kaftan vom „Haus des Sports": *„Ich erfuhr von den Vorgängen im Festsaal erst, als das Treffen zu Ende war".* (laut „Morgenpost",11.11.74).

Die Frage, ob der Raum für die Nazi-Veranstaltung wirklich von der NPD gemietet worden war – wie zunächst die gesamte Presse berichtete – dürfte kaum noch zu klären sein. Als offizieller Veranstalter war jedenfalls der schleswig-holsteinische Faschist Thies C h r i s t o p h e r s e n aufgetreten. Er gehört zu einer besonders „militanten" Gruppe um den Rechtsanwalt Manfred R o e d e r. Wie aus einer Presse-Mitteilung des Hamburger Senats vom 15.11.74 hervorgeht, hatte sich Christophersen mit seiner Bande schon seit etwa einem Jahr alle vier Wochen im „Haus des Sports" getroffen! Regelmäßig mit 60-70 Mann! Der Polizei sei jedoch **„diese Vereinigung bisher nicht aufgefallen"** (!), da sie bis zu ihrem Nazi-Karneval am 10.11.74 **„ruhig"** gewesen sei.

Eine ganz und gar unglaubliche Geschichte. Denn immerhin muß Christophersen dem „Verfassungsschutz" und der Polizei bestens bekannt sein, u.a.:

- ▶ als Verfasser einer antisemitischen Hetzschrift „Auschwitzlüge", in der die Zustände in den KZ's und Vernichtungslagern verherrlicht und die Massenmorde abgestritten werden;
- ▶ als Mitbeteiligter an einem Überfall auf eine polnische Foto-Ausstellung in Westberlin (u.a. über das KZ Auschwitz), wo Christophersen, Roeder und Kumpane Bilder zerrissen, Nazi-Parolen an die Wände geschmiert hatten u.ä.

Folglich ist es ein Witz, wenn behauptet wird, Christophersen sei der Polizei und den Behörden vor dem 10.11.74 „nicht aufgefallen". Gleichfalls ist es ein übler Witz, wenn der Sportbund so tut, als habe er nicht gewußt, welches Gesindel da ein ganzes Jahr lang im „Haus des Sports" zusammenkam.

Tatsache ist vielmehr, daß das „Haus des Sports" seit vielen Jahren Räume an Rechtsradikale und Faschisten jeder Couleur vermietet. So ist das „Haus des Sports" insbesondere ein bevorzugter Ort für die Treffen der revanchistischen „Heimatverbände", aber auch der NPD.

Die jüngste NPD-Veranstaltung im „Haus des Sports" zeigt, daß dies – allen Versprechungen von Senat und Sportbund zum Trotz – auch in Zukunft so weitergehen soll. Ein anschauliches Beispiel für die von der Bourgeoisie scheinheilig gepredigte „Trennung von Sport und Politik"! ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die Frage, ob der Raum für die Nazi-Veranstaltung wirklich von der NPD gemietet worden war – wie zunächst die gesamte Presse berichtete – dürfte kaum noch zu klären sein. Als offizieller Veranstalter war jedenfalls der schleswig-holsteinische Faschist Thies C h r i s t o p h e r s e n aufgetre-

– allen Versprechungen von Senat und Sportbund zum Trotz – auch in Zukunft so weitergehen soll. Ein anschauliches Beispiel für die von der Bourgeoisie scheinheilig gepredigte „Trennung von Sport und Politik"! ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Göttingen: Sofortige Freilassung des Antifaschisten Hubert M.!

Am 12. November wurde der Facharbeiter Hubert M. in Göttingen in Haft genommen. In Handschellen wurde er am 13. November von der Justizvollzugsanstalt zum Amtsgericht gebracht; von dort wurde er am selben Tag in die „Sicherungshaft" nach Kassel überführt. Dort soll er nach dem Willen der Justiz bis zur Verhandlung am 4. Dezember bleiben.

Laut Haftbefehl ist Hubert M. „dringend verdächtig", anläßlich einer Hetzveranstaltung des StrauSS-Freundes Löwenthal („ZDF-Magazin") in Kassel, *„bei der er als Störer aufgefallen war und deshalb von zu Hilfe gerufenen Schutzpolizeibeamten zulässigerweise aus dem Versammlungssaale entfernt werden sollte"*, einem Kripo-Mann in Zivil, *„einen derart starken Schlag gegen den Unterkiefer versetzt zu haben, daß der Beamte mit dem Hinterkopf gegen die Kante eines Türrahmens schlug und eine erhebliche Beule davontrug".*

Die besagte Veranstaltung fand am 10. Dezember letzten Jahres statt. Es handelte sich um eine Propaganda-Show der sogenannten „Bürgerinitiative für freiheitliche Ordnung", die politische Zutreiberdienste für den CDU-Rechtsaußen Dregger und seine Kumpane im hessischen Landtagswahlkampf leisten sollte (vergl. AK 50).

Es ist klar, daß diese Veranstaltung eine Provokation für alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte darstellte. Klar auch, daß die ca. 500 Antifaschisten auf der Veranstaltung in Sprechchören forderten: „Löwenthal raus aus dem Saal!"

Gruppen von Greifern stürzten sich daraufhin auf die Antifaschisten. Hierbei war ein planmäßiges Zusammengehen von Schupo, Kripo, „Verfassungsschutz"-Greifern in Zivil, Spezialagenten vom „Zivilen Einsatz- und Fahndungskommando" und rechtsradikalen „Ordnern" zu beobachten.

Gemeinsam prügelte diese „unheilige Allianz" die Linken aus dem Saal. Durch einen faschistischen Schläger wurde dem Demonstranten H.B. das Nasenbein gebrochen. Mindestens sechs Antifaschisten wurden festgenommen.

Daß Hubert M. sich damals gegen einen besonders brutalen und aggressiven Schläger – der sich später als Zivilbulle herausstellte – zur Wehr setzen mußte, genügte den Hütern des Rechts, um Strafantrag wegen „Körperverletzung" zu stellen.

Aber die Justiz begnügte sich nicht mit diesem Strafantrag. Die Kasseler Richterin **Pfeiffer** ließ es sich nicht nehmen, gegen Hubert M. **„Sicherungshaft"** zu verfügen. Das bedeutet, den Angeklagten solange in Haft zu behalten, bis die Verhandlung stattfindet.

Das kam so: Die Hauptverhandlung gegen Hubert M. war für den 28. Oktober in Kassel angesetzt. Diesen Termin konnte der Angeklagte aus gesundheitlichen Gründen – er leidet an Ischialgie, einer äußerst schmerzhaften Rückenerkrankung – nicht wahrnehmen. **Er war ärztlich krankgeschrieben, und dem Gericht lag eine ärztliche Verhandlungsunfähigkeitsbescheinigung vor.**

Trotzdem wurden am Morgen des 28. Oktober Polizisten zur Wohnung von Hubert M. geschickt, um ihn zur Verhandlung zu schleppen. Zu dieser Zeit lag er jedoch in der Klinik zur Behandlung.

Am Nachmittag desselben Tages erschien bei Hubert M. **Frau Dr. Neree** vom Staatlichen Gesundheitsamt Göttingen, **eskortiert von mehreren Polizisten**, um ihn amtsärztlich zu untersuchen. Diese Untersuchung – allein schon ein Skandal für sich! – ergab offensichtlich selbst für eine solche Ärztin, daß Hubert M. nicht reise- und verhandlungsfähig ist. Denn was hätte sonst nähergelegen, als ihn „gleich mitzunehmen"?

Aber Richterin Pfeiffer mochte sich damit nicht zufriedengeben. Ihre Logik: Da der Antifaschist M. nicht auf der Hauptverhandlung erschienen ist, *„will sich der Angeklagte offenbar dem Verfahren entziehen"* – so die „Begründung" laut Haftbefehl.

Und plötzlich sieht das Ergebnis der amtsärztlichen Untersuchung seitens der Frau Dr. von Neree so aus: Hubert M. kann *„stehen* (!), *gehen, sitzen und sich bücken"*, er sei *„lediglich etwas steif und leicht unbeweglich"* gewesen – er hätte also *„durchaus an einer Hauptverhandlung in Kassel teilnehmen können".* Auch eine Bahnfahrt sei ihm zuzumuten gewesen.

Bei einem Haftprüfungstermin am 24. November konnte M., dem das Liegen im Anstaltsbett große Beschwerden bereitet, nur noch in verkrümmter Haltung sitzen. Um eine Unterschrift zu leisten, mußte er vor dem Schreibtisch in die Hocke gehen, da ihm ein einfaches Vornüberbeugen unmöglich ist!

Richterin Pfeiffer blieb trotz dieser unverkennbaren Krankheitssymptome dabei: Die „Sicherungshaft" wird nicht aufgehoben! Wie zynisch sich diese Dame der „Rechtspflege" hingibt, wurde auch an diesem Hinweis deutlich: Die „Sicherungshaft" wende sie grundsätzlich an bei Leuten, die den Hauptverhandlungstermin versäumen und außerhalb Kassel wohnen. Dieser Richterin kann man nur wünschen, einmal ähnlich behandelt zu werden! ●

KB/Gruppe Göttingen

Letzte Meldung: Erfreulich!

Wie wir nach Redaktionsschluß telefonisch erfuhren, ist der Genosse Hubert M. am 28. November (um 15.30 Uhr) entlassen worden.
Ein Erfolg der Solidarität!

Alter Obernazi darf Rechtsanwalt bleiben

Die „Frankfurter Rundschau" deckte kürzlich einen neuen Fall von Begün-

Der Altfaschist wurde n i c h t ausgeschlossen. Der Ausschlußantrag

vor, er führe „Krieg gegen andere Anwälte".

Alter Obernazi darf Rechtsanwalt bleiben

Die „Frankfurter Rundschau" deckte kürzlich einen neuen Fall von Begünstigung prominenter Nazi-Verbrecher durch die Justiz der BRD und ihre Helfershelfer auf.
Ein alter Nazi, der sich seine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft durch die Angabe eines falschen Namens erschlichen hatte, darf Rechtsanwalt bleiben; stattdessen soll jetzt gegen den Anwalt, der dies aufgedeckt hat, ehrengerichtlich vorgegangen werden.

Ein gewisser **Herr Schmidt-Römer**, der von 1940 bis 1945 in der Zentrale der NSDAP, seit 1942 als „Reichsamtsleiter", tätig war, ist heute Rechtsanwalt in Celle.

Schmidt-Römer wird in dem Tagebuch von Martin Bormann als einer der wichtigsten Männer der NSDAP geschildert, der seine besonderen Fähigkeiten insbesondere in den letzten Kriegswochen, als der Faschismus seinen Terror gegen das Volk bis ins Maßlose steigerte, unter Beweis stellte.

Diese Type hatte es nach der Zerschlagung des Faschismus natürlich vorgezogen, sich einen falschen Namen zuzulegen. Der Jurist bewarb sich unter dem Namen „Schmidt-Rux" als Rechtsanwalt im Bezirk Celle. Seine Tätigkeit für die Faschisten hatte er wohlweislich verschwiegen.

Der Schwindel wurde aufgedeckt.

Man sollte meinen, daß *„die graue Eminenz Bormanns"* (die „FR" berichtet, daß Schmidt-Römer seinerzeit in der NSDAP so genannt wurde) nunmehr mindestens ein Ehrengerichtsverfahren bekommen sollte, zumal es anerkanntermaßen „standeswidrig" ist, sich seine Zulassung unter falscher Angabe wesentlicher Tatsachen zu erschleichen.

Ein antifaschistisch eingestelltes Vorstandsmitglied der zuständigen Rechtsanwaltskammer beantragte nunmehr, Schmidt-Römer aus der Anwaltschaft auszuschließen. Die Grundlage für diesen Antrag bot eine Entscheidung eines Ehrengerichtshofes, nach der ein SS-Untersturmführer aus der Anwaltschaft ausgeschlossen wurde, weil er seine frühere Tätigkeit verschwiegen hatte.

Was dem SS-Mann billig ist, ist der „grauen Eminenz Bormanns" recht, dachte der Anwalt, und rechnete mit einem Erfolg seines Ausschluß-Antrages.

Doch er irrte sich.

Der Altfaschist wurde n i c h t ausgeschlossen. Der Ausschlußantrag wurde mit der ausschlaggebenden Stimme des Anwaltskammervorsitzenden Behrens abgelehnt. Dieser Behrens gab auf Befragen der „FR" zu, während des Faschismus NSDAP-Ortsgruppenleiter in Celle gewesen zu sein.

Da wundert einen nichts mehr!

Die Reaktion auf den Ausschlußantrag

In der bürgerlichen Öffentlichkeit wurde der Antrag des SPD-Mannes keineswegs unterstützt, im Gegenteil: man bezichtigte ihn der Beleidigung, weil er dem Kammervorstand vorgeworfen hatte, seine Entscheidung sei rechtswidrig.

Ein Kapitalistenkampfblatt („Rundblick") wurft Holtfort (der den Ausschlußantrag gestellt hatte), vor, er führe *„Krieg gegen andere Anwälte".*

Andere Freunde Schmidt-Römers fordern, dieser habe nun nach 30 Jahren das Recht, endlich *„in Ruhe gelassen zu werden".*

Schmidt-Rux selber nahm zu dem Ausschlußantrag Stellung, indem er von der Anwaltskammer forderte, gegen Holtfort ein Ehrengerichtsverfahren einzuleiten.

Man kann annehmen, daß der Vorstand unter Anleitung des Gesinnungsgenossen Behrens dieser Anregung folgen wird: Holtfort ist inzwischen aufgefordert worden, sich zur Äußerung von Schmidt-Römer binnen zehn Tagen zu äußern.

Die Lokalpresse („Hannoversche Allgemeine Zeitung") berichtete über diese Ungeheuerlichkeiten mit keinem Wort. Der Grund: Schmidt-Römer spielt auch heute wieder „graue Eminenz". Bloß diesmal bei der Verlegerin der „HAZ", Luise Madsack. ●

IKAH Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Nazi-Plunder auf dem ‚Flohmarkt'

Vor einigen Wochen statteten wir zu dritt dem Hamburger Flohmarkt einen Besuch ab. Dabei bemerkten wir, daß der in letzter Zeit immer offener betriebene Handel mit Symbolen und Schriften des Nationalsozialismus auch auf dem Flohmarkt bereits Eingang gefunden hat. An jeder Ecke waren Stände, die ganz offen Waffen, Orden und Abzeichen der Terrortruppe SS und der faschistischen Wehrmacht, Bücher (Himmler, Göbbels und Hitler „Mein Kampf") und nicht zuletzt Hitler-Bilder anboten!

Zufällig wurden wir Zeuge eines Vorgangs, der gewissermaßen die Krönung des Ganzen darstellt: Der Verkauf einer Hakenkreuzfahne! (siehe Foto). Diesmal allerdings sollte der anscheinend vorher vereinbarte Handel in aller Stille vor sich gehen („leider" kam unser Teleobjektiv dazwischen). Man muß sich vor Augen halten, daß solche Leute nicht nur still vor sich hin sammeln, sondern auch aktiv politisch in Erscheinung treten.

So gab es in Hamburg-Altona in letzter Zeit drei bezeichnende Beispiele faschistischer Aktivitäten:

1. Plakate einer sogenannten „Faschistischen Front", auf denen der Franco-Faschismus bejubelt und gefordert wurde:
„Deutschland braucht den Faschismus!"



2. Des öfteren tauchen Aufkleber der „NSDAP-Auslandsorganisation" auf, in denen die Faschisten die Aufhebung des NSDAP-Verbots fordern und in Anlehnung an eine alte Nazi-Parole drohen: „Rotfront verrecke!"
3. Schließlich sei noch auf den faschistischen Überfall auf die „Fabrik" verwiesen, der am 18. September stattfand (siehe USta Nr. 11). ●

Ein Genosse des SSB/Bezirk Altona



Es sitzen viel zu wenig Faschisten im Knast!

Am Sonntag, den 30.11. soll in Hamburg eine Kundgebung zur „Freilassung von Rudolf Hess" stattfinden.

Die rechtsradikalen Initiatoren machten auf „Menschlichkeit". Ihre Argumentation: Hess (früher Stellvertreter von Hitler!) sei ein alter Mann, man solle ihn doch freilassen, er wäre auch nur noch der einzige Häftling in Spandau.

Die Faschisten haben bei ihren Massenmorden natürlich nie nach dem Alter ihrer Opfer gefragt. Daß Hess allein hinter Gittern sitzt, ist allerdings schlecht – er sollte (zahlreiche) Gesellschaft bekommen!

Erst kürzlich wurde ein Prozeß (*„Einer der größten Massenmord-prozesse"*, „Hamburger Morgenpost", 27.11.) gegen 14 SS-Mörder eröffnet – und als wohl letzter größerer Nazi-Prozeß angekündigt (NDR II, „Berichte von heute", 26.11.). Die 14 waren Teil einer 1.300 Mann starken SS-Mannschaft, die im Konzentrationslager Lublin-Majdanek mindestens 250.000 Menschen, die Polen sprechen von 360.000, durch Hunger, Folter, Erschießungen und Aufhängen ermordet haben!

Von diesen 1.300 namentlich bekannten SS-Mördern sind bisher 116 „zur Rechenschaft gezogen" worden („Tagesschau", 26.11.).

In Hamburg wurden seit Anfang 1966 nur 13 dieser Mordbanditen rechtskräftig verurteilt, darunter sieben zu lebenslänglich.

In zwölf Fällen wurden die Verfahren wegen „Verhandlungsunfähigkeit" eingestellt; acht Angeklagte wurden freigesprochen.

Während der letzten zehn Jahre stellte die Hamburger Justiz insgesamt 392 Verfahren gegen NS-Verbrecher ein.

Mittlerweile laufen nur noch 48 Verfahren gegen 612 Beschuldigte (Zahlen nach „Ostholsteiner Anzeiger" vom 27.5.75).

... und Hess sitzt alleine in Spandau! ●

Bezirkszelle St. Pauli
KB/Gruppe Hamburg

Hans-Adolf Asbach gehört endlich hinter Gitter!

Wer ist dieser Asbach? Seit über 14 Jahren hat die Staatsanwaltschaft die Hauptverhandlung gegen diesen Nazi-Mörder und ehemaligen Sozialminister Schleswig;Holsteins (1950 - 57) aus Eutin-Fissau, Auestr. nicht eröffnet, obwohl die Ermittlungen der polnischen Behörde seine Verbrechen eindeutig belegen:

– In Galizien/Polen war er für die Ermordung von 500 Juden am 2.10.41 in Brzezany verantwortlich,
– gleichfalls war Asbach verantwortlich für die Erschießung von 600 Juden im Frühsommer 1942 in Brzezany;
– Am 20.2.42 wurden in Rohatyn auf Asbachs Befehl 2.000 Juden von SS-Einheiten erschossen;

Im Januar 1943 erteilte Asbach den Befehl zur Erschießung von 65 jüdischen Kindern aus Rohatyn, an der er sich selbst beteiligte;

– Während der Ausübung der Administration durch Asbach in der Bezirkshauptstadt Brzezany wurden SS-Einheiten eingesetzt, *„die die Gettos von Juden säuberten. Die Juden wurden zusammengetrieben. Das geschah so gewaltsam, daß nicht alle die Gaskammern der Konzentrationslager erreichten. Für diese Aktionen war Asbach administrativ verantwortlich"* („Süddeutsche Zeitung", 5.12.69). Bei diesen grauenhaften Mordaktionen tat Asbach sich auch persönlich hervor
– Bei den gewaltsamen Zusammentreibungen von Juden in Brzezany, Rohatyn und Potutory wurde ebenfalls geschossen. Juden, die dabei noch nicht zu Tode kamen, wurden von Asbach durch „Gnadenschüsse" ermordert (ebenda).
– Weiter erteilte er den Befehl zum Spießrutenlaufen, einer grausamen Folter, bei der jüdische Männer und Frauen totgeprügelt wurden (ebenda).

Nach 1945: Der Nazi-Mörder macht erneut Karriere

Vor 1945 hatte sich Asbach bereits die Sporen für seine Minister-Karriere nach dem 2. Weltkrieg verdient:

– Seit 1933 Mitglied der NSDAP.
– Ab 1934 übernahm er in der Gauführung Pommern die Leitung der „Deutschen Arbeitsfront" (DAF).
– Von 1934-35 gehörte er auch der SA an.
– Im Januar 1940 Beförderung zum Kreishauptmann und Einmarsch mit der faschistischen deutschen Wehrmacht in das okkupierte Galizien (Alle Angaben nach „Handelsblatt" vom 5.12.69).

Nach kurzer englischer Gefangenschaft setzte er seinen unter dem Hitler-Faschismus begonnen Aufstieg in der BRD fort:

– Er war Mitbegründer des „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE), eine nationalistische, revanchistische und antikommunistische Partei, deren Anhang weitgehend aus „Vertriebenen" bestand.
– 1950 kandidierte er für den BHE, worauf er in den Schleswig-Holsteinischen Landtag kam und Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene wurde.
– Mit Asbachs Amtsantritt im Juli 1950 kamen 14 weitere BHE-Faschisten in den Landtag. Sie setzten sich aus Trommlern der rechtsradikalen „Landvolksbewegung" zusammen,die während der Weimarer Republik bestraft und 1933 sofort amnestiert worden waren. Ebenso gehörten zu dem BHE-Block Männer von SS-Ordensschulen" und Bürgermeister aus der Nazi-Zeit.
– Sein Amt konnte Asbach bis 1957 ausüben. Während dieser Zeit war er auch 4 Jahre lang Stellvertreter des Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel (CDU).
– 1953 forderte dieser Verbrecher die Wiedereinführung des Arbeitsdienstes, wendete sich gegen die Verfolgung der Altnazis, verhalf weiteren zahlreichen Faschisten in führende Positionen und fiel durch nationalistische Reden auf.
– 1954 wurde er Vorsitzender des BHE.
– 1957 nach der Bundestagswahl schied der BHE mangels Wählerschaft, die von der CDU/CSU aufgesaugt wurde, aus dem Bundestag aus. Darauf tönte Asbach, *„der BHE sei nur mit Hilfe eines unfairen und undemokratischen Wahlrechts aus dem Bundestag hinausmanövriert worden, deshalb sei das Bonner Parlament nicht ausreichend legitimiert, über ostdeutsche Fragen zu entscheiden"* („Handelsblatt", 5.12.69).



Wegen dieser Äußerung, seinem offen faschistischen Auftreten und seiner allzu pro-nazistischen Personalpolitik wurde Asbach damals von Hassel aus optischen Gründen aus dem Dienst genommen.

– Dafür entschädigte Hassel ihn mit der Ernennung zum Direktor der unter Landesregie stehenden Wohnungsbaugesellschaft „Nordmark"; dieses Amt übte er bis 1962 aus.
– Hiernach trat er in den Ruhestand und hat seither nach dem Ministerpensionsgesetz über 500.000 DM eingestrichen, dazu kommt noch das Direktorenpensionsgehalt von der „Nordmark".

Der Nazi-Mörder wird systematisch gedeckt

Daß heute kaum jemand etwas von dem Fall Asbach weiß, ist das Ergebnis der Politik einer lückenlosen Kette von Reaktionären in höchsten Ämtern (vom Staatsanwalt bis zum Ministerpräsidenten), die den Fall Asbach wohlwissend im Dunkeln lassen. Zu sehr sind sie alle selbst als Mitwisser und Förderer darin verstrikt.

Hier nur ein paar Beispiele:

– **Kai-Uwe von Hassel (CDU).**

Unter Ministerpräsident v. Hassel (später Kriegsminister der BRD) ist Asbach Minster geworden. Er konnte sogar zu dessen Stellvertreter avancieren und in den Bundesrat vordringen. Von Hassels Sympathie galt jedoch auch noch anderen Faschisten; z.B. Heinz Wichmann, den er zum Chef der Bundeswehrverwaltung in Schleswig-Holstein machte. Derselbe Wichmann machte am 20.11.41 dem „Reichskommissar Ostland" folgende Meldung:

„Das flache Land im ganzen Generalkommissariat ist judenfrei" – d.h. alle Juden ermordet oder verschleppt („Braunbuch", S. 222).

– **Dr. Helmut Lemke (CDU).**

Jetziger Landtagspräsident in Schleswig-Holstein. Von Hassels Nachfolger Lemke (Nazi-Bürgermeister in Eckernförde und Schleswig) hatte natürlich ebenso kein Interesse an Asbachs Aufdeckung, ist doch folgendes Zitat überliefert: *„Keine Mitläufer, sondern Gefolgsmänner aus innerster Überzeugung braucht unser Drittes Reich"*

– **Dr. Ulrich Schattenberg.**

Seit 1969 hatte er sich als 1. Staatsanwalt in Lübeck mit dem Fall Asbach zu beschäftigen. Vorher wurden die Akten acht Jahre lang hin und her geschoben, ohne die Voruntersuchung zu veröffentlichen. Hier begann die systematische Verschleppung des Verfahrens. Seither wird immer noch „ermittelt", obwohl das Belastungsmaterial bereits 56 Aktenbände umfaßt. Dabei muß man wissen, daß Schattenberg selbst Altnazi ist.. und eine Krähe hackt der anderen nun mal kein Auge aus. Er war Marineoberkriegsgerichtsrat; hat nach eigenen Angaben an Fahrten der faschistischen Kriegsmarine nach Spanien teilgenommen, um die Faschisten mit Waffen, Munition und Lebensmitteln zu versorgen. Schattenberg ist heute pensioniert, hat jedoch „würdige" Nachfolger eingearbeitet: so Staatsanwalt Wirsich, der in Lübeck und Eutin im Juni dieses Jahres im Komplott mit dem bekannten Faschisten Hans-Herbert Hain (NPD) dazu beigetragen hat, daß vier Antifaschisten wegen „Störungen" bei NPD-Veranstaltungen zu insgesamt 3.000 DM Geldstrafe verurteilt wurden.

Wie Wirsich den Fall Asbach „weiterverfolgen" will, ist unschwer zu erraten ...

– **Dr. Bernhard Leverenz (CDU).**

Er war Justizminister in Schleswig-Holstein und stellte nachdrücklich fest, daß Asbach nicht belangt werden soll: „.... *Leverenz hatte erst kürzlich darauf hingewiesen, daß ausländische Zeugen meist nur über die äußeren Umstände von Verbrechen berichten könnten, während es zur Überführung von NS-Tätern erforderlich sei, über die innere Struktur der Dienststellen samt Verteilung der Zuständigkeiten und Befehlsgewalt Bescheid zu wissen"* („Hamburger Abendblatt, 7.12.66).

Hierüber können nur die Nazis selbst aussagen ... und die werden es nicht tun.

Die antifaschistische Kampagne verbreitern

Im Sommer 1975 hat in Eutin eine Enthüllungskampagne gegen Asbach stattgefunden; es wurden Flugblätter verteilt, Aufkleber in der Stadt angebracht und das Haus Asbachs mit „SS-Mörder" beschriftet. Diese antifaschistische Aktion hat in Eutin sofort die geschlossene Reaktion auf den Plan gerufen:

– Bullen waren überall damit beschäftigt, die Aufkleber mit Messern von den Wänden zu kratzen.
– Realschulrektor Ernst Harms (CDU-Stadtvertreter) holte die Bullen gegen Flugblattverteiler und verlängerte den Unterricht in die Pause hinein, bis der Hausmeister alle auf dem Schulgelände angebrachten Aufkleber beseitigt hatte.
– Der „Ostholsteiner Anzeiger" und die „Lübecker Nachrichten" veröffentlichten kurze Artikel zu dieser Aktion. Dort wurde zur Denunziation und zum Spitzeltum gegenüber den Antifaschisten aufgerufen. Der Inhalt der Kampagne wurde nicht erwähnt und die Antifaschisten als „Rowdies" beschimpft.

Dennoch: Wir werden nicht ruhen, bis Asbach abgeurteilt ist und alle diejenigen ans Tageslicht gezerrt worden sind, die Asbach seit 1945 in seine Positionen gehievt haben und ihn bis zum heutigen Tage decken. Das fängt bei von Hassel an und endet dei denjenigen Typen, die heute massiv gegen die Enthüllungskampagne vorgehen und den Fall Asbach somit gerne im Dunkeln lassen wollen.

SOFORTIGE ERÖFFNUNG DES HAUPTVERFAHRENS GEGEN ASBACH!

ASBACH MUSS ENDLICH BESTRAFT WERDEN! ●

Antifa;Kommission
KB/ Gruppe Kiel

Sippenhaftung – erster Schritt zur Sippenhaft!

Mit einem „Vergleich" zwischen dem Westberliner Bezirksamt Schöneberg und der Lehramtsbewerberin Frau T. wurde ein „Berufsverbotsfall" offiziell zu den Akten gelegt, der die Verwandschaft der Berufsverbotspraxis zum Faschismus klar offenbarte und selbst in der bürgerlichen Presse (New York Times!) und dem Fernsehen bekannt gemacht worden war: Frau T. war vom Bezirksamt wegen „begründeter Zweifel" an ihrer „Verfassungstreue" für den Öffentlichen Dienst abgelehnt worden: Ihr Mann (!!) hatte bei Hochschulwahlen auf einer ADS-Liste (SEW-nah) kandidiert und gegen ihren Bruder (!!) in München (!) sei ein Verfahren wegen Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" eingeleitet (!) worden. Gegen diese augenscheinliche Sippenhaftungsargumentation des Bezirksamts klagte Frau T. Vom Amtsgericht Westberlin wurde daraufhin das Bezirksamt verpflichtet, sie rückwirkend zum 1.2.75 in den Schuldienst einzustellen. Darum kümmert es sich aber einen Dreck, worauf Frau T. in die Berufung vor das Landesarbeitsgericht gehen mußte. Hier kam es zum „Vergleich" – zugunsten des Bezirksamts: Statt rückwirkend zum Februar dieses Jahres muß es Frau T. erst zum 1.2.76 (!) einstellen, jede Forderung auf Schadenersatz für ausgefallene Gehälter wurde abgelehnt. Zwar erklärte das Bezirksamt, mittlerweile seien „die Zweifel an der Verfassungstreue" ausgeräumt, drohte dann aber gleich, daß es Frau T. bei einer Fortführung des Rechtsstreits auf keinen Fall einstellen würde (Tagesspiegel, 16.11.75).

Auf Sippenhaftung beruhende Berufsverbote stellen heute schon keine Ausnahme mehr dar: Allein im vergangenen Sommer wurden in Westberlin mehrere Bewerber für den Öffentlichen Dienst aufgrund verwandschaftlicher Beziehungen oder sonstiger vager „Verbindungen" zu Linken von den Bezirksämtern abgelehnt:

– eine Frau, weil ihr Mann (!) einen Wahlaufruf der „KPD" unterzeichnet hatte
– eine andere Frau, weil sie in einer Wohngemeinschaft „mit Anhängern der Neuen Linken" zusammenlebe (Angaben aus: Dokumente des „Aktionskomittees gegen Berufsverbote" an der FU Westberlin)
– ein Mann wegen vermuteter SEW- bzw. FDJW-Mitgliedschaft (Jugendorganisation der SEW). Begründung für die Vermutung u.a.: Er habe 1972 (!) sein Auto (!) in der Nähe (!) des Büros vom SEW-Parteivorstand geparkt, als dort gerade eine Veranstaltung stattfand!!
– eine Frau, weil sie eine Untersuchungsgefangene besucht (!) und nach deren Entlassung für kurze Zeit bei sich zu Hause aufgenommen hatte. Diese soll angeblich (!) versucht haben, der „Baader-Meinhof-Gruppe" Wohnungen zu beschaffen (Angaben: Dokumente II, Aktionskomitee).
– In Bayern wurde kürzlich eine Assessorin, Mitglied der SPD (!), nicht in den „höheren Justizdienst" übernommen, da sie dem Bundesvorstand der „Vereinigung demokratischer Juristen" angehört, in dem neben weiteren SPD- und FDP-Mitgliedern auch DKP'ler vertreten sind (Tagesspiegel, 15.11.75).

Solche Beispiele zeigen die ungeheure Ausweitung der Berufsverbote. In den meisten Fällen (u.a. auch zuerst bei Frau T.) versucht der Staatsapparat die eigentlichen „Begründungen" für Berufsverbote hinter „Sparmaßnahmen", „mangelnden Planstellen" etc. zu verbergen, um so den Protest gegen die Berufsverbote, der auch noch manchmal in der „liberalen" westdeutschen und eher noch ausländischen Presse mehr oder weniger stark geäußert wird, abzuwürgen und den „demokratischen Schein" zu wahren.

Ziehen diese „Sparargumente" nicht, weil die Betroffenen sie als Lüge entlarven können, scheut sich der Staat allerdings nicht mehr, offen mit dem Faschismus entliehenen Methoden gegen fortschrittliche Menschen zu Felde zu ziehen. ●

Hochschulgruppe
KB/Gruppe Westberlin

Nazi-Mörder darf frei rumlaufen

Das Münchener Schwurgericht hat den 69jährigen Arzt Dr.Heinrich Schütz wegen Beihilfe zum Mord in elf Fällen in Tateinheit mit Beihilfe zum versuchten Mord in einem Fall zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Dr.Schütz, ehemaliger SS-Sturmbannführer, war im Konzentrationslager Dachau Leiter (!) einer „medizinischen" Versuchsreihe, bei der elf Häftlinge qualvoll starben. Schütz erhielt direkt vom „Reichsführer SS", Heinrich Himmler, und dem SS-Reichsarzt Dr.Grawitz die Anordnung Phlegmoneversuche (eitrige Zellgewebsentzündungen) durchzuführen. An solchen Versuchen, die reihenweise durchgeführt wurden, starben tausende von KZ-Häftlingen, wovon das Gericht Schütz elf Morde nachweisen konnte. So ergaben Zeugenaussagen, daß Schütz sich eigenhändig am „Versuchsprogramm" beteiligt hatte. Schütz, der die „Entnazifizierung" blendend überstand und seitdem völlig unbehelligt in Essen als Internist arbeiten konnte, wurde zwar wegen Beihilfe zum Mord verurteilt – als Nazimörder jedoch hat er in diesem Staat wenig zu befürchten (außer dem schlechten Ruf, „vorbestraft" zu sein): Der Haftbefehl gegen Schütz bleibt außer Vollzug gesetzt! Er braucht sich nur regelmäßig zu melden und muß dem Staat leihweise DM 250.000 als Kaution überlassen – was ihn als Arzt mit ca. 200.000.- Einnahmen und mehr nicht allzu schwer treffen dürfte. Bedenkt man, daß in München ein Jugendlicher zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, weil er mehrmals in der Straßenbahn schwarz gefahren ist ... ●

Gruppe Nürnberger Kommunisten (GNK)

Massiver Angriff auf Straßenpropaganda – jetzt auch in Emden!

Am 22.11. verkauften wir wie jeden Sonnabend in der Hauptgeschäftsstraße in Emden den ARBEITERKAMPF.

Zur Unterstützung des Verkaufs setzten wir ein Stellschild mit Informationen über Angola und Spanien ein.

Auch der KBW, bzw. das § 218-Komittee des KBW, verkauften Zeitungen und Schriften auf einem Büchertisch. Außerdem propagierte die Initiativgruppe Jugendheim mit Megaphon und Flugblättern eine Veranstaltung zur Situation der Jugend in Emden.

Plötzlich stürzte ein Bäckereibesitzer zum Tisch des KBW und begann zu pöbeln, wandte sich aber gleich darauf uns zu und zerstörte, bevor wir es verhindern konnten, unser Stellschild. Er benutzte dabei als Vorwand, faschistische Symbole nicht dulden zu können, (wir hatten Franco und Juan Carlos mit einem Hakenkreuz versehen). In dem darauffolgenden Tumult vertrat der Bäckereibesitzer zu Anfang noch eine „antifaschistische" Position, wurde dann aber deutlich. Er sagte u.a.: „ Geht doch rüber, geht doch nach Mao!"

Noch während wir inmitten einer Menschentraube erregt diskutierten und sein profaschistisches Verhalten entlarvten, rückten zwei Bullen an – aber nicht etwa, um unsere Meinungsfreiheit zu verteidigen, sondern um den Infotisch des § 218-Komittees zu beschlagnahmen. Dies konnte trotz energischer Proteste nicht verhindert werden, da eine Mobilisierung der Umstehenden gegen die Vorgänge nur zum Teil möglich war. Des weiteren suchten die Bullen nach dem Megaphon der Jugendheim-Initiative; die Genossen hatten dieses aber schon vorher in Sicherheit gebracht.

Die uniformierten Bullen zogen dann ab. Dafür standen dann „unauffällig" Zivilbullen auf dem Platz, um die weiteren Vorgänge beobachten zu können.

Wir müssen damit rechnen, daß die Angriffe auch in Emden verschärft erfolgen werden.

Das heißt für uns die Diskussion mit der Bevölkerung gerade in der Frage der Meinungs- und Propagandafreiheit verstärkt zu führen. ●

KB/Gruppe Emden

Österreich

Sozialdemokrat Kreisky verteidigt Altnazi



Wie in AK 69 (S. 19) berichtet, hat Simon Wiesenthal, Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, enthüllt, daß der Vorsitzende der „Freiheitlichen Partei Österreichs"(FPÖ), Friedrich Peter, während des Krieges einer SS-Einheit zur „Bandenbekämpfung" in der besetzten Sowjetunion angehörte. Unter „Bandenbekämpfung" wurde die Bekämpfung von Partisanen (Gefangene wurden grundsätzlich „hingerichtet"), die „Liquidierung" kommunistischer Kader, die Terrorisierung der Bevölkerung, die Jagd auf Juden usw. verstanden. Peter leugnet nicht, dieser Einheit angehört zu haben (was auch durch Dokumente belegt ist) – nur will ausgerechnet er dabei kein einziges Verbrechen begangen haben.

Für Peter in die Bresche geworfen hat sich Österreichs Kanzler Kreisky (SPÖ), dem Wiesenthals Enthüllung schlecht in seine Bemühungen um eine Koalition mit der FPÖ paßt. Peter habe ihm, Kreisky, *„sein Wort gegeben, an keinerlei Exekution beteiligt gewesen zu sein, und er sehe nicht ein, warum er das nicht glauben solle"* („FAZ", 13.11.75).

Kreisky begnügte sich aber nicht mit diesem „Glaubensbekenntnis", sondern holte zu einem infamen Schlag gegen Wiesenthal selbst aus: Wiesenthal – jüdischer Abstammung ebenso wie Kreisky – sei womöglich ein **„Nazi-Agent"** gewesen. *„Ich kenne Aussagen, daß er für die Nationalsozialisten als Agent gearbeitet hat"* (lt. „Hamburger Morgenpost", 11. 11.75). Später schränkte Kreisky diese Aussage wieder ein: *„...er wolle damit nicht sagen, daß Wiesenthal als Gestapoagent gearbeitet habe"* (lt. „FAZ" 13.11.75). Jedenfalls sei es doch seltsam, daß Wiesenthal die faschistische Ausrottungspoltik überlebt hat, meinte Kreisky, und: *„Wiesenthal ist jedenfalls kein feiner Herr"* (lt. „FAZ" s.o).

Schlußfolgerung Kreisky's: **„Deswegen hat er kein moralisches Recht, auf andere mit anklagendem Zeigefinger zu zeigen"** (lt. „MoPo", 11. 11.75). Vor allem Kreisky's Freund Peter hätte Wiesenthal offenbar nicht anklagen dürfen...

Bei den „Aussagen", auf die sich Kreisky zunächst berief, handelt es sich offenbar um diejenigen, auf die auch der berüchtigte faschistische Rechtsanwalt Roeder seine Kampagne gegen Wiesenthal stützt: Ein nach Argentinien geflohener Nazi soll „bezeugen", daß Wiesenthal während des Krieges in Rumänien für die Gestapo gearbeitet habe. Wiesenthal hat Roeder wegen dieser Behauptung verklagt. Der erste Prozeßtag Ende August wurde zu einem antisemitischen Krawall der Roeder-Bande im Gericht; Wiesenthal konnte nur unter Polizeischutz den Gerichtssaal verlassen. Der Prozeß wurde vertagt, um den Altnazi aus Argentinien als „Zeugen" herbeizuschaffen.

Wiesenthal ist zweifellos ein radikaler Zionist und zugleich auch eindeutig ein militanter Antikommunist, wie sich aus vielen Erklärungen von ihm zeigt. Kein Kommunist würde die Hand ins Feuer legen, daß die gegen Wiesenthal erhobenen Vorwürfe – Arbeit für die Nazis – nicht vielleicht doch zutreffen oder zumindest teilweise stimmen.

Eindeutig ist aber andererseits, mit welchem Z i e l diese Vorwürfe gerade jetzt, und besonders scharf nach seinen Enthüllungen über Peter, gegen Wiesenthal erhoben werden: Wiesenthal hat seit Jahren eine verdienstvolle Arbeit zur Aufdeckung von Nazi-Verbrechen geleistet. Er hat immer wieder Anklage gegen die österreichische und westdeutsche Justiz erhoben, die die Nazi-Verbrecher mit Schonung behandelt und oftmals einfach laufen läßt.

Wiesenthal hat erreicht, daß ein schwer belasteter Minister der letzten Kreisky-Regierung zurücktreten mußte und ein weiterer schwer angeschlagen wurde. Mit den Enthüllungen über FPÖ-Peter, angepeilter Koalitionspartner der SPÖ, hat Wiesenthal erneut die Anwesenheit alter Nazis in höchsten Regierungsämtern angegriffen.

Deshalb soll Wiesenthal ein für alle mal m u n d t o t gemacht werden. Daran läßt Kreisky keinen Zweifel: **„Es sei dringend nötig, so Kreisky, daß man Wiesenthal das Handwerk lege. Das aber könne nur jemand wie er mit jüdischer Herkunft tun, denn jeder andere würde sich dabei der Gefahr aussetzen, als Antisemit abgestempelt zu werden"** (lt. „FAZ", 13.11.75).

Der Dank aller alten und neuen Nazis ist Kreisky für diese Absicht gewiß! ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Linke Verlage und Buchläden überfallen

Am 24. November wurde der Trikont-Verlag in München Ziel eines Polizeiüberfalls. In einer Blitzaktion wurden beschlagnahmt:

▶ alle Exemplare des Buchs von Bommi Baumann „Wie alles anfing" (Geschichte des 2. Juni),
▶ die restlichen Lagerexemplare des seit fünf Jahren (!) auf dem Markt befindlichen Trikont-Titels „Revolutionärer Kampf und Massenlinie",
▶ die noch am Lager greifbaren Exemplare der SPK-Schrift „Aus der Krankheit eine Waffe machen!",
▶ alle Geschäftsunterlagen – einschließlich Karteien, Korrespondenzen etc.,
▶ acht Schreibmaschinen u.a.

Damit ist die Arbeit dieses Verlages, der viele für die politische Linke wichtige Bücher publiziert hat, völlig lahmgelegt; der Verlag ist unmittelbar vom Ruin bedroht.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß Buchläden und linke Vertriebe in Westberlin, Frankfurt und in anderen Städten ebenfalls von der Polizei nach Bommi-Titeln durchsucht worden sind.

Bedenkt man, daß das Baumann-Buch praktisch ein Abgesang an die Stadtguerilla ist, bekommt man einen handfesten Vorgeschmack von der angestrebten und bereits mehrfach erprobten Illegalisierungspraxis gegenüber jeder Literatur, die den reaktionären Maßstäben der Hüter der sogenannten „Freiheitlich-demokratischen Grundordnung" nicht entspricht: mit dem geplanten „Gesetz zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens" soll die „Rechts"-Grundlage dafür geschaffen werden, alle Druckerzeugnisse zu kriminalisieren, die antikapitalistischer Ideen verdächtig sind.

Wir fordern:
Sofortige Rückgabe des beschlagnahmten Materials an den Trikont-Verlag! Schluß mit der Behinderung und Verfolgung des fortschrittlichen Verlagswesens und Buchhandels! ●

Arbeiterbuch Hamburg
Buchladen Rote Straße Göttingen

Hamburg, St. Pauli:

Bullenterror an der U-Bahnstation

Seit längerer Zeit schon wird am U-Bahnhof Feldstraße die Bevölkerung durch regelmäßige freitägliche Einsätze von Kontrolleuren schikaniert. Am 7. und 21. November aber

pört und quittierte den erfolgreichen Fluchtversuch eines jungen Mannes mit Beifall.
Insgesamt gingen am 7.11. am Bahnhof Feldstraße den Bullen über

1.1.76 kostet eine einfache Fahrkarte 1,-DM), die z.T. einfach nicht mehr bezahlt werden können.
Bei diesen Razzien wurde der Terror gleich noch auf andere Personen-

Nazis ist Kreisky für diese Absicht gewiß! ●
Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

dafür geschaffen werden, alle Druckerzeugnisse zu kriminalisieren, die antikapitalistischer Ideen verdächtig sind.
Wir fordern:
Sofortige Rückgabe des beschlagnahmten Materials an den Trikont-Verlag! Schluß mit der Behinderung und Verfolgung des fortschrittlichen Verlagswesens und Buchhandels! ●
Arbeiterbuch Hamburg
Buchladen Rote Straße Göttingen

Hamburg, St. Pauli:

Bullenterror an der U-Bahnstation

Seit längerer Zeit schon wird am U-Bahnhof Feldstraße die Bevölkerung durch regelmäßige freitägliche Einsätze von Kontrolleuren schikaniert. Am 7. und 21. November aber wurde dieses Spiel noch weiter getrieben: Im Zusammenspiel von zivilen und uniformierten Bullen mit Kontrolleuren wurde an den Bahnhöfen Feldstraße und St. Pauli eine regelrechte „Schwarzfahrerfalle" aufgebaut. Die Bullen waren in großer Zahl angerückt, hatten gleich einen Büro- und Transportwagen mitgebracht. Zum Auftakt hatten sie sich den Dombeginn (der Dom ist ein dreimal im Jahr stattfindender Riesenjahrmarkt) ausgesucht. Ein angeblich an viele Haushaltungen verteiltes Flugblatt, das zu Schwarzfahren in organisierter Form aufrief, war vorher in der „Morgenpost" hochgespielt worden, so daß in einem Teil der Bevölkerung die entsprechende verhetzte Stimmung vorbereitet war. Es fielen Sprüche wie: „Was das den Staat wieder kostet!" oder „Diese Schwarzfahrer sollte man ins Arbeitshaus stecken!". Ein großer Teil Jugendlicher, aber auch älterer Zuschauer war aber empört und quittierte den erfolgreichen Fluchtversuch eines jungen Mannes mit Beifall.

Insgesamt gingen am 7.11. am Bahnhof Feldstraße den Bullen über 300 Personen jeden Alters ins Netz. Sie wurden zur Personalienfeststellung festgenommen und wenn sie keinen Ausweis bei sich hatten zur Wache transportiert. Die Festnahmen wurden im Wechsel von Bullen und Kontrolleuren vorgenommen! Offensichtlich wurde hier auf ein reibungsloses Zusammenarbeiten hin trainiert. Die Verfilzung des Staatsapparates mit privaten Polizeitruppen wird hier systematisch vorangetrieben. So konnte man auch bei Demonstrationen schon das Zusammenwirken von HVV-Personal (HVV = Hamburger Verkehrsverbund) und Bullen über Walky-Talky beobachten.

Die Zahl der Schwarzfahrer und ihre Zusammensetzung, es handelte sich im Wesentlichen um Menschen, die wenig Geld haben, zeigte den Hintergrund des Schwarzfahrens: die mehrmals jährlich vorgenommenen und in Zukunft weiterhin zu erwartenden saftigen Preiserhöhungen (ab 1.1.76 kostet eine einfache Fahrkarte 1,-DM), die z.T. einfach nicht mehr bezahlt werden können.

Bei diesen Razzien wurde der Terror gleich noch auf andere Personenkreise ausgedehnt. So wurde ein Arbeiterkampf-Verkäufer willkürlich nach seinem Gewerbeschein gefragt, und gegen seinen Protest zur Personenkontrolle geschleppt, obwohl er keinen Gewerbeschein für das Anbieten politischer Literatur braucht. Jetzt hat er wahrscheinlich eine Anzeige wegen Verkaufens auf Bahngelände zu erwarten, denn dieser Grund wurde dann schnell in Zusammenarbeit zwischen Bullen und HVV nachgeschoben. Ebenso wurden in der letzten Zeit im angrenzenden Karolinenviertel Razzien in Kneipen gemacht, wo alle Gäste rausgeholt wurden und sich ausweisen mußten.

Organisieren wir den Widerstand gegen das immer tiefere Eindringen des Bullenterrors in alle Lebensbereiche. ●

Genossen aus St. Pauli
KB/Gruppe Hamburg

★

Wieder Hausräumung in Frankfurt!



Hausbewohner flüchten vor anrückender Polizei auf das Dach!

Am Morgen des 21. November wurde erneut ein besetztes Haus in Frankfurt von der Polizei geräumt, Kettenhofweg 34 im Westend. Das Haus, wie auch ein ganzes Areal angrenzender Grundstücke, gehört den Großgrundbesitzern Preisler und Herskovits. Seit 1971 stand dieses Haus offiziell leer und wurde von sechs Leuten besetzt gehalten und bewohnt. Eine Abbruchgenehmigung wurde von Preisler und Herskovits bereits 1972 gestellt, aber nicht erteilt. Sie liegt offenbar auch bis heute nicht vor.

Nachdem der Gerichtsvollzieher am Morgen des 21. November von den Hausbewohnern gar nicht erst reingelassen, sondern mit einem Feuerlöscherstrahl wieder vertrieben wurde, rückte die bereitgehaltene Polizei an. Mit Tränengaspatronen schoß die Polizei in einige offenstehende Fenster des verbarrikadierten Hauses. Als ein Stoßtrupp der Bullen das Haus zu stürmen versuchte, kletterten die sechs Bewohner auf's Dach und drohten an, herunterzuspringen, falls die Polizei weitere Sturmversuche unternimmt. Nach über drei Stunden Polizeibelagerung willigten die Hausbewohner schließlich ein, freiwillig abzuziehen, falls Polizeipräsident Müller ihnen neuen Wohnraum zu Sozialmieten zusichern würde. Als diese Zusicherung eintraf, verließen sie das Haus. Die Polizei nahm sie dennoch fest und führte eine erkennungsdienstliche Behandlung durch, bevor die sechs am Abend wieder freikamen.

Nach allen Erfahrungen wird man sehr genau darauf achten müssen, ob die Zusicherung für neuen Wohnraum tatsächlich eingehalten wird – und welche Art „Sozialmieten" ihnen „angeboten" wird. ●

KB/Gruppe Frankfurt

Göttingen:

Geldstrafen für Plakatkleber

„Am 1. Oktober 75 gegen 1.10 Uhr stellte in Göttingen, Daimlerstr., eine Polizeistreife fest, daß Sie Plakate an unerlaubten Stellen anklebten. Bei dem Einschreiten der Polizei hatten Sie gerade einen Schaltkasten der Bundespost eingekleistert und wollten ein Plakat ankleben. Dies verhinderte die Polizeistreife".

Mit dieser „Begründung" brummte das Göttinger „Amt für öffentliche Ordnung" mehreren Genossen Geldbußen zwischen 213,– und 318,– DM auf.

Worum ging es? Die Genossen waren in der Nacht des 1. Oktober unterwegs, um Plakate des KB (früher KAG) gegen den Franco-Faschismus zu kleben. Unmittelbarer Anlaß der Herausgabe des Plakats waren die Todesurteile gegen die spanischen Freiheitskämpfer. In dieser Nacht wurden mindestens sechs Genossen von Polizeistreifen am Weiterplakatieren gehindert. Dies deutet darauf hin, daß die Polizei die Innenstadt, das Industriegebiet und die Arbeiterwohnviertel verstärkt auf Aktivitäten der Antifaschisten überwachte.

Bemerkenswert ist freilich, daß in derselben Nacht und in den darauffolgenden Nächten im gesamten Stadtgebiet von Faschisten „Viva Franco" an Häuserwände etc. gesprüht wurde und auf dem Unigelände in der Nacht zum 2. Oktober Hakenkreuzplakate der NSDAP/AO („Auslandsorganisation") geklebt wurden. Uns ist nicht bekannt, daß diese Ratten irgendwie belangt wurden.

Bemerkenswert ist auch die völlige Willkür, mit der die Höhe der Bußgelder festgesetzt wurde. Als einer der Betroffenen beim Ordnungsamt nachfragte, wurde ihm gesagt: „Was wollen Sie eigentlich? Wir hier füllen nur die Formulare aus. Die Höhe der Geldbußen haben die Streifenpolizisten festgelegt". Eine Bereicherung der westdeutschen „Rechts"pflege: Bullen als politische Richter!

Natürlich legen die Genossen gegen die Bußgelder Widerspruch ein. ●

KB/Gruppe Göttingen



Dieses Plakat wurde in der Nacht zum 2. Oktober auf dem Göttinger Uni-Gelände geklebt. Die Urheber und Kleber solcher Plakate werden natürlich nicht gelangt.

Berufsverbote durch Gesetz verschärft

Der nunmehr seit über drei Jahren andauernde „Streit“ der bürgerlichen Parteien über die Berufsverbote*praxis* war nach dem Bundesverfassungsgerichtsentscheid vom 22. Mai wiederum Thema einer Bundestagsdebatte über „Verfassungsfeinde im Öffentlichen Dienst“ (ÖD) Ende Oktober.

Am 17.10. verabschiedete der Innenausschuß des Bundestages mit den Stimmen der SPD/FDP einen neuen Gesetzentwurf über das Verfahren für die Ablehnung von „Verfassungsfeinden“. Am 24.10. wurde diese „Novelle zum Beamtenrecht“ mehrheitlich vom Bundestag verabschiedet. Hiernach darf *„eine ablehnende Entscheidung bei einem Bewerber für den ÖD nur auf die in der Person des Bewerbers liegenden gegen seine Verfassungstreue sprechenden Tatsachen gestützt werden“*. Weiter müssen nach einem Beschluß *„die gegen den Bewerber sprechenden Tatsachen in vollem Umfang gerichtlich nachprüfbar sein. Sie sind dem Bewerber auf Verlangen schriftlich mitzuteilen“* und es muß ihm *„Gelegenheit gegeben werden, sich zu äußern.“*

Erneut stellt die SPD/FDP hiermit heraus, daß sie Gesinnungsschnüffelei und Meinungsterror prinzipiell *befürwortet* und lediglich die Form der *Durchsetzung* der Berufsverbote gern etwas „individueller“ gehandhabt wissen will. Die CDU/CSU dagegen ist für eine pauschalere Anwendung des „Radikalenerlasses“. Dabei geht es, wie die Praxis zeigt, nur um die „offiziellen“ *Formulierungen*, denn pauschal gehandhabt werden die Berufsverbote von beiden Parteien – da wo sie in der Landesregierung sitzen. So hat der hessische Kultusminister (SPD) bereits bei seinem Amtsantritt erklärt, daß bei ihm keine DKP-Lehrer in die Schulen kommen – just genau das, was die bayerische und baden-württembergische Landesregierung seit längerem praktizieren.

Wie „pauschal“ die SPD vorgehen kann, zeigte der Hamburger Senat, als er einem SPD-Mitglied (!) das Berufsverbot aussprach mit der Begründung, es habe sich „unloyal“ gegenüber den Vorgesetzten verhalten. Pauschaler kann die bayerische Landesregierung auch nicht argumentieren!

Entsprechend „schwer“ hatten es die Parteien im Bundestag, sich ein „Gefecht“ zu liefern:

Zum einen beschränkt sich dieses parlamentarische Scheingefecht auf eine für die praktische Verschärfung der Durchsetzung der Berufsverbote unerhebliche Frage: Soll die bloße Mitgliedschaft in einer „extremen“, aber bislang nicht für verfassungsfeindlich erklärten Partei wie etwa der DKP in der Regel ausreichen, um Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers zu begründen und seine Ablehnung zu rechtfertigen?

SPD/FDP „verneinen“ diese Frage, handeln aber trotzdem so, die CDU fordert darüber hinaus, daß es nicht angehe, *„daß eine Behörde dem Mitglied einer radikalen Partei verfassungsfeindliches Verhalten nachweisen müsse“* (alle Zitate: „Parlament“, 18.10.75).



Zum anderen hat die CDU bereits vor der Bundestagsdebatte unmißverständlich zu Erkennen gegeben, daß sie den SPD/FDP-Entwurf im Bundesrat zu Fall bringen würde.

Erneute Verschärfung vorbereitet

Durch die Diskussion im Bundestag wurde der Reaktion und insbesondere der bürgerlichen Presse erneut Munition an die Hand gegeben, ihren antikommunistischen Propagandaapparat anzuheizen, um eine weitere Verschärfung der Berufsverbotepraxis ideologisch abzusichern.

Dabei wird nichts unversucht gelassen, selbst die SPD als untauglichen Verteidiger des „demokratischen Rechtsstaats“ hinzustellen und sie in den Geruch der „Verfassungsfeindlichkeit“ zu bringen. Besonders engagierte sich hier Dregger, als er der SPD unterstellte, daß von ihrer Haltung eine *„große und schlimme Gefahr“* ausginge, daß durch den neuen Entwurf eine Entwicklung sichtbar werde, die *„nicht liberal, sondern masochistisch“* sei, und daß die Politiker, die dies zuließen, *„nicht rechtsstaatlich, sondern verantwortungslos“* handeln. Demgegenüber müsse der *„drohenden kommunistischen Unterwanderung der politischen Ordnung der Bundesrepublik“* (alle Zitate „FAZ“, 25.10.) mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Während die „Welt“ vom 21.10. noch allgemein forderte, endlich zu einem klaren Beschluß in dieser Frage zu kommen, präzisierte Dregger die Stoßrichtung: „*Sie* (die DKP) *müsse entweder durch Verbot oder durch politische Isolierung bei gleichzeitiger Ausschaltung ihrer aktiven Mitglieder vom ÖD bekämpft werden. Wer letzteres ablehnt,...erzwingt das Parteiverbot*“(„FAZ“s.o.).

Der SPD dagegen diente dies erneute parlamentarische Scheingefecht einzig dazu, von der eigenen Praxis abzulenken und durch die Diskussion über angebliche „tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten“ zwischen Koalition und Opposition den Eindruck zu vermitteln, die SPD sei „ernsthaft bemüht“, den undemokratischen Absichten der Reaktion entgegenzutreten, um die Wählerbasis „bei der Stange“ zu halten. Überhaupt wurde die ganze Debatte schon mit Blick auf die kommenden Bundestagswahlen gehalten.

Die CDU beschwört den „Untergang des Abendlandes“ und leitet daraus eine Verschärfung nicht nur der Berufsverbote, sondern sogar neue Parteiverbote ab! Die SPD dagegen – „um das Schlimmste (die Pläne der CDU) zu verhindern“ – leitet daraus ebenfalls eine Verschärfung der Berufsverbote ab, mit Parteienverbot will sie sich aber aus Opportunitätsgründen vorläufig nicht beschäftigen. Was dabei auf jeden Fall herauskommt, ist eine massive Verschärfung des politischen Klimas. Dabei sollte man die Novellierung des Radikalenerlasses nicht isoliert sehen, sondern in Verbindung mit anderen „Reformvorhaben“, z.B. der Verschärfung des § 218, wo SPD und CDU genauso „tiefgreifende“ Unterschiede hervorkehren, sich aber in der politischen Stoßrichtung einig sind. Die Bourgeoisie steuert verschärft die Faschisierung, und CDU und SPD wetteifern darin, der Bourgeoisie behilflich zu sein und ihr das größere Wählerpotential 1976 zuzuführen. Die Novellierung des „Extremistenerlasses“ ist da nur ein - wenn auch nicht unwichtiger - Mosaikstein in dieser Entwicklung. ●

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

INHALT